Theodor Ebert

Macht von unten durch gewaltfreie Aktion

Neue Beiträge zur direkten Aktion in der Demokratie

Berlin 2017

Vorbemerkung

Freunde vom Centro Gandhi in Pisa haben in ihrer Reihe von Friedenstexten einige meiner neueren Aufsätze zur gewaltfreien Konfliktaustragung übersetzt und als Nr. 27 ihrer einschlägigen Reihe herausgebracht. „Il potere dal basso con l'azione nonviolenta. Traduttore e coratore Francesco Pistolato“ Ich habe mich sehr gefreut, dass auf diese Weise ein repräsentativer Teil des vielseitigen deutschen Diskurses der italienischen Friedensbewegung zugänglich gemacht wurde. Die Italiener bilden damit weltweit eine Ausnahme, weil sonst fast nur die englische und amerikanische Literatur rezipiert wird. Damit wird weitgehend ausgeklammert, dass in Deutschland 1989/90 eine gewaltfreie Revolution stattgefunden hat und in Deutschland eigenständig und doch in globaler Vernetzung originelle Konzepte für die ökologische Einpassung der Energiewirtschaft, für einen weltweiten zivilen Friedensdienst und für die Umstellung der Sicherheitspolitik auf Soziale Verteidigung entwickelt wurden.

Ich spüre jetzt deutlich, dass ich älter werde. Das Alter wird sich auf kurz oder lang auch auf mein Sprachvermögen auswirken. Mein 80. Geburtstag fällt auf den 6. Mai 2017. Ich habe 2015 eine riskante Herzoperation überstanden und meine Arbeitsfähigkeit noch einmal, zumindest so einigermaßen zurück gewonnen. Jetzt hoffe ich auf „Nachspielzeit“, weil ich von meinen Erfahrungen in der Friedensforschung und der Friedensbewegung noch einiges weitergeben möchte, vor allem in der Form editierter Tagebücher, aber meine Herzkrankheit legt es nahe, jetzt mein politologisches Testament zu machen und meine Gedanken zur gewaltfreien Konfliktaustragung zusammenfassend noch einmal zu präsentieren und dabei erkennen zu lassen, wie weiter geforscht und experimentiert werden könnte.

Berlin, im Februar 2017

Inhaltsverzeichnis:

1. Ist der Weltfriede eine Utopie? (S. 4)
2. Gewaltfreie Aufstände gegen autoritäre Regime. Neue Erfahrungen (S. 17)
3. Was ist unter einer „gewaltfreien Aktion“ zu verstehen? (S. 30)
4. Wie „gewaltfrei“ war die Free Gaza Flottille? (S. 37)
5. Globalisierung und lokaler Aufbau der gewaltfreien Aktion.
Versuch einer Zwischenbilanz. (S. 41)
6. Erfolg durch Zivilen Ungehorsam? (S. 47)
7. Ziviler Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik (S. 52)
8. Shanti Sena in Deutschland? Wie lassen sich Gandhis sicherheitspolitische Vorstellungen auf europäische Verhältnisse übertragen? (S. 59)
9. Gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus (S. 70)
10. Gewaltfreier Widerstand gegen Rechtsterrorismus. Nachdenken über Erfahrungen bei der Flüchtlingshilfe (S 89)
11. Wie politikfähig ist der Pazifismus? Das Potential der gewaltfreien Aktion (S. 101)
12. „I have a dream“. Das Erbe Martin Luther Kings (S. 113)
13. Friedensethik und kirchliches Engagement. Ein autobiographischer Bericht (S. 124)
14. Erinnerungen eines Friedensforschers an 50 Jahre kirchlicher Friedensarbeit (S. 147)
15. Friedenserziehung im expansiven Industriesystem.
Zur Bedeutung der Friedenspädagogik in Schule und Jugendarbeit (S. 161)
16. Was ist und wie funktioniert gewaltfreier Widerstand? Anregungen für Fortgeschrittene (S. 172)
17. Die Anfänge der deutschen Friedensforschung und aktuelle Herausforderungen (S. 186)
18. Ein kritischer Rückblick auf die Anfänge und Ziele deutscher Friedensforschung (S. 191)

1. Ist der Weltfrieden eine Utopie?¹

Staatsutopien sind zu verstehen als Versuche, die Erfahrungen mit den sozialen Verhältnisse der eigenen Zeit zu verarbeiten – entweder in der Hoffnung auf eine radikale Verbesserung oder aus Furcht vor einer katastrophalen Verschlechterung. Die „Utopia“ des Thomas Morus ist ein hoffnungsvoller Entwurf vor dem düsteren Hintergrund der Beobachtung Englands und des europäischen Festlands zu Beginn des 16. Jahrhunderts. In der Einleitung schildert der Jurist Thomas Morus den englischen Rechtsstaat seiner Zeit, ein Land, in dem Diebe erbarmungslos abgeurteilt wurden und die Soldateska sich zu einer Landplage entwickelt hatte. George Orwells „1984“ ist eine Gegenutopie, die vor der Weltherrschaft totalitärer Systeme nach dem Vorbild des Stalinismus und Faschismus warnt.

Wenn ich also die Frage stelle, ob der Weltfrieden eine konkrete Utopie, also ein Gebilde ist, das wir anstreben, dann kann ich dabei auch nicht absehen von den Erfahrungen, die ich während meines Lebens gemacht habe und ich muss versuchen, die Hoffnungen, die ich immer noch habe, zu konkretisieren.

Ich habe daran gedacht, das mir zuge dachte Thema „Ist der Weltfrieden eine Utopie?“ zu bearbeiten in Anlehnung an die Rede Carl Friedrich von Weizsäckers, die er 1963 in der Paulskirche in Frankfurt gehalten hat - anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Mir hatte diese Rede imponiert durch drei Thesen, die er damals, als ich 26 Jahre alt war, in seiner halbstündigen Rede erläuterte. Ich dachte, ich könnte ähnlich wie er – doch unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Ereignisse – mein Thema entfalten und prüfen, ob der Weltfrieden inzwischen sich zur konkreten Utopie weiter entwickelt hat.

Ich habe das Vorhaben nicht aufgegeben, aber mir schwindelte dann doch angesichts dieser Aufgabe, und ich fragte mich: Ist dein Vorhaben nicht zu ambitioniert? Ich war zwar von 1966 bis 2002 an der Freien Universität Berlin als Friedensforscher tätig und musste mich als „Professor“ immer wieder zu meiner aktuellen Sicht des Friedens in Deutschland und des Weltfriedens „bekennen“, aber nun bin ich seit neun Jahren pensioniert und an Projekten der Friedensforschung und an Aktionen der Friedensbewegung nur noch am Rande beteiligt und kann ganz gut – sagen wir besser bequem - damit leben, dass die nachrückenden Generationen der Friedensforscher mich nicht mehr kennen und ihre eigenen Projekte voran treiben. Was mich belastet, ist der Umstand, dass ich über das, was sich auf der Welt ereignet, nur noch ganz unzulänglich informiert bin auf dem Wege der Lektüre einer Tageszeitung, einiger politischer Programme im Fernsehen und noch vorhandener Kontakte zu Kollegen und Freunden in weltweit engagierten Solidaritätsbewegungen. Hinzu kommen gelegentliche Recherchen im Internet. Doch mein Alltag ist eben nicht bestimmt durch die Verarbeitung von Weltinformationen, sondern durch das, was sich in meiner Nähe ereignet – also in Berlin-Kladow vor meiner Haustür und was ich von meinen Kindern und deren Familien erfahre. Ich sehe die Welt nicht mehr aus der Sicht von Amnesty International oder von Ärzte ohne Grenzen oder der International Fellowship of Re-

¹ Vortrag vor Ethiklehrern an der Universität Halle am 30.6.2011

conciliation, deren Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ ich jahrzehntlang herausgegeben habe. Ich mache die Erfahrung der immer stärkeren Beschränkung des Aktionsradius und des Informationsgrades eines 74-jährigen. Doch es ist nur ein gradueller Unterschied zu den Zeiten der Berufstätigkeit. Auch in den Zeiten des stärksten Engagements und der Mitarbeit in mehreren Friedensforschungsorganisationen hatte ich nur einen eng begrenzten Einblick. Jetzt kann und will ich die neueste Literatur, die fast nur noch auf Englisch erscheint, nicht mehr verfolgen. Sie scheint sich in der Verwendung der neuesten Fachterminologie zu gefallen, während ich mich bemühe, als Pensionär meine Lebenserfahrungen in deutscher Sprache und zunächst vornehmlich im Gedanken an deutsche Leser zu Papier zu bringen. Weil mir die neue Literatur zur Friedensforschung, in der nicht mehr vom Regieren, sondern von *gouvernance* geredet wird, zu begriffslastig und zu unanschaulich vorkam, habe ich meine nachberufliche Energie darauf verwandt, das literarische Erzählen zu erlernen, in der Hoffnung, dass es mir noch gelingen könnte, einige meiner Lebenserfahrungen an diejenigen weiter zu reichen, die auch keine Lust haben, sich durch den Breiberg der Peace Research Literature zu löffeln und ein Abstract nach dem anderen zu lesen. Ja doch, Carl Friedrich von Weizsäckers Reden und Aufsätze in dem Sammelband „Der bedrohte Frieden. Politische Aufsätze 1945-1981“ habe ich gerne wieder gelesen, weil sie in einem treffsicheren Deutsch geschrieben sind, und es sich immer wieder lohnt, auf die Nuancen zu achten.

Ich wiederhole Weizsäckers drei Thesen aus der Pauls-Kirchen-Rede, weil sie auch der rote Faden meines Vortrags sein werden, obgleich ich diese Thesen dann biographisch erzählend anschaulich gestalten will. Die drei Thesen lauten:

- Der Weltfriede ist notwendig.
- Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter.
- Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung.

Die Notwendigkeit des Weltfriedens begründet Weizsäcker damit, dass wir einen Dritten Weltkrieg nicht mehr führen können, weil der Einsatz von Atomwaffen mit dem Fortbestand unserer technisierten Kultur nicht vereinbar wäre.

Das Ausscheiden der militärischen Konfliktaustragung als Mittel der Politik von Großmächten, leitet aber nicht automatisch ein goldenes Zeitalter ein. Kein Krieg bedeutet noch nicht, dass ein lebenswertes Leben, das große Glück einer größtmöglichen Zahl gewährleistet ist. Es muss Weltinnenpolitik betrieben und es müssen die dazu passenden Institutionen geschaffen werden.

Die moralische Anstrengung ist erforderlich, weil die wissenschaftlich-technische Welt einer ihr angemessenen Ethik bedarf, also die Ethik der Nächstenliebe, wie sie z. B. in der Bergpredigt Jesu formuliert wurde, noch in die Gegenwart übersetzt werden muss.

Ich will nun so vorgehen, dass ich Weizsäckers Thesen auf meinen eigenen Erfahrungsbereich anwende.

1912 geboren war Weizsäcker zwar 25 Jahre älter als ich, aber er hatte mit mir doch gemeinsam die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und die Erinnerung an den

nicht weit zurück liegenden Ersten Weltkriegs. Mit dem Begriff Krieg haben wir beide assoziiert Verdun und den Roman Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ und mit dem Zweiten Weltkrieg Kesselschlachten wie in Stalingrad und den Untergang von Großstädten im Feuersturm.

Mein Großvater Alfons Theodor Liebermann ist 1915 in Russland in einem Feldlazarett verreckt, noch bevor meine Mutter geboren wurde. Und ich sage bewusst „verreckt“, weil „gefallen“ so euphemistisch nach Kegelspiel klingt. Und mein Vater Arthur Ebert war dann sechs Jahre als gemeiner Landser im Krieg, davon die meiste Zeit in Russland als Munitionsfahrer. Während dieser Zeit verbrannte in Stuttgart sein Heim, sein Mercedes, seine Firma. Seine Frau wurde mit den beiden Söhnen gerade noch rechtzeitig auf die Schwäbische Alb evakuiert – weit genug von Stuttgart entfernt, um nur noch am roten nächtlichen Himmel zu erkennen, was dort gerade verbrannte.

Wahrscheinlich ist es bedeutsam für die Phantasien und Utopien von Krieg und Frieden, ob man den Krieg über Fernsehfilme von Guido Knopp kennen gelernt, oder ob man den Krieg selbst erlebt hat. Bei mir hatte das Kriegserlebnis zur Konsequenz, dass ich als Kind in der Vorstellung lebte, dass so etwas wie eine Wiederholung des Krieges nicht mehr in Frage käme. Darum war die Wiederbewaffnung Deutschlands für mich ein Schock. Sie beendete meine Kindheit, und ich stand vor der Frage: Wie verhalte ich mich zu einer Weltordnung, in der Kriege auch in Zukunft eine Rolle spielen können.

Meine Reaktion war – angeregt und verstärkt durch die Eltern – die vollständige Verweigerung. Ich werde hier nicht mitspielen. Wenn es nicht gelingt, in Deutschland anders Politik zu machen als durch die Beteiligung an militärischen Unternehmungen, dann werde ich innerlich auf Distanz gehen und nur noch beobachten, aber mich in dieses soziale System nicht integrieren lassen. Das habe ich später die Hälfte meiner Studienzzeit – also bis zum Übergang zur Friedensforschung - durchgehalten. Ich habe zunächst kein gestaltendes Fach studiert, sondern ein betrachtendes, ein reflektierendes, nämlich Geschichte.

Als Kind und Teenager hatte ich die Vorstellung, dass wir Deutschen in Zukunft so etwas wie eine christliche Politik betreiben sollten. Das war eine Übertragung privater Erfahrungen auf die großen Politik. „Jesus geh voran auf der Lebensbahn“ war der Grundtenor meiner Erziehung gewesen. Und wäre ich als Schüler schon wahlberechtigt gewesen, hätte ich nach der Gründung der Bundesrepublik wahrscheinlich die CDU gewählt, zumal der Großvater meines Klassenkameraden Martin Jäger der Kultusminister von Baden-Württemberg war und wir in dessen großem Garten unsere Abenteuerspiele veranstalten durften. Nach dem Entsetzen der NS-Herrschaft schien christliche Politik mir das Richtige zu sein. Umso größer dann die Enttäuschung angesichts des Angebots von Bundeskanzler Konrad Adenauer, die BRD wieder zu bewaffnen.

Wir mussten oder durften im Stuttgarter humanistischen Eberhard-Ludwigs-Gymnasium im Deutschunterricht einen Besinnungsaufsatz schreiben: Sind sie für oder gegen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht? Das war für uns 17-jährige ein ganz heißes Thema, nur dass wir auf dieses Thema – und damit verbunden war ja die Frage nach dem Weltfrieden überhaupt - nicht vorbereitet waren. Es gab

nicht die Fächer „Politische Weltkunde“ oder „Ethik“. Es gab nur „Geschichte“ und „Religion“, getrennt nach Konfessionen.

Die Ablehnung der Politik Adenauers konnte nicht genügen, zumal unverkennbar war, dass auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs ein totalitäres Regime sich etabliert hatte, unter dessen Kontrolle ich auch nicht leben wollte. Ich identifizierte mich weitgehend mit dem Grundgesetz – eben minus Militär. Meine politische Leitfigur war Dr. Gustav Heinemann, und ich setzte ein Zeitlang auf die von ihm gegründete Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Als diese an der 5 Prozent-Hürde scheiterte, begann ich nach den Gründen zu suchen und mich intensiv mit den Formen der Partizipation in demokratischen Systemen zu befassen. Ich erkannte, dass mit einem rein außenpolitischen Programm keine Wahlen zu gewinnen waren und dass es auch einen innenpolitischen alternativen Profils bedurfte. Die meisten GVP-Politiker haben sich dann den Sozialdemokraten angeschlossen. Einige sind später sehr bekannt geworden – wie Erhard Eppler und Johannes Rau. Sie repräsentierten die friedenspolitische Gesinnung, die ich mir von deutschen Politikern wünschte.

Wenn ich mich meiner persönlichen Situation zu Beginn der 60er Jahre zu erinnern suche, dann war für diese charakteristisch, dass ich eher zu einer negativen Utopie – zu Weltuntergangsphantasien - neigte. Besonders pessimistisch stimmten mich an der offiziellen Politik, dass sie Auswirkungen eines atomaren Krieges verleugnete. Was unter dem Stichwort „ziviler Bevölkerungsschutz“ verbreitet wurde, empfand ich als Volksverdummung. Ich studierte dieses Propagandamaterial. Der Gipfel unter den verharmlosenden Empfehlungen war, im Falle eines Atomschlages unter einen Tisch zu kriechen und den Nacken mit einer Aktenmappe zu schützen. Doch ich war als Student politisch nicht organisiert und so reagierte ich zunächst ganz individuell und isoliert. Ich begann ein dreitägiges Fasten und sagte meine Teilnahme an der Promotionsfeier einer Kommilitonin an der Universität Tübingen ab. Ich sah neues Unheil auf die Deutschen zukommen.

Glücklicherweise war ich in meiner Ohnmacht doch nicht so ganz alleine. Es gab in der Bundesrepublik damals kundige und einflussreiche Wissenschaftler, die Adenauer und Strauß zu widersprechen wagten. Es kam am 12. April 1957 zur Göttinger Erklärung von 18 meist weltweit bekannten Atomwissenschaftlern, die Adenauer, welcher die sogenannten taktischen Atomwaffen als eine Fortentwicklung der Artillerie verharmlost hatte, zurechtwies. Ich zitiere aus der Göttinger Erklärung:

„Für die Entwicklungsmöglichkeiten der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.“

Diese Erklärung hat keiner der unterzeichnenden Nobelpreisträger, sondern der relativ junge, damals 45jährige Carl Friedrich von Weizsäcker formuliert. Wenn ich sein Lebenswerk bedenke, dann hätte er wie kein anderer Deutscher den Friedensnobelpreis verdient. Dass er ihn nie bekam, hängt wohl damit zusammen, dass bei dessen Verleihung aktuelle und auch opportunistische Überlegungen eine ausschlagge-

bende Rolle spielen.

Jedenfalls schlug diese Erklärung der Göttinger 18, die in der Verweigerung gipfelte, an deutschen Atomwaffen mitzuwirken, in der politischen Öffentlichkeit ein wie eine Bombe. Das hatte es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben, dass die führenden Wissenschaftler sich aus Gründen der Vernunft und der Moral kategorisch weigerten, an einer bestimmten technischen Entwicklung mitzuarbeiten.

Das war imponierend, und ich kann mir einen Ethik-Unterricht in Deutschland ohne eine Behandlung der Göttinger Erklärung der 18 Atomwissenschaftler eigentlich nicht vorstellen.

Die Unterzeichner haben jedoch eingeräumt, dass sie sich insofern in einer gewissen Verlegenheit befänden, als sie nicht sagen könnten, welche politischen Konsequenzen aus dieser Einsicht in die Wirkung atomarer Waffen gezogen werden sollten. Doch an einem ließen sie keinen Zweifel: „Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt.“ Das war die Absage an den Großen Bruder in George Orwells „1984“. Auf ein konstruktives Programm konnten sich diese 18 Göttinger Wissenschaftler noch nicht einigen.

Interessant ist, dass Carl Friedrich von Weizsäcker persönlich als Alternative zur militärischen Abschreckung die Entwicklung des gewaltfreien Widerstands – nach dem Vorbild Gandhis – im Auge hatte. Er war auf diesem Gebiet jedoch kein Fachmann, aber wo immer er konnte, war er bereit, die Entwicklung von Gandhis Methoden zu einer sicherheitspolitischen Strategie zu fördern.

Und hier gibt es nun eine Verbindung zwischen Carl Friedrich von Weizsäcker und meiner Person. Ich war im Laufe meines Studiums der Geschichte auf Gandhi gestoßen und hatte bei ihm die Erklärung dafür gefunden, dass Revolutionen häufig zu Ergebnissen führen, welche ihre Protagonisten sich nicht gewünscht haben. Man brachte es häufig auf die Formel „Die Revolution frisst ihre Kinder.“ Gandhi erklärte diesen Prozess damit, dass die gewaltsamen Methoden der Gesellschaftsveränderung den revolutionäre Impuls pervertieren. Er forderte, die gewalttätigen Methoden konsequent aus dem revolutionären Prozess auszuschneiden. Der Zweck heiligt nicht die Mittel, sondern die Mittel sind die Ziele in statu nascendi. Die Mittel nehmen das Ziel vorweg. An der Stelle revolutionärer Gewalt empfahl Gandhi - und demonstrierte es durch eigene Experimente – kleine Gruppen und schließlich Massen zur gewaltfreien, direkten Aktion zu erziehen und so konstruktiven Druck auszuüben. Er meinte, dass diesem Druck sich auch die bislang Herrschenden auf die Dauer nicht entziehen könnten und so durch die Ausübung dieser neuen, gewaltfreien Macht von unten auch ein neues demokratisches System entstehen würde. In den USA hat man später diese neue Form der Revolution auf den Begriff gebracht: grass root revolution by nonviolent direct action.

Eine solche Erziehung zur gewaltfreien Revolution bzw. zur gewaltfreien Verteidigung revolutionärer Errungenschaften schien mir der Ausweg aus dem Dilemma der wechselseitigen atomaren Abschreckung zu sein.

Weizsäcker war im Prinzip derselben Auffassung, aber er war nun mal ein Mann des Laborexperimentes und der philosophischen Reflexion und nicht des Straßenkampfes, auch wenn dieser sich gewaltfreier Mittel bediente. Doch es führte kein Weg vorbei an der Konfrontation mit den Mächtigen auf der Straße.

Das zeigte sich, als die politischen Befürworter der Abschreckungsstrategie in Deutschland ein Herbstmanöver veranstalteten, genannt „Fallex 62“. Während dieses Manövers, das eine atomare Auseinandersetzung auf deutschem Boden simulierte, zeigte es sich, dass es innerhalb einer Woche zu etwa zehn Millionen Toten kommen und die medizinische und sonstige Versorgung zusammenbrechen würde. Die Veranstalter dieses Kriegsspiels hätten dies nicht an die große Glocke gehängt, sondern den Schleier der militärischen Geheimhaltung darüber gebreitet. Doch der „Spiegel“ berichtete darüber detailliert. Bundeskanzler Adenauer sah darin einen „Abgrund von Landesverrat“, und der Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß erwies als Mann der Tat und als der Bayer fürs Grobe. Er ließ den Autor des Spiegelberichts in Spanien durch Francos Schergen festnehmen. Die Staatsanwaltschaft zog in Deutschland nach, und Augstein, der Herausgeber des Spiegel, wurde festgenommen und das Erscheinen des Spiegels unterbunden.

Das ist als die „Spiegel-Affäre“ in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen. Die Informationsfreiheit stand auf dem Spiel. Das Vorgehen gegen den Spiegel zeigte auch: Es reicht nicht, wenn ein paar berühmte Wissenschaftler einem Adenauer und einem Strauß im Blick auf die Wirkung atomarer Waffen mit einem Papier widersprechen und feierlich erklären, dass sie an diesen Waffen nicht mitarbeiten werden, wenn die Betreiber der atomaren Abschreckung im Rahmen eines Militärbündnisses stur weitermachen und die einschlägigen Informationen zu den Schäden künftiger Kriegsführung zum militärischen Geheimnis erklären und sie unterdrücken.

Deswegen war es wichtig, dass der Spiegel die Ergebnisse des Manövers „Fallex 62“ massenwirksam publizierte – und dass die Leser des Spiegel sich mit den Journalisten solidarisierten. Die Spiegel-Leser gingen auf die Straße. Das war der springende Punkt.

Ich erinnere mich noch sehr genau: Am Tage nach der Verhaftung Rudolf Augsteins traf ich mich wie jeden Sonntagmorgen mit meinen Stuttgarter Freunden, um darüber zu beraten, wie wir Gandhis Methoden in Deutschland bekannt machen und ihre Wirksamkeit demonstrieren könnten. Wir Kriegsdienstverweigerer wollten nach Gandhis Vorbild ein Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen aufbauen mit dem Ziel, schließlich die militärische Verteidigung durch einen vorbereiteten gewaltfreien Widerstand zu ersetzen.

Gandhi hatte eine solche Organisation als Shanti Sena bezeichnet. Das heißt wörtlich übersetzt „Friedensarmee“. Das lateinische „arma“ heißt eigentlich die Waffe. Insofern konnte man eine gewaltfreie Organisation schlecht als Armee bezeichnen. Allerdings war auch damals die übertragene Nutzung des Begriffs Armee nicht unüblich. Ich erinnere nur an die Heilsarmee, die sich allerdings durch Uniformen kenntlich macht. Wenn ich heute wieder nach einer Bezeichnung für eine deutsche Shanti Sena suchen müsste, würde ich wahrscheinlich von einem gewaltfreien Netzwerk sprechen. Damals nannten wir uns „Gewaltfreie Zivilarmee“. Doch wir waren eine Aufbauorganisation, keine Riesenarmee, sondern ein kleines Häuflein, doch gerade in dieser Situation außergewöhnlich handlungsfähig, das heißt, wir waren aus dem Stand heraus sofort mobilisierbar.

Wir verabredeten, uns noch am selben Tag, also am Sonntagnachmittag auf der Stuttgarter Königsstraße vor das Gebäude der Stuttgarter Nachrichten zu stellen, de-

monstrativ Spiegel zu lesen und uns zuvor den Mund mit Leukoplast zu verkleben. Dazu eine Presseerklärung mit einem Protest gegen die Verhaftungen und dem Hinweis, dass der sowjetische Geheimdienst wohl kaum auf die Spiegel-Lektüre angewiesen sei.

Die Spontandemonstration klappte planmäßig. Noch am Sonntagabend waren wir im Fernsehen, und die Protestaktionen breiteten sich über die ganze Republik aus – insbesondere in den Universitätsstädten. Liberale Professoren und Studenten demonstrierten gemeinsam. Jetzt reagierte auch die parlamentarische Opposition. Sie ließ sich von Adenauers Landesverratsgerede nicht länger einschüchtern. Im Endeffekt kamen die Journalisten frei und Verteidigungsminister Strauß musste zurücktreten.

Im Rückblick kann man sagen: Im Verlauf der Spiegel-Affäre haben die Deutschen gezeigt, dass sie Demokratie gelernt haben und dass sie diese nicht nur in der Wahlkabine, sondern auch auf der Straße einfordern können. Die Proteste zugunsten der Spiegel-Berichterstattung waren eine Vorwegnahme der Außerparlamentarischen Opposition der Studentenbewegung der Jahre 1967/68.

Es entwickelte sich jedoch in den 60er Jahren nicht geradlinig eine gewaltfreie Bewegung. Die studentische Revolte von 1967/68 war sich ihrer Methoden nicht sicher. Sie bediente sich einerseits der gewaltlosen Methoden der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, sympathisierte aber andererseits mit Guerillabewegungen in der Dritten Welt. Die Zukunftserwartungen – man könnte vielleicht auch von Utopien sprechen – waren sehr gewalttätig. Die Demonstranten skandierten auf dem Kurfürstendamm „Ho Ho Ho-tschi-Minh“, und der Aufruf Che Guevaras „Schafft zwei, drei viele Vietnam“ schuf für Teile der Studentenschaft eine eingängige Vision, bei der aber unklar blieb, wie die Industriegesellschaften sich unter dem Einfluss der revolutionären Befreiungsbewegungen verändern sollten.

Es wurde experimentiert mit leninistischen Kaderorganisationen, und einige wenige meinten gar, man könne sich mit den revolutionären Befreiungsbewegungen solidarisieren, indem man eine Rote Armee Fraktion aufbaue.

Das war jedenfalls etwas ganz anderes als das Konzept der Stuttgarter Gruppe „Gewaltfreie Zivilarmee“, deren Held nicht Che Guevara, sondern neben Gandhi vor allem Martin Luther King war. Diese Graswurzelgruppe solidarisierte sich mit den gewaltfreien Befreiungsbewegungen durch eine Fastenaktion am Samstag jeder Woche, nannte sie darum „Samstag 24“ und stand im Kontakt zu einem indischen Dorf, in dem Ralph Keithan, ein Quäker im Sinne Gandhis wirkte.

So standen sich also zwei Visionen gegenüber, auf der einen Seite die des Guerillakampfes im Stile Che Guevaras und auf der anderen Seite die Vision einer gewaltfreien Graswurzelrevolution und deren Verteidigung durch gewaltfreien Widerstand. Mehrere Jahre sah es so aus, als ob die Guerillakonzepte das Bewusstsein und die Praxis der deutschen Nachkriegsjugend prägen könnten. Den Höhepunkt erreichte die Verunsicherung des Bewusstseins während der Entführung des Industriellen Hanns-Martin Schleyer. Ehrenwerte Pazifisten wie Heinrich Böll wurden verdächtigt, Sympathisanten der RAF zu sein. Da war anscheinend nirgendwo mehr von der Vision einer gewaltfreien Gesellschaft die Rede. Niemand sprach von einer Utopie des Friedens. Man hätte annehmen können: Die APO, die Studentenbewegung ist total gescheitert. Dabei hatten die Hoffnungen auf einen weltweiten Sieg des Sozialismus

sich als trügerisch erwiesen. Der real existierende Sozialismus in der DDR und den anderen COMECON-Staaten wirkte auf die westeuropäischen Sozialisten im allgemeinen wenig begeisternd – und als man sich die Kulturrevolution in China etwas genauer ansah, war auch da bald der Lack ab und die Mao-Bibel verschwand aus der studentischen Verwendung. Die Studentenrevolte hatte zwar zur Demokratisierung der Universität beigetragen und deren Errungenschaften haben mich mein ganzes Berufsleben getragen, aber die studentische Rebellion war mit ihren utopischen Impulsen gescheitert.

Doch unversehens kamen die Impulse zur gewaltfreien Veränderung der Gesellschaft aus einer scheinbar ganz anderen Ecke. Die Erfahrungen der erfolgreichen Proteste gegen die Festnahmen von Conny Ahlers und Rudolf Augstein waren als soziales Know-how nicht einfach vergessen. Wer in Zeiten der APO gewaltfrei zu demonstrieren gelernt hatte, griff auf dieses Know-how zurück, als neue Situationen im deutschen Alltag dies erforderten.

Auf die APO der Studenten folgte in der Bundesrepublik die Bewegung der Bürgerinitiativen aus ehemaligen Studenten, die sich nun als junge Familien weniger um die Dritte Welt als um Aufgaben im Nahbereich kümmerten, um Abenteuerspielplätze, um Eltern-Kind-Gruppen und um die sich immer deutlicher abzeichnenden Umweltprobleme.

Die Friedensvisionen änderten sich nicht total, aber sie erweiterten sich um eine neue Dimension. Man begriff, dass man die Erde auch ohne Atomkrieg zugrunde richten kann und zwar durch die industrielle Expansion und den maßlosen Verbrauch begrenzter Ressourcen. Statt Che Guevara las man von Dennis Meadows und dem Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ und von Herbert Gruhl „Ein Planet wird geplündert“. Die erste bundesweite Bürgerinitiative wandte sich gegen Fluglärm und die nächste dann schon gegen die Ausbreitung der Kernkraftwerke. Im Kaiserstuhl, einer Gegend, in der die CDU bei Wahlen an satte Mehrheiten gewohnt war, protestierten die Winzer gegen das AKW Wyhl und besetzten den Bauplatz.

Und beim Widerstand gegen die AKWs waren die Gandhi-Anhänger wieder am Zug und sie konnten durchsetzen, dass die gewaltfreien Methoden im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zur Norm erhoben wurden. Es kam zu einer dauerhaften Verbindung von „grün“ und „gewaltfrei“, zumindest im Blick auf die innenpolitische Konfliktaustragung.

Aber es gab nach wie vor die Blockkonfrontation zwischen Ost und West, zwischen NATO und Warschauer Pakt. Auch hier hatte sich 1968 etwas bewegt. Die Tschechen und Slowaken hatten sich auf einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht verständigt, und als der Warschauer Pakt auf den Prager Frühling im August 1968 mit einer bewaffneten Intervention reagierte, war es überraschend zu einem erstaunlich geschlossenen, phantasievollen gewaltlosen Widerstand von Volk und Partei gekommen. Die Hardliner konnten den Widerstand zwar unterdrücken, aber sie hatten den gewaltfreien Widerstand zu respektieren gelernt, und als in den 80er Jahren Solidarnosc wieder zu gewaltfreien Methoden griff, verzichteten sie auf einen militärischen Eingriff und begnügten sich mit den Versuchen eines einheimischen Generals, das Verlangen nach Demokratie zu dämpfen – ohne nachhaltigen Erfolg.

Die Bürgerrechtsbewegungen konnten den demokratischen Aufbruch zwar im ers-

ten Anlauf mit ihrem spontanen gewaltfreien Widerstand noch nicht verteidigen, aber sie hatten sich auch bei den Unterdrückern Respekt verschafft. Nach dem August 1968 war die Vorstellung der europäischen Nachahmer Gandhis, dass man die gewaltfreie Methoden als Mittel des Aufstandes und auch der Verteidigung einsetzen könne, nicht mehr utopisch, sondern es war eine Frage der zweckmäßigen Organisation und der Entwicklung von Strategien des Aufstands und der gewaltfreien Verteidigung.

Carl Friedrich von Weizsäcker hatte früh ein sicheres Gespür für das sicherheitspolitische Potential, das in der gewaltfreien Aktion steckte. Er machte sich 1967 zum Befürworter einer Konferenz, welche sich darauf konzentrierte, die Strategie der Civilian Defence, wie sie im angelsächsischen Raum genannt wurde, zu erkunden. Ich bekam den Auftrag, auf einer Konferenz der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler in München die Methoden des gewaltfreien Widerstands gegen Besatzungsmächte vorzustellen. Nach der Okkupation der CSSR veröffentlichte der Spiegel – also ein Jahr später - meinen Vortrag, und Walter Ulbricht behauptete, man könne genau vergleichen zwischen den dort vorgeschlagenen Methoden und den konterrevolutionären Aktionen der CSSR. In Wirklichkeit hatten die Tschechen und Slowaken den gewaltlosen Widerstand ganz spontan geleistet und es gab keinen Einfluss von westdeutschen Zentralen der Konterrevolution, aber richtig war, dass sich hier eine neue politische Vision abzeichnete.

Für George Orwell waren totalitäre Regime durch gewaltlosen Widerstand nicht zu erschüttern. Der Große Bruder kontrollierte alles, sogar die Sprache. Man konnte schon gar nicht mehr widerständig denken. Karls Jaspers hatte sich ähnlich geäußert und befürchtet, dass bei einem Verzicht auf atomare Abschreckung im Falle einer Okkupation die Idee der Freiheit auf immer verloren gehen könne.

Nach 1968 war klar, dass dies nicht stimmte und dass sich das widerständige Denken und die Kenntnis der Methoden des gewaltfreien Widerstands unaufhaltsam ausbreiteten. Auch in den Medien der DDR konnte man sich über gewaltfreien Widerstand informieren. Die Schriften Martin Luther Kings waren zugänglich. Bürgerrechtsgruppen wussten über die Methoden der gewaltfreien Aktion mehr oder weniger genau Bescheid. Der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ war dann die symbolische Verdichtung der Vision einer anderen Politik. Dem entsprachen in der Bundesrepublik die Aktionen Zivilen Ungehorsams gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen. Diese Proteste wurden von einigen Vordenkern der Friedensbewegung offensiv verbunden mit der Forderung nach einer ganz anderen, rein defensiven Sicherheitspolitik.

Ich gehe hier jetzt nicht in die Details. Ich habe in Starnberg in einer Forschungsgruppe Carl Friedrich von Weizsäckers mitgearbeitet. Unter dem Gesichtspunkt „Konkrete Utopie des Friedens“ war das Aufregende, dass wir eine andere Form der Weltinnenpolitik ausmalten, meist allerdings nur Umrisse zeichneten – doch es ging perspektivisch um eine Welt ohne atomare Abschreckungswaffen und das ganze gestützt auf die Fähigkeit breiter Bevölkerungskreise, sich der Methoden des gewaltfreien Widerstands zu bedienen.

Wenn man aus dem Wende-Jahr 1989 zurückblickt auf die Jahre des Protestes gegen die Mittelstreckenraketen und auf die kuriosen Versuche der DDR-Führung diese

Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ zu verbieten, dann kommt es einem vor, als ob sich ein gewaltfreier Aufstand zielstrebig entwickelt hätte. In Wirklichkeit hatten die Friedens- und Ökologiebewegung im Westen und die Bürgerrechtsbewegungen im Osten immer wieder gegen die Resignation und das Versiegen der Visionen zu kämpfen. Und selbst die Protagonisten der Wende, also der Abkehr vom dirigistischen Staatssozialismus wurden dann von dieser Wende und dem völligen Verzicht auf eine demokratische Form des Sozialismus überrascht. Der häufigste Kommentar im Volk war „Wahnsinn!“ Doch was bedeutete dies: War eine utopisch scheinende Vision Wirklichkeit geworden?

Ich will nicht schwärmen und ich erinnere an Weizsäckers zweite These: *Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter*. Es ist zwar Fabelhaftes geschehen, und die Gefahr eines Atomkrieges wurde wesentlich reduziert, aber der Weltfriede ist jetzt nicht einfach Wirklichkeit. Seit 1989 hat es weitere lokal begrenzte Kriege gegeben, doch im Blick aufs Ganze kann man sagen: Die Weltinnenpolitik hat Bewegungsspielraum gewonnen. Wir sind nicht völlig blockiert durch Rüstungswettläufe und lokale Kriege und wir können uns trotz aller Handicaps den anstehenden Problemen der Überwindung der Armut und der ökologischen Einpassung unserer Lebensweise zuwenden. Der Weltfriede ist nichts Utopisches, sondern etwas, das sich erzielen lässt. Dabei ist es ein ganz wichtiges Moment, dass uns jetzt in der gewaltfreien Aktion eine Methode zur Verfügung steht, mit der vor allem die Betroffenen selbst Konflikte bearbeiten und ohne den Einsatz militärischer Mittel die Lage grundlegend verbessern können. Im arabischen Raum erzielten die gewaltfreien Aufstände in Tunesien und Ägypten Veränderungen, die zu weiteren Hoffnungen berechtigen.

Es gibt allerdings viele Situationen und darunter auch neuartige, welche Anlass zu großer Sorge geben. Die Hauptfrage ist für mich: Werden wir – und damit bin ich bei der dritten These Weizsäckers - werden wir auch bei Rückschlägen geduldig an den konstruktiven Programmen festhalten und uns zu keinen gewalttätigen Reaktionen provozieren lassen.

Was mich skeptisch stimmte, war die Reaktion der USA und auch der deutschen Regierung auf den Anschlag gegen das World Trade Center am 9. September 2001. Unser Bundeskanzler sprach von uneingeschränkter Solidarität mit den Amerikanern, und der amerikanische Präsident eröffnete den „Krieg gegen den Terror“ mit dem militärischen Vorgehen gegen Afghanistan, weil dessen Taliban-Regime der international agierenden Terrororganisation Al Quaida eine Basis für die Vorbereitung solcher Anschläge bot. Nach den Motiven der Selbstmordattentäter und ihrer Bewunderer und nach den Möglichkeiten, auf die Motive der Attentäter und ihrer Sympathisanten einzuwirken, wurde wenig gefragt.

Wir sind in der Zwischenzeit etwas klüger geworden. Wer glaubt schon noch an den Erfolg eines „Krieges gegen den Terror“? Auch das Killen von Osama bin Laden hat die Gefahr terroristischer Anschläge nicht verringert, sondern seine Anhänger wahrscheinlich zu noch rücksichtsloserem Vorgehen angestachelt.

Man könnte ja meinen, wir Deutschen leben zur Zeit weitgehend im Frieden. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan tangiert ja die wenigsten Bürger, und gemessen an den Opfern früherer Kriege sind ja die deutschen Verluste in Afghanistan gering.

Was mir große Sorgen macht, ist die Anfälligkeit von Industriegesellschaften für Terroranschläge – insbesondere in der Variante der Selbstmordattentate. Atomkraftwerke sind gegen solche Attentate kaum zu schützen und auch andere industrielle Anlagen sind sehr verwundbar. Wie würden die Deutschen auf ein Attentat gegen ein Atomkraftwerk reagieren? Die Zukunft des Friedens hängt meines Erachtens sehr stark davon ab, auf welche Reaktionen wir uns einstellen.

Ich erinnere noch einmal an den Anschlag auf das World Trade Center in New York. Ich hatte zunächst die Hoffnung, dass die USA es bei der interreligiösen Gedenkfeier im Yankee-Stadion belassen würden. Amerika gedachte der Toten unter den Trümmern des World Trade Centers und die Welt trauerte mit den Bürgern von New York und Washington. Muslimische Geistliche trugen Suren aus dem Koran vor und baten um Gottes Segen für ihre Heimat. Schwarze Amerikaner sangen ihre Hymne "We shall overcome" und der schwarze Pfarrer Forbes von der River Side Church zitierte kraftvoll und eindringlich die Seligpreisungen des Bergpredigers "Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen."

Auf einer Studienreise, welche den Spuren Martin Luther Kings in den USA gefolgt war, hatte ich einige Wochen vor dem Anschlag auf das World Trade Center an einem Gottesdienst in der River Side Church teilgenommen - im Gedanken an die berühmte Predigt Martin Luther Kings in dieser Kirche. King hatte 1967 - trotz der Warnungen vieler Weggefährten in der Bürgerrechtsbewegung - gegen die amerikanische Intervention in Vietnam gepredigt. Er hatte damals den prophetischen Satz gesprochen: Die Bomben, die wir über Vietnam abwerfen, werden in Amerikas Städten explodieren. Er dachte zunächst ganz praktisch an die Kosten des Krieges und die darum fehlenden Mittel im Kampf gegen die Armut in Amerika und in der Welt. Doch rückblickend scheint es mir, dass er auch in dem Sinne Recht behalten hat, dass die in den 90er Jahren fortgesetzten Manifestationen der militärischer Überlegenheit der USA diese einerseits hasserfüllten, andererseits präzise kalkulierten Anschläge provoziert haben.

Die Botschaft der Trauerfeier im Yankee Stadion war: Amerika lässt sich nicht terrorisieren. Aus dem, was dort gesprochen, gesungen und gebetet wurde, ließ sich der Schluss ziehen: Nun macht Amerika sich wieder an die Arbeit, es macht sich wieder an die Verwirklichung des amerikanischen Traums, zu dem neben dem Streben nach Glück für die Amerikaner auch das Streben nach Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle Bewohner dieser Erde gehört.

Wahrscheinlich hätte Martin Luther King den Auftrag zur Verwirklichung dieses Traumes seinen amerikanischen Landsleuten auf den Heimweg mitgegeben, wenn er noch gelebt hätte, ja wenn er 1968 nicht ermordet worden wäre, weil er zu intensiv für die Gleichstellung aller Amerikaner, gegen die Armut in Amerika und in der Welt und gegen die Intervention in Vietnam agitiert hatte.

Das ungute Gefühl, das mich während der Trauerfeier immer wieder beschlich, rührte von dem Gedanken: Während die New Yorker hier um ihre Toten trauern, und gemeinsam singen "We shall live in peace" und den Segen Gottes für Amerika erbiten, wird auf den Flugzeugträgern der Angriff auf Afghanistan vorbereitet. Und die Montagszeitungen publizierten auch tatsächlich neben den Bildern von der Trauerfei-

er ein Luftbild des Flugzeugträgers Theodore Roosevelt. Auf der Startfläche in großen Buchstaben die beiden ominösen Worte "Big Stick", anknüpfend an Teddy Roosevelts "Speak softly and carry a big stick". Sprich sanft, doch habe den dicken Knüppel zur Hand!

Israel pflegt auf Selbstmord-Attentate ähnlich zu reagieren. Doch der big stick eignet sich nicht zur Bearbeitung von Konflikten. Darum muss ich jetzt zum Schluss noch etwas sagen zur dritten These Weizsäcker: *Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung.*

Die moralische Anstrengung besteht zunächst einmal darin, dass wir zu einer selbstkritischen Einschätzung der Weltlage und unserer Rolle in der Welt gelangen. Und dabei sollte man sich eines Wortes Jesu aus der Feldpredigt im Lukasevangelium erinnern: „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge, und des Balkens in deinem Auge wirst du nicht gewahr.“ (Lukas, 6,41)

Die Terroranschläge sind im einzelnen verbrecherisch, aber sie erfolgen nicht aus dem blauen Himmel, sondern sie lassen sich verstehen als Reaktion auf vermeidbare, in der Vergangenheit liegende Fehlverhaltensweisen der nun furchtbar Getroffenen.

Nach diesen Balken im eigenen Auge zu suchen, ist wichtiger als die moralische Verurteilung der Attentäter. Mir fällt auf, dass deutsche Politiker nach Attentaten diejenigen, welche sie ausführten, immer wieder als feige bezeichnen. Wie soll jemand „feige“ sein, der sein Leben riskiert und häufig genug beim Einsatz verliert? Doch anscheinend hat es eine entlastende Funktion, die Attentäter moralisch zu verurteilen. Doch damit beweist man keine Friedensfähigkeit. Wichtig ist, dass man nach der eigenen Verantwortung für die aktuelle Situation fragt und dass man überlegt, was man in Anbetracht zurückliegender Fehler tun kann, um begangenes Unrecht wieder gut zu machen und was man tun kann, um künftigem Unrecht vorzubeugen. Das ist viel verlangt. Darum spricht Weizsäcker von einer außerordentlichen moralischen Anstrengung. Doch verträgt das Wahlvolk in der Demokratie, dass man auf die Balken im eigenen Auge hinweist? Wenn ich an die Tea-Party-Bewegung in den USA denke, dann graust es mir und die neuerlichen Versuche der FDP, durch das Streben nach Steuerentlastungen die Wählergunst des Mittelstandes zurückzugewinnen, scheinen mir auch nicht von einer selbstkritischen Analyse der Rolle Deutschlands in der Weltinnenpolitik zu zeugen.

Das Interessante an Staatsutopien ist, dass sie neue Institutionen erfinden. George Orwell war in dieser Hinsicht einfallreich, wobei man allerdings sagen muss, dass z.B. die Ministerien im Reich des Großen Bruders nur eine Totalisierung dessen waren, was man im Reiche Hitlers und Stalins bereits vorfinden konnte.

Aber welche wirklich neuen Institutionen bräuchte denn ein Friedensregime? Wenn ich Fachmann für Währungspolitik wäre, dann könnte ich jetzt auf entsprechende Vorschläge und neue Institutionen verweisen, aber ich bin dieser Fachmann nicht und darum spare ich dieses wichtige Thema hier aus.

Doch auch die gewaltfreie Konfliktaustragung fordert eine neue Institution. Bisher waren die Träger der gewaltfreien Aktionen meist spontane Gruppen, die sich als Basisgruppen verstanden und sich vielleicht auch dann mal zu einer etwas größeren, länger dauernden Kampagne zusammengeschlossen haben. Was sie an Know-how brauchten, übten sie im Blick auf einen bestimmten Bedarf kurzfristig ein. Das war

ein auf eine bestimmte Aktion oder eine bestimmte Kampagne bezogenes Training. Trat wieder ein neuer Aktionsbedarf auf, musste man jedes Mal neu anfangen, auch wenn gelegentlich früher Eingeübtes sich erneut als nützlich erwies.

Doch wäre es nicht sinnvoll, das Know-how der gewaltfreien Konfliktaustragung in der gesamten Gesellschaft zu verbreiten ähnlich wie die Fähigkeit zu lesen, zu schreiben und zu rechnen? In der kritischen Auseinandersetzung mit der allgemeinen Wehrpflicht hat die Evangelische Kirche in Berlin Brandenburg 1994 vorgeschlagen, einen obligatorischen Zivilen Friedensdienst aufzubauen und auszubilden. Der Zivile Friedensdienst sollte in der Lage sein, sich in innenpolitische Konflikte vermittelnd einzuschalten. Er sollte gewaltfreie Verhaltensweisen durchsetzen. Bei Bedrohungen von außen, einer Okkupation oder einem Staatsstreich sollte er wissen, wie die demokratischen Institutionen funktionsfähig gehalten werden können. Für den Fall, dass dieses Know-how auch in anderen Ländern gefragt sein sollte, war vorgesehen, dass der Zivile Friedensdienst auch im Ausland tätig werden könnte. Der kirchliche Vorschlag basierte auf der Annahme, dass die Institution Ziviler Friedensdienst im Laufe der Jahre über eine große Zahl von ausgebildeten Mitgliedern verfügen würde. Sie sollte an die Stelle des Militärs treten und die Polizei in innenpolitischen Konflikten entlasten.

Dieses Konzept ist von der rot-grünen Bundesregierung nur in sehr bescheidenem Umfang realisiert worden. Der Zivile Friedensdienst wurde beim Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit angesiedelt. Es sind wenige hochqualifizierte Mitarbeiter in Konfliktgebiete entsandt worden. Wie ich auf einer Studienreise durch Serbien und das Kosovo feststellen konnte, haben sie dort auch gute Arbeit geleistet, aber aufgrund ihrer geringen Zahl konnten sie noch nicht zeigen, was in dieser neuen Institution an Potential steckt.

In meiner konkreten Utopie des Weltfriedens spielt dieser Zivile Friedensdienst und das Training für seinen Einsatz eine hervorragende Rolle. Doch er wird nur dann aufgebaut werden, wenn relevante Teile der Bevölkerung sich mit dem Konzept des Zivilen Friedensdienstes identifizieren und es dann auch auf der parteipolitisch-parlamentarischen Ebene durchsetzen. Es würde mich sehr interessieren, ob Sie als Ethik-lehrer sich eine solche Institutionalisierung eines Zivilen Friedensdienstes vorstellen können. Man kann in der Schule einiges einüben. Es gibt Ansätze, also Konfliktlotsen und ähnliches. Ich habe auch mit Studenten der Politischen Wissenschaft Trainings in gewaltfreier Konfliktaustragung durchgeführt – zweisemestrig, vierstündig. Unsere Erfahrungen haben die Studenten und ich in Werkstattbüchern festgehalten. Ich fand die Experimente und die dabei gemachten Erfahrungen vielversprechend, aber ich meine, dass es jetzt dieser außerordentlichen moralischen Anstrengung bedarf, das in den Umrissen und in manchen Details bereits Konzipierte, auch auszuführen.

Ich konnte vieles in diesem Vortrag nur andeuten. Sie können sich auf dem Literaturlisch weiter umsehen, aber ich hoffe, dass dieser Vortrag zunächst einmal genüge, Sie zu Fragen und Stellungnahmen anzuregen. Ich danke jetzt zunächst einmal für Ihre Aufmerksamkeit für diesen absichtlich biographisch gehaltenen Bericht über ein zunächst sehr spekulativ anmutendes Thema.

2. Gewaltfreie Aufstände gegen autoritäre Regime. Neue Erfahrungen²

Ein Vorläufer

Vom 15.-18. März 2007 fand im St. Anthony's College in Oxford eine Fachkonferenz zum Thema „Ziviler Widerstand in einer Welt der Machtpolitik“ (Civil Resistance and Power Politics) statt. Ich war der einzige deutsche Sozialwissenschaftler unter den rund hundert Teilnehmern, von denen etwa die Hälfte Engländer und Amerikaner waren. Meine ausnahmsweise und späte Einladung zur Teilnahme auf eigene Kosten hatte ich wohl dem Umstand zu verdanken, dass ich Adam Roberts, einen der beiden Organisatoren von einer 43 Jahre zurückliegenden, durchaus vergleichbaren Oxforder Tagung im September 1964 kannte. Diese Vorgängerkonferenz war die nunmehr fast schon legendäre Civilian Defence Study Conference im St. Hilda College. Dies war damals die erste Fachtagung, die sich mit der Frage befasste, welche Bedeutung der gewaltfreie Widerstand für die Verteidigungspolitik demokratisch verfasster Staaten haben könnte. Vier Jahre später, nach der Okkupation der CSSR im August 1968 durch die Truppen des Warschauer Paktes war es dann weltöffentlich und unbestreitbar, dass die nun von uns Deutschen „Soziale Verteidigung“ genannte gewaltfreie Form des Widerstandes gegen Besatzungsregime und Staatsstriche ein Machtfaktor ist in der internationalen Politik. Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler bildete unter meiner Leitung eine Arbeitsgruppe, welche sich mit der Erforschung der Sozialen Verteidigung befasste. Aus dieser Forschungsarbeit gingen mehrere Fallstudien zum zivilen Widerstand gegen Besatzungsmächte hervor – so zum Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht in Dänemark und Norwegen, aber auch zum sogenannten passiven Widerstand im Ruhrkampf gegen die französische und belgische Besetzung im Jahre 1923.

Unser Motiv für die Erforschung der Sozialen Verteidigung war, dass wir eine atomare Auseinandersetzung auf deutschem Boden befürchteten und dass es nach den Schadensbemessungsstudien, einer Gruppe um Carl Friedrich von Weizsäcker klar war, dass wir Deutschen einen solchen konventionellen und atomar eskalierenden Krieg als Industriegesellschaft nicht überleben könnten. Im Übrigen hatte bereits das Manöver Fallex 62, das einen solchen Atomkrieg auf deutschem Boden simulierte, gezeigt, dass innerhalb einer Woche in Deutschland mit 6-10 Millionen Toten zu rechnen wäre. Dass der „Spiegel“ damals solche Zahlen publizierte, gewissermaßen in einem Akt der Volksaufklärung, nannte Bundeskanzler Konrad Adenauer „Landesverrat“ und ließ die verantwortlichen Redakteure festnehmen. Dagegen gab es dann den ersten gewaltfreien Aufstand – vor allem von Akademikern. Studenten und Professoren gingen gemeinsam auf die Straße und der Hauptverantwortliche für die Spiegel-Krise, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, musste zurücktreten. Der parlamentarische Protest der SPD setzte aber erst ein, als die Menschen schon auf der Straße waren. 1962 hat sich die Außerparlamentarische Opposition der Jahre 1967 und 1968 bereits angekündigt.

Motive zur Erforschung der gewaltfreien Aktion

² Vortrag zum 20jährigen Jubiläum des Braunschweiger Friedenszentrums am 25. März 2007

Den Hintergrund der deutschen Forschungen zum gewaltfreien Widerstand bildete in der Bundesrepublik bis in das Jahr 1989 immer die Befürchtung, dass Deutschland zum Kriegsschauplatz werden könnte. Es genügte aber nicht, in akademischen Studien zu zeigen, dass geschlossener, gewaltloser Widerstand gegen eine Besatzungsmacht möglich ist und dass seine Ankündigung eine abhaltende Wirkung ausüben dürfte. Die Masse der Deutschen traute sich nicht, es sich vorzustellen, dass wir ohne die amerikanische Schutzmacht neben der als Bedrohung empfundenen Sowjetunion bestehen könnten. Sie ließen sich in ihrer Phantasie gar nicht erst darauf ein, sich als gewaltfreie Widerstandskämpfer vorzustellen. Ich habe mir damals manches Mal überlegt: Solltest du nicht statt weiterer akademischer Abhandlungen über die Soziale Verteidigung besser einen Zukunftsroman schreiben, gewissermaßen ein gandhistisches „1984“ bzw. eine Fortsetzung von Aldous Huxleys Roman „Eiland“.

Die Beobachter der Entwicklung in der CSSR hatten auch noch nicht gelernt, dass gewaltfreier Widerstand zwar über längere Zeiträume unterdrückt werden kann, dies aber nicht ausschließt, dass bei günstiger Gelegenheit der Widerstandsgeist erneut erwacht und in einer neuen Welle von Aktionen, welche die Lehren der Vergangenheit berücksichtigen, der Freiheitskampf fortgesetzt wird. Die indische Unabhängigkeitsbewegung brauchte fast zehn Jahre, um sich von ihrer ersten Niederlage im Jahre 1921 und dem, was Gandhi seinen himalajagroßen Irrtum genannt hatte, zu erholen. Der Salzmarsch des Jahres 1930 war dann der nächste Anlauf im Befreiungskampf.

Die Restauration der kommunistischen Herrschaft in der CSSR unter Husak war für die deutschen Beobachter wenig ermutigend und dazu kam dann in den 70er Jahren der Staatsstreich Pinochets in Chile – offenbar mit amerikanischer Unterstützung. Das waren Rückschläge für das Konzept der Sozialen Verteidigung und sie waren nicht geeignet, die Deutschen zu ermutigen, sich als Träger gewaltfreier Widerstandskaktionen vorzustellen.

Lernprozesse in Bürgerinitiativen

Doch auch die Phantasie der Deutschen gewöhnte sich allmählich an neue Selbstbilder, wenn auch langsam und nicht ruckartig. Der wichtigste Faktor in der Neuorientierung der Phantasie der Deutschen war der Umstand, dass eine wachsende Zahl von Bürgern persönliche Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen machen konnte und gemacht hat. Aus der studentischen Außerparlamentarischen Opposition in der zweiten Hälfte der 60er Jahren gingen zu Beginn der 70er Jahre die Bürgerinitiativen hervor. Das war Kleinarbeit. In den Bürgerinitiativen ging es um Abenteuerspielplätze, um die Umbenennung von Straßen und um Rote-Punkt-Aktionen gegen die Erhöhung von Tarifen im Öffentlichen Nahverkehr. Nichts Spektakuläres, nichts Berauschendes. Doch man übte sich in der Organisation von Basisgruppen. In Kinderläden wurden Erfahrungen mit nicht-autoritärer Kindererziehung gemacht.

Und die Kleinarbeit zeitigte Früchte. Das Selbstvertrauen wuchs. Mitte der 70er Jahre waren die Deutschen dann soweit, dass sie sich von der Behauptung eines baden-württembergischen Ministerpräsidenten mit Marinerichter-Vergangenheit nicht mehr einschüchtern ließen, als dieser behauptete, im Ländle gingen die Lichter aus, wenn

das Atomkraftwerk Wyhl nicht gebaut würde. Auf der lokalen Ebene, in populären Bürgerinitiativen, trauten sich die Deutschen das zu, was sie sich auf der Ebene der internationalen Politik noch nicht trauten, nämlich sich auf den eigenen Verstand und die eigenen Fähigkeiten zu verlassen.

Wenn argumentiert worden war: Wenn alle den Kriegsdienst verweigern, dann kommen die Russen, so wurde dies nicht mit der Parole beantwortet: Die Russen kommen nicht, weil sie wissen, dass sie auf gewaltfreien Widerstand stoßen werden. Das konnte sich die Masse der Deutschen noch nicht vorstellen. Anders in der Frage der Atomkraftwerke. Im Nahbereich trauten sie sich ein eigenes Urteil und auch Widerstand zu. Da experimentierten sie auch mit Alternativen. Dieses neue aufgeklärte und die Eigeninitiative mobilisierende Verhaltensmuster griff in Deutschland allmählich um sich. Ein interessantes Zeugnis dieser neuen Mentalität war Ende der 70er Jahre Joseph Hubers im Rotbuch-Verlag erschienenes Buch „Die Alternativen der Alternativbewegung“. Das war nicht konform zu den expansiven Tendenzen der deutschen Industriegesellschaft, aber es genügte, zwar keine Massen-, aber doch relativ breite soziale Bewegungen entstehen zu lassen, die eine gewisse Verweigerungsmacht zu mobilisieren wussten und sich allmählich auch bei Wahlen gegen die etablierten Parteien durchzusetzen verstanden. Es entwickelte sich graswurzelhaft eine neue kritische Masse, die das Establishment zu der Einsicht zwang, dass bestimmte industrielle Großprojekte nicht durchsetzbar waren, wie z.B. die Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe in Gorleben.

Diese neuen Basisgruppen bildeten noch keine neuen Mehrheiten, aber sie überzogen das Land. Einige ihrer Vertreter fassten auch in den Parlamenten und in anderen etablierten Institutionen Fuß. In einigen Bereichen gelang der lange Marsch durch die Institutionen, von dem Rudi Dutschke 1967 gesprochen hatte. Zu nennen sind hier vor allem die Universitäten – vornehmlich die sozialwissenschaftlichen Fakultäten, wo die Lehrer ausgebildet werden - und zu nennen ist hier auch die Evangelische Kirche, die an vielen Orten die Infrastruktur für die Bürgerinitiativen abgab.

Man kann die Nachkriegsgeschichte Deutschlands auch verstehen als einen fortlaufenden, allmählich immer weitere Bereiche erfassenden Demokratisierungsprozess, der aber noch nicht – das muss man auch sehen – so weit fortgeschritten ist, dass sich dieser Traum der Studiengruppe „Soziale Verteidigung“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler von der Umstellung der Sicherheitspolitik auf gewaltlosen Widerstand dem Moment des Umschlags von der Phantasie in die Realität greifbar genähert hätte – im Sinne der französischen Mai-Parole des Jahres 1968 „Der Phantasie an die Macht“. Doch so manch andere Träume von der Befähigung der Deutschen zur gewaltfreien Aktion sind real geworden. Die Massenmobilisierungen der Ökologie- und Friedensbewegung in der Bundesrepublik und der gewaltfreie Aufstand in der DDR im Jahre 1989 waren aus der Sicht derjenigen, die in den 60er Jahren ganz klein angefangen hatten, schon geradezu fabelhafte Erfolge mit der Methode der gewaltfreien Aktion.

Darum hat es mich auch so gewundert, dass die Deutschen auf der jüngsten Oxforder Konferenz zu „Civil Resistance and Power Politics“ bis auf meine Ausnahme nicht vertreten bzw. nicht eingeladen worden waren. Das liegt sicher auch mit daran, dass die Masse der deutschen Arbeiten zur gewaltfreien Aktion nur in deutscher Sprache vorliegt und dass die meisten englischen und amerikanischen Sozialwissenschaftler nach dem Tod der jüdischen deutschen Emigranten diese Sprache nicht mehr verstehen und dass keine Anstrengungen unternommen werden, die deutschen Werke ins Englische zu übersetzen.

Die Sprache als Moment des Widerstands

Es ist zwar mittlerweile in den Naturwissenschaften weit verbreitet, dass auch Deutsche ihre wissenschaftlichen Abhandlungen von vornherein in englischer Sprache schreiben oder in einem englischen Abstract zusammenfassen. Doch bei den Sozialwissenschaften und besonders bei der Erforschung der sozialen Bewegungen funktioniert das nicht, weil das vornehmliche Instrument dieser Bewegungen nicht die exakte Messung, nicht die Mathematik, sondern die Sprache selbst ist. Besonders Sprachkundige können die Sprache einer sozialen Bewegung zwar in ein ausländisches Idiom übertragen, aber wenn ich von vornherein Englisch schreiben würde, dann wäre das englische Abstract nur ein ganz matter Abglanz des deutschsprachigen Originals. Das ist bei den Sozialwissenschaften kaum anders als bei der Poesie. Es gibt viele deutschsprachige Schriftsteller, die für den Alltagsgebrauch recht passabel Englisch sprechen und auch englische Literatur im Original lesen können und doch würden sie es als eine Stümperei sondergleichen empfinden, wenn sie ihre Romane oder gar ihre Gedichte von vornherein auf Englisch schreiben müssten. Und mit Aufsätzen deutschsprachiger Sozialwissenschaftler ist dies kaum anders. Das behaupte ich mal so. Auch die wissenschaftliche Prosa ist eine gefühlvolle, bildhafte Form des Ausdrucks.

Insofern hatte ich Verständnis dafür, dass die Organisatoren der Oxforder Konferenz über Civil Resistance and Power Politics in erster Linie diejenigen um Referate gebeten haben, deren Muttersprache das Englische ist oder die seit Jahrzehnten in den USA oder in England leben. Aber es kann dann eben leicht passieren, dass ein solch wichtiger Erfahrungsbereich wie der Deutschlands, Österreichs und auch der Schweiz, in der so spannende Erfahrungen wie der einer Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee gemacht wurden, herausfallen. In Oxford wurde zwar über die osteuropäischen sogenannten Revolutionen auf Englisch von Einheimischen berichtet, aber ich wurde den Verdacht nicht los, dass bei den Osteuropäern die begrenzten Kenntnisse der englischen Sprache nun doch zu einer gewissen Simplifikation der Abläufe beitragen. Das ist deutlich zu erkennen an dem Film, der von einem Amerikaner nach serbischen Angaben über den Sturz von Milosevic gedreht wurde. Sein Titel „Bringing down a dictator“ – also zu deutsch „Wie man einen Diktator stürzt“. Es ist zu simpel, Milosevic auf deutsch als „Diktator“ zu bezeichnen. Ich weiß nicht, welche Konnotationen dieses Wort im Serbischen hat. Was hat es zur Folge, wenn man bei diesem Wort „Diktator“ z.B. nicht nur an Hitler, sondern auch an Tito denkt. Welche Sachverhalte trifft man, wenn man Milosevic als Diktator bezeichnet?

Immerhin gab es unter seiner Herrschaft regelmäßig Wahlen und die Opposition konnte ihre Anhängerschaft zu mobilisieren suchen – ganz anders als in Hitler-Deutschland oder in der DDR zu Zeiten Ulbrichts und Honeckers. Was es in Serbien gab, waren keine freien und fairen Wahlen, aber es waren auch keine bloßen Inszenierungen wie zum Beispiel in der DDR oder in den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes vor 1989.

Die Einladungen zur Konferenz

Bevor ich jetzt im Folgenden über die jüngste Oxforder Konferenz berichte, war ich eben in einer Art Rückblick auf die Anfänge der deutschen Demokratisierung von unten der Frage nachgegangen, warum in Oxford im Gegensatz zum Jahre 1964 fast keine Deutschen anwesend waren. 1964 stellten wir etwa 20 Prozent der Teilnehmer, 2007 nur 2 Prozent. Und doch knüpfte man 2007 an die Fragestellung des Jahres 1964 wieder an und es gab auch eine gewisse personelle Kontinuität, denn die vier Hauptorganisatoren der damaligen 1964er Oxforder Tagung sahen sich nun wieder: der Amerikaner Gene Sharp, die Engländer April Carter und Adam Robert und ich. Wir waren inzwischen alle Friedens- und Konfliktforscher geworden und waren auch unserer Thematik, der gewaltfreien Konfliktaustragung, treu geblieben und wir hatten uns auch in der Zwischenzeit immer mal wieder gesehen, zuletzt im Jahre 1984 auf einem Hearing der Grünen im Bundestag in Bonn, in dem es um die Soziale Verteidigung gegangen war. Die durch und durch gewaltfreie Soziale Verteidigung war damals das offizielle sicherheitspolitische Programm der Grünen. Die Bundestagsabgeordneten Petra Kelly und Roland Vogt standen mit ihrer Person dafür. Die Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ hat dieses Hearing der Fraktion der Grünen dann auch dokumentiert. Das war kein einfaches Unterfangen, weil alle englischsprachigen Beiträge vom Tonband abgeschrieben und übersetzt werden mussten.

Mein Kontakt zu dem mittlerweile 80jährigen Gene Sharp ist auch nach 1984 nicht abgerissen. Wir haben uns mehrfach gesehen und unsere Forschungsergebnisse ausgetauscht.

Es gab seit 1964 Verschiebungen im Zugang zur Erforschung und Handhabung der gewaltfreien Aktion. Das war wohl am deutlichsten bei Adam Roberts, der nun zusammen mit dem sehr bekannten, etablierten und nicht-pazifistischen Oxforder Kollegen Timothy Garton Ash diese Konferenz organisiert und über die Einzuladenden entschieden hat. Ich hatte Adam Roberts frühzeitig angeschrieben und ihm auch ein Referat sowohl über die deutsche Friedens- und Ökologiebewegung, aber auch alternativ über den Einfluss der Evangelischen Kirche auf den gewaltfreien Charakter der Wende in der DDR angeboten, weil diese Themen auf der Tagesordnung standen. Ich erhielt monatelang keine Antwort. Schließlich wurde ich auf Intervention Gene Sharps dann doch noch eingeladen, aber zu keinem Referat, sondern zur Teilnahme auf eigene Kosten. Letzteres war mir vertraut, denn dies war 1964 auch so gewesen. Wolfgang Sternstein, der 1964 in Oxford über den Ruhrkampf im Jahre 1923 berichtet hatte, wurde gleichzeitig mit mir auch noch eingeladen, aber er konnte sich eine Teilnahme auf eigene Kosten nicht leisten. Bed and breakfast kosteten im College pro

Nacht immerhin 140 Euro bzw. 90 Pfund. Dazu kamen ja noch die Reisekosten.

Der Ideologieverdacht

Über die deutschen Themen sprachen Amerikaner bzw. ein seit vielen Jahren in den USA lehrender Deutscher. Das löste im Vorfeld der Konferenz unter den Interessierten in Deutschland einige Verwunderung aus. Nicht weil die eingereichten Papiere nicht kundig und diskutierenswert gewesen wären. Doch es sah so aus, als ob Wissenschaftler, die sich über die Jahre mit den politischen Zielen der neuen sozialen Bewegungen identifiziert und hautnah Aktionsforschung betrieben hatten oder gar wie Sternstein für ihren Widerstand gegen die Atomwaffen mehrfach und insgesamt für mehr als ein Jahr im Gefängnis gesessen hatten, verdächtigt wurden, mit ideologischem Vorurteil an die Fragen der Konferenz heranzugehen.

Unter Ideologie verstehe ich falsches Bewusstsein. Ein solches kann sich bei akademischer Distanz, aber auch bei Partei ergreifender Nähe einstellen. Beides hat seine Tücken, aber ich sehe die größere Gefahr darin, dass der dem Establishment – und dessen Ideologien – nahe stehende Akademiker die sozialen Bewegungen falsch einschätzt. Es ist wahrscheinlich eines der bemerkenswerten Charakteristika der deutschen Sozialwissenschaft nach 1968, dass viele Forscher zu den sozialen Bewegungen nicht auf akademische Distanz gehen, sondern diese als teilnehmende Beobachter erforschen. Das gibt es auch in den USA, aber in Großbritannien ist es wohl seltener, so sehr ich den gepflegten, ironischen, humorvollen Umgangston auf dieser Konferenz auch wieder einmal zu schätzen wusste. Es gab ein wahres Ping Pong der Komplimente der Kollegen untereinander. Wir nennen das manchmal etwas gehässig einen Verein zur gegenseitigen Bewunderung.

Es war aber nicht durchgängig so, dass auf der Konferenz die Professoren mit ihren distanzierten Analysen sozialer Bewegungen unter sich gewesen wären. Es gab sowohl unter den Referenten wie auch unter denen, die zu den Analysen Stellung nahmen, einige Aktivisten, welche die sozialen Bewegungen organisiert hatten. Das galt vor allem für die Berichte über die sogenannten bunten Revolutionen in Osteuropa. Aus Tschechien und aus Serbien kamen auch die Sprecher der Bewegungen zu Wort.

Mir ist aber aufgefallen, dass es sich bei den bewegungsnahen Sprechern der osteuropäischen Bewegungen um Aktivisten handelte, welche im Einverständnis mit den Zielen amerikanischer Außenpolitik agiert hatten. Eine Ausnahme war der WRI-Vorsitzende Howard Clark, der im offenen, zerknitterten Hemd einen Kontrast zu den Nadelstreifen und dezenten Krawatten bildete und der über den wenig erfolgreichen gewaltlosen Widerstand im Kosovo sprach.

Eine deplatzierte Frage

Ich habe mich immer wieder gefragt, wie es denn zu dieser mit höchst angesehenen Akademikern und auch mit Diplomaten besetzten Konferenz gekommen ist. In dieses Unternehmen ist viel Geld investiert worden – ganz anders als in die Konferenz von 1964. Auf jedem Arbeitspapier prangten vorne die Namen der unterstützenden, häufig

regierungsnahen Stiftungen. Von deutscher Seite war nur die unverdächtige ZEIT-Stiftung beteiligt, aber eben auch keine Förderorganisation der Friedensforschung. So richtig clubable waren die deutschen Friedensforscher mit ihrem Wyhl- und Mutlangen-Geschmäcke wohl doch nicht.

Ich habe im Anschluss an ein Referat über die erfolgreiche Selbstbehauptung der neu gegründeten baltischen Staaten eine Frage gestellt, die viele im Auditorium merkwürdig berührte. Ich sagte, diese Staaten hätten sich doch ganz ohne Armee nur mittels des gewaltlosen Widerstands der Bevölkerung, der Parlamentarier und der Medien gegen russischen Druck und interne Putschisten zu verteidigen gewusst. Warum seien sie dann nicht beim offenbar erfolgreichen zivilen Widerstand als Mittel der Sicherheitspolitik geblieben und hätten stattdessen eine Armee aufgebaut und die Mitgliedschaft in der NATO gesucht? Ein Diplomat aus einem neutralen Nachbarland versicherte dann den Teilnehmern, dass seine Regierung dieses Vorgehen der baltischen Staaten begrüßt hätte.

Ich hätte aufgrund einer Studienreise des Bundes für Soziale Verteidigung nach Litauen und Lettland meine Frage an die Sicherheitspolitik der baltischen Staaten auch selbst beantworten können, aber dass sie auf dieser Konferenz gar nicht ernst genommen, sondern die Bemerkung des nordischen Diplomaten mit heiterer Erleichterung aufgenommen wurde, scheint mir bezeichnend zu sein für den – sagen wir mal - pragmatischen Umgang mit dem Konzept von Civil Resistance auf dieser Konferenz.

Die Bedeutung der Ziele

Das Bedenken der langfristigen Implikationen gewaltfreien Handelns galt auf dieser Konferenz als ideologisch. Die Grundannahme war, dass es sich beim zivilen Widerstand um eine erlernbare Fertigkeit (skill) handelt, die man zur Demokratisierung autoritärer, korrupter Regime oder auch zur Selbstbehauptung gegenüber Bedrohungen einsetzen kann. Das ist auch richtig. Für viele Menschen ist das Abschütteln und Abwehren solcher Regime ein ausreichendes Motiv, sich zumindest eine Zeitlang politisch in einer Widerstandsbewegung zu engagieren.

Doch ist es ideologisch, wenn man die Frage stellt: Darf es auch ein bisschen mehr sein? Der Kernsatz von Martin Luther Kings Rede am Lincoln Memorial in Washington war schließlich nicht: Siehe, ich verkündige Euch eine neue praktische Methode der Konfliktbearbeitung, sondern: I have a dream.

Man kann sich sogar fragen, ob Martin Luther Kings Traum nicht zu kurz gegriffen hat. Was ist gewonnen, wenn es ein schwarzer Außenminister ist, welcher der Weltöffentlichkeit die als Beweise aufgemöbelten Propagandalügen über die irakischen Massenvernichtungsmittel vorträgt und damit einen Angriffskrieg legitimiert?

Langfristige Ziele sind wichtig. Auch Gandhi sprach vom „Indien seiner Träume“ und dabei ging es ihm um „Hind Swaraj“, also um indische Selbstbestimmung im weitesten sozialen Sinne und nicht allein um die nationale

Unabhängigkeit von England. Die Teilung Indiens und die wechselseitige atomare Bewaffnung waren das absolute Gegenteil seines Traums von „Swaraj“.

Gandhi hat über den Zusammenhang von Zielen und Mitteln nachgedacht – und er hat die Bedeutung der gewaltfreien Mittel für das Erreichen der Ziele hervorgehoben, aber das heißt doch nicht, dass die Ziele eine zu vernachlässigende Größe sind.

Darin sehe ich ein Defizit der Oxforder Konferenz: Über die Ziele der Widerstandsbewegungen wurde nicht genügend nachgedacht. Sie wurden in keinem einklagbaren Sinne formuliert, einklagbar in dem Sinne, dass eine Vernachlässigung oder gar der Verrat der Ziele erkennbar wird. Die Grünen haben bei ihrer Gründung versprochen, gewaltfreie Politik zu machen und was darunter zu verstehen ist, war einigermaßen klar. Und klar war eben dann auch, dass sie für die Realisierung dieses Zieles wenig getan haben und dass sie es bei der Beteiligung am Angriff der NATO auf Serbien auch verraten haben. Ich habe mit Vorträgen über gewaltfreie Strategie für die Grünen Wahlkampf gemacht und ich fühlte mich von diesem neuerdings elderly statesman Professor Joseph Fischer und auch einigen Politikerinnen, die jetzt die Offiziere für sich entdeckt haben, richtiggehend beschissen. Ich formuliere dies so ordinär, weil Gefühle nun eben auch zum zivilen Widerstand und vielleicht sogar zur Aktionsforschung gehören. Diese Herrschaften sollen ruhig spüren, dass Beliebtheitskalen in den Fernsehnachrichten nicht unbedingt den Gefühlen derjenigen entsprechen, die sie seit Jahren beobachten.

„Das Minimum ist das Maximum.“

Noch einmal zur Bedeutung der Ziele und ihrer sorgfältigen Prüfung, bevor man sie nach Opportunitätsgesichtspunkten hinausposaunt. Ich habe mich zum Beispiel beim Referat des mir besonders sympathischen Howard Clark über den gewaltlosen Widerstand im Kosovo gefragt, ob die nationale Unabhängigkeit des Kosovo im Sinne von Gandhis Satyagraha-Strategie ein sinnvolles Ziel ist angesichts der offenbaren Unfähigkeit von Serben und Kosovo-Albanern in diesem Gebiet friedlich nebeneinander zu leben. Wie soll man mit gewaltlosen Mitteln die nationale Unabhängigkeit durchpauken, wenn die Serben in diesem Lande – auch aufgrund von bösen Erfahrungen – diese nationale Unabhängigkeit des Kosovo als existenzielle Bedrohung empfinden?

Gandhi hat einmal im Blick auf die Ziele von sozialen Bewegungen gesagt: Das Minimum ist das Maximum. Das Minimum ist, dass die serbische Minderheit sich im Kosovo absolut sicher fühlt. So wie Gandhi eben auch sagte: Die Engländer müssen sich an jedem Ort Indiens persönlich absolut sicher fühlen. Dann kann auch die Unabhängigkeit kommen. Auf serbischer Seite ist das Minimum, dass die Serben die Kosovo Albaner in ihrer Eigenart auch wertschätzen und ihnen dies in Vertrauen bildender Weise zeigen.

Wenn diese Minimalvoraussetzungen der wechselseitigen Wertschätzung und Sicherheitsgarantie erfüllt sind, dann verlieren die Kosovo Albaner möglicherweise auch das Interesse an nationaler Unabhängigkeit. Ist die weltweite diplomatische Präsenz

eines solch kleinen Landes nicht ein unnötiger Aufwand, wo der Trend doch ohnehin in Richtung Europa geht?

Was bedeutet „Revolution“?

Mir ist bei der Behandlung der sogenannten „bunten Revolutionen“ in Osteuropa aufgefallen, dass hier immer von „Revolution“ geredet wurde, ohne dass der Begriff der Revolution definiert wurde. Dass hier in der Sprache etwas nicht stimmt, wurde schon daran deutlich, dass im Blick auf Georgien und auf seine „Revolution der Rosen“ paradoxerweise dann auch von einer „Revolution ohne Revolution“ gesprochen wurde. Richtig ist an dieser Redewendung, dass die unfähige, auch korrupte Regierung Schewardnadses durch Massenwiderstand zum Aufgeben gezwungen wurde und neue, jüngere, fähigere Leute mit den Regierungsgeschäften betraut wurden. Das verbesserte wahrscheinlich auch die Chancen der Bevölkerung auf politische Beteiligung und Information, aber ansonsten hat sich auf vielen Sektoren, vor allem in der Wirtschaft und bei der Abhängigkeit von den USA wenig geändert.

In Georgien war eine solche „Revolution ohne Revolution“ auch im Interesse der USA, deren Botschafter Miles kräftig mitgemischt hat. Auf die gewaltlosen Veränderungen in Osteuropa hat die amerikanische Regierung starken Einfluss genommen. In Georgien haben die USA zuvor die Regierung Schewardnadses mit großen Beträgen unterstützt, später dann die demokratisch gesinnte Opposition und ihren in den USA geschulten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies will. Dann arbeiten ziviler Widerstand und amerikanische Botschaft und amerikanische Stiftungen bei der Finanzierung des Widerstands Hand in Hand. In Georgien ist mit amerikanischen Geldern ein privater Fernsehsender installiert worden und dieser hat für die Widerstandsbewegung Partei ergriffen. Man kann natürlich sagen: So ist das Kapital für einen guten Zweck, in diesem Falle für mehr Demokratie eingesetzt worden. Die Frage ist allerdings, wie weit die Interessenidentität von georgischer Bevölkerung und amerikanischem Kapital reicht.

Diese Frage scheint mir zentral zu sein für die Zukunft des zivilen Widerstands in der Form, wie er auf der Oxforder Konferenz als Erfolgsmodell vorgestellt wurde, vor allem von den Vertretern der amerikanischen Stiftung Freedom House. Ich vermute, dass das georgische und das ukrainische Modell schon in Weißrussland nicht mehr funktionieren wird, weil die Bevölkerung dort den Segnungen des Kapitalismus misstraut und an Lukaschenko festhält, solange dieser soziale Sicherheit zu garantieren scheint.

Gandhi hat immer wieder betont, dass Widerstandsbewegungen sich aus eigener Kraft - und das heißt auch aus eigenen finanziellen Mitteln – tragen sollten. Doch auch Gandhis indische Widerstandsbewegung wurde von einigen reichen Leuten gefördert. Darum bin ich auch nicht prinzipiell dagegen, dass z.B. in der Person von Herrn Soros ein amerikanischer Milliardär Trainings in gewaltfreier Aktion fördert oder auch dass die amerikanische Botschaft die Opposition gegen ein korruptes Re-

gime mit Geld, das dann für Flugblätter oder auch Wahlbeobachtungen und Wahlprognosen verwendet wird, unterstützt.

Der Widerstand in Serbien gegen das Milosevic-Regime ist mit erheblichen Mitteln aus dem Ausland unterstützt worden. Das Entscheidende war aber, dass die Studenten der Widerstandsorganisation OTPOR – und OTPOR heißt Widerstand – ihre Haut zu Markte trugen und sich aus eigener Überzeugung gegen Milosevic engagierten. Ob daraus eine längerfristige Funktionärsabhängigkeit entstehen kann, weiß ich nicht. Doch ich habe im Prinzip nichts dagegen, dass im Widerstand gegen ein böses Regime auch materielle Hilfe akzeptiert und in aufklärende Aktivitäten umgesetzt wird. Wenn die Regierung die Medien kontrolliert, dann muss man dies zu kompensieren suchen. Das wird nicht nur auf derselben Ebene passieren können – wie zum Beispiel in Georgien, wo aufgrund der bisherigen Unterstützung der Regierung durch amerikanisches Geld es auch möglich war, einen oppositionellen Fernsehsender aufzubauen. Das war in Serbien nicht möglich, aber es gab andere Wege, den Wahlkampf der Opposition zu fördern.

Es ist gut, dass es in Deutschland etwas Vergleichbares nicht gibt, also zum Beispiel eine direkte Wahlkampffinanzierung aus Geldkoffern der amerikanischen Botschaft. Doch in Serbien, in Georgien und in der Ukraine scheinen sich die oppositionell Gesinnten an solchen Zuwendungen nicht gestört zu haben. Ich halte es allerdings für wichtig, dass die Gesetzgebung in Zukunft dafür sorgt, dass die Chancengleichheit der Parteien in Wahlkämpfen gewahrt wird. Was in den genannten Staaten in Übergangszeiten passierte, ist keine Dauerlösung.

Es gibt andere Erfahrungen in Serbien, die vorbildlich und auf Dauer angelegt sind. Weil die Kontrolle des Milosevic-Regimes in Belgrad intensiver war als in der Provinz, hat OTPOR darauf gesetzt, in kleinen Städten und auf dem Land für ihre oppositionellen Kandidaten zu mobilisieren. Zur gewaltfreien Aktion gehört ein horizontales Netzwerk, überhaupt eine Graswurzelorganisation. Diese Organisationsform ist durch Festnahmen schwerer zu treffen als eine hierarchische Organisation, in der auf Anweisungen aus einer Zentrale gewartet wird.

Allgemein lässt sich sagen, dass zum Zivilen Widerstand eine Zivilgesellschaft gehört. Es gibt sicher Momente, in denen man durch die Konzentration der Kräfte auf einen Punkt, also zum Beispiel eine Wahl, eine Veränderung der Arbeitsbedingungen für die demokratischen Kräfte erreichen kann. Darum ist es schon ein wichtiger Sieg, wenn jemand wie Milosevic, Kutschmar oder Schewardnadse aus der Regierung gedrängt werden kann. Massendemonstrationen ermutigen. Die Bedingungen für die Fortentwicklung der Demokratie sind heute in den Ländern in denen diese „bunten Revolutionen“ stattgefunden haben, günstiger als davor, aber es ist kein Wunder, dass jetzt nicht alles schlagartig besser oder gar gut ist. Eine Zivilgesellschaft entsteht in einem langen Prozess. Da muss eine graswurzelhafte Durchdringung aller Bereiche einer Gesellschaft stattfinden.

Von der Nachhaltigkeit sozialer Bewegungen

Man sollte aus dem Verschwinden sozialer Bewegungen aus dem Blick der Öffentlichkeit oder gar aus dem Scheitern weiterer Massenmobilisierungen nicht schließen, dass gewaltfreie Aktionen nichts gebracht hätten.

Ein Beispiel aus der Oxforder Konferenz. Der an einer amerikanischen Universität lehrende Referent über die deutsche Friedens- und Ökologiebewegung hat an zwei Stellen seines Vortrags das getan, was deutsche Zeitungen regelmäßig nach dem Abflauen von Massenbewegungen tun: Er hat aus dem Unterbleiben von Massenauftritten gewaltfreier Aktivisten geschlossen, dass diese Bewegungen wirkungslos geblieben oder gar gescheitert wären.

Er sagte dies zum Beispiel im Blick auf die Studentenproteste des Jahres 1968. Er nannte diese ein Strohfeuer. Das ist ein Bild, das suggeriert, dass nach kurzer Entwicklung von Hitze alles erkaltet und nichts bleibt als ein bisschen Asche. Und er hat behauptet, dass nach der Wiederwahl von Bundeskanzler Kohl und der Stationierung der ersten Pershing II Raketen die Friedensbewegung resigniert habe und politisch kein einflussreicher Faktor mehr gewesen sei.

Wenn gewaltlose Akteure aus den Schlagzeilen und aus den Fernsehnachrichten verschwinden, dann ist das zwar ein Indikator für einen gewissen Wandel der öffentlichen Aufmerksamkeit, vielleicht auch für Resignation. Doch dieses Verschwinden aus den Schlagzeilen und den Talkshows muss nicht bedeuten, dass diese Bewegungen ihre soziale Kraft verloren hätten und keine nachhaltigen Wirkungen entfalten könnten.

Ich habe den Kollegen in Oxford geraten, sich doch nach zuverlässigen Indikatoren für die nachhaltige Wirkung sozialer Bewegungen umzusehen.

Die These vom Strohfeuer-Charakter der studentischen Rebellion lässt sich zum Beispiel gut widerlegen mit Hinweisen auf die Entwicklung der Zahl der Kriegsdienstverweigerer in der BRD. Während es Anfang der 60er Jahre jährlich ca. 2000 bis 3000 Kriegsdienstverweigerer gab, überschritt deren Zahl mit der Studentenrebellion zum ersten Mal die Zehntausendermarke, um dann über die Jahre kontinuierlich anzuwachsen, bis sie auch die Marke von jährlich 100.000 Kriegsdienstverweigerern überschritten hatte. Das machte nie Schlagzeilen, aber eine solche Masse von Kriegsdienstverweigerern ist sicher ein wichtiger Beitrag zum Entstehen einer Zivilgesellschaft und letztlich zu deren Fähigkeit, im Bedarfsfall zum Zivilen Widerstand zu greifen.

Es stimmt zwar, dass die Stationierung der ersten Mittelstreckenraketen von der Friedensbewegung auch als Niederlage empfunden wurde, aber man muss auch sehen, dass auf die großen Friedensdemonstrationen in Bonn, auf die Menschenkette zwischen Ulm und Stuttgart und auf die Konzentration der Sitzproteste mit vielen Prominenten vom 1.-3. September 1983 in Mutlangen nicht einfach Resignation folgte, sondern systematisch an der Kontinuität der Widerstandsaktionen gearbeitet wurde,

zum Beispiel mit der „Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“. Es ist zu einer Vielzahl von Sitzprotesten vor Raketenbasen und in der Summe schließlich zu einer großen Zahl von Festnahmen und Strafprozessen wegen Zivilen Ungehorsams gekommen. Das hat dann letzten Endes in Deutschland sogar Rechtsgeschichte gemacht, weil das Bundesverfassungsgericht untersagte, friedliche Sitzproteste als gewaltsame Nötigung zu behandeln. Ich hatte dabei in einem Gutachten für das Bundesverfassungsgericht auf angelsächsische Vorbilder verwiesen.

Die Oxforder Tagung hat sich – verständlicherweise – mit den spektakulären gewaltfreien Aufständen gegen Wahlfälschungen in einigen Staaten Osteuropas befasst. Das sind großartige Siege des demokratischen Prinzips und sie haben z.B. im Falle Serbiens gezeigt, dass einheimischer gewaltloser Widerstand einen autokratischen Herrscher besser bezwingen kann als ein militärischer Angriff der NATO. Es ist nur schade, dass bei der Auseinandersetzung mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein dann erneut auf militärische Mittel gesetzt wurde – wie so häufig mit der Begründung, dass gegen Diktaturen beim Erreichen eines gewissen Grades von Skrupellosigkeit mittels gewaltfreiem Widerstand nichts zu machen sei. Das ist eine sehr fragwürdige These.

Es wäre verhängnisvoll, wenn die militärische Strategie sich gegenüber dem Iran nun ein weiteres Mal durchsetzen würde gegenüber den zivilen Möglichkeiten, wobei im Falle des Iran eine direkte US-amerikanische Einmischung sicher konterproduktiv wäre. Doch es ist eine wichtige strategische Fragestellung: Durch welche Verhaltensweisen können wir die zivilen Kräfte im Iran unterstützen? Ein Land wie Deutschland, das den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie betreibt, müsste doch besonders glaubhaft sein mit seinen Warnungen vor dem Aufbau einer Atomindustrie. Das Verrückte ist doch, dass viele Iraner stolz sind auf das Atomprogramm, weil sie zu spüren meinen, dass die westliche Welt ihnen dieses nicht gönnt. Wir hätten doch viel bessere Argumente als die Androhung von Sanktionen.

Es gibt in Osteuropa weitere autoritäre Regime, in denen der Einsatz zivilen Widerstands mit dem Ziel, diese Regime durch demokratischere abzulösen, sinnvoll ist. Zu denken ist hier vor allem an Weißrussland, aber auch an Russland selbst. Es gibt im Nahen Osten noch viele Fälle, in denen ziviler Widerstand mit dem Ziel der Demokratisierung zum Einsatz kommen könnte: in Syrien, in Ägypten, in den arabischen Staaten. Da gibt es eine lange Liste, und ich finde es sehr gut, dass es nun Institutionen gibt, die gewaltfreie Aufstände beobachten und zumindest durch die Verbreitung von Informationen und das Angebot von Trainings zu fördern suchen. Ich denke, dass es mehrere Institutionen gibt, die hier gute Arbeit leisten. Zurzeit ist es vor allem das International Center for Nonviolent Conflict – unter der Leitung von Peter Ackerman.

Was ist aber in den Ländern zu tun, die über einigermaßen etablierte, gut funktionierende demokratische Institutionen verfügen, wie dies bei vielen Kernländern der Europäischen Union der Fall ist?

Das habe ich am Schluss der Tagung noch gefragt, als es um die Entwicklung von Forschungsfragen ging.

Könnte die Bundesrepublik – eventuell im Verbund mit ähnlich entwickelten Ländern – nach jahrzehntelanger, selbst organisierter Einübung in die gewaltfreie Aktion, einen spektakulären Schritt nach vorne tun in der Realisierung einer gewaltfreien Gesellschaft?

Wir Deutschen bilden zwar keine ideale Zivilgesellschaft, aber wir sind messbar weiter als zum Beispiel die Ukraine. Für weitere Fortschritte in Deutschland scheint es mir wichtig zu sein, dass konstruktive Programme entwickelt werden. Ein solches Programm war zum Beispiel der Zivile Friedensdienst als Option für die Wehrpflichtigen – letztlich mit dem Ziel, die Bundeswehr durch zivile Einsatzgruppen zu ersetzen. Die Dynamik dieses Konzepts ist neutralisiert worden durch seine Auslagerung in die Entwicklungshilfe und die Reduzierung der Zahlen auf einige wenige Fachkräfte.

Man müsste das Konzept redynamisieren durch das Aufgreifen der Idee einer Option für Wehrpflichtige. Mit der bloßen Kriegsdienstverweigerung kommen wir nicht weiter angesichts des Umstands, dass die Bundeswehr die Wehrpflichtigen nur in begrenzter Zahl brauchen kann. Die Auseinandersetzung um den Zivilen Friedensdienst erhielte eine ganz neue Qualität, wenn die künftigen Ersatzdienstleistenden sich zusammenschlossen und unter Ankündigung von Totalverweigerung eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung fordern und mit Mitteln des gewaltfreien Widerstands durchpauken würden. Ein paar hundert, aber vielleicht auch schon ein paar Bezugsgruppen entschlossener junger Leute, die auch bereit wären, für ihre Forderungen ins Gefängnis zu gehen, könnten die verschlafene Parteienlandschaft der Bundesrepublik aufmischen und den saturierten Genossen in den linken Parteien Dampf machen. So etwas OTPOR-Dynamik wünsche ich mir für Deutschland und ich bleibe bei meinem Traum von einem Deutschland ohne Armee, dafür aber mit dem Graswurzelgeflecht eines gut ausgebildeten Zivilen Friedensdienstes und vielfältigen Fähigkeiten auf dem Felde der konstruktiven Aktion und der ökologischen Einpassung unserer Lebensweise.

3. Was ist unter einer „gewaltfreien Aktion“ zu verstehen?

1. Definition:

Die gewaltfreie (direkte) Aktion ist eine traditionsreiche Methode der Konfliktbearbeitung. Zu ihr greifen Kontrahenten in Situationen, in denen es schwierig oder fast aussichtslos scheint, durch demokratische Verfahren einen Konsens über Gerechtigkeit und die dafür erforderlichen Wandlungen herzustellen. Die gewaltfreie Aktion hat das Ziel, einen Konflikt so zu dramatisieren, dass sein Vorhandensein und die Unzulänglichkeit der herrschenden Konfliktregelungsmechanismen nicht länger ignoriert werden können. Das Ziel der gewaltfreien Aktion ist es, in Diktaturen oder Formaldemokratien die psychischen und die sozialen Bedingungen zu schaffen, unter denen erneut oder erstmals über Verhandlungen und demokratische Abstimmungen die Konflikte dauerhaft oder vorläufig geregelt werden können.

Die gewaltfreien Aktionen unterscheiden sich von gewaltsamen dadurch, dass ihre Protagonisten bei ihren dramatisierenden Maßnahmen die politischen Gegner und Unbeteiligte nicht verletzen, weder physisch, noch psychisch. Lassen sich Sachbeschädigungen im Zuge der Aktionen nicht vermeiden, so wird - neben der Begrenzung dieser Sachbeschädigungen - darauf geachtet, dass die Akteure persönlich die Verantwortung für ihre Aktionen übernehmen. Die anonyme Sabotage ist keine Form der gewaltfreien Aktion. Auch die Ausübung lebensnotwendiger Dienstleistungen und die Verteilung lebenswichtiger Güter darf im Zuge gewaltfreier Aktionen nicht verhindert werden.

In ihrer Grundhaltung unterscheidet sich die gewaltfreie Aktion von den Methoden gewaltsamer Konfliktaustragung dadurch, dass in ihrem Verlauf die Protagonisten ihre Kontrahenten von der Sozialverträglichkeit, ja Unschädlichkeit der eigenen Vorstellungen zu überzeugen suchen, ihnen dabei aber auch klar machen, dass sie ihrerseits nur überzeugenden Argumenten, nicht aber Zwangsmaßnahmen weichen werden. Diese Haltung gegenüber Einzelpersonen, Gruppen und Staatsorganen hat Gandhi als »Satyagraha« (Festhalten an etwas als wahr Erkanntem) bezeichnet. Satyagraha wurde im englischen und deutschsprachigen Raum mit „nonviolent resistance“ bzw. „gewaltfreier Widerstand“ übersetzt.

Im deutschen Sprachraum gab es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für das englische nonviolent action und nonviolent resistance noch mehrere Übersetzungen, von denen sich keine allgemein durchsetzen konnte. Gesprochen wurde von „non-violenter Aktion“, von „nicht-verletzender Aktion“, von „gewaltloser Aktion“ und immer wieder auch von „passivem Widerstand“. Letzteres konnte sich – trotz der massenhaften Verwendung während des „Ruhrkampfes“ bzw. des passiven Widerstands gegen die französische und belgischen Besatzungsmächte im Jahre 1922 - nicht durchsetzen, weil die Grundhaltung der Widerstand Leistenden offensichtlich keine passive, sondern eine aktive war. Verwirrend war auch, dass im Ruhrkampf zwischen passivem und aktivem Widerstand unterschieden wurde. Unter letzterem wurden Sabotageakte und gewaltsamer Widerstand verstanden. Im Dritten Reich wurde in der Regel nur noch von „Widerstand“ gesprochen, aber nicht kategorisch zwischen gewaltlosem und gewaltsamem Widerstand unterschieden. Dies lag auch daran, dass die NS-Diktatur bei ihrer terroristischen Verfolgung jeden Widerstands zwischen gewaltlosen und bewaffneten Widerstandsmaßnahmen nicht unterschieden

hat. Die besondere Bedeutung des gewaltlosen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur wurde erst nach dem Ende des Dritten Reiches erforscht. Dabei zeigte es sich, dass der gewaltlose Widerstand die NS-Herrschaft in einigen Situationen vor größere Schwierigkeiten stellte als die bewaffnete Résistance.

In der Bundesrepublik Deutschland kam es im Zuge der Rezeption angelsächsischer Konzepte der Konfliktbearbeitung auch zu neuen Versuchen, die Methoden der Konfliktbearbeitung zu kategorisieren. Die Begriffe der Konfliktbearbeitung sollten zur demokratischen Verfassung passen.

Seit 1962 hat sich durch Schriften von Kriegsdienstverweigerern und Atomwaffengegnern mehr und mehr die Bezeichnung „gewaltfreie Aktion“ durchgesetzt, wobei aber „gewaltlos“ und „gewaltfrei“ noch einige Zeit nebeneinander gebraucht wurden. Auch heute werden „gewaltlos“ und „gewaltfrei“ häufig noch synonym verwendet.

Hinter der Verwendung des neuen Wortes „gewaltfrei“ bzw. „Gewaltfreiheit“ stand bei den so genannten „gewaltfreien Aktionsgruppen“, welche von 1962 bis 1964 den Rundbrief „konsequent. Nachrichten der Aktionsgruppen für gewaltfreien Widerstand“ herausgaben, die Absicht, eine adäquate Übersetzung für Gandhis „Satyagraha“ zu finden, ohne dessen Unterscheidung zwischen „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ und „Gewaltlosigkeit der Starken“ zu übernehmen.

Unter der „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ verstand Gandhi eine pragmatische, nur taktische Verwendung gewaltloser Methoden ohne eine zuverlässige und dauerhafte Festlegung auf diese. Da es sich aber bei diesem Personenkreis häufig um tapfere, opferbereite Personen handelte, suchten die deutschen Akteure nach einem Wort, das diejenigen, die nur aus pragmatischen, eher taktischen Gründen zu gewaltlosen Methoden griffen, nicht abwertete. Es sollte in einem behavioristischen Sinne festgestellt werden, dass gewaltlose und keine gewaltsamen Methoden gebraucht wurden. Mit der Verwendung des emphatischen Begriffes der gewaltfreien Aktion sollte darauf hingewiesen werden, dass man sich im Bewusstsein der konterproduktiven Folgen der Gewaltanwendung ganz bewusst von der Gewalt frei gemacht habe. Zur Durchsetzung des Begriffes „gewaltfrei“ und seiner mittlerweile allgemeinen Verwendung hat beigetragen, dass „gewaltlos“ im Deutschen ein Moment der Schwäche und des Verzichts suggeriert, wohingegen der Hinweis „mit Gewalt“ ein starkes Engagement zum Ausdruck bringt. Das gilt sogar in so harmlosen Fällen, wie zum Beispiel in einem Kirchenlied Paul Gerhards, in dem es heißt: „der Weizen sprießt mit Gewalt“. Auch das Grundgesetz spricht davon, dass „alle Gewalt vom Volke ausgeht“ und meint damit keine violenten Aktionen, sondern die Legitimierung der Regierungen durch freie Entscheidungen des souveränen Volkes.

Mit dem sprachlichen Erfolg der Begriffsbildung „gewaltfreie Aktion“ und den damit verbundenen positiven Assoziationen ging einher, dass zwischen der taktischen Verwendung von gewaltlosen Aktionen und der grundsätzlichen Festlegung auf gewaltfreie Aktionen in der politischen Werbung für die Teilnahme an solchen Aktionen nicht mehr unterschieden wurde. Dennoch ist davon auszugehen, dass heute bei der Verwendung des Begriffes „gewaltfreie Aktion“ zumindest in der Tendenz eine Grundsatzentscheidung für eine nachhaltige Ablehnung von Gewaltmitteln angedeutet wird.

2. Methoden:

Die Methoden der gewaltfreien, direkten Aktion sind von unendlicher Vielfalt. Fast jeder größere, lang anhaltende Konflikt zeugt ihm angepasste Formen der Aktion. Gewaltlose Aktionen lassen sich schon in frühen schriftlichen Überlieferungen nachweisen. In den letzten hundert Jahren ist es jedoch zu einer Explosion sozialer Erfindungen dieser Art gekommen. Ein berühmtes Beispiel ist die Menschenkette der Atomwaffengegner zwischen Ulm und Stuttgart, die dann in Lettland Schule machte als nunmehr grün aufgemachter Protest gegen die sowjetische Herrschaft. Soziale Bewegungen lernen voneinander und entwickeln mehr oder weniger bewährte Aktionsformen weiter.

Der amerikanische Soziologe Gene Sharp hat einen enzyklopädischen Katalog zusammengestellt, in dem er 198 Methoden definiert und mit historischen Beispielen belegt. Dieser Katalog ist keineswegs vollständig. Von den bekannten Grundformen der gewaltfreien Aktion, also zum Beispiel dem Protestmarsch, dem Streik, dem Boykott, dem Eindringen in gesperrte Gebiete gibt es unzählige Varianten.

Gemeinsam ist diesen Methoden jedoch – und dies unterscheidet sie von den weniger zahlreichen Arten der bewaffneten Aktion: Bei allen gewaltfreien Aktionen handelt es sich um personale Aktionen, d.h. jeder Akteur steht für sich als identifizierbare, zivile Person und folgt als solche keinen Befehlen, sondern freiwillig den eigenen Überzeugungen. Jede Person entscheidet zu jeder Zeit selbst, ob sie sich an einer Aktion in dieser oder jener Form beteiligen oder von ihr Abstand nehmen will. Trotz des erwünschten Gruppenzusammenhalts und freiwilliger Disziplin gilt die von Gandhi formulierte Regel: Jeder ist sein eigener General. Diese Maxime befindet sich jedoch in ständiger Spannung mit der Erfahrung, dass die Wirkung der einzelnen Aktionen häufig davon abhängt, dass sich eine gewisse Zahl von Personen zu einer Aktion zusammenschließt und gemeinsamen, trainierten Verhaltensmustern folgt.

Protestdemonstrationen - in Form von öffentlichen Versammlungen, Umzügen, Mahnwachen und von den Konflikt darstellenden Happenings - oder auch Hungerstreiks oder religiös unterlegte Fastenaktionen wollen »eine Streitfrage so dramatisieren, dass sie nicht länger ignoriert werden kann« (M. L. King). Mit den Protestaktionen sollen möglichst auch die angestrebten Alternativen aufgezeigt werden.

Die Demonstrationen als solche führen nicht unmittelbar soziale Veränderungen herbei, aber sie zeigen den politischen Gegnern häufig ihren Verlust an Massenlegitimation und motivieren sie zu Reaktionen, sei es des Entgegenkommens oder der Unterdrückung.

Die gewaltfreien Aktionen, die nicht nur Protest artikulieren oder konstruktive Alternativen aufzeigen, sondern kämpferisch und direkt ins bestehende soziale System eingreifen, lassen sich (aus soziologischer Sicht) skalieren unter Beachtung des jeweiligen Eingriffs ins bestehende soziale System. Kampfmaßnahmen, die direkt in das soziale System eingreifen, um den Gegner zum Verhandeln über Strukturänderungen zu motivieren, lassen sich zusammenfassen unter dem Begriff der Nichtzusammenarbeit (Noncooperation) mit den Herrschenden.

Gandhi forderte nach dem Ersten Weltkrieg von seinen indischen Landsleuten die massenhafte Nichtzusammenarbeit mit den englischen Kolonialherren. Er versprach sich davon den raschen Zusammenbruch der englischen Kolonialherrschaft. Auch bri-

tische Bildungsangebote sollten gemieden, Ämter und Ehrungen der Kolonialherren abgelehnt und englisches Tuch boykottiert werden.

Die nach wie vor häufigste und wichtigste Methode der Nichtzusammenarbeit ist der Streik in vielen Varianten – von der Arbeit nach Vorschrift bis zum Generalstreik.

Auch die zeitweilige Auswanderung ist eine Form der Nichtzusammenarbeit – unter der Voraussetzung, dass es Aufnahmeländer gibt.

Die Nichtzusammenarbeit wird häufig kombiniert mit der Einrichtung sozialkritischer Parallelinstitutionen zu den etablierten Institutionen. Man spricht von legaler Rolleninnovation, die aber in den zivilen Ungehorsam übergehen kann, wenn die Rolleninnovation verboten wird. Selbst in politischen Systemen, die eine totalitäre Kontrolle der Bevölkerung anstreben, gibt es fast immer noch Einrichtungen, welche sich dieser Kontrolle zu entziehen wissen und eine unabhängige Willensbildung ermöglichen. In kommunistischen Staaten, aber auch im südafrikanischen Apartheidssystem spielten kirchliche Einrichtungen diese konstruktive Rolle.

Von besonderer Bedeutung sind im Rahmen gewaltfreier Kampagnen immer die Medien der kritischen Informationsvermittlung. Es begann mit den Flugschriften der lutherischen Reformation und setzte sich fort bis hin zu Wandzeitungen, Sprayschriften und alternativen Zeitungen. Das Internet eröffnete ganz neue Möglichkeiten der Verbreitung von Informationen und der Überwindung von Pressemonopolen und von Zensurmaßnahmen. Innerhalb von wenigen Tagen lassen sich über Internet hunderte von Unterschriften gegen eine bestimmte Maßnahme von Regierungen, z.B. ein Todesurteil oder die Aufhebung des Jagdverbots für Wale, sammeln. Diese kurzfristige globale Focussierung von bestimmten Personen auf ein bestimmtes Thema ist eine wichtige Innovation der jüngsten Zeit.

Als schärfste Kampfmaßnahmen gelten ziviler Ungehorsam und zivile Usurpation. Sie wurden von Gandhi als »vollwertiger Ersatz für den bewaffneten Aufstand« bezeichnet. Man versteht darunter das Übertreten ungerechter Gesetze mit dem Ziel, die Regierung zu deren Revision oder Abschaffung zu bewegen. Häufig besteht die Gesetzesübertretung nicht allein in einer Unterlassungshandlung, also z.B. der Kriegsdienstverweigerung bei allgemeiner Wehrpflicht, sondern in der gesetzwidrigen Intervention in ein soziales System. Beispiele sind Go-in, Sit-in, Massensitzstreik auf Straßen, die Instandbesetzung leer stehender Wohnungen, die Besetzung von Industrieanlagen, das Besetzen und Umfunktionieren von komplexen gesellschaftlichen Institutionen, z.B. von Universitäten, von landwirtschaftlichen Flächen und Betrieben, von Truppenübungsplätzen, oder den Transportwegen und Lagerstätten für radioaktiven Abfall.

Wenn dieser intervenierende Ungehorsam in »ziviler« Form erfolgt, kann man von einer zivilen Usurpation sprechen, in der Aufständische soziale Rollen ergreifen, die ihnen im bisherigen sozialen System nicht zustehen. Gelingt es, Massen zur zivilen Usurpation zu bewegen, entsteht neben dem etablierten Regierungssystem oder der herrschenden Form des Wirtschaftens eine zivile, gewaltfreie Gegenmacht bzw. alternative Form des Wirtschaftens. Wenn diese konstruktiven Formen des zivilen Ungehorsams in kurzer Zeit die große Mehrheit der Bevölkerung aktiv für sich zu engagieren und die Regierung zum Verhandeln und zum Rücktritt zu zwingen vermögen, kann man von einer gewaltfreien Revolution sprechen. Ein Beispiel bietet der von

„runden Tischen“ moderierte Übergang vom SED-Regime in der DDR zu den Freien Wahlen im Jahre 1990.

3. Wirkung der gewaltfreien Aktion

Zahl und Umfang gewaltfreier Aktionen sind im 20. Jahrhundert exponentiell gewachsen. Die gewaltfreien Aktionen sind in den Industriegesellschaften den gewaltsamen Methoden überlegen, weil man mit ihnen gezielt und begrenzt in Lebensabläufe eingreifen kann, wohingegen die bewaffneten Mittel diese Möglichkeit beim Großeinsatz nicht bieten. Die Regierungen verfügen in der Regel über das Gewaltmonopol. Oppositionelle Bewegungen haben keine Chance, sich zu bewaffnen, und in hoch industrialisierten Gebieten lassen sich auch keine Guerillakriege führen. Nur die Armee könnte noch auf dem Wege des Staatsstreichs einen Regierungswechsel und eine Änderung des politischen Systems zu erreichen versuchen, steht dann aber häufig vor dem Problem, dass ihr in der Verwaltung und in der Industrie die Zusammenarbeit verweigert werden kann. 1920 scheiterte in Deutschland der Kapp-Putsch an der gewaltlosen Nichtzusammenarbeit.

Der agitatorische Terror spielt zwar im 21. Jahrhundert im öffentlichen Bewusstsein eine wichtige Rolle, scheint aber strategisch in eine Sackgasse zu führen, weil es praktisch unmöglich ist, von verdeckten Einzelaktionen zum Guerillakampf überzugehen. Der Guerillakrieg bedarf unkontrollierbarer Rückzugsgebiete, wie man sie in hoch industrialisierten Ländern kaum mehr findet.

Das der Industriegesellschaft angepasste Äquivalent zum bewaffneten Kampf oppositioneller Kräfte ist der zivile Ungehorsam. Charakteristisch für diesen ist, dass bei der öffentlichen Übertretung von Gesetzen die Akteure sich auf übergeordnetes positives Recht oder auch auf das Naturrecht oder auf die Freiheit des Gewissens berufen. »Zivil« ist der Ungehorsam dann, wenn er »höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und hasserfüllt« ausgeübt wird. (Gandhi 1922). Der Hauptunterschied zwischen dem zivilem Ungehorsam und der provokatorischen, potentiell gewaltsamen Regelverletzung – gemeinhin als Randalie bezeichnet - ist, dass sich die zivilen Ungehorsam Leistenden den Sanktionen ihrer Gegner, in der Regel der Polizei, nicht gewaltsam widersetzen und sich ihnen in der Regel auch nicht durch Täuschung zu entziehen suchen. Straßenkämpfermanieren, die so genannte Notwehr und Täuschung werden abgelehnt, weil sie bei den Trägern der Aktion, ihren Gegnern und den Beobachtern unerwünschte Reaktionen auslösen.

Die von Frantz Fanon behauptete emanzipatorische Wirkung der Gewaltanwendung wird bestritten, da die systematische Gewaltanwendung seitens einer Befreiungsorganisation innerhalb dieser zu hierarchischen Strukturen führt und zur Untergrundarbeit und zur Einübung in ein immer waches Misstrauen zwingt, so dass nach Abschluss der Kampfhandlungen diktatorische und nicht demokratische Strukturen vorhanden sind. Gewaltanwendung wird ferner abgelehnt, weil sie in der Regel zur Eskalation der Gewalt und zur Steigerung der Opfer führt.

In einem gewaltfreien Verhalten wird keine Garantie für einen Repressionsverzicht des Gegners gesehen; man rechnet jedoch damit, dass insgesamt die Opfer eines Befreiungskampfes geringer sind, wenn selbst auf extrem gewaltsame Repression immer gewaltfrei geantwortet und so dem Gegner keine zusätzliche Legitimation für

Unterdrückungsmaßnahmen geboten wird. Der indische Unabhängigkeitskampf mit gewaltfreien Methoden kostete, einschließlich der englischen Reaktion auf vereinzelte indische Gewaltakte, etwa 8.000 Menschenleben; der algerische Unabhängigkeitskrieg etwa 150.000 bis 200.000 Tote bei einer 30mal kleineren Bevölkerung.

Schließlich werden Gewaltmethoden abgelehnt, weil man in den Gegnern unfreie, sich selbst entfremdete Menschen sieht. Das gewaltfreie Verhalten soll die Solidarität mit dem Gegner als menschliche Wesen zum Ausdruck bringen. Die Überzeugungskraft einer gewaltfreien Aktion hängt jedoch nicht allein von der Leidens- und Opferbereitschaft ihrer Träger, sondern auch davon ab, dass die von ihnen angebotene Alternative zu dem bestehenden ungerechten System mit hoher Wahrscheinlichkeit den angegebenen Zwecken dient und wirklich funktionsfähig ist.

Zum Experimentieren mit den angebotenen neuen Strukturen können die Herrschenden meist erst dann gebracht werden, wenn durch die gewaltfreien Aktionen das dominierende System am Funktionieren gehindert und das neue System durch Rolleninnovation und Rollenusurpation teilweise schon praktiziert wird.

Das Auftreten von gewaltfreien Akteuren hat auch zur Entwicklung und Auffächerung von Repressionsmaßnahmen und zu einer gewissen Anpassung an die gewaltlosen Methoden geführt. Es gibt Fälle, in denen die Polizei sich mit den gewaltfreien Akteuren auf Spielregeln im Umgang mit zivilem Ungehorsam bzw. mit Ordnungswidrigkeiten einigt, also z.B. gegen Sitzproteste nicht Schlagstöcke, Wasserwerfer und Pfefferspray einsetzt, sondern die Sitzenden wegträgt, eventuell erkenntungsdienstlich behandelt und zur Anzeige bringt oder auch nicht.

Der gewaltfreie Widerstand kann auch zum Auftreten faschistoider Gegenbewegung unter Einsatz terroristischer Methoden führen. Das Verhindern und Hemmen eines solchen backlash ist eine wichtige strategische Aufgabe gewaltfreier Kampagnen. In diesen wird - im Unterschied zu Guerillakämpfen - eine Polarisierung der Gesellschaft zu vermeiden gesucht. Das strategische Ziel ist es, eine immer breitere Gruppe von Teilnehmern und Sympathisanten zu gewinnen, aber auch die Gegenseite zu motivieren, sich ohne Gesichtsverlust in das Unvermeidliche zu fügen. Gene Sharp spricht von „bowing gracefully to the inevitable“..

4. Gewaltfreie Sicherheitspolitik (Soziale Verteidigung)

Gandhis übergeordnetes politisches Ziel war nicht allein die Ablösung der englischen Kolonialherrschaft durch einen indischen parlamentarisch-demokratischen Nationalstaat, sondern ein neues gewaltfreies indisches Gemeinwesen, getragen von »Sarvodaya« (Wohlfahrt für alle bzw. Aufhebung des entfremdeten Daseins durch alle). Er hoffte, dass aus den gewaltfreien Aktionen des Unabhängigkeitskampfes und aus dem gewaltfreien inneren Ringen um soziale Gerechtigkeit – und dazu gehörten für die Überwindung der Kastenschranken und der Diskriminierung der Frauen - ein gewaltfreies, rätendemokratisches Gemeinwesen erwachsen könnte, das auch ohne schwer bewaffnete Polizei und Armee bestehen könnte – trotz äußerer Bedrohung und anhaltender religiöser und sozialer Konflikte. Er dachte an ein flächendeckendes Netz von gewaltfreien Einsatzgruppen, die bei inneren Unruhen und bei Bedrohungen von außen aktiv werden sollten. Die entsprechende Organisation nannte er Shanti Sena,

wörtlich „Friedensarmee“; gemeint war ein Netzwerk von lokal verankerten Friedensbrigaden bzw. task forces aus Männern und Frauen.

Als Antwort auf die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der NATO wurde von deutschen Kriegsdienstverweigerern versucht, Gandhis Vorstellungen einer Shanti Sena auf das Europa des Kalten Krieges zu übertragen. In der Friedensbewegung wurden diese Konzepte unter dem Stichwort „Soziale Verteidigung“ diskutiert. Die Grundidee war, dass nicht primär Territorien, sondern die Selbstbestimmung in den sozialen Institutionen durch gewaltfreien Widerstand verteidigt werden sollte. Diese staatlich unterstützte und gesellschaftlich getragene „Soziale Verteidigung“ sollte sich gegen auswärtige Aggressoren, Konterrevolutionen und Staatsstriche wenden. Die ersten Vorstellungen dieser Art wurden 1962 von der Stuttgarter Gruppe „Gewaltfreie Zivilarmee“ veröffentlicht und später von der Studiengruppe Civilian Defence (Soziale Verteidigung) der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. untersucht.

Nach der Beobachtung des gewaltlosen Widerstands gegen die Okkupation der Tschechoslowakei im Jahre 1968 wurde das Konzept der Sozialen Verteidigung in der deutschen Friedensbewegung breit diskutiert. Unter dem Einfluss von Roland Vogt und Petra Kelly machten auch die Grünen es sich zeitweise als ihr spezifisches Sicherheitskonzept zu eigen. Im Jahre 1989 kam es durch das Zusammenwirken mehrerer pazifistischer Verbände in Minden zur Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung e.V., dessen erklärtes Ziel es ist, das Militär durch die Einübung des gewaltfreien Widerstands und die Bereitschaft zu zivilen Friedensdiensten vollständig zu ersetzen.

Literatur:

A.Carter, H. Clark and M. Randle : People Power and Protest since 1945. A Bibliography of Nonviolent Action (2008); Th.Ebert: Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg, Freiburg 1968, 4. Aufl. Waldkirch (1981); ders., Soziale Verteidigung, 2 Bde., Waldkirch 1981; ders., Ziviler Ungehorsam (1984); G.Sharp: The Politics of Nonviolent Action, Boston 1971; Mahatma Gandhi: Die Lehre vom Schwert und andere Aufsätze. Hrsg. v. W. Sternstein, Zug 1990; ders.: Für Pazifisten. Hrsg. v. W. Sternstein, Münster 1996.

4. Wie „gewaltfrei“ war die Free Gaza Flottille?³

Bei dem Versuch, die israelische Blockade des Gaza-Streifens mit der Free Gaza Flottille zu überwinden, wurden am 31. Mai 2010 neun Aktivisten auf dem Passagierschiff Mavi Marmara von israelischem Militär erschossen. Von den Betreibern der Aktion wurde darauf hingewiesen, dass es sich beim Kapern dieser Schiffe um eine völkerrechtswidrige Maßnahme gehandelt habe und dass der Einsatz von Schusswaffen gegen Zivilisten, die ihrerseits keine Waffen eingesetzt hätten, unverhältnismäßig gewesen sei. Auf dieser Linie lag auch der Gastkommentar von Matthias Jochheim, dem Vizepräsidenten der IPPNW, in „Wissenschaft & Frieden“. Begründet wurde das Vorgehen der Free Gaza Flottille mit der Notlage der 1,5 Millionen Palästinenser in Gaza. Mit dem Versuch, die Hilfsgüter auf dem Seeweg nach Gaza zu bringen, sollte auf das Unrecht der Blockade hingewiesen und deren Ende erreicht werden.

Man könnte meinen, dass die Free Gaza Flottille eine Strategie der gewaltfreien Aktion verfolgte, denn Martin Luther King hatte es als eine Aufgabe der gewaltfreien, direkten Aktion bezeichnet, *„einen Konflikt so zu dramatisieren, dass er nicht länger ignoriert werden kann.“* Die Free Gaza Flottille hat tatsächlich internationales Aufsehen erregt und Israel hat sich danach bereit erklärt, auf dem Landweg mehr Hilfsgüter als bisher nach Gaza zu lassen. Es ist jedoch problematisch, wie Jochheim von einem „Erfolg“ der Free Gaza Flottille zu sprechen angesichts von neun Toten und unveränderter Feindbilder.

Imagepflege im Vorfeld und im Nachgang

Speziell die deutschen Unterstützer der Free Gaza Flottille haben sich bemüht, das Unternehmen als gewaltfrei darzustellen und sie haben sich diese Absicht auch von Kennern der gewaltfreien Aktion auf ihrer Homepage www.freegaza.de bestätigen lassen. So reagierte Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, auf die Bitte um eine Solidaritätsadresse mit dem Satz: *„Alle Teilnehmer haben sich zu einem gewaltfreien Verhalten verpflichtet.“* Gemeint haben konnte er damit nur die deutschen und vielleicht auch die westeuropäischen Teilnehmer der Aktion. Was die türkischen Aktivisten der IHH auf der Mavi Marmara im Sinne hatten, konnte er nicht wissen. Dabei wäre es wahrscheinlich sinnvoll gewesen, sich genau darüber Gedanken zu machen und sich nicht auf das Image der IHH als wohltätiger Organisation zu verlassen.

Die deutschen Teilnehmer haben sich auch nach ihrer Rückkehr bemüht, ihre Aktion als mit einer gewaltfreien Strategie übereinstimmend darzustellen. So schrieb der Völkerrechtler Prof. Norman Paech: *„Gleichgültig, ob Christen, Muslims, Buddhisten oder Atheisten, es waren Menschen aus über 30 Staaten auf den Schiffen, die einigen*

³Wissenschaft und Frieden, 4, 2010, S. 70/71. Der Beitrag wurde eingeleitet durch den folgenden Vorspann der Redaktion, der auf eine heftige Kontroverse in der Friedensbewegung hindeutet.: *In einem Gastkommentar hat Matthias Jochheim, stellvertretender Vorsitzender der IPPNW, in Heft 3/2010 von „Wissenschaft und Frieden“ als Teilnehmer an der Free Gaza Flottille von einer „so großartigen wie tragischen Reise“ gesprochen, dieses Unternehmen des „zivilen Ungehorsams“ aber trotz des Todes von 9 Aktivisten als Erfolg gewertet. Theodor Ebert widerspricht ihm und fragt nach der Verantwortung für dieses Unternehmen, das Menschenleben aufs Spiel setzte und die Bezeichnung „gewaltfrei“ nicht verdient.*

wenigen gemeinsamen Grundprinzipien verpflichtet waren: weder parteipolitische Ziele noch Missionierung, absolute Gewaltlosigkeit und Friedfertigkeit, Verzicht auf jegliche Waffen an Bord und Toleranz untereinander. Es gibt keine Anzeichen, dass diese Grundprinzipien nicht eingehalten wurden.“ Ganz ähnlich hat sich Matthias Jochheim geäußert: *„Verzicht auf Menschen gravierend verletzend und erst recht auf tödliche Gewalt, dieses Prinzip der internationalen FreeGaza-Koalition wurde von Seiten unserer Mitreisenden nach allen meinen Beobachtungen auf der Mavi Marmara eingehalten.“*

In der deutschen Friedensforschung gibt es seit vierzig Jahren entwickelte Vorstellungen von der Strategie, dem Verlauf gewaltfreier Aktionen und dem Training für diese. Es gibt mit „Gewaltfreie Aktion“ auch eine Fachzeitschrift, die sich speziell mit dieser Thematik befasst und sich bemüht, mit ihren Beiträgen die sozialen Bewegungen zu erreichen. In Deutschland gehört es mittlerweile zum Image einer Erfolg versprechenden Aktion, dass man sie in der Öffentlichkeit als gewaltfrei darstellt.

Vorbereitungen auf ein Handgemenge

Wenn nun aber der schludrige Gebrauch des Vokabulars der Friedens- und Konfliktforschung tödliche Auswirkungen hat, ist es an der Zeit, einiges klar zu stellen. Die neun Aktivisten, die auf der Mavi Marmara erschossen wurden, waren tapfere Männer, aber es waren keine gewaltfreien Akteure und bei ihrem Vorgehen gegen die israelischen Soldaten, die sich aus Hubschraubern abseilten, war damit zu rechnen, dass diese von ihren Schusswaffen Gebrauch machen würden. Wer gewaltfreie Aktionen durchführt, muss mit dem Schlimmsten rechnen und schon im Vorfeld entsprechende Trainings durchführen und Bezugsgruppen bilden. Das ist gängige Praxis. Das lässt sich zum Beispiel jetzt wieder beim Widerstand gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 beobachten. (www.bei-abriss-aufstand.de)

Aus den Eigendarstellungen der deutschen Beteiligten an der Free Gaza Flottille geht hervor, dass sich an Deck der Mavi Marmara zum Zeitpunkt der Landung der israelischen Militärs etwa 40 türkische Aktivisten befanden, welche unter Einsatz von Schlagstöcken aus Holz oder Eisen die israelischen Soldaten an der Kontrolle des Schiffes zu hindern suchten. Sie scheinen damit gewisse Überraschungserfolge erzielt zu haben. Jedenfalls berichten Paech und Jochheim, dass israelische Soldaten als Verwundete unter Deck gebracht und ärztlich versorgt wurden. Die israelische Leitung des Einsatzes hat dies wahrscheinlich als Gefangennahme interpretiert.

Ich interpretiere das Verhalten der türkischen Aktivisten als den Versuch, die Kontrolle des Schiffes durch das intervenierende israelische Militär mittels Einsatz physischer, wenn auch nicht tödlicher Gewalt zu verhindern. Die deutschen Teilnehmer haben dies zu legitimieren gesucht. Wie auch immer, gewaltfrei war das Verhalten der türkischen Aktivisten jedenfalls nicht. Deren Schlagwerkzeuge waren vorbereitet, und man muss davon ausgehen, dass diejenigen, welche die Mavi Marmara kommandierten, damit einverstanden waren. Damit tragen sie auch eine Mitverantwortung für die tödlichen Folgen.

Hier muss der Name des Vorsitzenden der IHH Bülent Yildirim genannt werden. Dieser hat nach der Rückkehr in die Türkei angesichts der neun Toten nicht davon gesprochen, dass er mit dem Versuch, die Mavi Marmara gegen das israelische Militär

zu verteidigen, einen Fehler gemacht habe. Vielmehr hat er die Toten als Märtyrer der islamischen Sache respektive der Menschenrechte gewürdigt. Das war auch nicht überraschend, den Yildirim hat sich am 7. Januar 2010 beim Fundraising für Free Gaza zusammen mit dem Hamas Führer Ismail Haniya gezeigt. Daraus ist zu schließen, dass zumindest Yildirim und mit ihm wohl auch die IHH in der Free Gaza Flottille eine Solidaritätsaktion für die Hamas sah.

Man vergleiche den Traum Kings mit der Charta der Hamas

Man kann den Standpunkt vertreten, dass man die Hamas nicht isolieren, sondern mit ihr reden sollte, aber zu einer gewaltfreien Aktion gehört auch, dass die sie tragende Zukunftsvision mittel- und langfristig eine gewaltfreie ist. In dieser Hinsicht kann man sich mit der Hamas genau so wenig solidarisieren wie mit der Besatzungs- und Siedlungspolitik der israelischen Regierung. Als Martin Luther King vor dem Lincoln Memorial 1963 von seinem Traum für Amerika und die Welt sprach, konnte man sich als Amerikaner und als Deutscher diese Zielvorstellung Kings zu Eigen machen. Eine gewaltfreie Aktion muss auch ein gewaltfreies Ziel haben. Das ist bei Bülant Yildirim und der IHH im Blick auf Gaza zumindest im Moment nicht zu erkennen – trotz der wohltätigen Aktivitäten, welche die IHH an anderen Stellen entfaltet. Wer die Charta der Hamas aus dem Jahre 1988 als Dokument ihrer Zielvorstellungen beachtet und berücksichtigt, dass sie immer noch Terroranschläge durchführt, kann sich mit ihr – im Rahmen einer gewaltfreien Aktion - nicht solidarisieren, wie dies Bülant Yildirim und mit ihm die IHH tun.

Wir stehen als Friedens- und Konfliktforscher vor der Frage, was im Blick auf den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern eine gewaltfreie Strategie und ihr entsprechende Aktionen denn wären. Wir sind dieser Frage bisher in Erinnerung an die Shoa aus dem Wege gegangen und haben gehofft, dass gewaltfreie Aktivisten anderer Nationen sich darum kümmern. Etwas Befriedigendes ist nicht zu erkennen.

Was gehört zu einer gewaltfreien Strategie?

Grundsätzlich gilt sicher die Regel, dass die Betroffenen diese gewaltfreie Strategie selbst entwickeln müssten. Es gibt genuin gewaltfreie Protestaktionen von israelischer und palästinensischer Seite, und bei Protestaktionen gegen die Mauer und den Siedlungsbau agieren Israelis und Palästinenser auch gemeinsam, aber es ist nicht klar, was mittel- und langfristig das Ziel ist. Es gibt innerisraelische Kritik an der Vorstellung eines seine jüdischen Bürger privilegierenden und die Nichtjuden diskriminierenden Staates. Die Konsequenz aus dieser Kritik wäre ein säkularer Staat, in dem es nur israelische Bürger ohne Ansehen ihrer Religion oder ethnischen Herkunft gibt. Dasselbe Konzept würde auch für die Palästinenser (und die jüdischen Siedler) in der Westbank und in Gaza gelten. Gewaltfreie Aktionen würden sich dann über ihr jeweiliges Nahziel – also z. B. die Hilfe für Gaza – hinaus an einer solchen gewaltfreien, säkularen Vision orientieren, wobei offen bleiben könnte, ob es unbedingt zweier Staaten bedarf. Gewaltfreie Aktionen müssten also von einem Geist getragen sein, der die Sicherheitsbedürfnisse der Juden und die territoriale Verwurzelung der Palästinenser berücksichtigt und dieser Vision des friedlichen Zusammenlebens schrittweise näher kommt.

Wenn man mit dieser Perspektive auf die Free Gaza Flottille zurückblickt, dann war sie kein Meisterstück. Die Hilfe für die Bevölkerung in Gaza hätte so auf den Weg gebracht werden müssen, dass sie auch der Verständigung zwischen den Kontrahenten gedient hätte. Es ist schlimm genug, dass 9 Menschen gestorben sind. Aus Respekt vor ihrem Einsatz und auch im Gedanken an diejenigen, die sich ihrer Tötung schuldig gemacht haben, sollten wir uns bemühen, an einer gewaltfreien Strategie zu arbeiten, welche diese Bezeichnung verdient.

5. Globalisierung und lokaler Aufbau der gewaltfreien Aktion. Versuch einer Zwischenbilanz⁴

Mit der richtigen Frage beginnen

„Ist das Scheitern des Versuches, den Krieg abzuschaffen, eventuell darauf zurückzuführen, dass die Natur des Problems nicht erkannt und darum auch kein adäquater Ansatz für die Lösung des Problems gefunden werden konnte?“ Mit dieser Frage begann der amerikanische Soziologe Gene Sharp seine Untersuchung über „Das politische Äquivalent des Krieges – die gewaltlose Aktion“, die in deutscher Übersetzung im Jahre 1968 in dem von Ekkehart Krippendorff herausgegebenen Sammelband „Friedensforschung“ in der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek“ des Verlages Kiepenheuer und Witsch erschien. Dieser Sammelband, der vor allem die angelsächsische Forschung erschloss, erwies sich als grundlegend für die deutsche Friedensforschung. Bevor man sich im Gestrüpp der Einzelstudien verliert, ist es in vielen Disziplinen sinnvoll, noch einmal auf die Ausgangsfragen und die ersten Hypothesen zurückzuschauen.

Gene Sharp vertrat die Auffassung, dass die bewaffnete Gewaltanwendung ein Ausdruck des menschlichen Bedürfnisses sei, nicht ohne eine ultima ratio (einen letzten Ausweg) sich den Zwangsmaßnahmen seiner Mitmenschen ausgesetzt zu sehen. Das Militär als ultima ratio und letzte Stütze der staatlichen Ordnung könnten die Pazifisten nur abschaffen, wenn sie eine Alternative zum Militär und überhaupt zu bewaffneten Sanktionen finden könnten. Gene Sharp sah diese Alternative in der Entwicklung und Einübung der gewaltlosen Aktion. Aus einem christlichen Elternhaus kommend und darum von Jugend an vertraut mit den Lehren Jesu erkannte er in den politischen Experimenten Gandhis mit Satyagraha – also dem Festhalten am gewaltfreien Widerstand und gewaltfreien Eingreifen - den Schlüssel zur Überwindung militärischer Gewalt.

Gandhi war der erste, der als politischer Führer einer großen Nation den Anspruch formulierte, das Satyagraha-Konzept auch auf das staatliche Leben und die internationale Politik anzuwenden. Grundlegend war die zweibändige Aufsatzsammlung „Non-violence in Peace and War“, die aber erst nach seinem Tode und nach dem Menetekel der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erschien.

Martin Luther King hat seinen Auftrag ähnlich wie Gandhi gesehen. In seinem autobiographischen Bericht über den Busboykott von Montgomery schreibt er: "Ehe ich Gandhi gelesen hatte, glaubte ich, dass die Sittenlehre Jesu nur für das persönliche Verhältnis zwischen Menschen gelte... Gandhi war wahrscheinlich der erste Mensch in der Geschichte, der Jesu Ethik von der Liebe über eine bloße Wechselwirkung zwischen einzelnen Menschen hinaus zu einer wirksamen sozialen Macht in großem Maßstab erhob. Für Gandhi war die Liebe ein mächtiges Instrument für eine soziale und kollektive Umgestaltung. In seiner Lehre von der Liebe und Gewaltlosigkeit entdeckte ich die Methode für eine Reform von Staat und Gesellschaft,⁵ nach der ich

⁴ Aus: Querbrief. Zeitschrift des Weltfriedensdienst e.V., Berlin, 2/2010, S. 4-7

⁵ In der geläufigen deutschen Übersetzung steht hier "Sozialreform". Gemeint ist jedoch nicht eine Reform der Sozialpolitik, sondern bei Kings Bezugnahme auf Gandhi eine Reform von Gesellschaft und Staat.

schon so viele Monate gesucht hatte."

An diesem Programm der Durchsetzung des gewaltfreien Äquivalents zur bewaffneten Gewaltanwendung wurde in den letzten 50 Jahren weltweit intensiver gearbeitet als in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten. Und doch blieb die Zahl der beteiligten Konfliktexperten und Aktivisten weit geringer als die Zahl der gleichzeitig weiterhin aktiven Rüstungsforscher, Militärstrategen und Soldaten. So ist schwer zu sagen, ob man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte als ermutigend oder als deprimierend empfinden darf. Einerseits reichen die Erfahrungen mit unbewaffneten Widerstandsaktionen in der Geschichte weit zurück, andererseits haben erfolgreiche gewaltlose Massenaktionen noch nirgends zur demonstrativen Abschaffung des Militärs geführt. An mehreren Orten ist auf spektakuläre Siege der gewaltlosen Aktionen nicht deren Ausweitung in den Kernbereich staatlicher Machtausübung gefolgt.

Schon in der Antike gab es die Erfahrung, dass der Macht, die mit Schwert und Speiß und sichelbewehrten Streitwagen vorangetrieben wurde, mit nichtmilitärischen Methoden widerstanden wurde. Solche Einzelerfahrungen ziehen sich durch die Jahrhunderte. Immer wieder haben die zivilen Widerstand Leistenden in bemerkenswerten Fällen ihre Ziele kurz-, mittel- oder langfristig ganz oder teilweise erreichen können.

Widersprüchliche Erfahrungen

Die Erfahrungen sind jedoch sehr unterschiedlich. Schon die einheitliche Verwendung der Bezeichnung „gewaltfrei“ für die Strategie der Aufständischen ist problematisch, weil sie nicht das Selbstverständnis aller Akteure trifft. Die einen „verzichteten“ auf gewaltsame Methoden in einer bestimmten Situation, während die anderen sie grundsätzlich aus ihrem Instrumentarium ausschieden, sich also von ihren schädlichen Folgewirkungen „frei machten“. In Deutschland hat sich durchgesetzt, dass man Kampagnen, in deren Verlauf von einer Seite ganz bewusst und auf keinen Fall gewaltsame Mittel eingesetzt werden sollen, als „gewaltfrei“ charakterisiert. So bezeichneten sich – unter dem Einfluss von Dr. Wolfgang Sternstein - die deutschen Umweltschutzinitiativen seit den 70er Jahren in der Regel als „gewaltfrei“. Dabei blieb aber noch offen, ob die solchermaßen Erfolgreichen in anderen Zusammenhängen nicht doch polizeiliche oder gar militärische Gewalt befürworten würden.

Die Grünen, welche bei ihrer Gründung das gewaltfreie Vorgehen zu den Grundsätzen ihrer Politik erklärten, ließen diesen Grundsatz als Regierungspartei sang- und klanglos aus dem Parteiprogramm verschwinden, nachdem sie zuvor schon herzlich wenig für die Erforschung und Einübung dieser Alternative getan hatten, sehr zum Kummer einiger Gründungsmitglieder wie Petra Kelly und Roland Vogt.

In der internationalen Politik blieben die Erfolge spontanen gewaltlosen Widerstands gegen Militärmächte ähnlich folgenlos. So konnte es passieren, dass Anfang der 90er Jahre in den baltischen Staaten das parlamentarische System und die Unabhängigkeit mit gewaltlosen Methoden erfolgreich verteidigt wurden, aber die neu gefestigten Staaten sich der NATO anschlossen. Aus Gandhis gewaltfreiem Kampf um die Unabhängigkeit Indiens vom englischen Kolonialregime sind nach einem fürchterlichen Gemetzel zwischen Hindus und Moslems zwei mit Atomwaffen ausgestattete Nationalstaaten hervorgegangen.

Nicht einmal auf die Anführer angeblich gewaltfreier Kampagnen ist immer Verlass. Kwame Nkrumah hat in seiner Autobiographie „Die schwarze Fanfare“ noch die an Gandhi orientierte „positive Aktion“ im Unabhängigkeitskampf Ghanas gerühmt und nach seiner Entmachtung ein Handbuch des Guerillakrieges verfasst.

Kann man sich gegen Missbrauch absichern?

Man könnte manchmal meinen, auch die gewaltlose Aktion sei ein Spielball in der Hand von Pragmatikern oder gar Zynikern. Kann man sich dagegen versichern? Das Ausscheiden von Waffengewalt wurde früher häufig religiös begründet, und bis in unsere Tage spielen religiöse Überlieferungen in gewaltfreien Kampagnen eine stabilisierende und stimulierende Rolle. Ich erinnere mich, dass es mir 1985 in dem schutzmachtbesessenen Berlin gelang, als Motto der kirchlich organisierten Friedenswoche ein Wort des Propheten Hosea durchzusetzen: "Wir suchen nicht mehr Hilfe bei den Assyriern, wir vertrauen nicht mehr auf unsere Pferde und Streitwagen, wir wollen nicht mehr das Machwerk unserer Hände als unseren Gott anrufen! Denn du hast Erbarmen mit dem, der keinen Beschützer hat." (Hosea 14,4) Zu diesem Motto gehörte auch eine Studie zur Sozialen Verteidigung demokratischer Errungenschaften und die Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer – sowohl der Bausoldaten wie auch der Totalverweigerer – in der DDR. Und doch war eine der ersten Konsequenzen des erfolgreichen gewaltfreien Widerstands in der DDR und des Falls der Mauer, dass nun auch im Westteil von Berlin die allgemeine Wehrpflicht durchgesetzt wurde. Die Reaktion der Evangelischen Kirche darauf war die Initiative für einen Zivilen Friedensdienst „als Alternative zum Militär“. Doch auch daraus wurde letzten Endes nur eine zahlenmäßig verschwindend kleine Erweiterung des bereits bewährten, staatlich finanzierten Entwicklungsdienstes von Fachkräften.

Solche Entwicklungen zu bilanzieren, fällt auch denjenigen schwer, die ihr Leben an die Ausweitung und Durchsetzung der gewaltfreien Aktion als Alternative zum Militär gewandt haben. Man sollte sich vor schnellen Urteilen hüten, ohne zuvor das Erreichte und das (vorläufig oder endgültig?) Gescheiterte vor dem inneren Auge und auch im Blick auf die gesammelten Schriften Revue passieren zu lassen.

Die ersten Listen von „Siegen ohne Gewalt“

Eine der ersten eindrucksvollen Sammlungen der Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart stammt von der englischen Quäkerin A. Ruth Fry (1878-1962). Diese Sammlung von schließlich 76 Fällen erschien von 1937 bis 1957 in mehreren Auflagen unter dem Titel „Victories without Violence“. Ruth Fry, deren Nachlass im Swarthmore College in den USA gesammelt wird und über das Internet zugänglich ist, forderte die systematische Erforschung der Erfolgsbedingungen des gewaltfreien Widerstands. Sie konnte am Ende ihres langen Lebens als engagierte Pazifistin noch auf erste systematische Versuche, die den Erfahrungsschatz der Schriften M. K. Gandhis auswerteten, verweisen. Sie hob insbesondere „Die Macht der Gewaltlosigkeit“ von Richard B. Gregg hervor.

Seit ihrem Tod im Jahre 1962 hat die Zahl der Untersuchungen, sowohl der Fallstudien wie auch der systematischen Abhandlungen, sprunghaft zugenommen. Sie füllen mittlerweile Bibliotheken. April Carter, die beste Kennerin dieser Arbeiten und

Mitbegründerin des „Direct Action Committees against Nuclear War“ (DAC) im Jahre 1957, hat einen Überblick versucht in dem von Adam Roberts und Timothy Garton Ash herausgegebenen Sammelband „Civil Resistance and Power Politics“ (New York: Oxford University Press, 2009) unter dem Titel „People Power and Protest: The Literature on Civil Resistance in Historical Context, S. 25-42).

Es wird mittlerweile kaum mehr bestritten, dass Massenbewegungen, aber auch Einzelkämpfer und entschlossene gewaltfreie Bezugsgruppen (affinity groups), die ihre Anliegen zu dramatisieren wissen, einen Machtfaktor darstellen – innen- wie auch außenpolitisch.

Zwischen dem Erscheinen der ersten Sammlung gewaltfreier direkter Aktionen durch die Quäker-Aktivistin Ruth Fry und der Zusammenstellung und Untersuchung gewaltfreier Aktionen durch die Crème de la Crème der Professoren von Oxford und Harvard liegen nur ein Menschenalter, aber eben auch die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, Guerillakriege in Südostasien, in Nordirland und im Kosovo, die Bürgerrechts- und die Ökologiebewegungen in den USA und in Westeuropa und das Ende der Einparteiendiktaturen in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten.

Ein Indiz für die wachsende Bedeutung der gewaltfreien Aktion ist auch der Umstand, dass einige Forscher auf dem Gebiet der gewaltfreien Aktion in den Verdacht geraten sind, mit staatlichen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten beim Versuch, missliebige auswärtige Regierungen ohne den Einsatz von Waffengewalt durch das Manipulieren von Volksaufständen zu stürzen. Auch wenn dieser Verdacht sich nicht erhärten ließ, so ist er doch ein Zeichen dafür, dass die gewaltfreien Aufstände den naiven Charme von Quäkeraktionen eingebüßt haben.

Die Oxforder Politologen Adam Roberts und Timothy Garton Ash haben vom 15. - 18. März 2007 an der Universität Oxford eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz zum Thema „Ziviler Widerstand in einer Welt der Machtpolitik“ (Civil Resistance and Power Politics) einberufen. Gene Sharp hielt den Eröffnungsvortrag. Man war sich darin einig, dass der zivile Widerstand ein vielseitiges Instrument ist, das sich unter Berücksichtigung der jeweiligen historischen und aktuellen Bedingungen mit Aussicht auf Erfolg einsetzen lässt. Man scheute aber eine ideologische Belastung des Untersuchungsergebnisses durch die zentrale Verwendung des Begriffes „Nonviolence“ (Gewaltlosigkeit), von „gewaltfreier Aktion“ ganz zu schweigen. Diese vorsichtigen Sozialwissenschaftler wollten vermeiden, dass ihre Untersuchungen in den Verdacht geraten könnten, ins Umfeld religiöser Bekenntnisse gerückt zu werden. Das Ziel dieser Forscher war es, in erster Linie die Erfolgsbedingungen des so genannten „zivilen Widerstands“ zu erkunden. Es lohnt sich, die Fälle aufzuzählen, an Hand derer Adam Roberts und Timothy Garton Ash und ihre namhaften Kollegen dies getan haben:

- Gandhi und der zivile Widerstand in Indien, 1917-1947
- Die Bürgerrechtsbewegung in den USA 1945-1970
- Die Wechselwirkung zwischen gewaltloser und gewaltsamer Aktion in Nordirland 1967-1972
- Der Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft in Osteuropa 1968-1991
- Selbstbeschränkung im revolutionären Prozess in Polen 1970-1989

- Die Nelken-Revolution in Portugal 1974-1975
- Massenproteste in der iranischen Revolution 1977-1979
- Der gewaltfreie Aufstand auf den Philippinen 1983-1986
- Massenmobilisierung gegen die Diktatur General Pinochets in Chile 1983-1988
- Die Bewegung gegen das Apartheid-Regime in Südafrika 1983-1994
- Die Unabhängigkeitsbewegungen in den baltischen Staaten 1987-1991
- Die Demonstrationen auf dem Tiananmen Platz in Peking 1989
- Der gewaltfreien Demonstrationen in der DDR 1989
- Zivile und bewaffnete Aktionen im Kosovo 1990-1998
- Ziviler Widerstand gegen das Regime von Slobodan Milosevic in Serbien, 1991-2000
- Die ‚Revolution der Rosen‘ in Georgien 2003
- Die Massenproteste gegen Wahlfälschungen in der Ukraine 2004
- Der Aufstand der Mönche in Burma 2007.

In die Übersetzung der englischen Titel der Aufsätze habe ich an zwei Stellen die Vokabel „gewaltfrei“ übernommen, weil in der DDR und auf den Philippinen nachweislich die Theorie der bewusst (und christlich motivierten) gewaltfreie Aktion eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat.

An der Liste der 18 Kampagnen fällt auf, dass mit Ausnahme der Bürgerrechtsbewegung in den USA immer nur aktuelle und potenzielle Regime-Wechsel untersucht wurden. Im besten Falle ist es den Aufständischen gelungen, demokratische Institutionen zu etablieren und mit deren Hilfe die Gesellschaften umzugestalten. Aber häufig reagierten an den Protesten Beteiligte auch enttäuscht auf die Geringfügigkeit der tatsächlichen Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und die Kontinuität der Herrschaftsstrukturen. Besonders auffällig ist, dass in keinem der untersuchten Fälle das Militär als Institution abgeschafft oder auch nur in Frage gestellt wurde.

Die Perspektive der gewaltfreien Graswurzelrevolution

Wenn man also aus der Sicht der Friedensbewegung über den mittel- und langfristigen Erfolg von gewaltfreien Aufständen nachdenkt, dann empfiehlt es sich, auch die innenpolitischen gewaltfreien Bewegungen in etablierten Demokratien ins Auge zu fassen. Zu denken ist hier im Blick auf die Bundesrepublik Deutschland in erster Linie an die Studentenbewegung in den Jahren 1967 und 1968, ihre Vorbereitung durch die Ostermarschbewegung und ihre Nachwirkung in der Frauenbewegung und der Ökologiebewegung. Solche Massenbewegungen in den etablierten Demokratien unterscheiden sich von den oben genannten Regimewechseln vor allem durch den Umstand, dass dezentral eine wirklich große Zahl von bewusst gewaltfreien Bezugsgruppen am Prozess des Erlernens demokratischer Beteiligung und des Einübens mannigfaltiger Protestmethoden beteiligt ist.

Ihren sprachlichen Ausdruck haben diese Beteiligungsformen in dem Begriff der „gewaltfreien Graswurzelrevolution“ gefunden. Das Revolutionäre ist, dass im Zuge des gewaltfreien Widerstands bei den Beteiligten die tradierten autoritären Charakterstrukturen allmählich überwunden werden. Dieser Prozess geht in der Regel mit einem Generationswechsel einher. In Deutschland sind mit der Außerparlamentarischen

Opposition der Jahre 1967/68 wahrscheinlich zum ersten Mal die Keimlinge einer gewaltfreien Graswurzelrevolution sichtbar geworden. Die APO war noch keine gewaltfreie Bewegung, aber in ihr gab es doch wichtige Elemente eines bewusst gewaltfreien Aufstands. Wenn man die deutsche Nachkriegsgeschichte verstehen will, dann tut man gut daran, sich weit intensiver als bisher mit diesen gewaltfreien Aktionsgruppen in der APO und ihrer Folge zu befassen, statt immer nur auf die Rote Armee Fraktion zu achten. Für den Praxis- und Bewusstseinswandel der Nachkriegsgeneration waren Gandhi und Martin Luther King viel wichtiger als Ho Tsch Minh und Che Guevara, auch wenn sich dies auf den Straßen zunächst anders anhörte.

Wer die Nachhaltigkeit einer so genannten „gewaltfreien Revolution“ beurteilen will, tut gut daran, auf die Zahl der Beteiligten und die Dauer ihrer Beteiligung und der damit (im weitesten Sinne) verbundenen Lernprozesse zu achten. Gandhi hätte sich einen längeren Kampf um die Unabhängigkeit Indiens gewünscht, weil er dann die Möglichkeit gesehen hätte, eine weit größere Zahl von Indern in die gewaltfreien Methoden einzuüben. Sein Ziel war ein Netzwerk von gewaltfreien Aktionsgruppen in ganz Indien. Dieses Netzwerk sollte basisdemokratisch in der Lage sein, die Interessen der indischen Massen zu vertreten. Er sah in einem solchen Netzwerk auch die Alternative zur militärischen Verteidigung und zu einer schwer bewaffneten Polizei. Er war aber nicht grundsätzlich gegen Wahlen im Rahmen einer repräsentativen, parteienstaatlichen Demokratie.

Obwohl Gandhi die Unzulänglichkeit der Vorbereitung auf „Hind Swaraj“, also die gewaltfreie Selbstbestimmung Indiens, sah, konnte er verstehen, dass die indischen Politiker die sich bietende Möglichkeit der Unabhängigkeit ergriffen und ein Staatswesen nicht anarchistischen, sondern konservativen, parteienstaatlichen Zuschnitts mit einem Militär- und Polizeiapparat, wie ihn die Engländer hinterlassen hatten, gründeten. Er war darüber nicht glücklich und er nahm an den Unabhängigkeitsfeiern auch nicht teil, aber seine Erfahrung hat sich bei vielen Regimewechseln, die durch gewaltlose Massenaktionen befördert worden waren, wiederholt. Diese Wiederholung ist aber nicht zwangsläufig. Es ist vorstellbar, dass gewaltfreie Bewegungen auch die Abschaffung des Militärs und sein Ersetzen durch einen umfangreichen, trainierten zivilen Friedensdienst zum politischen Ziel erklären und den Zeitraum bis zur Übernahme politischer Verantwortung nutzen, um mit einem bereits entwickelten Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen in einer echten gewaltfreien Graswurzelrevolution ein neues Kapitel der Friedensgeschichte mit globaler Auswirkung zu schreiben.

6. Erfolg durch Zivilen Ungehorsam?⁶

Erwartungen

Soziale Bewegungen entstehen, wenn es in einem Staat zu inneren Widersprüchen kommt, welche eine wachsende Zahl von Betroffenen befürchten oder hoffen lassen, dass eine Katastrophe eintreten wird oder die unhaltbare Lage sich verbessern ließe. Solche Einschätzungen führen zu Prozessen sich steigernden sozialen Protestes. Dieser legitimiert sich mit dem Anspruch, die sich abzeichnende Katastrophe noch abzuwenden oder einen radikalen Wandel zum Besseren herbeizuführen.

Wenn diese Einschätzung der Lage einer Gesellschaft als ganzer oder eines ihrer Subsysteme sich mit der Vorstellung verbindet, dass die Betroffenen keine Zeit hätten, den gesellschaftlichen Wandel und die ihm voraus gehenden Lernprozesse abzuwarten, und wenn die im System vorgesehenen Wege des Wandels und des Lernens keinen ausreichenden Erfolg versprechen, kommt es in den sozialen Bewegungen fast zwangsläufig zu der Frage, wie sich der notwendige Wandel und die Aufklärung über die Widersprüche und Gefahren beschleunigen lassen. Wenn die Frage so gestellt wird, sind auch die herkömmlichen, etablierten Rechtsordnungen nicht länger tabu, sondern es wird unter den Protestierenden über begrenzte oder auch weitgehende Regelverletzungen und das Übertreten von Normen nachgedacht.

Diese Frage wird von den Teilnehmern und den Beobachtern einer sozialen Bewegung selten einheitlich beantwortet. Es gibt diejenigen, welche sich auf Formen des legalen Protestes oder der Nichtzusammenarbeit beschränken wollen und es gibt andere, welche die unhaltbare Konfliktsituation und ihre Befürchtungen oder Hoffnungen dadurch dramatisieren wollen, dass sie das Risiko der Übertretung legaler Grenzen erwägen und die drohenden Sanktionen in Kauf nehmen. Von dieser Gruppe sagen Beteiligte und Beobachter in der Bundesrepublik Deutschland, dass jene an „Zivilen Ungehorsam“ denke bzw. diesen bereits ausübe. Dieser Sprachgebrauch hat sich seit etwa 50 Jahren im deutschen Sprachraum durchgesetzt. Dies geschah vor allem im Zusammenhang mit Protesten gegen Atomwaffen und Atomkraftwerke.

Was bedeutet „zivil“?

Bei solchem „Zivilem Ungehorsam“ handelte es sich um eine Übertragung der angelsächsischen Begriffsbildung „civil disobedience“ ins Deutsche. „Zivil“ wurde in Anlehnung an Gandhi qualifiziert als „höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und hasserfüllt“ bzw. kurz als „gewaltfrei“. Auf diese Weise wurde der Zivile Ungehorsam als eine besondere Art des Widerstandes im Gesamtbereich des Widerstandes markiert. Letzterer kann – wie uns vom Widerstand gegen das NS-Regime bekannt ist – auch gewaltsame Formen einschließen.

Zur Popularität des Zivilen Ungehorsams und zu seiner Integration in die Theorien demokratischer Partizipation hat in der Bundesrepublik Deutschland erheblich beigetragen, dass es bei den Protesten gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen seit Beginn der 80er Jahre an mehreren Standorten, vor allem aber in

⁶ Erschienen in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. 25. Jg., H. 1, Januar 2012, Stuttgart, S. 60-65

Mutlangen, zu wiederholten Sitzblockaden der Zufahrten von Raketenstandorten gekommen ist und tausende Beteiligte nach ihrer Festnahme und erkennungsdienstlichen Behandlung wegen angeblich „gewaltsamer Nötigung“ in der Regel zu Geldstrafen unterhalb der Grenze, in der sie als „vorbestraft“ gegolten hätten, verurteilt wurden – bis das Bundesverfassungsgericht entschied, dass es sich bei den Sitzprotesten doch nicht um gewaltsame Nötigungen, sondern nur um Ordnungswidrigkeiten gehandelt habe.

Zu einer ähnlichen Verwendung von gewaltfreien Sitzblockaden kam es später beim Protest gegen die Transporte von radioaktivem Material in das Zwischenlager in Gorleben. Auch beim Protest gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 hat die Gruppe der Parkschützer das Fällen von alten Bäumen auf dem Baugelände durch das Einkreisen der Bäume durch Sitzblockaden zu verhindern gesucht.

In Deutschland sind diese Aktionen, welche die Akteure als „gewaltfrei“ qualifizierten und die sich aus politologischer Sicht als Ziviler Ungehorsam bezeichnen lassen, bislang in erster Linie verwendet worden, um Konflikte medienwirksam zu dramatisieren und ihre politische Bearbeitung voran zu treiben.

Tatsächlich hat die Bereitschaft zum Zivilen Ungehorsam in Deutschland dazu geführt, dass die Proteste nicht länger ignoriert werden konnten und es zu einer breiten Diskussion des Anliegens der Protestierenden kam. Dafür war eine wichtige Voraussetzung, dass die Protestierenden ihre politischen Gegner und Unbeteiligte nicht verletzten, sondern den Großteil der persönlichen Belastungen, die sich mit dem Protest verbanden, selbst trugen, und keine Unbeteiligten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Durch diese Rücksichtnahme unterscheiden sich Aktionen Zivilen Ungehorsams vom agitatorischen Terror, der auch beansprucht, Konflikte zu dramatisieren. Der agitatorische Terror, der mit Anschlägen bis hin zum Selbstmordattentat auf unhaltbare Zustände hinweisen will, hat im Unterschied zum Zivilen Ungehorsam das Ziel, seine Gegner durch eine Steigerung gewaltsamer Maßnahmen zum Nachgeben zu zwingen. Hingegen verbindet sich mit Aktionen des Zivilen Ungehorsams die Vorstellung, dass seine Gegner und die Beobachter von der Sozialverträglichkeit der Forderungen der Protestierenden überzeugt werden können.

Diese Einsicht in die Sozialverträglichkeit der Forderungen derjenigen, die Zivilen Ungehorsam leisten, kann verschiedene Ausprägungen erfahren. So können zum Beispiel Aktionen, die sich gegen die Rassendiskriminierung wenden, dazu führen, dass Rassisten ihre Vorurteile aus besserer Einsicht aufgeben oder sie können Integrationsmaßnahmen dulden, weil sie diese für unvermeidlich und für das geringere Übel halten als ein Anhalten der dramatischen Auseinandersetzungen.

Dramatik und Rhetorik

Diejenigen, die sich an Protestbewegungen beteiligen, also das zugehörige Wir-Gefühl aufweisen, sind sich mittlerweile bewusst, dass ihre latente oder aktuelle Bereitschaft zum Zivilen Ungehorsam ein wichtiges Qualitätsmerkmal ist und dessen Vorhandensein die besondere Durchsetzungsfähigkeit einer Bewegung ausmachen kann. Der Hinweis auf die Fähigkeit, neben legalen Protestaktionen auch zu Aktionen zu greifen, die sich als Ziviler Ungehorsam bezeichnen lassen, kann darum in den Verlautbarungen der Sozialen Bewegungen eine prominente und zunehmende Rolle spie-

len. Damit einher geht auch eine gewisse Neigung, den Zivilen Ungehorsam und die Zivilcourage in einem Atemzug zu nennen und diese Kombination zum Versatzstück der Protestrhetorik zu machen. Noch ist der Begriff des Zivilen Ungehorsams nicht abgenutzt, weil bekanntlich immer wieder die Probe auf die Ankündigung bestanden werden muss. Die Erweiterung der bürgerlichen Beteiligungsrechte, welche im juristischen Nachgang zu Aktionen des Zivilen Ungehorsam immer wieder zu verzeichnen waren, konnten von den Vorkämpfern der Sozialen Bewegungen, welche die Strafverfahren durchstehen mussten, eben doch nur mit Mühe und durch das Ertragen von Härten erreicht werden. So musste zum Beispiel Dr. Wolfgang Sternstein, der in mehreren Strafverfahren wegen Aktionen, die er selbst als Zivilen Ungehorsam bezeichnete, zu Geld- und ersatzweise zu Gefängnisstrafen verurteilt worden war, diese ganz oder teilweise absitzen. Neun Haftstrafen summierten sich auf mehr als ein Jahr, das er in der JVA Rottenburg verbracht hat. Seine Erfahrungen als „Graswurzelpolitiker“ und Knastologe (als „Edelknacki“ wurde er halb spöttisch, halb respektvoll von den Mitgefangenen bezeichnet) wurden in einer politologischen Dissertation eingehend untersucht. (Ulrich Philipp. 2006) Das Kapitel „Als Aktionsforscher im Gefängnis“ sollten alle studieren, die sich einbilden über den Zivilen Ungehorsam als demokratisches Ingredienz philosophieren zu können.

Auch wenn das Signalwort „Ziviler Ungehorsam“ mittlerweile in Deutschland seinen schrillen, alarmierenden Klang etwas verloren hat und zum Verständigungsmittel und Gebrauchsartikel der Protestkultur geworden ist und heute einschlägige Gandhi-Zitate zum Beispiel die Flugblätter der Gegner des Tiefbahnprojekts Stuttgart 21 zieren, ist immer noch eine wesentliche Frage, ob Soziale Bewegungen, durch das Organisieren von massenhaftem Zivilem Ungehorsam ihre Ziele in einem entscheidenden Maße fördern können.

Der Wutbürger wird befragt

Dass man durch eine Art Propaganda der Tat einen Konflikt mittels demonstrativem Zivilem Ungehorsam dramatisieren und einen Konflikt zum Medienereignis machen kann, wird mittlerweile unter Politologen und von Juristen kaum mehr bestritten. Hans Herbert von Arnim zitiert in einem Beitrag, in dem er sich mit dem Phänomen des „Wutbürgers“ befasst, das Bundesverfassungsgericht mit der Einschätzung: Beim Zivilen Ungehorsam gehe es „nicht um faktische Verhinderung des Protestanlasses, insbesondere nicht um effektive Lähmung staatlicher Funktionen, sondern um ein dramatisches Einwirken auf den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung.“ (H. H. v. Arnim, 2011,7) Doch offen ist immer noch die Antwort auf die Frage, ob man in Fällen, in denen die Öffentlichkeit bereits weiß, was auf dem Spiele steht, also ein Diskurs stattgefunden hat und nicht nur jeder Abiturient, sondern jeder Leser einer seriösen Tageszeitung das Pro und Contra referieren könnte, durch fortgesetzten und nunmehr nicht nur demonstrativen Zivilen Ungehorsam einer Sache noch zum Erfolg verhelfen kann, die durch demokratische Verfahren hinreichend legitimiert scheint. Gibt es also für soziale Bewegungen Scheidepunkte, an denen deutlich wird, dass der demonstrative Ziviler Ungehorsam denjenigen, die in Abstimmungen unterlegen sind, keinen Erfolg mehr bescheren dürfte.

Ein Fall, in dem sich diese Frage stellt, ist der Konflikt um das Tiefbahnprojekt Stutt-

gart 21. Kann Ziviler Ungehorsam dieses Projekt noch stoppen und lässt er sich überhaupt noch legitimieren?

Man kann zwar darauf hinweisen, dass die Befürworter des Projektes über größere Mittel zur Verbreitung ihrer Vorstellungen verfügt haben als die Gegner. Doch bei der Volksabstimmung im November 2011 war der Grad der Aufklärung der Stimmberechtigten so erheblich, dass man meinen konnte: Er war ausreichend, um den Gegnern des Projektes zum Erfolg zu verhelfen, zumal sie ja den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und die Grünen als die stärkere Partei in der Koalitionsregierung auf ihrer Seite hatten.

Ähnlich war die Lage bei der Stationierung der Mittelstreckenraketen zum Ende des Jahres 1983. Die Folgen eines eventuellen Einsatzes der atomaren Waffen waren bekannt, und die Wähler hätten die Möglichkeit gehabt, die Befürworter einer Stationierung neuer Raketen bei den Bundestagswahlen nicht im Amt zu bestätigen.

Bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg über das Bahnprojekt und bei der Bundestagswahl im Jahre 1983 wurde die Möglichkeiten, welche die massenhafte Aufklärung über den Konfliktgegenstand eröffnet hatten, von den Wahlberechtigten nicht im Sinne der Projektgegner wahrgenommen. Kann man dann von einer *causa finita* sprechen, oder bietet hartnäckiger, individueller und potentiell wieder anschwellender Ziviler Ungehorsam immer noch eine Chance, das ursprünglich angestrebte Protestziel oder ein Äquivalent zu erreichen?

Das ist eine wirklich sehr schwer zu beantwortende Frage. Beim Nachdenken über sie wird deutlich, dass Ziviler Ungehorsam weit mehr sein kann als ein Weg, einen Konfliktgegenstand zu dramatisieren oder *faits accomplis* zu verhindern, bis noch ausstehende juristische Verfahren abgeschlossen sind.

Das Gewissen als unkalkulierbarer Faktor

Die besondere Qualität des Zivilen Ungehorsams macht aus, dass hier nicht nur kluge Öffentlichkeitsarbeit gemacht, also ein Anliegen dramatisiert wird, sondern dass hier Individuen dem, was ihnen das Gewissen gebietet, Ausdruck zu verleihen versuchen. Und das Gewissen spricht eine andere Sprache als das positive Recht und man hört diese Sprache mit anderen Ohren. Gandhi und Martin Luther King meinten, bei diesem ganz persönlichen Zivilen Ungehorsam artikuliere sich *soul force*. Es sei eine Sprache des Herzens, die auch primär an die Herzen der Betroffenen appelliere.

Man kann sich dagegen sträuben, die Existenz von Gewissen und Seelenstärke anzuerkennen. Es handelt sich um keine messbaren Größen. Darum lässt sich auch nicht ausrechnen, welches Quantum *soul force* welche Wirkung erzielen wird. Es lässt sich jedoch feststellen, dass es immer wieder Menschen gab, die sich auf ihr Gewissen berufen und mit ihren Aktionen der Verweigerung oder des konstruktiven, illegalen Einsatzes Erfolge errungen haben, die zunächst ziemlich unwahrscheinlich waren. Und manche dieser Gewissenstäter haben ihre Wirkung erst entfaltet, nachdem ihre Gegner sie bereits physisch vernichtet hatten. Für die Christenheit geriet das Kreuz, das die Niederlage Jesu zu besiegeln schien, zum Siegeszeichen. Säkular gesprochen, ist die Frage, ob diejenigen, welche in schwer kalkulierbarer oder ziemlich hoffnungsloser Lage zum Zivilen Ungehorsam greifen, ausreichend *soul force* aufbringen, um noch eine Wende zu ihren Gunsten zu erreichen. Erschwert wird die Ant-

wort auf diese Frage noch durch den Umstand, dass der Erfolg sich verzögern kann und nicht mehr zu Lebzeiten derjenigen erkennbar wird, die sich auf ihr Gewissen berufen haben. Für Religionsgemeinschaften gilt das Wort: Das Blut der Märtyrer ist der Samen der Kirche. Doch man kann diese Erfahrung auch säkular begreifen: Die deutsche Demokratie der Nachkriegszeit lebte nach der fast totalen Niederlage der Humanität im Dritten Reich von dem Zeugnis der Widerstandskämpfer vor den sogenannten Volksgerichtshöfen. Wie sie dort von einem Freisler ohne Hosenträger und Gürtel vorgeführt und angebrüllt wurden, hat sich dem Gedächtnis der Deutschen eingeprägt.

Darf man diese Erfahrung anwenden auf die Frage der Wirkung des fortgesetzten Zivilen Ungehorsams in Konfliktfällen wie Stuttgart 21, die eskalierenden deutschen Waffenexporte, das Abschieben und Aussperren von Flüchtlingen, die Erderwärmung infolge von Kohlenstoffdioxid-Emissionen? Diese Frage kann ein Politologe mit seinen Methoden nicht beantworten. Er kann nur signalisieren: Die Herrschenden müssen damit rechnen, dass immer wieder Menschen sich unter Berufung auf ihr Gewissen oder religiöse Offenbarungen, in einem Konfliktfeld ihrer Wahl einen Standpunkt einnehmen und wie ein Martin Luther in Worms darauf hinweisen, dass sie nicht anders handeln können, als hier zu stehen und den Mächtigen zu widersprechen und dass Gott ihnen helfen möge. Unter denen, die das tun, wird es Spinner und Schwächlinge geben, aber wahrscheinlich auch einige oder gar viele, die eine Wende heraufzuführen werden, mit der zunächst kaum jemand noch gerechnet hat.

Literatur:

Arnim, Hans Herbert von 2011: Der Staat sind wir. Die politische Klasse hat sich befreit von der Bindung an Normen. Muss dann nicht wenigstens ziviler Ungehorsam erlaubt sein?. In: Der Tagesspiegel vom 18. Dezember 2011

Ebert, Th.: Ziviler Ungehorsam. Von der APO zur Friedensbewegung, Waldkircher Verlagsgesellschaft 1984

Philipp, Ulrich 2006: Politik von unten. Wolfgang Sternstein – Erfahrungen eines Graswurzelpolitikers und Aktionsforschers, Berlin: NORA

Steinweg, Reiner/Laubenthal, Ulrike (Hg.) 2011: Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel

Sternstein, Wolfgang 2005: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie, Norderstedt: Books on Demand

7. Ziviler Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik

Die grundsätzlichen Überlegungen und Konzepte.

Die Ausübung des Monopols der physischen Gewaltsamkeit ist nach Max Weber selbstverständliches und unverzichtbares Merkmal des modernen Staates. Doch es existieren in libertärer (anarchistischer) und pazifistischer Tradition auch Staatskonzepte bzw. Konzepte der Ausübung von Volkssouveränität, welche von der Fähigkeit, militärische Gewalt anzuwenden, absehen und ihre Stütze in der Fähigkeit zur gewaltfreien, direkten Aktion finden. Während Kanonen zu Beginn der Neuzeit und bei der Herausbildung des modernen Territorial- und Nationalstaates noch mit der als typisch zu bezeichnenden Aufschrift „ultima ratio regis“ (das letzte Mittel des Königs) versehen wurden und damit die Vorstellung der Zusammengehörigkeit von Staat und Militärgewalt zum Ausdruck brachten, kann man im Blick auf Konzepte, die in partizipatorischen Demokratien den gewaltlosen Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik vorsehen und die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurden, von einer „ultima ratio populi“, also dem letzten Mittel des souveränen Volkes, sprechen.

Die Verbindung von Staatlichkeit und Militär ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch das Übliche. Bei den Versuchen, konzeptionell diese herkömmliche Verbindung von Nationalstaat und Militär zu trennen, lassen sich zwei Varianten unterscheiden. Im einen Falle wird angenommen, dass die Ausübung der herkömmlichen Aufgaben des nationalen Militärs an eine überstaatliche Weltorganisation oder an einen supra-staatlichen, regionalen Zusammenschluss von Staaten übertragen wird. Diese überstaatlichen Organisationen sollen dann ihrerseits das Monopol der physischen Gewaltsamkeit ausüben. Das soll dann noch nicht für alle, doch für einige, vertraglich definierte Konfliktfälle gelten. Dadurch ändert sich jedoch im Prinzip noch nichts an dem Grundgedanken, dass es Institutionen geben muss, die in einem bestimmten Territorium das Monopol physischer Gewaltsamkeit ausüben. Lediglich der Umfang des Territoriums, in dem dieses Monopol gilt, hat zugenommen.

In der Praxis haben die Vereinten Nationen und andere überstaatliche Sicherheitsorganisationen bisher bei der Zusammenstellung von Truppenkontingenten auf die nationalen Armeen der einzelnen Staaten zurückgegriffen. Damit wird die Vorstellung, dass Nationalstaaten eine eigene Armee unterhalten, nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Costa Rica ist bislang der einzige Flächenstaat der Erde, der über keine eigene Armee verfügt.

Bei der zweiten Variante wird die Staatlichkeit bzw. die Verhinderung einer Vielzahl von Gewalt ausübenden Institutionen nicht an die Existenz einer nationalen oder supranationalen Armee gebunden. Vielmehr wird angenommen, dass einzelne Staaten oder Zusammenschlüsse von Staaten durch die Vorbereitung auf zivilen Widerstand und durch seine Ausübung in der Lage sind, einheimische Usurpatoren oder auswärtige Mächte davon abzuhalten, illegal Herrschaft auszuüben und das Monopol physischer Gewaltsamkeit an sich zu reißen. Solchermaßen auf den zivilen Widerstand „umgerüstete“, gewaltfrei transformierte Staaten betrachten dann eventuelle Angebote auswärtiger Mächte, sie mit Waffengewalt zu schützen als konterproduktiven Eingriff in ihr sicherheitspolitisches Design.

Der wichtigste Impuls für die Entwicklung eines Staatswesens ohne Militär ging von Mohandas K. Gandhi, dem prominentesten Vertreter der indischen, antikolonialen Befreiungsbewegung aus. Er hoffte, dass es gelingen könnte, im Zuge eines lang anhaltenden, gewaltfreien Aufstandes gegen die englische Kolonialherrschaft, eine so genannte Shanti Sena (Friedenstruppe) aufzubauen. Diese nonviolent task force sollte sich aus den Satyagrahis (gewaltfreien Freiheitskämpfern) rekrutieren, die sich bei konstruktiven Aktionen zur Entwicklung Indiens, bei der Schlichtung lokaler, bewaffneter Zusammenstöße und im Widerstand gegen die Kolonialherrschaft kennen gelernt und vernetzt hätten.

Gandhi hat diese Alternative zu einer herkömmlichen Armee und zu schwer bewaffneter Polizei nicht mehr in großen Stil erproben können. Er hinterließ zu diesem Thema nur theoretische Schriften in der Form von Zeitschriftenaufsätzen. Im Übrigen zeigte er bei schweren Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems, wie er sich das gewaltfreie Eingreifen in blutige, innenpolitische Konflikte vorstellte.

Die Impulse Gandhis wurden in Europa und in den USA seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts von pazifistischen Organisationen und Friedensforschern aufgegriffen, die nach Alternativen zur atomaren Abschreckung suchten. Es wurde überlegt und mit Hilfe von Fallstudien über gewaltlosen Widerstand gegen Besatzungsregime und Staatsstrieche untersucht, ob sich demokratische Errungenschaften auch mittels gewaltfreien Widerstands gegen totalitäre Gleichschaltungsversuche behaupten ließen.

1958 kam er englische Publizist Sir Stephen King-Hall in seiner Analyse des britischen Verteidigungskonzeptes zu dem Ergebnis, dass sich mit den bereit gestellten atomaren Waffen der britische way of life gar nicht verteidigen lasse und darum untersucht werden müsse, ob und wie Großbritannien und sein demokratischer way of life sich mit gewaltlosen Mitteln verteidigen lasse. Sein Buch „Defence in the Nuclear Age“ erschien auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Den Krieg im Frieden gewinnen“ und wurde in deutschen Massenmedien aufmerksam besprochen. King-Hall forderte die Entwicklung einer mehrere westeuropäische Staaten umfassenden Organisation zur Vorbereitung und zum Einsatz gewaltlosen Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik.

Den Anstoß zu diesem Umdenken gab die Entwicklung der Waffentechnik. In dem Moment, in dem die äußerste Steigerung des Einsatzes vorhandener konventioneller und atomarer Waffen zur kompletten Zerstörung von Industriegesellschaften führen konnte, schien es plausibel, den kompletten Verzicht auf den Einsatz solcher Waffen durch einen Militärapparat zu erwägen.

An der Universität Oxford kam es im September 1964 zur internationalen Civilian Defence Study Conference, während derer zum ersten Mal systematisch die Möglichkeiten der Vorbereitung und des Einsatzes gewaltfreien Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik untersucht wurde. Die Publikation der Ergebnisse der Konferenz durch Adam Roberts in „The Strategy of Civilian Defence. Nonviolent Resistance to Aggression“ (London 1967) erfolgte kurz vor der weltweiten Überraschung, dass in der CSSR im August 1968 Regierung, Partei und Bevölkerung den Interventionstruppen des Warschauer Paktes unbewaffnet entgegentraten, die Zusammenarbeit verweigerten und die Kommunikation aufrecht zu erhalten verstanden. Obwohl der Widerstand nur wenige Monate aufrechterhalten werden konnte, und die Reformer einem

Regime von Parteigängern der UdSSR weichen mussten, war der Eindruck des gewaltlosen Widerstands auf die Weltöffentlichkeit und auch auf die Aggressoren doch nachhaltig. Der gewaltlose Widerstand gegen Fremdherrschaft galt künftig als ein Faktor der internationalen Politik, der Berücksichtigung verlangte. Als sich in den 80er Jahren erneute Reformbestrebungen in Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes, vor allem in Polen, zeigten, zögerten die sowjetischen Politiker, noch einmal zum Mittel der militärischen Intervention zu greifen und suchten sich mit mehr oder weniger willigen einheimischen Kollaborateuren zu behelfen, obwohl diese diese sich bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen auffallend mäßigten. Das Regime von General Jaruzelski lässt sich am besten erklären, wenn man sich an die Erfahrungen der Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR im Jahre 1968 erinnert.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es unter Friedensforschern ähnliche Überlegungen wie diejenigen, die in Großbritannien zur Oxforder Civilian Defence Study Conference führten. Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler befasste sich unter der Leitung des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker mit Studien zu den Schäden atomarer Kriegführung auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Sie gelangte zu dem Ergebnis, dass die BRD einen atomaren Krieg als Industriegesellschaft nicht überdauern könnte. Spätere Studien zeigten, dass auch beim Großeinsatz nichtatomarer Mittel die Zerstörungen um ein vielfaches größer sein würden als bei den Bombardements des Zweiten Weltkriegs und dass Großbrände und damit verbundene chemische Reaktionen und Giftschwaden volksvernichtende Ausmaße annehmen würden.

Aus der Einsicht in die Unmöglichkeit atomarer und konventioneller Kriegführung in modernen Industriegesellschaften ergab sich die Frage, ob man auf Waffen und Soldaten nicht von vornherein verzichten und - statt weiterhin Grenzen und Territorien zu schützen - die sozialen und freiheitlichen Errungenschaften eines Landes direkt verteidigen sollte durch den gewaltlosen Widerstand der Bewohner eines Landes. Aus europäischer Sicht war der Schutz von Grenzen nicht mehr möglich. Wie John Herz in „Weltpolitik in Atomzeitalter“ betonte, verfügten die Territorialstaaten seit der Erfindung ferntragender Waffen – und insbesondere der atomar bestückten Raketen - nicht länger über eine „harte Schale“, weil jeder Ort des angegriffenen Landes in kürzester Zeit von Vernichtung bedroht sein könnte.

Zog man daraus die Konsequenz, auf militärische Verteidigung zu verzichten, dann waren die künftigen Träger des Widerstands

- Zivilisten,
- die Methoden nichtmilitärisch und
- das Erfolgskriterium die Erhaltung sozialer Errungenschaften und Grundrechte.

Der Gedanke der Verteidigung der staatlichen Souveränität wurde darum aber nicht aufgegeben. Diese Souveränität der sich verteidigenden Nationalstaaten sollte sich aus der obstinaten Weiterarbeit der gesetzlichen Organe ergeben bzw. sollte nach eventueller, zeitweiliger Unterdrückung aus dem Volkswiderstand neu erwachsen.

Diese nichtmilitärischen Verteidigungskonzepte wurden unter Begriffen zusammengefasst, die meist einen Aspekt des Vorgehens besonders herausstellten. Es wurde von gewaltloser, nichtmilitärischer, ziviler und sozialer Verteidigung gesprochen. Gemeint war immer das Gleiche: Das Kennzeichen der neuen Verteidigungskonzepte war, dass

ihre Träger nicht uniformierte Soldaten, sondern Zivilisten waren. Diese sollten auch nicht besonders mobilisiert werden, sondern in der Form einer „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“ ihrer geregelten Arbeit nachgehen und zwar gemäß den demokratisch erlassenen Gesetzen. Den Befehlen der Usurpatoren sollten sie sich auf einfallsreiche Weise verweigern und eventuelle Lücken schließen. Damit dies jedoch – trotz Androhung von Sanktionen durch den Aggressor bzw. Usurpator - auch durchgehalten werden könne, sollten entsprechende Übungen in Form von Manövern abgehalten werden. Bei ungleichen Belastungen durch den Widerstand sollte auch für Entschädigungen Vorsorge getroffen werden.

Von der Vorbereitung auf diese neuen Verteidigungsformen sollte eine – der Abschreckung vergleichbare – warnende Wirkung ausgehen. Diese warnende Wirkung sollte sich aus einer Mischung wirtschaftlicher und politischer Faktoren ergeben. Die tragende Überlegungen waren:

- Die Okkupation und soziale Kontrolle eines Landes sind mit erheblichen Kosten verbunden.
- Diese Kosten lassen sich durch die politische Missbilligung einer Usurpation durch die Weltöffentlichkeit und andere Staaten noch vermehren.
- Als besondere Gefahr kann sich für den Usurpator der Umstand erweisen, dass der gewaltlose Widerstand das Personal des Aggressors mit gewaltfreien Verhaltensweisen konfrontiert, die in provozierendem Widerspruch zur Ideologie des Aggressors stehen.

Die Kosten, welche durch gewaltlosen Widerstand verursacht werden, sollen den Aggressor bewegen, sich zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder zurückzuziehen. Bei der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen im Jahre 1923 zeigte es sich rasch, dass die Okkupation kein geeignetes Mittel war, Reparationen zu erzwingen. Die Kosten der Besetzung waren weit höher als der Wert der Kohlen, die von Deutschland gefordert und mit Zwangsmaßnahmen schließlich nach Frankreich transportiert wurden – unter Einsatz von militärischem und zivilem französischem Personal.

Ansätze zur politischen Durchsetzung der Sozialen Verteidigung

Obwohl eine Reihe von Fallstudien erwiesen hat, dass der Widerstand von Zivilisten eine Besatzungsmacht oder einen einheimischen Usurpator daran hindern kann, seine Ziele zu erreichen, gibt es bis jetzt keine Regierung, welche sich die Abschaffung ihrer Armee zu Gunsten der Umstellung auf vorbereiteten zivilen Widerstand zum Ziel gesetzt hätte. Am weitesten hatte sich in dieser Richtung bisher in der Bundesrepublik Deutschland die Partei der „Grünen“ vorgewagt. Sie erklärte in den 80er Jahren die „Soziale Verteidigung“ (identisch mit nonviolent, civilian defence) zu ihrem ausschließlich Verteidigungskonzept und fasste den Austritt aus der NATO ins Auge.

Um die „Grünen“ bei dieser Zielsetzung zu unterstützen, formierte sich 1989 der „Bund für Soziale Verteidigung“, eine Dachorganisation pazifistischer Verbände, welche sich die Entwicklung und Durchsetzung dieses alternativen Verteidigungskonzeptes zum Ziel gesetzt hatten. Es zeigte sich, dass das Konzept auch in anderen Parteien Anhänger hatte, auch wenn diese keine Mehrheiten oder auch nur profilierte Arbeitsgruppen zu bilden vermochten.

Im Vorfeld des Eintritts der „Grünen“ in eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten, was sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre abzeichnete, wurden bei den „Grünen“ die Vorstellungen einer alternativen, gewaltfreien Verteidigung von der Bildfläche verdrängt. Sie blieben aber latent vorhanden und wurden und werden vom Bund für Soziale Verteidigung weiter gefördert. Dies geschieht seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 vor allem durch die Entwicklung eines „Zivilen Friedensdienstes“, der im In- und Ausland die Praxis der gewaltfreien Konfliktbearbeitung befördert. Die „Friedensfachkräfte“ des Zivilen Friedensdienstes erhalten in Deutschland (mit staatlicher Unterstützung aus dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) eine Ausbildung, welche einer Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung nahe kommt und die Ausgebildeten auch zur Sozialen Verteidigung befähigen dürfte.

Die pragmatische Anwendung des zivilen Widerstands in der Verteidigungspolitik

Neben den Überlegungen, auf militärische Mittel grundsätzlich zu verzichten, ja sie als unpraktikabel aus dem politischen Instrumentarium auszuschneiden, gab es in der Vergangenheit mehrere Fälle, in denen militärische Mittel fehlten oder ihr Einsatz – wegen des Ungleichgewichts der Kräfte - so aussichtslos gewesen wäre, dass ihr Einsatz sich von vornherein verbot.

Als es im Jahre 1920 in Deutschland zum so genannten Kapp-Putsch, der von Freikorps getragen wurde, kam, weigerte die Reichswehr sich, diesen Putschversuch militärisch zu bekämpfen. Ein Generalstreik der Arbeiterschaft und die Befehlverweigerung der Beamten zwangen Kapp und seine Mitverschwörer zur Aufgabe.

Als drei Jahre danach Frankreich und Belgien – trotz der Bedenken ihrer Verbündeten im Ersten Weltkrieg – das Ruhrgebiet besetzten, um Reparationsleistungen zu erzwingen, forderte die deutsche Regierung ihre Beamten auf, die Befehlen der Besatzungsmacht nicht zu gehorchen; auch Arbeiterschaft und Unternehmer weigerten sich, mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten. Obwohl der „Ruhrkampf“ nach einem halben Jahr abgebrochen werden musste, weil die finanziellen Kosten für die Reichsregierung zu hoch wurden und es zu einer galoppierenden Inflation kam, mussten auch die Besatzungsmächte einsehen, dass sie mit ihrem weitergehenden Ziel, das Ruhrgebiet aus dem Deutschen Reich herauszulösen, gescheitert waren und sie mit Deutschland zu einer Verständigung kommen mussten.

Im Zweiten Weltkrieg kam es in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten vielfach zu unbewaffnetem Widerstand, der nach Auskunft deutscher Generäle schwerer zu überwinden war als die bewaffneten Einsätze von Guerillaorganisationen. Aus den Erfahrungen mit dem Widerstand der norwegischen Lehrer gegen die Gleichschaltungsversuche des Quisling-Regimes wurden auch Überlegungen zur Gestaltung einer unmilitärischen Verteidigungspolitik abgeleitet. Der Pionier bei der Entwicklung solcher Konzeptionen war der amerikanische Soziologe Gene Sharp, der in Norwegen geforscht und die Lehrer nach ihren Erfahrungen befragt hatte.

Keines der Länder, die im Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger positive Erfahrungen mit der Anwendung gewaltlosen Widerstand gemacht haben, hat nach dem Krieg daraus die Schlussfolgerung gezogen, auf die weitere Entwicklung militärischer Ver-

teidigungskapazität zu verzichten und stattdessen eine neue Form der nichtmilitärischen, sozialen Verteidigung zu entwickeln. Die meisten zogen die Mitgliedschaft in der NATO oder eine Mischung von militärischen und zivilen Widerstandsformen – mit einem starken Übergewicht des militärischen Faktors – dem grundsätzlichen Ausscheiden von militärischen Mitteln vor.

Das galt sogar für die baltischen Staaten, die zu Beginn der 90er Jahre bei ihrer Neugründung zunächst über keine militärischen Mittel verfügten und ihren Souveränitätsanspruch nur mittels zivilen Widerstands gegen Putschisten und eine drohende Fortsetzung der sowjetischen Okkupation behaupten konnten. Die Aufstellung und Vereidigung bewaffneter Streitkräfte war eine der ersten Amtshandlungen der souveränen Regierungen dieser Länder. Sie meinten, gerade durch die Bildung einer Armee ihren Souveränitätsanspruch unterstreichen zu müssen. Nach der Aufnahme von Litauen, Lettland und Estland in die NATO trat die nichtmilitärische Komponente bei den sicherheitspolitischen Erwägungen noch weiter zurück. Im Jahre 1992 hatte eine Delegation des deutschen Bundes für Soziale Verteidigung Litauen und Lettland noch bereist und mit Verantwortlichen für die Sicherheitspolitik gesprochen und Verständnis für die Betonung der Kampfkraft zivilen Widerstands gefunden.

Auch Tschechien und die Slowakei haben aus ihren Erfahrungen mit dem gewaltlosen Widerstand gegen die Okkupanten im Sommer und Herbst des Jahres 1968 und aus dem Verschwinden der damaligen Besatzungsmächte nicht gefolgert, künftig die Komponente des zivilen Volkswiderstandes in der Verteidigungspolitik zu entwickeln. Für Polen und alle anderen ehemaligen Mitgliedsstaaten der UdSSR gilt dasselbe.

Man könnte aus diesen Erfahrungen die Schlussfolgerung ableiten, dass der zivile Widerstand nur in Notsituationen – mangels Waffen oder bei hoffnungsloser militärischer Unterlegenheit – zum Einsatz kommt, aber keine Regierung und kein Volk freiwillig auf das Militär verzichten will. Man scheint auf Regierungsebene davor zu scheuen, die Möglichkeit einer nichtmilitärischen Sicherheitspolitik auch nur zu durchdenken, geschweige denn damit zu experimentieren durch die Förderung entsprechender Formen der Ausbildung und des Einsatzes in geeigneten Bereichen, wie es vom deutschen Bund für Soziale Verteidigung schon angeregt wurde – vor allem im Blick auf das Auftreten rechtsextremer Organisationen in einigen Ländern der Bundesrepublik.

Wenn man auf die Anfänge der Forschung über den zivilen Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik zurückblickt, dann kann man zwar feststellen, dass das Wissen um diese Möglichkeit zugenommen hat und man auch viele Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen in anderen Bereichen des sozialen Lebens auf sicherheitspolitischen Herausforderungen übertragen kann, es aber keine systematischen Anstrengungen gibt, eine umfassende zivile Alternative zum Militär zu entwickeln. Dabei gibt es mehrere Staaten auf der Erde, in denen die Existenz von Militär das eigentliche Problem bei der Entwicklung demokratischer Verhältnisse ist. Vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, bis in Anlehnung an Gandhis Konzept einer Shanti Sena in Ländern mit Militärdiktaturen von den Befreiungsbewegungen, die für die Menschenrechte und demokratische Strukturen eintreten, die völlige Abschaffung des Militärs und die Vorbereitung auf die Verteidigung demokratischer Errungenschaften mit zivilem Widerstand erwogen und ins Befreiungsprogramm aufgenommen wird.

Literatur:

Mahatma Gandhi: Für Pazifisten, Münster 1996

Theodor Ebert: Soziale Verteidigung, 2 Bde, Waldkirch 1981

Adam Roberts (Hg.): Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren, Göttingen 1971

Gene Sharp: Civilian Based Defense. A Post-Military Weapons System, Princeton 1990

8. Shanti Sena in Deutschland?

Wie lassen sich Gandhis sicherheitspolitische Vorstellungen auf europäische Verhältnisse übertragen?

Gibt es eine demokratiespezifische, gewaltfreie Sicherheitspolitik?

Die Aufgabe einer Überschrift ist es im Idealfall, den Leser mit einem einzigen Schlagwort über den Inhalt des nachstehenden Artikels zu informieren. Wer also in den Titel gleich zwei Begriffe wie „Shanti Sena“ und „Soziale Verteidigung“ aufnimmt, die einem erheblichen Teil der potentiellen Leser neu und unverständlich sind, läuft Gefahr, dass sein Beitrag nicht zur Kenntnis genommen wird. Um dies zu vermeiden, gibt es auch die Möglichkeit, auf ein gesellschaftliches Problem hinzuweisen, indem man nicht sofort die Antwort auf den Begriff bringt, sondern die Frage so formuliert, dass der Leser sie als seine eigene begreift und mit dem Autor nach der Antwort sucht.

Die Frage lautet dann: *Gibt es für Demokratien wie die Bundesrepublik Deutschland eine Alternative zum Militär, und was müssen die Bürger dieser Republik leisten, um diese Alternative effizient zu gestalten?*

Nach einer Alternative zum Militär wird derjenige suchen, der einerseits böse Erfahrungen mit dem Einsatz von Militär gesammelt und andererseits zumindest hat davon läuten hören, dass gewaltfreie Aktionsmethoden denjenigen zur Verfügung stehen, die bereit sind, sich über diese zu informieren und sich in diese einzuüben.

Dies war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und bei der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik nur bei einigen wenigen Kriegsdienstverweigerern der Fall, welche der Auffassung waren, dass der geplante Einsatz von Atomwaffen im Ernstfall alles Verteidigungswerte zerstören würde. In dieser Situation wurden sie nicht nur auf die gewaltlosen Methoden Gandhis beim Widerstand gegen die englische Kolonialherrschaft aufmerksam, sondern bemerkten: Gandhi hat für das unabhängige Indien keine Armee vorgesehen, sondern bereits am Ende des Ersten Weltkriegs die Vorstellung vertreten, dass aus dem gewaltlosen Widerstand gegen die Kolonialherren die Strukturen erwachsen sollten, die es ermöglichen würden, mitsamt der Kolonialherrschaft auch die Armee der Kolonialherren als Institution abzuschaffen. Gandhi wollte an Stelle einer indischen Armee ein Netzwerk von gewaltfreien Aktionsgruppen aufbauen. Er nannte diese alternative Institution schließlich „Shanti Sena“. Wenn man dies wörtlich übersetzt, sträubt zumindest die deutsche Sprache sich gegen diese Innovation. Shanti Sena heißt „Friedensarmee“, aber da „arma“ lateinisch die Waffe ist, kann ein Netzwerk von gewaltfreien Aktionsgruppen eigentlich keine Armee bilden.

Gandhi hat dennoch am Begriff der Armee festgehalten, um anzudeuten, dass es sich bei der Shanti Sena um eine echte Alternative zur Armee handle und nicht um eine bloße Nichtregierungsorganisation, die sich auch um dem Schutz demokratischer Grundrechte kümmert. Es ist festzuhalten: Gandhi begriff die Shanti Sena nicht als Ergänzung, sondern als Alternative zum militärischen Apparat. Als in London ausgebildeter Jurist wusste er, dass zum herkömmlichen europäischen Staatsverständnis die Ausübung des Gewaltmonopols durch Militär und Polizei gehört, und viele Menschen sich darum einen Staat ohne Militär und schwer bewaffnete Polizei gar nicht

vorstellen können.

Die Ausübung des Monopols der physischen Gewaltsamkeit ist nach Max Weber selbstverständliches und unverzichtbares Merkmal des modernen Staates. Doch es existieren in libertärer (anarchistischer) und pazifistischer Tradition auch Staatskonzepte bzw. Konzepte der Ausübung von Volkssouveränität, welche von der Fähigkeit, militärische Gewalt anzuwenden, absehen und ihre Stütze in der Fähigkeit zur gewaltfreien, direkten Aktion finden. Während Kanonen zu Beginn der Neuzeit und bei der Herausbildung des modernen Territorial- und Nationalstaates noch mit der als typisch zu bezeichnenden Aufschrift „ultima ratio regis“ (das letzte Mittel des Königs) versehen wurden und damit die Vorstellung der Zusammengehörigkeit von Staat und Militärgewalt zum Ausdruck brachten, kann man im Blick auf Konzepte, die in Anlehnung an Gandhi in partizipatorischen Demokratien den gewaltlosen Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik vorsehen und die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurden, von einer „ultima ratio populi“, also dem letzten Mittel des souveränen Volkes, sprechen.

In der Praxis wie in der Theorie ist jedoch die Verbindung von Staatlichkeit und Militär auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch das Übliche. Als die Sowjetunion zerfiel und sich neue Nationalstaaten bildeten, haben sich alle beeilt, kleinere oder größere Armeen zu bilden. Mehrere sind der NATO beigetreten. Die baltischen Staaten taten dies, obwohl sie im Moment ihrer Neukonstituierung sich mit Methoden des gewaltlosen Widerstands erfolgreich gegen bewaffnete Kräfte, welche diese Neugründungen rückgängig zu machen suchten, verteidigen konnten.

Gandhis Sicherheitskonzept und dessen Rezeption in Europa

Dies geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem in Deutschland – und auch in einigen anderen parlamentarischen, parteienstaatlichen Demokratien - von der Friedensforschung bereits das Konzept einer staatlichen Selbstbehauptung ohne die Existenz einer nationalen oder transnationalen Armee entwickelt worden war. In der Bundesrepublik Deutschland hatte dieses Konzept im Bund für Soziale Verteidigung, einem Zusammenschluss pazifistischer Vereinigungen, eine vorläufige organisatorische Struktur gefunden. Die Grünen hatten als im Deutschen Bundestag vertretene Partei sich dieses Verteidigungskonzept zu Eigen gemacht und sich mehr oder weniger intensiv bemüht, den gewaltfreien, zivilen Widerstand zu einem eigenständigen sicherheitspolitischen Konzept zu entwickeln.

Gandhi hat vor seiner Ermordung im Jahre 1948 die Alternative zu einer herkömmlichen Armee und zu schwer bewaffneter Polizei nicht mehr im großen Stil erproben können. Indien und Pakistan waren nach dem Ende der Kolonialherrschaft den Weg der Verbindung von Staatlichkeit und Militär gegangen. Gandhi hatte gehofft, dass es gelingen könnte, im Zuge eines lang anhaltenden, gewaltfreien Aufstandes gegen die englische Kolonialherrschaft, Indien als Nation von Hindus und Muslimen zu erhalten und eine Shanti Sena aufzubauen. Diese nonviolent task force sollte sich aus den Satyagrahis (gewaltfreien Freiheitskämpfern) rekrutieren, die sich bei konstruktiven Aktionen zur Entwicklung Indiens, bei der Schlichtung lokaler, bewaffneter Zusammenstöße und im Widerstand gegen die Kolonialherrschaft kennen gelernt und vernetzt hätten. Einiges konnte erreicht werden, aber das Projekt eines gewaltfreien,

ökologisch eingepassten Indien mit der Wohlfahrt für alle (Sarvodaya) als politischer Zielsetzung blieb in den Anfängen stecken. Auch die Shanti Sena gedieh über lokale Ansätze nicht hinaus und zu der Aufgabe der Entkopplung von Staat und Militär hinterließ Gandhi darüber hinaus nur theoretische Schriften in der Form von Aufsätzen in Zeitschriften oder Aussagen in Interviews.⁷ Im Übrigen zeigte er bei den Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems, die mit der Unabhängigkeit und der Teilung Indiens einhergingen, wie er sich das gewaltfreie Eingreifen in blutige, innenpolitische Konflikte vorstellte.

Die Impulse Gandhis wurden in Europa und in den USA seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts von pazifistischen Organisationen und Friedensforschern aufgegriffen, die nach Alternativen zur atomaren Abschreckung und auch zum Guerillakrieg bzw. zur bewaffneten Résistance suchten.

1961 konstituierte sich im Stuttgarter Verband der Kriegsdienstverweigerer eine pazifistische Aktionsgruppe „Gewaltfreie Zivilarmee“, die sich mit ähnlichen gewaltfreien Aktionsgruppen in anderen deutschen Städten zu vernetzen suchte. Sie veröffentlichte nach der Programmschrift „Die Gewaltfreie Zivilarmee. Stimme der jungen Generation“ einen Rundbrief „konsequent. Mitteilungen der Aktionsgruppen für gewaltfreien Widerstand“. Diese Aktionsgruppen untersuchten (zunächst noch außerhalb der universitären Forschung) Fälle von gewaltlosem Widerstand gegen Besatzungsregime und Staatsstriche und untersuchten, ob sich demokratische Errungenschaften auch mittels gewaltfreien Widerstands gegen totalitäre Gleichschaltungsversuche behaupten ließen. Die Stuttgarter Aktionsgruppe versuchte vorzuleben, wie eine solches Pendant zu Gandhis Shanti Sena in Deutschland leben und arbeiten könnte.⁸

Es kam zur engen Zusammenarbeit der deutschen gewaltfreien Aktionsgruppen mit der englischen Wochenzeitung „Peace News“, deren Redakteure die Anstöße des englischen Publizisten Sir Stephen King-Hall weiter verfolgten. Dieser war 1958 in seiner Analyse des britischen Verteidigungskonzeptes zu dem Ergebnis gelangt, dass sich mit den bereit gestellten atomaren Waffen der britische way of life gar nicht verteidigen ließe und darum untersucht werden müsse, ob und wie Großbritannien sich mit gewaltlosen Mitteln verteidigen könne. Sein Buch „Defence in the Nuclear Age“ erschien auch in deutscher Sprache im Verlag des „Stern“-Eigentümers Henri Nannen unter dem Titel „Den Krieg im Frieden gewinnen“ und wurde in deutschen Massenmedien aufmerksam besprochen. King-Hall forderte die Entwicklung einer mehrere westeuropäische Staaten umfassenden Organisation zur Vorbereitung und zum Einsatz gewaltlosen Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik.

Den Anstoß zu diesem Umdenken hatte die Entwicklung der Waffentechnik gegeben. In dem Moment, in dem die äußerste Steigerung des Einsatzes vorhandener konventioneller und atomarer Waffen zur kompletten Zerstörung von Industriegesellschaften führen konnte, schien es plausibel, den kompletten Verzicht auf den Einsatz solcher Waffen durch einen Militärapparat zu erwägen.

⁷ Sie wurden systematisiert und herausgegeben von Bharatan Kumarappa im November 1949. 1996 erschien diese Sammlung als Bd. 2 der Reihe „Politik: Handeln und Verstehen“ in Münster im LIT-Verlag: Mahatma Gandhi: Für Pazifisten. Übersetzung und Nachwort von Wolfgang Sternstein.

⁸ Siehe Ebert, Th.: Die Gewaltfreie Zivilarmee. Tagebuch eines pazifistischen Experiments, Berlin 2014, 350 S. Zu finden auf der Homepage www.theodor-ebert.de

Am St. Hilda College der Universität Oxford trafen sich - selbst organisiert und aus eigener Tasche und mit ein paar privaten Spenden finanziert - im September 1964 amerikanische, britische, norwegische und deutsche Friedensforscher zur Civilian Defence Study Conference. Erörtert wurden zum ersten Mal systematisch die Möglichkeiten der Vorbereitung und des Einsatzes gewaltfreien Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik. Die Publikation der Ergebnisse der Konferenz durch Adam Roberts in „The Strategy of Civilian Defence. Nonviolent Resistance to Aggression“ (London: Faber & Faber, 1967) erfolgte kurz vor einem Ereignis, das die Welt überraschte. Im August 1968 traten Regierung, Partei und Bevölkerung der ČSSR den Interventionstruppen des Warschauer Paktes unbewaffnet entgegen, verweigerten die Zusammenarbeit und verstanden es, die Kommunikation zwischen den politischen Organen und der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Obwohl der Widerstand nur wenige Monate durchgehalten werden konnte, und die Reformer einem Regime von Parteigängern der UdSSR weichen mussten, war der Eindruck des gewaltlosen Widerstands auf die Weltöffentlichkeit und auch auf die Aggressoren nachhaltig. Der gewaltlose Widerstand gegen Fremdherrschaft galt künftig als ein Faktor der internationalen Politik, der Berücksichtigung verlangte.⁹

Als sich in den 80er Jahren erneute Reformbestrebungen in Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes, vor allem in Polen, zeigten, zögerten die sowjetischen Politiker, noch einmal zum Mittel der militärischen Intervention zu greifen und suchten sich mit mehr oder weniger willigen einheimischen Kollaborateuren zu behelfen, obwohl diese sich bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen dann auffallend mäßigten. Das Regime von General Jaruzelski lässt sich am besten erklären, wenn man sich an die Erfahrungen der Truppen des Warschauer Paktes in der ČSSR im Jahre 1968 erinnert.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es unter Friedensforschern ähnliche Überlegungen wie diejenigen, die in Großbritannien zur Oxforder Civilian Defence Study Conference geführt hatten. Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler befasste sich unter der Leitung des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker mit Studien zu den Schäden atomarer Kriegführung auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Sie gelangte zu dem Ergebnis, dass die BRD einen atomaren Krieg als Industriegesellschaft nicht überdauern könnte. Spätere Studien zeigten, dass auch beim Großeinsatz nichtatomarer Mittel die Zerstörungen um ein vielfaches größer sein würden als bei den Bombardements des Zweiten Weltkriegs und dass Großbrände und damit verbundene chemische Reaktionen und Giftschwaden volksvernichtende Ausmaße annehmen würden.

Die Strategie der Sozialen Verteidigung

Aus der Einsicht in die Unmöglichkeit atomarer und konventioneller Kriegführung in modernen Industriegesellschaften ergab sich die Frage, ob man den Einsatz von Waffen und Soldaten nicht von vornherein eliminieren und - statt weiterhin Grenzen und Territorien zu schützen - die sozialen und freiheitlichen Errungenschaften eines Lan-

⁹Die überarbeitete und erweiterte deutsche Übersetzung der Untersuchung von A. Roberts erschien 1971 in Göttingen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht: Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien. Nachwort zur deutschen Ausgabe von Th. Ebert: Voraussetzungen und Konsequenzen der Sozialen Verteidigung in der Bundesrepublik, S. 290-299.

des direkt verteidigen sollte durch den gewaltlosen Widerstand der Bewohner eines Landes. Aus europäischer Sicht war der direkte Schutz von Grenzen nicht mehr möglich. Wie John Herz in „Weltpolitik in Atomzeitalter“ (Stuttgart: Kohlhammer, 1961) betonte, verfügten die Territorialstaaten seit der Erfindung fern tragender Waffen – und insbesondere der atomar bestückten Raketen - nicht länger über eine „harte Schale“, weil jeder Ort des angegriffenen Landes in kürzester Zeit von Vernichtung bedroht sein könnte.

Zog man daraus die Konsequenz, den Einsatz militärischer Mittel auszuschneiden und auch gar nicht mehr damit zu drohen, dann waren die künftigen Träger des Widerstands

- Zivilisten,
- die Methoden nichtmilitärisch und
- das Erfolgskriterium die Erhaltung sozialer Errungenschaften und Grundrechte.

Der Gedanke der Verteidigung der staatlichen Souveränität wurde darum aber nicht aufgegeben. Diese Souveränität der sich gewaltfrei verteidigenden Nationalstaaten sollte sich aus der obstinaten Weiterarbeit der gesetzlichen Organe ergeben bzw. sollte nach eventueller, zeitweiliger Unterdrückung aus dem Volkswiderstand neu erwachsen.

Diese nichtmilitärischen Verteidigungskonzepte wurden unter Begriffen zusammengefasst, die meist einen Aspekt des Vorgehens besonders herausstellten. Es wurde von gewaltloser, nichtmilitärischer, ziviler und sozialer Verteidigung gesprochen. Gemeint war immer das Gleiche: Das Kennzeichen der neuen Verteidigungskonzepte war, dass ihre Träger nicht uniformierte Soldaten, sondern Zivilisten waren. Diese sollten auch nicht besonders mobilisiert werden, sondern in Form einer „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“ ihrer geregelten Arbeit nachgehen und zwar gemäß den demokratisch erlassenen Gesetzen. Den Befehlen der Usurpatoren sollten sie sich auf einfallsreiche Weise verweigern und eventuelle Lücken schließen. Damit dies – trotz Androhung von Sanktionen durch den Aggressor bzw. Usurpator - auch durchgehalten werden könne, sollten entsprechende Übungen in Form von Trainings für Anfänger und Manövern für Fortgeschrittene abgehalten werden. Bei ungleichen Belastungen durch den Widerstand sollte auch für Entschädigungen Vorsorge getroffen werden.

Von der Vorbereitung auf diese neuen Verteidigungsformen sollte eine – der Abschreckung vergleichbare – warnende Wirkung ausgehen. Diese warnende Wirkung sollte sich aus einer Mischung wirtschaftlicher und politischer Faktoren ergeben. Die tragenden Überlegungen waren:

- Die Okkupation und soziale Kontrolle eines Landes sind mit erheblichen Kosten verbunden.
- Diese Kosten lassen sich durch die politische Missbilligung einer Usurpation durch die Weltöffentlichkeit und andere Staaten und auch durch dosierte wirtschaftliche Sanktionen noch vermehren.
- Als besondere Gefahr kann sich für den Usurpator der Umstand erweisen, dass der gewaltlose Widerstand das Personal des Aggressors mit gewaltfreien Verhaltensweisen konfrontiert, die in provozierendem Widerspruch zur

Ideologie des Aggressors stehen.

Erfahrungen mit zivilem Widerstand bei zwischenstaatlichen Konflikten

Die Kosten, welche durch gewaltlosen Widerstand verursacht werden, sollen den Aggressor bewegen, sich zurückzuhalten bzw. sich wieder zurückzuziehen. Bei der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen im Jahre 1920 zeigte es sich rasch, dass die Okkupation kein geeignetes Mittel war, Reparationen einzutreiben. Die Kosten der Besetzung waren weit höher als der Wert der Kohlen, die von Deutschland gefordert und mit Zwangsmaßnahmen schließlich nach Frankreich transportiert wurden – unter Einsatz von militärischem und zivilem französischem Personal.

Obwohl der „Ruhrkampf“ nach einem halben Jahr abgebrochen werden musste, weil die finanziellen Kosten für die Reichsregierung zu hoch wurden und es zu einer galoppierenden Inflation kam, mussten auch die Besatzungsmächte einsehen, dass sie mit ihrem weitergehenden Ziel, das Ruhrgebiet aus dem Deutschen Reich herauszulösen, gescheitert waren und sie mit Deutschland zu einer Verständigung kommen mussten. (Müller, Barbara, 1995)

Im Zweiten Weltkrieg kam es in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten vielfach zu unbewaffnetem Widerstand, der nach Auskunft deutscher Generäle schwerer zu überwinden war als die bewaffneten Einsätze von Guerillaorganisationen. Aus den Erfahrungen mit dem Widerstand der norwegischen Lehrer gegen die Gleichschaltungsversuche des Quisling-Regimes wurden auch Überlegungen zur Gestaltung einer unmilitärischen Verteidigungspolitik abgeleitet. Der Pionier bei der Entwicklung solcher Konzeptionen war der amerikanische Soziologe Gene Sharp, der in Norwegen geforscht und die Lehrer nach ihren Erfahrungen befragt hatte.

Keines der Länder, die im Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger positive Erfahrungen mit der Anwendung gewaltlosen Widerstand gemacht haben, hat nach dem Krieg daraus die Schlussfolgerung gezogen, auf die weitere Entwicklung militärischer Verteidigungskapazität zu verzichten und stattdessen eine neue Form der nichtmilitärischen, sozialen Verteidigung zu entwickeln. Die meisten zogen die Mitgliedschaft in der NATO oder eine Mischung von militärischen und zivilen Widerstandsformen – mit einem starken Übergewicht des militärischen Faktors – dem grundsätzlichen Ausscheiden von militärischen Mitteln vor.

Das galt sogar für die baltischen Staaten, die zu Beginn der 90er Jahre bei ihrer Neugründung zunächst über keine militärischen Mittel verfügt hatten und ihren Souveränitätsanspruch nur mittels zivilen Widerstands gegen Putschisten und eine drohende Fortsetzung der sowjetischen Okkupation behaupten konnten. (Ebert, 1992) Die Aufstellung und Vereidigung bewaffneter Streitkräfte war eine der ersten Amtshandlungen der souveränen Regierungen dieser Länder. Sie meinten, gerade durch die Bildung einer Armee ihren Souveränitätsanspruch unterstreichen zu müssen. Nach der Aufnahme von Litauen, Lettland und Estland in die NATO trat die nichtmilitärische Komponente bei den sicherheitspolitischen Erwägungen noch weiter zurück. Im Jahre 1992 hatte eine Delegation des deutschen Bundes für Soziale Verteidigung Litauen und Lettland noch bereist und mit Verantwortlichen für die Sicherheitspolitik gesprochen und Verständnis für die Betonung der Kampfkraft zivilen Widerstands gefunden.

Auch Tschechien und die Slowakei haben aus ihren Erfahrungen mit dem gewaltlosen Widerstand gegen die Okkupanten im Sommer und Herbst des Jahres 1968 und aus dem Verschwinden der damaligen Besatzungsmächte nicht gefolgert, künftig die Komponente des zivilen Volkswiderstandes in der Verteidigungspolitik zu entwickeln. Für Polen und alle anderen ehemaligen Mitgliedsstaaten der UdSSR gilt dasselbe.

Man könnte aus diesen Erfahrungen die Schlussfolgerung ableiten, dass der zivile Widerstand nur in Notsituationen – mangels Waffen oder bei hoffnungsloser militärischer Unterlegenheit – zum Einsatz kommt, aber keine Regierung (und kein Volk?) freiwillig auf das Militär verzichten will. Man scheint sich auf Regierungsebene davor zu scheuen, die Möglichkeit einer nichtmilitärischen Sicherheitspolitik auch nur zu durchdenken, geschweige denn damit zu experimentieren durch die Förderung entsprechender Formen der Ausbildung und des Einsatzes in geeigneten Bereichen. Dies hatte der Bund für Soziale Verteidigung angeregt im Blick auf das Auftreten rechtsextremer Organisationen in einigen Ländern der Bundesrepublik.

Wenn man auf die Anfänge der Forschung über den zivilen Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik zurückblickt, kann man zwar feststellen, dass das Wissen um diese Möglichkeit erheblich zugenommen hat und dass viele positive Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen in innenpolitischen Konflikten sich auf sicherheitspolitische Herausforderungen übertragen ließen, aber es hat auf staatlicher Ebene bisher keine systematischen Anstrengungen gegeben, eine umfassende zivile Alternative zum Militär zu entwickeln. Dabei müssten die Demokratien bei diesen Bemühungen eigentlich die Vorreiter sein.

Es gibt mehrere Staaten auf der Erde, in denen die Existenz von Militär und bewaffneten Milizen das eigentliche Problem und Hemmnis bei der Entwicklung demokratischer Verhältnisse und von sozialer Gerechtigkeit ist. Es wäre an der Zeit, dass in Anlehnung an Gandhis Konzept einer Shanti Sena in Ländern mit Militärdiktaturen oder konkurrierenden Warlords von den Befreiungsbewegungen, die für die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und demokratische Strukturen eintreten, die völlige Abschaffung des Militärs und die Vorbereitung auf die Verteidigung demokratischer Errungenschaften mit zivilem Widerstand erwogen und ins Befreiungsprogramm aufgenommen wird.

Anläufe zu einer Umsetzung der Sozialen Verteidigung auf der staatlichen Ebene

Bei der Entwicklung einer gewaltfreien Alternative hat sich die Partei der „Grünen“ in ihren basisdemokratischen Anfängen am weitesten vorgewagt. Sie erklärte in den 80er Jahren die „Soziale Verteidigung“ (identisch mit nonviolent, civilian defence) zu ihrem ausschließlichen Verteidigungskonzept und fasste – noch ohne Rücksicht auf potentielle Koalitionspartner - den Austritt aus der NATO ins Auge. Mit einer Anhörung internationaler Experten untersuchte die Fraktion der Grünen im Bundestag im Juni 1984 die politische Realisierung der Sozialen Verteidigung. Dieses Hearing wurde vor allem von Petra Kelly und Roland Vogt vorbereitet und durchgeführt. Das war eine Pionierleistung, für welche diese beiden auch die Mittel der Fraktion einzusetzen verstanden. Interne Friktionen führten dann aber dazu, dass die Dokumentation dieses Hearings sich lange verzögerte, die Ergebnisse innerparteilich kaum erörtert wurden und dann erst 1988 als Sonderheft

75/76 der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ gerade noch rechtzeitig erscheinen konnten, um die Gründung des „Bundes für Soziale Verteidigung“ (BSV) konzeptionell zu unterfüttern.

Der Bund für Soziale Verteidigung als repräsentative Dachorganisation deutscher und internationaler pazifistischer Verbände formierte sich im März 1989. Der BSV sollte auf basisdemokratischem Wege die gewaltfreie Alternative zum Militär durchsetzen und die „Grünen“ bei der Realisierung ihres sicherheitspolitischen Ziels unterstützen. Dieser Dachverband der pazifistischen Verbände verstand sich einerseits als pazifistische Lobby und andererseits als Organisation, welche die Konzepte des zivilen Widerstands weiter entwickeln und einüben könnte.

Die Soziale Verteidigung hatte auch in anderen Parteien einzelne Befürworter und Sympathisanten. Am stärksten war die Resonanz jedoch in linken Kreisen der Evangelischen Kirche und bei der katholischen Organisation Pax Christi. Am weitesten ging die Evangelische Kirche in Berlin und Brandenburg mit ihrem Konzept eines Zivilen Friedensdienstes als Alternative zum Militär. Am 8. Juli 1994 gab die Kirchenleitung der EKIBB eine Erklärung zum Zivilen Friedensdienst ab: „Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln“. Erläutert wurde dieses Konzept in einer ausführlichen Handreichung „Ziviler Friedensdienst. Ein unverdrossenes Angebot an unsere Politiker“.¹⁰

Diese kirchliche Erklärung konnte gerade in Berlin zustande kommen, weil dort in West-Berlin die Erfahrungen der Friedenswochen und des zivilen Ungehorsams gegen die Stationierung von Atomraketen sich mit den Erfahrungen der Ost-Berliner Bürgerrechtsbewegung verbinden konnten. Die Erklärung zum Zivilen Friedensdienst war eine Frucht der Wiedervereinigung der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg.

Rückschläge für die Etablierung einer Shanti Sena in Deutschland und Europa

Auf der politischen Ebene förderte die Wiedervereinigung Deutschland die Entwicklung einer deutschen Shanti Sena zunächst nicht. Der Bund für Soziale Verteidigung wurde von dem Tempo und dem raschen Erfolg der gewaltfreien Revolution in der DDR überrascht und es gelang ihm nur langsam, sich auf die neue Lage einzustellen. In der westdeutschen Friedensbewegung hegte man zunächst die Hoffnung, dass nach dem Entfallen einer militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt sich auch die NATO als überflüssig erweisen würde und man nicht nur die Nationale Volksarmee der DDR, sondern auch die Bundeswehr radikal abrüsten und auflösen könnte. Auf Initiative der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner kam es zu der Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“. Man orientierte sich am Vorbild der Schweizer Volksabstimmung zur Abschaffung der dortigen Armee. In der Bundesrepublik scheiterte diese Kampagne jedoch ziemlich rasch, ohne wenigstens einen spektakulären Achtungserfolg wie die Schweizer Initiative erzielt zu haben.

In den Friedensorganisationen hielt man es nun für vordringlich, statt auf die Entwicklung einer Shanti Sena auf das Ende der allgemeinen Wehrpflicht zu drängen und sah nicht länger einen Bedarf für ein sicherheitspolitisches Netzwerk gewaltfreier

¹⁰ Dokumentiert in Ebert (1997), 272-286

Aktionsgruppen. Dieser Einschätzung kam entgegen, dass einerseits die Zahl der Kriegsdienstverweigerer enorm zugenommen hatte und andererseits die Bundeswehr gar nicht in der Lage war, die noch verbleibenden Nichtkriegsdienstverweigerer auszubilden und in die Bundeswehr zu integrieren. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht war also zunächst ein durchaus realistisches Ziel der pazifistischen Verbände. Dabei wurde aber zu wenig beachtet, dass die Abschaffung bzw. das Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht zu einer Verfestigung der Armee als staatlicher Institution – nun vollends in Form einer Berufsarmee – führen würde und dass diese Berufsarmee sich leichter „out of area“ in Kriegs- und Unruhegebiete entsenden ließe als eine Armee mit einem hohen Anteil von Wehrpflichtigen.

Inzwischen hat sich die Lage weiter zu Ungunsten einer europäischen Version der Shanti Sena entwickelt. Die Ausweitung des amerikanischen Einflusses auf ehemalige Gebiete der Sowjetunion und vor allem die Osterweiterung der NATO waren von der Russland nicht erwartet worden. Spätestens mit der Krise um die politische und wirtschaftliche Orientierung der Ukraine im Winter 2013/14 wurde deutlich, dass Russland diese Verschiebung der Einflussbereiche nicht länger hinnehmen, sondern den eigenen Einfluss eventuell auch unter Einsatz militärischer Mittel zu restaurieren versuchen würde.

Irritierend war, dass (zumindest aus russischer Sicht) in der Folge der gewaltlosen Aufstände in Osteuropa bzw. der sogenannten bunten Revolutionen in Georgien und in der Ukraine der politische und wirtschaftliche Einfluss der USA und der Europäischen Union sich ausweitete. Das schien im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung in diesen Staaten zu liegen, aber es fehlte eine gewaltfreie Strategie, die bei Gandhi oder Martin Luther King immer dazu gehört hatte, und die (zunächst) unbewaffneten Aufständischen ließen sich von Gruppierungen und Personen instrumentalisieren, die mit Gandhis Vorstellungen von Sarvodaya und gewaltfreier Innen- und Außenpolitik wenig oder nichts im Sinne hatten.

Das kann man beklagen, aber es war leider auch so, dass die pazifistischen Gruppen, die 1989 sich im Bund für Soziale Verteidigung zusammen geschlossen haben, ihrerseits wenig zustande gebracht haben, mit dem sie hätten zeigen können, dass mit einer Shanti Sena sich Menschenrechtspolitik machen ließe.

Es gab Bemühungen, auf dem Balkan mit Friedensgruppen auf die Bürgerkriegsparteien einzuwirken, (Müller, 2004) aber ihr Einfluss blieb begrenzt und das Schlimmste war, dass das sie im Kosovo-Konflikt nicht in Erscheinung treten und keine Alternative zum Guerillakampf aufzeigen konnten.¹¹ Dass es grundsätzlich möglich gewesen wäre, zeigte sich später, als das Regime vom Milosevic durch einen gewaltlosen Aufstand der Serben beseitigt werden konnte und damit eigentlich bewiesen war, dass bei entsprechender einheimischer Trägerschaft die gewaltfreien Mittel in solchen Konflikten besser funktionieren als militärische.

Politische und pädagogische Konsequenzen der bisherigen Experimente

Nachdem „Bündnis 90 / Die Grünen“ die Soziale Verteidigung als sicherheitspoliti-

¹¹Das ganze Ausmaß des Versagens der Friedensbewegung im Kosovo-Krieg ist nie aufgearbeitet worden. Siehe dazu Theodor Ebert: Der Kosovo-Krieg aus pazifistischer Sicht, Münster: LIT, 2001

sches Konzept – zumindest vorläufig - fallen gelassen haben und es auch die Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“, die sich seit 1969 für die Soziale Verteidigung und seit 1991 für den Zivilen Friedensdienst als Alternative zu bewaffneten Einsätzen ausgesprochen hat, seit 2011 nicht mehr gibt, ist nicht erkennbar, wie Gandhis Konzept einer Shanti Sena in Deutschland in naher Zukunft zum Zuge kommen soll. Die Vorstellung einer gewaltfreien Alternative zum Militär hat sich zwar in der Fläche weiter verbreitet, aber es fehlt an Intensivität und Konzentration. Eine im Bundestag vertretene Partei oder Großorganisationen wie Gewerkschaften oder Kirchen müssten sich den Aufbau und die Institutionalisierung einer nichtmilitärischen Alternative zu Armee und paramilitärischen Polizeieinsätzen vornehmen und diese offensiv propagieren. Man müsste personell und finanziell investieren. Doch auf kurze und auch auf mittlere Sicht ist eine politische Rendite nicht erkennbar.

Das ist die Negativbilanz. Andererseits hat sich in der deutschen Zivilgesellschaft die Fähigkeit, tiefgreifende Konflikte auch außerparlamentarisch mit gewaltfreien, direkten Aktionen zu bearbeiten, enorm gesteigert. Aus den kleinen Bürgerinitiativen, die sich Anfang der 70er Jahre vielerorts bemerkbar machten, sind große, vernetzte Bewegungen geworden, welche auf fast allen Feldern der Politik maßgeblichen Einfluss gewinnen konnten. Einige traditionsreiche Organisationen wie Parteien, Kirchen und Gewerkschaften haben zwar viele Mitglieder verloren, aber die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, sich mit von unten entwickelten alternativen politischen Vorstellungen zu artikulieren, hat erheblich zugenommen. (Steinweg / Laubenthal 2013) Exemplarisch ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Energiepolitik. Der deutsche Ausstieg aus der Atomenergie wurde zwar letzten Endes im Parlament beschlossen, aber ausgelöst und voran getrieben wurde er von außerparlamentarischen Vereinigungen und ganz direkt von Personen, die von Gandhi gelernt und auch mit der Perspektive eines schließlichen Ausstiegs aus der militärischen Verteidigung tätig geworden waren. Ein typischer Vertreter dieser neuen Art, „Politik von unten“ (Philipp 2006) nach Gandhis Vorbild zu betreiben, ist Wolfgang Sternstein. Nach dem Schaden, den die Rote Armee Fraktion angerichtet und damit linke Politik diskreditiert hatte (Ebert 1975), konnte Sternstein als Mitglied des Vorstands im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz rechtzeitig die Selbstbindung an gewaltfreie Methoden durchsetzen (Sternstein 2005, 196) und die Entwicklung aktiv bis zum Ausstieg aus der Atomenergie verfolgen und darstellen. (Sternstein 2014)

Literatur:

Ackerman, Peter / Duvall, Jack (2000): *A Force More Powerful. A Century of Non-violent Conflict*. New York: Palgrave

Ebert, Theodor (1975): *Die zivile Linke zwischen Konterreform und Stadtguerilla*. In: Fenner, Christian / Blanke, Bernhard: *Systemwandel und Demokratisierung*. Festschrift für Ossip K. Flechtheim. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 198-216

Ebert, Theodor (1981): *Soziale Verteidigung*, 2 Bde, Waldkirch: Waldkircher Verlag

Ebert, Theodor (1992): Lernen von Litauen und Lettland. Aus meinem Tagebuch einer Erkundungsreise des Bundes für Soziale Verteidigung nach Vilnius und Riga vom 17. - 26. Juli 1992. In: Gewaltfreie Aktion, 93/94, 1992, S. 43-64

Ebert, Theodor (1997): Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln, Münster: Agenda Verlag

Mahatma Gandhi (1996): Für Pazifisten, Münster: LIT

Müller, Barbara (1995): Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Münster: LIT

Müller, Barbara (2004): Balkan Peace Team 1994-2001. Mit Freiwilligenteams im gewaltfreien Einsatz in Krisenregionen. Braunschweig: Bildungsvereinigung ARBET UND LEBEN Niedersachsen e.V. Arbeitsstelle „Rechtsextremismus und Gewalt“

Philipp, Ulrich (2006): Politik von unten. Wolfgang Sternstein. Erfahrungen eines Graswurzelpolitikers und Aktionsforschers, Berlin: NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Weiterheide OHG

Roberts, Adam (Hrsg.) (1971): Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Sharp, Gene (1990): Civilian Based Defense. A Post-Military Weapons System, Princeton 1990

Steinweg, Reiner / Laubenthal, Ulrike (Hrsg.) (2013): Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen. Frankfurt a. M.: Brandes & Aspel

Sternstein, Wolfgang (2005): Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie. Norderstedt: Verlag Books on Demand

Sternstein, Wolfgang (2014): „Atomkraft – nein danke!“ Der lange Weg zum Ausstieg. Frankfurt a. M.: Brandes & Aspel

9. Gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus¹²

Agitatorischer Terror in Konkurrenz zur gewaltfreien Aktion

Als Thema meines Vortrags habe ich den Veranstaltern vorgeschlagen: „Gewaltfreie Politik in Zeiten des Terrorismus“. Bei der Ausarbeitung fragte ich mich: Was rechtfertigt denn, von einer Zeit des Terrorismus zu sprechen? Terroranschläge gab es früher auch schon. Als ich vor vierzig Jahren meine Dissertation schrieb zum Thema „Gewaltfreien Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg“, war konzeptionell das Konkurrenzunternehmen der Guerillakrieg und zu diesem gehörte am Anfang der so genannte „agitatorische Terror“. Dieser war auch eine Form des politischen Diskurses, wenn auch eine extrem gewalttätige. Mit Hilfe von Anschlägen wollten im Aufbau befindliche Guerillaorganisationen auf sich und ihr Programm aufmerksam machen.

Hat der agitatorische Terror heute eine neue Qualität? Von einer „Zeit des Terrorismus“ dürfte ich doch nur sprechen, wenn der Terror nicht nur ein Phänomen in einer frühen Phase von Guerillakriegen ist. Der Terrorismus müsste eine oder gar die bezeichnende Form der nationalen und internationalen Konfliktaustragung selbst sein.

Nach längerem Nachdenken habe ich mich entschlossen, das Thema meines Vortrags zu präzisieren. Ich will reden über „Gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus“. Ich will dabei unter Terrorismus diejenigen Anschläge verstehen, die gemeinhin mit dem Namen Al Kaida verbunden werden. Es handelt sich dabei um einen neuartigen, internationalen, fundamentalistischen Terrorismus. In den arabischen Ländern versucht der islamische Fundamentalismus die - aus seiner Sicht - durch westliche Einflüsse verdorbene innere Ordnung der moslemischen Gesellschaft wieder her zu stellen und in den jeweiligen Ländern an die Macht zu kommen. Der Terror in den westlichen Gesellschaften hat das Ziel, den Kampf in das Lager der eigentlichen Feinde, in die Zentren dieser satanischen westlichen Zivilisation, zu tragen und sie spektakulär zu schädigen und dabei durch die Methode des Selbstmordattentats die eigene Glaubensgewissheit zu beweisen.

Eine solche Verwendung terroristischer Methoden ist neu. Früher waren die Terroranschläge auch spektakulär, aber es waren doch Randerscheinungen im Rahmen von Konflikten, die vornehmlich mit konventionellen Waffen oder auch mit Methoden der gewaltlosen Aktion ausgetragen wurden. Auch im Rahmen des indischen Kampfes gegen die englische Kolonialherrschaft kam es zu Terroranschlägen. Gandhi hat sie verurteilt und sich mit seiner harten Linie im Indian National Congress auch durchgesetzt, obgleich einige Attentäter durchaus populär waren. Die indischen Massen, soweit sie überhaupt informiert waren, sahen in ihnen Märtyrer. Ihr Ansehen war vergleichbar dem palästinensischer Selbstmordattentäter.

Bei ethno-nationalistischen Untergrundorganisationen wie der ETA im Baskenland hat sich der Terror dann bereits von der Vorstellung, eine Vorstufe des Guerillakrieges

¹² Vortrag an der Universität Mannheim am 25. Januar 2005 auf Einladung der studentischen Gruppe Polimotion

zu sein, gelöst und ist zum selbstständigen Druckmittel geworden. Ähnliches galt für die IRA in Irland. Auch die Terroranschläge palästinensischer Extremisten erfolgen nicht mehr im Rahmen eines strategischen Konzeptes, das in späteren Phasen den Übergang zum Guerillakrieg mit dem Ziel eines militärischen Endsieges über Israel vorsieht, wobei man im Moment ohnehin den Eindruck hat, dass Terror und Gegenterror nicht mehr strategisch begründet, sondern als Vergeltungsmaßnahmen für die jeweiligen Schläge der anderen Seite gerechtfertigt werden. Der Terror wird so zur sich selbst legitimierenden Methode.

Es wurde von vielen amerikanischen und europäischen Kommentatoren behauptet, dass mit den Anschlägen auf die Twin Towers in New York am 11. September 2001 ein neues Zeitalter der Konfliktaustragung begonnen habe. Wenn man nur auf das Medienspektakel, die Zahl der Toten und die materiellen Schäden achtet, dann wäre diese Einschätzung noch nicht zwingend. Die Funktionsfähigkeit der großflächigen Millionenstadt New York wurde durch diesen Anschlag nicht entscheidend getroffen. Der Eingriff war weniger tief greifend als der eines Bombardements im Zweiten Weltkrieg, und die Schäden waren geringer als diejenigen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl oder manchen Erdbebens. Die Bedeutung der Anschläge vom 11. September 2001 sehe ich darin, dass hier eine neue Art der Konfliktaustragung sich anmeldet, die traditionelle Formen der Kriegführung ablöst.

Die militärische Überlegenheit der USA ist deutlich. Es gibt keine Macht der Erde, die sich mit dieser Supermacht anlegen könnte oder wollte. Die Råson der Staaten gebietet, sich auf keinen Krieg gegen einen anderen Industriestaat einzulassen. Ein konventioneller oder atomarer Krieg würde moderne Staaten als lebensfähige Industriegesellschaften vernichten. In dieser Situation konnte die Supermacht USA ihre militärische Überlegenheit in der Luft und auch am Boden nutzen, um ihre Vorstellungen von Demokratie und Freiheit einigen Staaten, die in den Augen der US-Regierung „Schurkenstaaten“ darstellten, zu oktroyieren. Präsident Bush hat diese amerikanische Option jetzt bei seiner zweiten Amtseinführung erneut unterstrichen. Wie dieser Oktroi funktioniert, konnte man in den Kriegen gegen den Irak, gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und beim Krieg gegen Restjugoslawien im Kosovokonflikt beobachten.

Wohin führt uns der Krieg gegen den Terror?

Die militärischen Drohungen der Regierung Bush haben sich als glaubhaft erwiesen und es ist damit zu rechnen, dass Bush und seine neue Außenministerin Condoleezza Rice den militärischen Luftangriff auch gegenüber dem Iran als Fortsetzung der Diplomatie unter Einmischung anderer Mittel begreifen werden. In den USA wird dies als „Krieg gegen den Terror“ verstanden. Obwohl die deutsche Regierung sich am Irak-Krieg direkt nicht beteiligt hat, sind wir doch im Rahmen der Nato in vielfältiger Weise in das amerikanische Konzept der Terrorbekämpfung eingebunden – in Afghanistan und am Horn von Afrika mit der Bundesmarine. Und ich nehme auch an, dass bei einem Regierungswechsel in Berlin eine neue CDU-FDP-Regierung sich ameri-

kanischen Aufforderungen, sich in die militärische Koalition der Demokratien gegen die Schurkenstaaten einzureihen, nicht ernsthaft widersetzen würde. Zumindest die Äußerungen Schäubles, des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lassen sich so interpretieren.

Man darf zwar das Konfliktverständnis von Roger Köppel, Chefredakteur der „Welt“ nicht mit dem einer künftigen CDU-FDP-Regierung identifizieren, aber man darf doch annehmen, dass Köppel für eine erhebliche Zahl von Mitgliedern unserer derzeitigen parlamentarischen Opposition spricht. Ich zitiere aus einem Artikel vor Bushs Wiederwahl: „Der Irakkrieg war immer mehr als die Summe seiner hilflosen Rechtfertigungen. Er war ein Exempel, das die Supermacht statuierte, um nach ihrer Demütigung durch ein paar moslemische Studenten die Aura des Schreckens wiederzugewinnen, die jede Ordnungsmacht benötigt, um als solche anerkannt zu werden. (...) In diesem Krieg (...) enthüllte sich zum Entsetzen seiner euro-amerikanischen Gegner der gewalttätige Kern, ohne den auch die westliche Zivilisation nicht auskommt, wenn sie ihre Fähigkeit erhalten will, sich gegen ihre Feinde zu behaupten. Eine friedliche Ordnung wird nicht durch Verträge und internationale Organisationen hergestellt. Ordnung setzt Gewalt voraus, die andere Gewalt verdrängt.“

Mit den „ paar moslemischen Studenten“ meinte Köppel die Attentäter des 11. September 2001. Sie waren nur mit Teppichmessern bewaffnet und doch verstanden sie es, eine Supermacht so zu provozieren, dass deren Außenminister George Powell in einem großen Auftritt in den Vereinten Nationen – die Fernsehaugen der Welt auf sich gerichtet – diesen Völkern in einer Riesenshow die Existenz von Massenvernichtungsmitteln im Irak zu beweisen suchte, um anschließend das Völkerrecht zu missachten und einen Krieg mit unabsehbaren Folgen zu beginnen, suggerierend, dass die USA und ihre Verbündeten mit dem Krieg gegen das diktatorische Regime von Saddam Hussein auch einen Schlag gegen den internationalen Terrorismus führten und dass dies ein Mittel sei, um im mittleren Osten die Demokratie auszubreiten.

Die ultima ratio der rebellischen Gewalt

Eine Supermacht zu einem solchen Verhalten zu provozieren, ist eine schauerliche Leistung. Die Terroranschläge des 11. September sind für das Konfliktverhalten zu Beginn des 21. Jahrhunderts prägend, weil sie ein Monopol zu halten scheinen. Sie sind gewissermaßen die ultima ratio der rebellischen Gewalt. Die Terroranschläge zeigen, dass eine militärische Supermacht und ihre Verbündeten auch dann noch verwundbar sind, wenn sie mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht mehr bekämpft werden können und ein Saddam Hussein und seine Propagandisten sich mit ihren Sprüchen von der „Mutter der Schlachten“ als lächerliche Großmäuler erweisen, wobei man vor dem zweiten Irakkrieg bereits beobachten konnte, dass Saddam Hussein sich weniger Illusionen machte.

Die terroristischen Kampftechniken sind im Unterschied zu früheren Zeiten so konfliktprägend, weil die Irakkriege gezeigt haben, wie aussichtslos es ist, sich den USA

mit konventionellen, militärischen Kampfmitteln zu stellen. Die US-Regierung steht jetzt wahrscheinlich auf dem Standpunkt, dass sie sich gezielte, militärische Schläge gegen den Iran leisten kann, ohne eine militärische Antwort fürchten zu müssen. In dieser Konstellation gewinnt der internationale Terrorismus vom Typ Al Kaida immer größere Bedeutung. Er wird vielen als das einzige Mittel erscheinen, sich gegen diese Übermacht noch zur Wehr zu setzen. Je stärker die USA ihre militärische Überlegenheit demonstrieren werden, desto plausibler wird den Feinden der westlichen Zivilisation der Terrorismus erscheinen.

Deutschland wird sich aus diesem Konflikt mit den international operierenden Terrororganisationen nicht heraushalten können. Ich sehe im sich Heraushalten auch nicht die richtige Zielsetzung. Ich würde zwar nicht von „uneingeschränkter Solidarität“ reden, wie dies Bundeskanzler Schröder nach dem 11. September 2001 getan hat, aber es ist nicht zu leugnen, dass wir auch betroffen sind und dass es eine Appeasement-Politik gegenüber den Terroristen nicht geben kann. Es ist nicht zu bestreiten, dass auch unsere Gesellschaft und die Bürger unseres Staates zu Zielen von Terroranschlägen werden können. Ich erinnere an den Anschlag im Touristenzentrum Djerba. Es ist deutlich, dass auch die sozialdemokratischen Minister für Inneres und Verteidigung ihre Ressorts immer stärker unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung des internationalen Terrorismus leiten.

Die Friedensbewegung und die Herausforderung durch den Terrorismus

Dies bedeutet, dass die Friedensbewegung sich mit der Herausforderung durch den internationalen Terrorismus befassen muss. Dies geschieht auch, nachdem man begriffen hat, dass es nicht genügt, im Rahmen traditioneller pazifistischer und anarchistischer Kritik die Staaten als die eigentlichen und die allergrößten Terroristen zu denunzieren bzw. zu entlarven. Diese traditionellen kritischen Analysen mögen zwar ihre Berechtigung haben, aber mit ihnen ist in der Öffentlichkeit kein Blumentopf zu gewinnen. Die Bürger haben eben vor den Terroristen mehr Angst als vor den eigenen staatlichen Organen und sind darum mehr oder weniger bereit, sich an staatlichen Abwehrmaßnahmen zu beteiligen. Und Erhard Eppler hat – zumindest im Blick auf Afrika – auch Recht, wenn er formuliert: „Im 20. Jahrhundert gingen Gewalt und Terror vor allem von Staaten aus. Im 21. Jahrhundert werden Gewalt und Terror vor allem da entbunden, wo der Staat verfällt.“¹³ⁱ

Es ist bemerkenswert, dass unter der Redaktion von Christine Schweitzer, die seit etwa 20 Jahren in der Friedensbewegung arbeitet, im Dezember 2004 ein Heft der Zeitschrift „Friedensforum“ mit der Schwerpunktfrage „Herausforderung Terrorismus?“ erschienen ist. Das Thema wurde in enzyklopädischer Breite behandelt und es kamen unterschiedliche Einschätzungen zu Wort. Es ist spannend zu beobachten, wie hier in der Friedensbewegung ein echter Diskurs stattfindet und ohne Tabus gefragt wird: Was ist zu tun? Gewiss, es werden gewaltfreie Antworten gesucht, aber es wer-

¹³Eppler: Friedensarbeit im 21. Jahrhundert. In: Frankfurter Rundschau, 8.12.2004

den nicht einfach Parolen ausgegeben vom Typus „BRD ohne Armee“, worüber ich mich zu Beginn der 90er Jahre manchmal geärgert habe, weil so getan wurde, als ob alles ganz einfach sei, wenn man sich an die pazifistischen Patentrezepte halten würde.

Es ist zwar richtig, dass wir heute für die Abwehr einer Bedrohung Deutschlands durch andere Staaten keine Armee mehr brauchen, weil wir nur noch von befreundeten Staaten quasi „umzingelt“ sind. Es ist auch außerordentlich fragwürdig, unter enormen Kosten eine Eingreiftruppe aufzubauen, die zur Durchsetzung der Menschenrechte global intervenieren kann. Man muss fragen, ob nicht mit geringeren Kosten für die Menschenrechte, für die Abwehr des Terrorismus und für humanitäre Aufgaben – wie z. B. die Katastrophenhilfe – mehr getan werden könnte, wenn man die Mittel nicht in das Militär und seine Ausrüstung, sondern in zivile Organisationen stecken würde, die für die Krisenintervention maßgeschneidert sind. Ich finde es zwar nicht schlecht, dass ein Lazarettschiff der Bundeswehr nach Indonesien fährt, um dort mit seinen Ärzten und 41 Betten den Opfern der Flutkatastrophe zu helfen. Das ist besser, als wenn dieses Schiff in einem deutschen Hafen liegen würde, aber ich bin ziemlich sicher, dass man ärztliche Hilfe in Katastrophenfällen ohne ein solches Lazarettschiff viel billiger organisieren kann. Ich finde es auch gut, wenn die Bundeswehr bei Hochwasserkatastrophen in Deutschland hilft, aber es gäbe andere Organisationsformen, um solche Aufgaben billiger und vielleicht sogar noch effizienter zu erledigen.

Es ist wichtig, dass man nicht einfach davon ausgeht: Die Bundeswehr und die NATO haben wir nun mal, und nun wollen wir sehen, was wir mit ihr noch anfangen können. Dieses Festhalten an fragwürdigen Organisationen führt zu solch verqueren Diskussionen wie derjenigen um die Abschaffung bzw. Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht wird wahrscheinlich nicht aufrecht zu erhalten sein, aber in ihrer Abschaffung würde ich nur einen sehr fragwürdigen Sieg für das demokratische Prinzip des solidarischen Zusammenhalts in Fragen der Bedrohung des Gemeinwesens sehen. Ich bin Kriegsdienstverweigerer und insofern nicht daran interessiert, dass möglichst viele junge Männer das Waffenhandwerk erlernen, aber mein demokratisches Ideal lässt es mir erstrebenswert erscheinen, dass alle Männer und alle Frauen eines Staates es lernen, wie sie sich im Bedrohungsfalle zu verhalten haben und wie man sich zu solidarischen Gruppen verbinden kann, um in Not Geratenen zu helfen. Dies halte ich grundsätzlich für möglich, wenn man es zum Staatsziel erklärt und zum Beispiel einen Zivilen Friedensdienst aufbaut und schon in der Schule darauf achtet, dass die gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Alltag gelernt und geübt wird. In diesem Zusammenhang begrüße ich es, dass gewaltfreie Politik an der Universität Mannheim ein Thema der Lehre und Forschung ist. Mein Kollege Egbert Jahn hat mir das Programm seines Hauptseminars im Sommersemester 2004 „Gewaltfreie Politik im internationalen System“ gemailt. Das war mir ein Trost, nachdem mein eigener Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung nach meiner Pensionierung den Berliner Sparzwängen zum Opfer

gefallen ist.¹⁴

Ich sage dies vorweg, weil man in der Sicherheitspolitik leicht in verquere Diskussionen gerät, wenn man überholte Institutionen für sakrosankt erklärt, statt sich zu überlegen, ob man die Aufgaben, welche diese Institutionen in unbefriedigender Weise erfüllen, nicht durch andere, neu zu schaffende Institutionen billiger und besser bearbeiten könnte. Es ist ein Topos in der deutschen sicherheitspolitischen Diskussion – und mir ist dieser Topos besonders in den Gremien der Evangelischen Kirche begegnet, in denen ich jahrzehntelang mitgearbeitet habe: Das Militär ist nur die ultima ratio, wenn alle anderen diplomatischen und wirtschaftspolitischen Mittel versagt haben. Ich halte diese Argumentation für irreführend. Wenn man das Militär als allerletztes Mittel parat haben möchte, dann muss man eben doch alles tun, um es optimal auszustatten. Und dies ist nicht nur teurer als eine wirklich gewaltfreie Politik; das Militär als so genannte ultima ratio fördert darüber hinaus die Tendenz, sich in seinen Phantasien der Konfliktbearbeitung ständig mit diesem letzten Mittel zu befassen.

Ich habe in Bürgerinitiativen die Erfahrung gemacht, dass es vorteilhaft war, sich von vornherein auf gewaltfreie Methoden festzulegen. Man sparte sich dann diese „nervenden“ Gewaltdiskussionen. Durch das prophylaktische Ausscheiden von gewaltsamen Methoden wurde konstruktive Phantasie freigesetzt für die Entwicklung von gewaltfreien Aktionsformen. Analog könnte in der Sicherheitspolitik ein radikales Ausscheiden von militärischen Kampfformen dazu führen, dass neue Wege gefunden und erprobt werden, Konflikte zu bearbeiten. Diese Möglichkeit will ich heute Abend an dem – ich gebe zu – außerordentlich schwierigen Fall des Umgangs mit dem internationalen Terrorismus untersuchen.

Ich habe ein Gutteil meines Berufslebens als Konfliktforscher darauf verwandt, nach gewaltfreien Alternativen zur militärischen Verteidigung gegen auswärtige Aggressoren und Staatsstrieche zu forschen. Ich habe das Konzept der gewaltfreien sozialen, statt territorialen Verteidigung entwickelt. Darüber will ich heute Abend nicht sprechen, weil diese Bedrohungslagen zurzeit in Deutschland nicht akut sind.

Akut ist im Moment eine andere Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber der Gefahr des internationalen Terrorismus? Unter „wir“ verstehe ich Regierungen und Völker in der Europäischen Union und speziell denke ich bei „wir“ an uns Deutsche und im noch engeren Sinne an die deutsche Friedensbewegung. Ich meine schon, dass es auch auf die Herausforderung durch den Terrorismus eine gewaltfreie Antwort gibt. Doch wir haben sie noch nicht parat. Wir müssen sie entwickeln. Doch ich denke, dass es ähnlich wie beim Konzept der Sozialen Verteidigung sinnvoll ist, nach einer Lösung des Problems zu suchen, die strukturell gewaltfrei ist, also eine militärische

¹⁴In diesem Zusammenhang begrüße ich es, dass gewaltfreie Politik an der Universität Mannheim ein Thema der Lehre und Forschung ist. Mein Kollege Egbert Jahn hat mir das Programm seines Hauptseminars im Sommersemester 2004 „Gewaltfreie Politik im internationalen System“ gemailt. Das war mir ein Trost, nachdem mein eigener Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung nach meiner Pensionierung den Berliner Sparzwängen zum Opfer gefallen ist.

ultima ratio nicht mehr vorsieht. Was also wäre gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus?

Als die Grünen vor 25 Jahren gegründet wurden, hatten sie erklärt, sie wollten ihre Politik mit gewaltfreien Mitteln machen. Sie konnten sich bei dieser – zugegeben vollmundigen, aber doch auch aufregenden - Erklärung nur an der damaligen Definition von „gewaltfrei“ orientieren. Damit war glasklar, dass gewaltfreie Politik militärische Mittel ausschloss. Doch gewaltfreie Politik erforderte dann auch mehr als die Einsicht von ehemaligen Straßenkämpfern, dass Steine zu werfen nichts bringt. Wenn man gewaltfreie Politik machen will, dann muss man sein Instrumentarium kennen und entwickeln, die gewaltfreie Strategie studieren und die entsprechenden Verhaltensweisen einüben. Da wurde über all den verbalen Auseinandersetzungen zwischen Fundis und Realos sehr viel versäumt. Ich will jetzt den Entwicklungsprozess der Grünen und der anderen Parteien und auch der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt ihres Umgangs mit dem Konzept der gewaltfreien Politik hier nicht vorführen, obwohl dies nützlich wäre, um zu erkennen, was erreicht und was versäumt wurde. Doch dies würde mich jetzt zu lange aufhalten.

Ansätze gewaltfreier Politik

Ich werde versuchsweise annehmen, dass es in Deutschland bei relevanten Teilen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten einen solchen Willen, gewaltfreie Politik zu machen, zumindest ansatzweise gibt. Eine solche Annahme ist deswegen nicht utopisch, weil es in Deutschland eine latente und je nach Konstellation auch virulente Friedensbewegung gibt und weil auch unsere Politiker manchmal sich so verhalten, dass man den Eindruck gewinnen könnte, dass sie gewaltfreie Politik machen wollen. In der Ablehnung des Angriffs auf den Irak war sich die Mehrheit der Deutschen mit ihrer Regierung einig und die Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe und der Aufbau eines Warnsystems vor Tsunamis passen auch vorzüglich zu einer gewaltfreien Politik. Doch es gibt auch viele andere Aspekte der Regierungspolitik, die man nicht als gewaltfrei bezeichnen kann. Ich erinnere an den sich steigernden Rüstungsexport – auch auf dem Gebiet der Kleinwaffen. Und es kann eben leicht passieren, dass die gewalttätigen Züge der Politik die Oberhand gewinnen und eine Eigendynamik entfalten, die uns an der Seite der Regierung zu Kombattanten im so genannten Krieg gegen den Terror machen.

Wir können zwar noch hoffen, dass es in Afghanistan nicht zu einer Verschärfung der Terroranschläge wie im Irak kommt, aber auszuschließen ist dies nicht – und dann geraten wir leicht in den Sog der Vergeltungsmentalität und der Eskalation der wechselseitigen Maßnahmen. Es gibt hier eine Eigendynamik des Militärischen und des Antiterrorkampfes, vor der es einem nur grausen kann. Amerikanische Soldaten sind wahrscheinlich von Haus aus nicht grausamer als Deutsche. Die Folterszenen von Abu Ghraib sind Teil des Systems des militärischen Antiterrorkampfes. Dass man vor amerikanischen Militärgerichten jetzt nur die Folterknechte, aber nicht die Folterherren zur Verantwortung zieht, ist ein Skandal und bezeichnend für die Heuchelei im

Krieg gegen Terror.

Doch man sollte sich keine Illusionen machen. Die Missachtung der Menschenwürde im Krieg gegen den Terror ist der militärischen Methode inhärent.

Werfen wir einen Blick zurück. Die Franzosen sind zweifellos eine Kulturnation, aber in der Auseinandersetzung mit den algerischen Guerilleros haben sich ihre Soldaten mit Billigung der Vorgesetzten entsetzlich verhalten. Sie haben gefoltert und gemordet. Und niemand wird behaupten, dass die Bundeswehr vor Vergleichbarem gefeit wäre, wenn ähnlich wie im Irak hunderte deutscher Soldaten zu Opfern terroristischer Selbstmordattentate würden. Man hat das Problem erkannt, aber ich glaube nicht, dass man es bei einer Belastungsprobe durch terroristische Anschläge in den Griff bekommen wird, es sei denn man denkt rechtzeitig über ganz andere Methoden der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus nach.

Aber denken wir jetzt nicht nur an Afghanistan. Wie würden sich die zivilen Deutschen verhalten, wenn es in Deutschland zu Terrorakten von Moslem-Extremisten käme? Käme es dann nicht zu Anschlägen auf Moscheen? Wären Kopftuchträgerinnen ihres Lebens sicher? Wir haben doch jetzt bereits einen gewalttätigen Rechtsextremismus in Deutschland. Da werden Menschen totgeschlagen wegen ihrer Hautfarbe oder weil sie „Russen“ sind, also noch nicht integrierte Russlanddeutsche. Die Opfer waren bisher allesamt Leute, von denen überhaupt keine terroristische Gefahr ausging und trotzdem wurden sie verfolgt und erschlagen. Was wird erst geschehen, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass bestimmte Gruppen mit wirklichen Terroristen sympathisieren oder gar kooperieren? Wir haben das warnende Beispiel der Anschläge auf Moscheen in den Niederlanden vor Augen – als Reaktion auf die Ermordung des Filmemachers van Gogh.

Die Falle: Eskalation der Abwehrmaßnahmen

In einem vergleichbaren – begrenzten Fall – könnte man wahrscheinlich auch in Deutschland eine Eskalation der Gewalttaten noch vermeiden. Aber was geschieht, wenn es zu einem großen Anschlag kommt und dieser mit hiesigen – tatsächlichen oder angeblichen – Moslemextremisten in Verbindung gebracht wird? Das neueste Rezept, Islamisten aus Deutschland auszuweisen, scheint mir keine Lösung zu sein. Sie ändert die Gesinnung der Ausgewiesenen nicht und sie sind wahrscheinlich im Ausland nicht weniger gefährlich. Und es ist im Übrigen auch zu bezweifeln, dass man die Richtigen erwischt. Mit der Vorstellung, dass sich in Deutschland so genannte Schläfer aufhalten, kann man den Generalverdacht gegen fast alle Muslime richten. Der bayrische Innenminister hat schon eine Liste von auszuweisenden Islamisten parat. Es ist doch merkwürdig, dass es ausgerechnet in Bayern die meisten Islamisten geben soll. Meine Generation fühlt sich da unwillkürlich an den Radikalenerlass erinnert, den Willy Brandt im Rückblick nicht gerade als Geniestreich empfunden hat.

Doch ich will mich jetzt nicht lange mit dem aufhalten, was man alles falsch machen

kann, sondern nach den Grundsätzen einer gewaltfreien Strategie gegen den Terrorismus fragen. Wer eine Strategie sucht, muss zunächst die Situation und seinen Gegner verstehen und die eigenen Kräfte einschätzen. Man muss nach den Ursachen der Konflikte und den Motiven der Terroristen fragen. Man wird diese letzten Endes in Ungerechtigkeiten und Demütigungen finden. Diese tief liegenden Ursachen muss man zu beseitigen und eine Eskalation von Terror und Vergeltung zu verhindern suchen. Doch wahrscheinlich wird dies kurzfristig nicht in dem Ausmaß gelingen, dass die Terroristen vollständig von ihren Anschlägen ablassen. Es bedarf also auch der direkten Vorkehrungen gegen Anschläge.

Bei allem Sinn für selbstkritische Ursachenforschung werden wahrscheinlich einige Vorstellungen der Terroristen radikal abzulehnen sein, insbesondere wenn diese im Gegensatz zu den Menschenrechten stehen, also zum Beispiel Frauen oder andere Religionen diskriminieren. Das Hauptproblem bei der Überwindung des Terrorismus besteht aber darin, dass die vom Terrorismus bedrohten Kollektive in der Regel aus Personen bestehen, die in ihrer Mehrheit dazu neigen, die ungerechten Positionen beizubehalten oder ihre Privilegien gar noch zu erweitern. Wer sie dabei stört, kann selbst zum Feind erklärt und zum Abschuss frei gegeben werden. Diese Erfahrung musste die amerikanische Bürgerrechtsbewegung mit der Ermordung Martin Luther Kings machen. Konservative Politiker denken in der Regel über die Ursachen des Terrorismus nicht öffentlich nach oder sie reduzieren diese auf den religiösen Fanatismus, der aber eher ein Symptom ist als eine Ursache.

Dies bedeutet, dass die wirksamste Strategie der Überwindung des Terrorismus nicht kollektiv verfolgt werden kann, vielmehr die Einsichtigen - auf sich allein gestellt bzw. in wechselnden Koalitionen - für mehr Gerechtigkeit zu sorgen haben. Dies ist das größte Handicap bei der Abwehr des Terrorismus und beim Vermeiden von Fehlern.

Der größte Fehler, den man machen kann, ist es, auf Terror mit Vergeltungsschlägen gegen vermeintliche oder tatsächliche Terroristen und deren angebliche oder tatsächliche Sympathisanten zu antworten und die Rechte der eigenen Bürger und der Ausländer in Deutschland im Interesse der Gefahrenabwehr einzuschränken. Vergeltungsschläge schrecken die Terroristen nicht ab, sondern rekrutieren nur neue Fanatiker. Vergeltungsschläge kommen nur dem Rachebedürfnis von Angehörigen der Opfer entgegen. Wie Terror und staatlicher Gegenterror sich wechselseitig steigern, lässt sich im Konflikt der israelischen Regierung mit den terroristischen Palästinenserorganisationen beobachten.

Die Lehren der Trauerfeier im Yankee-Stadion

Das Bestreben der gewaltfreien Pazifisten muss es sein, zur Trauer um den Verlust der Opfer des Terrorismus beizutragen und die Anteilnahme an der Trauer um wertvolle Menschen auch in das Lager der potentiellen Sympathisanten der Terroranschläge zu tragen. Nach dem 11. September 2001 gab es solche Sympathiebekundungen

für die Opfer der Anschläge auch von muslimischer Seite und diese waren besonders wichtig zur Korrektur des Feindbildes.

Ich will erinnern an die große Trauerfeier für die Opfer des Anschlags auf das World Trade Center noch im September 2001 im Yankee-Stadion in New York. Meine Familie hat wie Millionen Deutsche die New Yorker Trauerfeier im Yankee-Stadion am Fernsehgerät verfolgt. Amerika gedachte der Toten unter den Trümmern des World Trade Centers und die Welt trauerte mit den Bürgern von New York und Washington. Muslimische Geistliche trugen Suren aus dem Koran vor und baten um Gottes Segen für ihre Heimat. Schwarze Amerikaner sangen ihre Hymne "We shall overcome" und der schwarze Pfarrer Forbes von der River Side Church zitierte kraftvoll und eindringlich die Seligpreisungen des Bergpredigers "Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen."

Ich selbst war mit Freunden aus dem Internationalen Versöhnungsbund im Sommer des Jahres 2001 auf den Spuren Martin Luther Kings durch die USA gereist. Einige von uns waren auf die Aussichtsplattform der Twin Towers hoch gefahren. Wir hätten also auch unter den Opfern eines solchen Angriffs sein können. Auf unserer Amerika-reise hatten wir an einem Gottesdienst in der River Side Church teilgenommen - im Gedanken an die berühmte Predigt Martin Luther Kings in dieser Kirche. King hatte 1967 - trotz der Warnungen vieler Weggefährten in der Bürgerrechtsbewegung - gegen die amerikanische Intervention in Vietnam gepredigt. Er hatte damals den prophetischen Satz gesprochen: Die Bomben, die wir über Vietnam abwerfen, werden in Amerikas Städten explodieren. Er dachte zunächst ganz praktisch an die Kosten des Krieges und die darum fehlenden Mittel im Kampf gegen die Armut in Amerika und in der Welt. Doch rückblickend scheint es mir, dass er auch in dem Sinne Recht behalten hat, dass die in den 90er Jahren fortgesetzten Demonstrationen amerikanischer militärischer Überlegenheit jetzt diese einerseits wütenden, andererseits präzise kalkulierten Anschläge provoziert haben.

Die Botschaft der Trauerfeier im Yankee Stadion war: Amerika lässt sich nicht terrorisieren. Aus dem, was dort gesprochen, gesungen und gebetet wurde, ließ sich der Schluss ziehen: Nun macht Amerika sich wieder an die Arbeit, es macht sich wieder an die Verwirklichung des amerikanischen Traums, zu dem neben dem Streben nach Glück für die Amerikaner auch das Streben nach Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle Bewohner dieser Erde gehört.

Wahrscheinlich hätte den Auftrag zur Verwirklichung dieses Traumes Martin Luther King den Amerikanern mit auf den Heimweg gegeben, wenn er noch gelebt hätte, ja wenn er 1968 nicht ermordet worden wäre, weil er zu intensiv für die Gleichstellung aller Amerikaner, gegen die Armut in Amerika und in der Welt und gegen die Intervention in Vietnam agitiert hätte.

Big Stick – die imperialistische Politik des großen Knüppels

Das unguete Gefühl, das mich während der Trauerfeier immer wieder beschlich, rührte von dem Gedanken: Während die New Yorker hier um ihre Toten trauern, und gemeinsam singen "We shall live in peace" und den Segen Gottes für Amerika erbitten, wird auf den Flugzeugträgern der Angriff auf Afghanistan vorbereitet. Und die Montagszeitungen publizierten auch tatsächlich neben den Bildern von der Trauerfeier ein Luftbild des Flugzeugträgers Theodore Roosevelt. Auf der Startfläche in großen Buchstaben die beiden ominösen Worte "Big Stick", anknüpfend an Teddy Roosevelts "Speak softly and carry a big stick". Sprich sanft, doch habe den dicken Knüppel zur Hand!

Die deutschen Kommentatoren taten sich im September 2001 noch einiges darauf zugute, die Besonnenheit von Präsident Bush zu loben - und sie verdrängten darüber, dass er das ominöse Wort "Kreuzzug" für sein Vorgehen verwendet und sich des Järgervokabulars bedient hatte. Mein Bochumer Kollege Professor Hans-Eckehard Bahr, ein Theologe, der in Chicago mit Martin Luther King zusammengearbeitet hat, sieht das Fatale darin, dass Präsident Bush ein apokalyptisches Weltbild hat, in dem die Guten gegen die Bösen kämpfen. Dazu passt auch die Vorstellung, dass es so genannte Schurkenstaaten gibt. Dieses apokalyptische Weltbild verbindet sich eng mit amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Die "Politik des großen Knüppels" war und ist Inbegriff der aggressiven imperialistischen Tradition in der amerikanischen Außenpolitik. Wer im September 2001 auf dieses Wort zurückgriff, beging aus psychologischer Sicht eine Torheit ersten Ranges. Er beraubte die aufrichtig sanften Töne der Trauerfeier ihrer inneren Wahrheit. We shall overcome, das Verlesen der Bergpredigt und das Entsenden von Flugzeugträgern passen unmöglich zusammen. Da muss man sich entscheiden.

Es war keineswegs so, dass die Anschläge vom 11. September 2001 in der arabischen Welt Begeisterung ausgelöst hätten. Als Jassir Arafat für die Opfer des Terroranschlags von New York demonstrativ Blut spendete, war dies auch ein Schlag gegen den Terrorismus, auch wenn manche darin nur hilflosen Opportunismus erblicken mochten. Arafat distanzierte sich damit von den Terroristen, auch wenn er nicht die Macht hatte, vergleichbare Attentäter in seinem Einflussbereich festzunehmen und vor Gericht zu stellen. Wenn einflussreiche Muslime sich in der ganzen Welt von Selbstmordattentaten distanzieren und über diesen religiösen Wahnsinn das Notwendige öffentlich und bei den internen Beratungen sagen, dann ist dies das beste Mittel, Selbstmordattentaten zu begegnen. Das ist wirksamer als alle technischen Vorsichtsmaßnahmen auf Flughäfen und anderswo.

Aus einem noch im September 2001 in der Presse veröffentlichten 'Leitfaden' bzw. geistlichen Anweisung der islamischen Attentäter ging deutlich hervor, dass diese sich einbildeten, etwas ganz und gar Gottgefälliges zu tun und dass sie meinten, unmittelbar nach dem Attentat beginne für sie "das glückliche Leben" und "der unendliche Reichtum mit den Propheten, Jüngern und Märtyrern und den guten Leuten". Die wichtigste Frage bei der Terrorbekämpfung ist: Was kann in den Attentätern den

Zweifel daran wecken, dass sie mit ihren Anschlägen Gottes Willen gehorchen?

Das Primat des Demotivierens der potentiellen Attentäter

Die Sicherheitsmaßnahmen der Innenminister machen den fanatischen Terroristen das Handeln schwerer, aber solche Abwehrmaßnahmen treffen diese nicht in ihren Überzeugungen bzw. Wahnvorstellungen. Diese Sicherheitsvorkehrungen sind nur neue Herausforderungen für die offenbar reichlich vorhandene technische Intelligenz der Attentäter. Sie werden immer neue Wege finden, ihre Terroranschläge durchzuführen - und die Möglichkeiten sind unerschöpflich.

Lassen potenzielle Attentäter sich durch Militärschläge beeindrucken? Imponiert ihnen die Demonstration überlegener militärischer Macht? Sicher nicht! Es steigert ihre Wut! Ihr ohnehin beleidigtes Selbstwertgefühl verlangt dann geradezu nach neuen Attentaten.

Unsere Industriegesellschaften sind enorm störanfällig. Mit geringem Aufwand lassen sich Katastrophen bewerkstelligen. Wenn man mit dem Intercity von Berlin nach Mannheim rast, dann kann man sich ja mal überlegen: Was würde passieren, wenn unmittelbar vor oder gar in einem der vielen Tunnel in Nordhessen ein Betonklotz auf dem Gleis läge. Einerseits furchtbar, andererseits einfach zu bewerkstelligen - und fast gar nicht zu verhindern. Zu Attentätern können auch Menschen werden, die in keinem Lager in Afghanistan für raffinierte Anschläge ausgebildet wurden. Und die schrecklichste Vorstellung ist für mich: Unsere Atomkraftwerke sind stationäre Atombomben im terroristischen Zugriffsbereich.

Ich bin zwar ein Gegner des Atomstroms, aber jetzt aus Angst vor Terroranschlägen von heute auf morgen die Atomkraftwerke abzuschalten, hielte ich auch nicht für angemessen. Wir befinden uns in Europa noch auf einer relativ niedrigen Eskalationsstufe der terroristischen Anschläge. Noch ist es das Ziel der Terroristen nicht, größtmögliche Schäden zu verursachen. Wir haben es also noch in der Hand, die Eskalation auszubremsen. Wir können wahrscheinlich nicht verhindern, dass es zu weiteren Anschlägen nach dem Muster der bisherigen Attentate des Al Kaida Netzwerkes kommen wird. Das ist zwar schlimm genug, aber es ist noch auszuhalten. Man darf sich aber nicht in die Falle der Überreaktionen und der Gegenschläge locken lassen.

Indische Erfahrungen

Als ich 1997 sechs Wochen lang auf den Spuren Gandhis durch Indien reiste, nutzte ich die Gelegenheit, um einige Gandhianer, die sich als Mitglieder der von Gandhi angeregten Shanti Sena verstanden, nach ihren Verhaltensweisen im Falle von Anschlägen und von drohenden oder bereits ausgebrochenen Pogromen zu fragen. Unter der Shanti Sena – wörtlich übersetzt heißt das Friedensarmee – hat man ein Netzwerk von lokalen gewaltfreien Aktionsgruppen zu verstehen. Als Durchreisender vermag ich über die gegenwärtige Effizienz der Shanti Sena keine Aussagen zu machen, zu-

mal ja die Verhinderung von Mord und Totschlag keine Schlagzeilen macht und wir in Europa nur erfahren, wenn mal wieder Hindus und Muslime sich wechselseitig umgebracht haben. Dabei sind allerdings die muslimische und die christliche Minderheit besonders gefährdet. Der Hindu-Nationalismus ist eine ernste Gefahr. Meine Gesprächspartner haben solche Pogrome und die verhängnisvolle Rolle der hindunationalistischen Presse geschildert. Da wurde zum Beispiel in einem solchen Hetzblatt berichtet, wie Muslime Hindufrauen die Brüste abgeschnitten hätten usw. Wenn ein solches Pogrom droht oder bereits begonnen hat, ist die erste Maßnahme der Shanti Sena, dass sie zu einem interreligiösen Gebet einlädt. Das hat mich verblüfft und ich habe mich gefragt: Muss man da nicht ein bisschen mehr tun als beten? Allmählich habe ich dann begriffen, dass die Einladung zu einem gemeinsamen Gebet eine gute Idee ist – besonders bei Konflikten, die religiös legitimiert werden. Und diese Shanti Sainiks hatten im Übrigen keine Hemmungen, Gebete der verschiedenen Religionen miteinander zu kombinieren. Sie üben diese Gebetspraxis in den gandhistischen Ashrams seit Jahrzehnten. Das Vaterunser ist auch ein Bestandteil der Gebetsfolge.

Diese Gebetsversammlungen sind offen und sie wirken integrierend. Es bleibt dann nicht beim Beten. Es folgt die Verständigung über die Konfliktsituation. –Die Santi Sainiks begeben sich vor Ort, um Bedrohte zu retten und Verletzte zu bergen. Hindus nehmen Moslems bei sich auf. Pogrome werden meist durch Gerüchte ausgelöst. Die Shanti Sainiks gingen zu der betreffenden Zeitung und sagten, sie hätten Hinduärzte dabei und würden den armen Hindufrauen gerne helfen. Wo die denn wären. Es stellte sich heraus: Die Schauerstory mit den abgeschnittenen Brüsten war eine reine Erfindung.

Zu dem schlimmsten Pogrom kam es vor wenigen Jahren, als in einem mit Hindupilgern besetzten Zug auf der Fahrt Feuer ausbrach und viele verbrannten. Das Feuer wurde Moslems zur Last gelegt. Wahrscheinlich waren aber Paraffin-Kocher außer Kontrolle geraten. Viele Moslems wurden massakriert und Frauen vergewaltigt, bevor der Fall geklärt werden konnte. Ich weiß nicht, was die Shanti Sena in dieser Situation vermochte. Ich fürchte, dass sie auf diese große Welle der Gewalttaten, gegen welche die Polizei nicht vorging, nicht ausreichend vorbereitet war. Bei großen Pogromen genügen auch nicht einige wenige besonnene Gandhianer. Da hängt der Erfolg einer gewaltfreien Intervention auch davon ab, ob eine ausreichende Zahl von ausgebildeten Personen abrufbereit vorhanden ist.

Doch die Methode, sich als allererstes zu einem interreligiösen Gebet zu versammeln und dabei darauf zu achten, dass Vertreter der angeblich verfeindeten Gruppen beteiligt sind, finde ich nach wie vor – zumindest im Ansatz – ganz ausgezeichnet. Man stelle sich vor, dass nach Anschlägen oder Vergeltungsschlägen in Israel oder in den besetzten Gebieten nicht weitere Schläge angekündigt würden, sondern sich Israelis und Palästinenser im Gebet und in Trauer versammeln und dieser Toten gedenken würden. Ich habe hier besonders den vorhersehbaren ersten Anschlag nach der Amtseinführung von Palästinenserpräsident Abbas an einem Grenzübergang im Auge. Dabei sind ja Juden und Palästinenser gemeinsam umgekommen.

Ich weiß natürlich auch, dass gemeinsames Trauern sich nicht einfach machen lässt. Es kommt mir auf die Richtung an: Wichtig ist, dass die Trauer um Menschen, um wertvolle, unersetzbare Menschen, die noch lange hätten leben sollen, immer stärker in den Vordergrund gerückt wird. Den Anhängern der Terroristen muss deutlich werden, dass den Anschlägen Menschen zum Opfer fielen, die keine Bösewichter waren, keine Schurken, sondern einfach Menschen, die von ihren Mitmenschen – trotz mancher Fehler – geliebt wurden. Und auch bei den Selbstmordattentätern muss deutlich werden, wie verblendet es ist, sein Leben für eine Wahnidee zu opfern. Es muss für die Eltern, gerade auch für die Mütter, eine repressionsfreie Möglichkeit geschaffen werden, öffentlich zu sagen, was sie vom Martyrium ihrer Kinder halten.

In Ansätzen gibt es solch solidarisches Zusammenstehen und Überwinden der Grenzen der Religionszugehörigkeit auch in Deutschland. Nach Brandanschlägen auf Ausländerheime und von Türken betriebene Gaststätten und von Türken bewohnte Häuser hat es neben den großen offiziellen Kundgebungen auch öffentliche Mahnwachen und Schweigekreise gegeben. Ich habe einen solchen Schweigekreis einmal in Bad Windsheim, einer fränkischen Kleinstadt, miterlebt. Meine Frau stammt aus diesem Ort und ich kenne dort einige Menschen. Was mich überraschte, war dass viele in Windsheim lebende Türken zu dem Schweigekreis kamen und an dem anschließenden Gottesdienst in der Stadtkirche St. Kilian wie selbstverständlich teilnahmen. Doch so selbstverständlich ist dies in einer fränkischen Kleinstadt gerade nicht. Ich glaube, diese Türken waren zum ersten Mal in dieser Kirche. Warum sollten Deutsche nach einem Anschlag gegen Türken nicht auch mal mit ihnen zum Gebet in eine Moschee kommen? Dies muss allerdings angebahnt und eingeübt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass es bei Parallelgesellschaften bleibt.

Albert Camus: Der Mensch in der Revolte

Beim Konflikt mit dem Terrorismus und denjenigen, die meinen, ihm den Krieg erklären zu können, geht es auch um eine weltanschauliche Auseinandersetzung. Es geht um das Humane im Menschen. Ich war zunächst überrascht, in dem Terrorismus-Heft des „Friedensforums“ als letzten Beitrag einen Auszug aus Albert Camus „Der Mensch in der Revolte“ zu finden. Ich will diesen Auszug hier jetzt nicht referieren. Ich will nur ein paar Sätze zitieren, die einerseits darauf hinweisen, dass man mit politischem Mord keine menschliche Welt schaffen kann und andererseits andeuten, dass in der verzweifelten Bereitschaft zum Selbstmord des Attentäters auch ein Stück Einsicht in die Unmöglichkeit steckt, mit diesem Mittel etwas Gutes zu bewirken. „... es geht darum zu entscheiden, ob es möglich ist, ... jemanden zu töten, dessen Ähnlichkeit mit uns wir eben festgestellt und dessen Identität wir bestätigt haben... Wenn ein einzelner Mensch tatsächlich getötet wird, verliert der Revoltierende gewissermaßen das Recht, von der Gemeinschaft der Menschen zu sprechen... Sobald der Rebell zuschlägt, schneidet er die Welt entzwei. ... Er kann sagen, einige oder fast alle seien mit ihm. Aber wenn ein einziges Wesen in der unersetzlichen Welt der Brüderlichkeit fehlt, ist sie entvölkert.... Der Revoltierende kann sich nur auf

eine Weise mit der mörderischen Tat versöhnen, wenn er sich zu ihr hinreißen ließ: durch die Hinnahme seines eigenen Todes.“

Man macht es sich wahrscheinlich zu einfach, wenn man davon ausgeht, dass Selbstmordattentäter dies nur in der so simplen wie sicheren Erwartung tun, auf schnellstem Wege ins Paradies zu gelangen und dass sie sicher sind, etwas Gottgefälliges zu tun. Man erfährt ja aus den Medien fast nichts über die Motive von Terroristen und es gilt ja fast als unanständig, sich für diese Terroristen als Menschen zu interessieren. Und doch ist es wichtig, dass wir dies in einem kritisch-sympathisierenden Sinne tun. Nur so gewinnen wir die Möglichkeit, auf sie und die Menschen in ihrer Umgebung einzuwirken.

Nun haben wahrscheinlich die wenigsten von uns direkten Kontakt zu Moslems oder gar zu potentiellen Terroristen. Es geht mir an dieser Stelle um die Grundregel, dass Terrorismus am wirksamsten von denjenigen verhindert werden kann, die zum persönlichen Umfeld der Terroristen gehören. Und ein solches Umfeld hat jeder dieser Terroristen, zumindest in der Zeit seiner Rekrutierung für eine solche Organisation. Am besten ist es sicher, wenn die Kandidaten in ihrem Umfeld auf Menschen treffen, welche Erfahrung haben im gewaltfreien Kampf gegen Ungerechtigkeiten und Demütigungen. Damit ist es in bestimmten Ländern nicht gut bestellt. Unter den Palästinensern und den Israelis gibt es nicht viele Nachwuchsgandhis, aber trotzdem ist jeder Versuch, beim Protest auf die gewaltfreien Alternativen zum Terror hinzuweisen, bedeutsam und manches wird vielleicht auch im Fernkurs gelernt. Auch in der deutschen Friedensbewegung hat man – und das waren ganz wenige - von Gandhi nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nur Aufsätze aus den 20er Jahren gelesen. Doch dass der linksextreme Terrorismus sich in Deutschland nicht ausbreiten konnte und die RAF sich isolierte, hat meines Erachtens auch daran gelegen, dass es seit Anfang der 60er Jahre im linken Milieu eine wachsende Zahl von artikulationsfähigen Vertretern der gewaltfreien Aktion gab, die mit Argument und Tat zeigen konnten, wie man mit gewaltfreien Methoden mehr erreichen kann als mit den Methoden der Stadtguerilla.

Erfahrungen im Umgang mit deutschen Terroristen

Ich denke, dass in dieser Hinsicht auch die Aktionsforschung und die Lehre von der gewaltfreien Politik an den deutschen Hochschulen einiges bewirkt hat. Ich habe am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität nach der Ermordung von Arbeitgeberpräsident Schleyer einen Kurs angeboten zum Thema „Die zivile Linke zwischen Konterreform und Stadtguerilla“. An diesem Kurs haben auch Kandidaten teilgenommen, die sich noch nicht darüber im Klaren waren, ob sie auf Dauer zur Zivilen Linken gehören wollten. Solche Orientierung suchenden Studenten sind mir an der Universität – mehr oder weniger offen - immer wieder begegnet. Nicht alle waren zu überzeugen. Und ich habe mich des Öfteren gefragt, ob ich in meinem Engagement für soziale Gerechtigkeit nicht zu furchtsam war. Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr waren da mutiger als ich. Und doch wage ich die Aussage, dass linke Hochschullehrer mit ih-

ren Argumenten und auch durch ihr politisches Engagement dazu beigetragen haben, dass terroristische Methoden sich im linken Milieu nicht ausgebreitet haben – und unsereiner war dann besonders froh, wenn ehemalige Terroristen öffentlich bekundeten, dass sie terroristische Methoden heute für verkehrt halten und sich für gewaltfreie Methoden einsetzen. Es kommt schon vor, dass ein Saulus zum Paulus wird, wenn man ihm eine neue Chance gibt. Ein ehemaliges Mitglied der RAF arbeitet heute im Auftrag des Forums Ziviler Friedensdienst im Kosovo. Ich kann mir gut vorstellen, dass auch Palästinenser, die heute Selbstmordattentate befürworten oder gar unterstützen, sich mittelfristig umstimmen lassen.

Die wichtigste Maßnahme zur Abwehr von Terroranschlägen ist es, bei den potenziellen Attentätern die inneren Hemmungen gegen Selbstmordattentate zu stärken, statt diese seelischen Hemmungen mit dem großen Knüppel, dem big stick, zu zertrümmern.

Wieweit kooperieren mit staatlichen Antiterror-Programmen?

Es gibt nur die Möglichkeit, einseitig aus dem Reaktionsschema, Gewalt mit Gewalt zu beantworten, auszusteigen. Man sollte dies bedingungslos und einseitig tun. Auf jeden Fall funktioniert es am schnellsten, wenn man ankündigt, dass man ab sofort bei seiner gewaltfreien Strategie bleiben wird, egal, was die andere Seite macht bzw. was deren unkontrollierbare, politische Parteigänger tun werden. Das konsequente einseitige Aussteigen aus dem Gewaltzyklus war die Strategie, die Gandhi und Nehru in Indien beim Kampf gegen den Kolonialismus verfolgten. Nehru hat dies folgendermaßen formuliert: „Die Engländer wissen, dass wir eine gewaltfreie Strategie verfolgen, und dass wir dabei bleiben werden.“

Zur Solidarität mit den Opfern von Terroranschlägen gehört, dass man den Terror ohne Wenn und Aber als Verbrechen verurteilt. Da darf es keine „klammheimliche Freude“ oder irgendwelche kuriosen Aussagen über den ästhetischen Reiz von Anschlägen auf Symbole wie das World Trade Center oder das Pentagon geben. Terror darf überhaupt nicht gerechtfertigt werden. Bei der deutschen Linken hat es zu lange gedauert, bis sie die Methoden der RAF klar und deutlich als verbrecherisch gekennzeichnet und die Hungerstreiks gegen die Isolationshaft als Methode, Nachwuchs zu rekrutieren, durchschaut und entsprechend reagiert hat. Wenn man sich vom Terrorismus unmissverständlich distanziert, dann lassen sich rechtswidrige staatliche Unterdrückungsmethoden gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Terroristen umso glaubwürdiger anprangern, zum Beispiel im Blick auf das Gefangenenlager von Guantanamo.

Doch wie weit sollte die Friedensbewegung mit rechtsstaatlichen Programmen zur Abwehr der Terroristen kooperieren? Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die sinnvoll sind oder denen man sich zumindest nicht entziehen kann. Ich denke hier an die Personenkontrolle vor dem Einsteigen in Flugzeuge oder vor dem Betreten von Versammlungsräumen, in denen mit Anschlägen zu rechnen ist. Erzbischof Romero wur-

de durch eine offen stehende Kirchentür von einem Auto aus erschossen und Martin Luther King auf einem Balkon. So einfach darf man es Attentätern nicht machen, aber ein umfassender Personenschutz ist im Rahmen gewaltfreier Politik nicht möglich. Man kann besonders gefährdete Personen begleiten. Die Peace Brigades International haben dies mit Erfolg praktiziert. Europäische und amerikanische Freiwillige begleiteten von Todesschwadronen bedrohte lateinamerikanische Bürgerrechtler. Doch in zugespitzten Situationen muss man es ertragen, dass auch gewaltfreie Politiker ermordet werden. Das sind dann schlimme Verluste, aber die gewaltfreie Politik als solche ist damit nicht zu treffen.

Das Risiko, solche Verluste zu erleiden, ist gewaltsamen Schutzvorkehrungen vorzuziehen. Ich selbst habe mich mal auf polizeilichen Personenschutz eingelassen, als meine Familie von Rechtsextremisten bedroht wurde. Der demonstrative, nächtliche Polizeischutz vor unserem Haus hat damals (1984) beruhigend gewirkt. Es war für mich auch die bequemste Lösung. Doch vorbildlich finde ich mein Verhalten rückblickend nicht.

Eine gewisse Kooperation mit der Polizei und Strafverfolgungsbehörden halte ich schon für möglich, sogar für empfehlenswert. Das gilt besonders für einfache Sicherheitsvorkehrungen, wie zum Beispiel die Personenkontrollen an Flughäfen und anderen Orten. Warum sollten Pazifisten nicht kooperieren, wenn es zu beweisen gilt, dass sie keine Waffe bei sich tragen. Warum sollten sie nicht polizeilichen Empfehlungen folgen und unnötige Risiken meiden? Problematisch ist an manchen Sicherheitsvorkehrungen, dass sie Bürgerrechte einschränken bzw. den Bürger der staatlichen Kontrolle überantworten und dabei die Allgemeinheit in der Vorstellung bestärken, dass sich mit irgendwelchen technischen Vorkehrungen Anschläge effektiv verhindern ließen. Die technische Intelligenz der Attentäter wird immer wieder ausreichen, neue Anschlagsmöglichkeiten zu erkunden und Kontrollen zu entgehen.

Terroranschläge lassen sich am besten verhindern, indem man die psychischen Hemmungen bei den potentiellen Attentätern verstärkt. Wahrscheinlich ist die Zahl der sogenannten „Schläfer“, also der ausgebildeten Terroristen, die auf ihren Einsatzbefehl warten, sehr gering, wenn es sie überhaupt gibt. Was es tatsächlich gibt, sind immer wieder Menschen, die in ihrer Frustration oder aus Empörung über Ungerechtigkeiten zur Gewaltanwendung tendieren und sogar terroristische Anschläge erwägen. Die allermeisten setzen ihre Gedanken nicht sofort in die Tat um, sondern probieren im Gespräch aus, wie sie damit ankommen. Es gibt im Umfeld jedes potentiellen Terroristen Menschen, die auf ihn einwirken können. Deren Fähigkeit zu stärken, scheint mir die allerwichtigste Aufgabe zu sein.

Das Gebot der Ausdauer bei gewaltfreier Politik

Ich leite diese Schlussfolgerung aus Erfahrungen ab, die ich an der Universität gemacht habe. Als Konfliktforscher hat man dort immer wieder mal mit potentiellen Terroristen zu tun, die noch mit dem Gedanken an den bewaffneten Kampf spielen.

Ich denke, dass die Seminare von Wolf-Dieter Narr, Peter Grottian und mir auch Beiträge zur Eindämmung des Terrorismus waren, weil sie zeigten, wie man mit gewaltfreien Mitteln einen Konflikt besser dramatisieren und konstruktiv bearbeiten kann als mit agitatorischem Terror. Doch man macht sich damit in der Szene nicht beliebt. Peter Grottians Auto wurde zerstört, als er sich für einen gewaltfreien Verlauf des 1. Mai engagierte und im Treppenhaus des Otto-Suhr-Instituts begrüßte mich mal in Sprayschrift die Aufforderung: „Barschel, Schleyer, Strauß – Ebert such Dir was aus“. Das war Diskurs nach Art des Hauses.

Doch ich bleibe dabei: Das argumentative Einwirken auf potenzielle Terroristen und die Demonstration der Wirksamkeit gewaltfreier Methoden beim Überwinden von Ungerechtigkeiten ist die beste Methode bei der Terrorismusbekämpfung. Dazu kommen rechtstaatliche Mittel der Verfolgung von Straftaten durch Polizei und Justiz. Es bedarf nicht einmal neuer Gesetze. Dieses argumentative Einwirken kann auch indirekt über die Medien erfolgen. Es gibt Medien, welche auch die Moslems erreichen, die nicht zu unserem Bekanntenkreis gehören.

Wenn man den Terroristen den Krieg erklärt, dann wertet man sie politisch auf. Die Art und Weise der Bekämpfung der RAF war auch schon reichlich martialisch. Doch hätte man ihr auch noch den „Krieg erklären“ sollen, weil sie sich selbst als „Armee“ bezeichnet und neben zivilen auch militärische Ziele angegriffen hat?

Wenn es weiterhin zu Terroranschlägen kommt und dies ist wahrscheinlich, muss man sie eben aushalten und Überreaktionen vermeiden. Attentate auf Busse und U-Bahnen oder die Explosion einer Bombe in einem Restaurant oder einer Universitätsmensa sind scheußliche Verbrechen, aber sie können die Funktionsfähigkeit des angegriffenen politischen und sozialen Systems nicht treffen. Die Bezeichnung „Krieg gegen den Terror“ verleiht den relativ wenigen Terroristen ein politisches Gewicht, das sie an und für sich gar nicht haben. Im Vergleich zu den Auswirkungen eines zwischenstaatlichen Krieges oder eines Bürgerkrieges oder auch nur der Umweltveränderungen in Folge der industriellen Expansion stellen die Attentate der Terroristen nur geringfügige Eingriffe ins wirtschaftliche und soziale System dar. Bisher haben die Terroristen außer Schlagzeilen und Fernsehbildern nicht viel zustande gebracht. Was bedeuten schon die schon die Zerstörung eines Büroturms oder eines Hotels und einige hundert oder auch einige tausend Tote für das Überleben eines sozialen Systems? Doch ich muss zugeben, dass mir bei dieser Frage nicht wohl ist. Sie vernachlässigt das Leid der Einzelnen, und Selbstmordattentate könnten in Zukunft empfindlichere Stellen treffen. Technisch gibt es dagegen keinen wirklichen Schutz. Doch die strategische Konsequenz bleibt dieselbe, ich fasse sie in drei Punkten abschließend zusammen:

- Die Soziale Verteidigung gegen den Terrorismus muss ansetzen beim Demotivieren der Terroristen,
- die primären Träger des Widerstandes gegen den Terrorismus sollten Menschen im Umfeld der potentiellen Attentäter sein und
- das Ziel sollte die Reduzierung des globalen Defizits an sozialer Gerechtigkeit

sein. Jede deutlich erkennbare Maßnahme auf diesem Wege ist ein Schlag gegen den Terrorismus.

10. Gewaltfreier Widerstand gegen Rechtsextremismus

Nachdenken über Erfahrungen bei der Flüchtlingshilfe¹⁵

*Einer und ein Freund und ein Freund und ein Freund
sag nicht das gibt vier
es sind mehr
das Kleine Einmaleins ist die Freundschaft
das Große die Revolution*

*Fang mit dem Kleinen an
denn ein Freund herrscht nicht
ein Freund hat immer Zeit
oder er weiß einen der jetzt Zeit hat
ein Freund weiß immer Rat
oder er kennt einen andern der Rat weiß
ein Freund ist immer zuständig
oder er findet wer zuständig ist*

*Das Kleine Einmaleins ist das Netzwerk
das Große die neue Stadt*

(Dorothee Sölle)

Seit Jahren hinter der Frontlinie

Ich muss Sie zunächst bitten, sich auf eine Vorrede einzulassen, in der ich erläutere, wie es kam, dass ich heute Abend hier stehe und anstelle von Ariane Dettloff, die erkrankt ist, über „Gewaltfreien Widerstand gegen Hitler“ sprechen soll.

Frau Dettloff, die mich aus dem Bund für Soziale Verteidigung kennt, traute mir zu, dass ich für sie einspringen könnte, nachdem zwei andere mögliche Referentinnen, die jünger sind als ich, absagen mussten. Ich bin also unter den Ersatzmensen die dritte Wahl – und dies zurecht. Ich bin bereits 76 Jahre alt und habe mich auch aus gesundheitlichen Gründen aus den vorderen Linien der pazifistischen und kirchenpolitischen Engagements zurückgezogen und schreibe in einem idyllischen Vorort von Berlin am Groß Glienicker See meine Erinnerungen an die aktive Zeit.

Die Anfrage von Ariane Dettloff und die anschließende Einladung von Margarete Gallhoff aus Leipzig hat mich aus diesem Sortieren der Vergangenheit heraus gerissen und in die politische Gegenwart katapultiert. Ich habe darauf zuerst mit Widerstreben, aber doch auch beunruhigt und besorgt reagiert. Es ist kaum zu rechtfertigen, das aktuelle Geschehen nur noch über die Zeitungen und das Fernsehen und gelegentliche Beiträge jüngerer Kollegen und Freunde zu verfolgen.

Obwohl man mir in der Familie abgeraten hat, mich unterbrechen zu lassen, habe ich nach einem langen Telefongespräche mit Frau Gallhoff schließlich doch zugesagt, weil die Einladungen nun schon mal raus waren und die Gelegenheit, sich im Erich-Zeigner-Haus über die richtige Antwort auf die Herausforderungen von Rechts zu

¹⁵ Erich-Zeigner-Haus in Leipzig, 27. November 2013

verständigen, nicht versäumt werden durfte.

Der Sinn meiner Vorrede ist, dass ich mich nun doch vor hohen Erwartungen schützen und darauf hinweisen möchte, dass mein Möglichkeiten, hier Hilfreiches zu sagen, begrenzt sind. Ich hatte nur wenig Zeit, dieses Impulsreferat auszuarbeiten.

Ich bin von Ariane Dettloff, einer Historikerin, für ihr Thema „Gewaltfreier Widerstand gegen Hitler“ vorgeschlagen worden, weil ich mich im Zuge meiner Forschungen zum gewaltfreien Widerstand als Alternative zur militärischen Verteidigung auch mit dem innerdeutschen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur und dann besonders mit dem unbewaffneten Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg befasst habe. Das Ziel dieser Forschungen war es, herauszufinden, wie man sich in Demokratien organisieren sollte, um einem Staatsstreich oder einem Besatzungsregime mit gewaltfreiem Widerstand begegnen zu können. Die Arbeitshypothese war, dass es im Idealfall möglich sein sollte, eine Bedrohung schon durch die Vorbereitungen auf den Ernstfall „abzuschrecken“. Die Frage war: Wie können Stand- und Wehrhafte die bewaffnete Abschreckung durch eine gewaltfreie Strategie der deutlichen Warnungen ersetzen und damit eine Eskalation der wechselseitigen Bedrohungen vermeiden.

Ich habe über den gewaltfreien Widerstand weniger als Historiker denn als zukunftsorientierter Politologe geforscht und dann Aufsätze und Bücher über die sogenannte Soziale Verteidigung geschrieben. Im Zuge dieser Arbeiten habe ich mich dann aber auch mit der Frage befasst, wie man sich in der bundesrepublikanischen Demokratie gegen die regionalen Versuche der Machtergreifung rechter Gruppen – also in den sogenannten national befreiten Gebiete - wehren könne. So habe ich zum Beispiel 1991 – Sie sehen, das ist lange her – auf einem Kongress des Bundes für Soziale Verteidigung in Potsdam, der dem Thema „Gewaltfrei in Krisen intervenieren“ galt, über das Thema „Gewaltfreie Abwehr von Gewalt gegen Flüchtlinge“ gesprochen. Nicht ohne Grund. Es gab Fälle, in denen Flüchtlinge – allein wegen ihrer fremdländischen Erscheinung – verfolgt, verprügelt und im Falle von Farid Guendoul in Guben zu Tode gehetzt wurden. Das war am 13. Februar 1999. Die Wählerschaft der NPD ist in Guben bis heute stabil und im landesweiten Vergleich überdurchschnittlich hoch.¹⁶

Als Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirchen in Berlin und Brandenburg war ich immer wieder mit dem Thema Gewalt gegen Flüchtlinge, aber noch mehr mit dem Widerstand gegen die staatliche Abschiebung von Flüchtlingen befasst.

Diese Themen sind nach wie vor in Berlin hoch aktuell, doch ich selbst habe im Jahre 2001 gemeint, mich wegen eines schweren Herzinfarkts aus der vorderen Linie zurückziehen zu dürfen. Wohl ist mir dabei nicht, weil es eben auch bequem ist, am Rande Berlins in einer Gartenstadt zu leben. Etwas wohler ist mir, wenn ich höre, dass andere sich – wie zum Beispiel die hiesige Bildungs- und Begegnungsstätte ge-

¹⁶ Zur Bundestagswahl 2013 erzielte die NPD in Guben mit ihrem Kreisvorsitzenden Ronny Zasowk 4,7% der Erststimmen sowie 3,9% der Zweitstimmen – 2009 waren es 4,7% und 4,2%. Dabei gewann sie in absoluten Zahlen Stimmen hinzu. Für den Direktkandidaten votierten 451 Wähler (2009: 402), 379 Wähler gaben ihre Zweitstimme (2009: 357). Aufgrund einer insgesamt höheren Wahlbeteiligung wirken sich diese Zuwächse nicht in einer prozentualen Steigerung aus. Zum Prozess gegen die rechtsextremen Täter und die andauernden rechtsextremen Ausschreitungen findet man im Internet wichtige Informationen, welche zeigen, wie notwendig und schwierig es ist, den Neonazis zu widerstehen.

lebter Zivilcourage sich ins Zeug legt. Darum fühle ich mich jetzt auch Ihrer Leipziger Initiative im Erich-Zeigner-Haus verbunden.

Dennoch, ich habe mich gefragt, ob ich heute - infolge der räumlichen und zeitlichen Distanz - noch etwas zu sagen habe, das Orientierungshilfe und praktische Anleitung bietet.

Ich schiebe meine Zweifel zur Seite und komme auf das ursprüngliche Thema „Gewaltfreier Widerstand gegen Hitler“. Das Trauma der Deutschen ist, dass sie in der Abwehr und im Widerstand gegen die Nazis so entsetzlich versagt haben. Einige versuchen dies jetzt dadurch wieder etwas gut zu machen, dass sie sich mit der Historie des Widerstands befassen und sich im Geiste mit den großen und kleinen Helden dieses Widerstands identifizieren. Sie treibt der Impuls: So wie unsere Eltern und Großeltern wollen wir nie wieder versagen! Und darum auch die Haltung: Wehret den Anfängen! Und es ist ja auch gut so, dass es diese Aufmerksamkeit, diese Abwehrhaltung und diese Ermunterung zur Zivilcourage gibt. Trotzdem müssen wir uns heute Abend kritisch fragen, ob überhaupt und was und wie viel wir aus dem Widerstand gegen Hitler für die aktuellen Herausforderungen lernen können. Dass die Situation vor und nach 1933 anders war als die heutige, schließt ja das Lernen nicht aus, auch wenn sich die Erfahrungen der Vergangenheit nicht eins zu eins auf die Gegenwart übertragen lassen.

Ein Rundgang zu den Spandauer Stolpersteinen

Gehen wir *medias in res*. Am 9. Oktober dieses Jahres, also vor einem guten Monat, nahm ich auf Initiative meiner etwas jüngeren Frau Ruth, die in verschiedenen Spandauer Initiativen aktiv war und ist an einem Rundgang zu den Spandauer Stolpersteinen teil. Der Rundgang endete am Ort der damals in der Reichspogromnacht nieder gebrannten Synagoge.¹⁷ Es war sehr kalt und wir waren nur unser zwanzig. Was mir bei dem Rundgang ständig durch den Kopf ging, war der Umstand, dass es sich bei den 1938 von den Nazis Verfolgten um ganz normale Spandauer, meist Kleinbürger gehandelt hatte. Die meisten hatten kleine Geschäfte betrieben – für Farben und Stoffe - und sie waren unscheinbaren Tätigkeiten nachgegangen. Auch ein Apotheker, der Besitzer eines Kaufhauses und der Direktor einer Bankfiliale waren darunter, doch großartige Boni hat letzterer sicher nie kassiert. Und mitten in diesem Spandau wurden diesen biederen Bürgern die Scheiben eingeschlagen, die Geschäfte zerstört und wurde ihr Gotteshaus angezündet. Und die Spandauer reagierten nicht. Die guckten nur. Die Spandauer haben die Geschäfte auch nicht geplündert, wie dies zum Beispiel in Nürnberg der Fall war. Doch es gab keine Zeichen von Solidarität mit diesen Mitbürgern, deren Kunden sie doch gewesen waren.

Dabei waren sich die Nazis untereinander gar nicht so einig, dass dieses chaotische Treiben eine großartige Idee war. Goebbels als der Oberscharfmacher war vorgeprescht – allerdings mit der Rückendeckung Hitlers. Doch es gab keine wirklichen Proteste gegen die Chaoten der SA - auch nicht von den Kirchen, die sich noch hätten zu Wort melden können, ohne dass das Regime in der Lage gewesen wäre, sie platt zu

¹⁷Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. (Hg.): Stolperstein in Berlin. 13 Kiezspaziergänge, Berlin 2013, S. 142-151

machen. Einzelne Pfarrer protestieren von der Kanzel herab und wurden dann auch als Einzelne verfolgt. Und mit der innerkirchlichen Solidarität war es dann nicht weit her. Stattdessen gab es sogar ganz schreckliche Erklärungen von kirchlicher Seite.

Bei Wikipedia habe ich unter Reichspogromnacht Folgendes gefunden. Martin Sasse, der evangelische Landesbischof von Thüringen, sah in den Pogromen eine Erfüllung von [Martin Luthers](#) Forderungen von 1543: *„Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volk wird [...] die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zu völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt. In dieser Stunde muss die Stimme des Mannes gehört werden, der als der Deutschen Prophet im 16. Jahrhundert einst als Freund der Juden begann, der getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner seines Volkes wider die Juden.“*

Heute wünschen die Christen sich, dass ihre Kirchenleitungen und die Gemeinden, die eben 1938 noch nicht gleichgeschaltet waren und die noch über eine eigene Kommunikationsstruktur verfügten, ganz anders reagiert hätten.

Lehren aus der Rettung der dänischen Juden

Wie anders man auf die Verfolgung der Juden reagieren konnte, haben uns die Dänen gelehrt, als sie mit der Absicht Adolf Eichmanns konfrontiert waren, alle dänischen Juden und auch die nach Dänemark geflüchteten deutschen Juden einzufangen und nach Theresienstadt zu transportieren. Dieses andere Verhalten wurde weltweit bekannt durch Hannah Arendts Bericht „Eichmann in Jerusalem“. Sie hat das Studium dieses Falles allen Politologen empfohlen. Mit Recht. Heute habe ich im Berliner „Tagesspiegel“ eine Besprechung der neuesten Darstellung gelesen. Bo Lidegaard: Die Ausnahme. Oktober 1943. Wie die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger der Vernichtung entkamen. München: Blessing Verlag, 2013, 591 Seiten, € 24,99. Aus Lidegaards Sicht war der springende Punkt für das Gelingen der Rettung in Dänemark, dass die dänische Bevölkerung sich mit dieser Rettungsaktion identifizierte.

Wie lautete doch der sozialdemokratische Slogan bei der zurück liegenden Bundestagswahl? „Das Wir entscheidet“. In Dänemark hat das Wir entschieden. Wenn es aber künftig weiter darum geht, die Festung Europa gegen Flüchtlinge abzuschirmen und die wenigen, die durchkamen, abzuschieben, wird sich noch zeigen, wofür sich das sozialdemokratische Wir in globaler Solidarität entscheiden wird. Es ist leider zu befürchten, dass das Wir der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD den Deutschen nicht zum Nachruhm gereichen wir – wie den Dänen ihr Einsatz bei der Rettung ihrer jüdischen Landsleute.

Noch einmal zurück nach Dänemark, das im Moment auch keine andere Flüchtlingspolitik betreibt als Deutschland. Leider. 1942 wurde die Rettungsaktion durch den Umstand begünstigt, dass die Juden nach Schweden in Sicherheit gebracht werden konnten und dass diese Aktion sich gegen die deutsche Besatzungsmacht richtete, also eine klare Frontlinie „Dänen contra Nazis“ bestand.

Begünstigt wurde die Rettung auch dadurch, dass die Dänen noch rechtzeitig von der geplanten Deportation erfuhren. Die Reichspogromnacht am 9. November 1938 über-

raschte alle. Goebbels lancierte sie als quasi spontane Reaktion auf die Ermordung eines Mitarbeiters der deutschen Botschaft in Paris durch einen jüdischen Attentäter. In Dänemark wurde das Vorhaben Eichmanns von einem Deutschen verraten. Georg Ferdinand Duckwitz war der Informant. Heute ein Held des Widerstands. Anerkennung wurde ihm nachträglich zuteil. Unter Willy Brandt wurde er Botschafter und Staatssekretär. Es gibt ja heute Leute in Deutschland, die Edward Snowden eine ähnliche Karriere wünschen – und ich und wahrscheinlich auch Sie gehören zu diesen Leuten. Andere werden diesen Vergleich von sogenannten Verrätern völlig abwegig finden.

Für ein Netzwerk von Bürgerinitiativen

Die Lehre aus der dänischen Erfahrung für die aktuelle Auseinandersetzung mit den Neo-Nazis ist, dass es ein Netzwerk von basisdemokratischen Organisationen und auch einige widerständige Köpfe geben muss, welche der Herausforderung von Rechts begegnen. Das größte Problem für die wenigen, die heute zu gewaltfreien Aktionen bereit sind, ist jedoch, dass es diese grass root Strukturen des politischen Engagements nur vereinzelt gibt. Dabei bestehen kaum äußere Hindernisse, sich zu organisieren und sich öffentlich zu äußern.

Ein strukturelles Problem ist, dass die Organisationsdichte der arbeitenden Bevölkerung immer geringer wird und die Nicht-Berufstätigen fast nur noch passiv konsumieren und die Schüler und Studenten sich an die rigorosen Vorgaben der Lehr- und Studienpläne halten, um einen gut bezahlten Job zu ergattern. Dieses sich an den Kapitalismus anpassende Verhalten von Schülern und Studenten deprimiert mich, weil ich mich an die Aufbruchstimmung der APO-Zeit in den 60er und 70er Jahren noch gut erinnern kann. Solidarität war damals in West-Berlin kein Fremdwort und vielleicht auch ideologisch nicht so belastet wie in der DDR. Über diese kulturelle Differenz zwischen den beiden deutschen Staaten und die neue Lage nach der Wiedervereinigung müssen wir uns noch verständigen.

Doch in der Abwehr der Herausforderung von Rechts gab und gibt es bei den Organisationen, die sich darauf einlassen, eine gemeinsame Grundhaltung. Ich habe mit Almut Berger, der Ausländerbeauftragten von Brandenburg, der Mutter meines Patenkindes, über viele Jahre – auch schon vor der Wende – vertrauensvoll zusammengearbeitet. Da sah und sehe ich keine kulturelle Differenz. Man sollte sich aber daran erinnern, dass es ein wichtiges Erbe der APO-Zeit war, dass in West-Berlin und in Westdeutschland in den 70er Jahren sehr viele Bürgerinitiativen entstanden sind, die sich einerseits mit lokalen Problemen, aber auch mit überregionalen Herausforderungen wie dem Fluglärm und dem Bau von Atomkraftwerken befassten und sich für Verfolgte im Ausland, aber auch für die Flüchtlingen einsetzten, die zu uns gelangt waren. Es entstand ein bundesweites Netzwerk von Bürgerinitiativen.

Solidarität mit Flüchtlingen gab es auch in der DDR. Die von Pinochet verfolgten Chilenen sind der damaligen Führung der DDR heute noch dankbar. In Berlin und der Bundesrepublik kümmerten sich um Solidarität mit verfolgten linken Gruppierungen fast nur linke Basisgruppen und kirchliche Organisationen. Diese haben nach der Wende, also nach 1990 auch weiter gemacht, aber in den neuen Bundesländern mussten diese Gruppen erst mal neu aufgebaut werden. Dies ist an einigen Orten gelungen.

Ich habe solche Gruppen über Almuth Berger in Brandenburg kennen gelernt, aber es fehlte – trotz Bürgerrechtsbewegung – die basisdemokratische Erfahrung der Mitarbeit in einer größeren Zahl von Bürgerinitiativen.

Meines Erachtens kommt es bei der Abwehr von Rechts vor allem darauf an, dass man diese solidarischen Netzwerke aufbaut und pflegt. Dabei kann es sich auch um – auf den ersten Blick – eher unpolitische, humanitär-konstruktive Aktivitäten handeln. Ich habe in Spandau beobachtet, wie eine solche Initiative sechzehn Jahre lang Kinder, die durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl betroffen waren, im Sommer für drei oder vier Wochen nach Kladow in ein Jugendheim eingeladen und betreut hat. Da mussten Jahr für Jahr etwa 12.000 Euro gesammelt und viel begleitende Betreuungsarbeit geleistet werden. Um diese Stadtteilinitiative herum wurde ein parteiübergreifendes Netzwerk geschaffen.

Solche Netzwerke lassen sich im Bedarfsfall auch für andere Formen der Zusammenarbeit mobilisieren – auch gegen Bedrohungen von rechts. Diese Kladower Frauen werden jetzt nicht zu den Zelten der Flüchtlinge auf den Oranienplatz in Kreuzberg fahren. Doch sie beobachten die Unterbringung von Flüchtlingen in einem leer stehenden Krankenhaus und Schwesternwohnheim in Gatow-Kladow. In Zusammenarbeit mit der Rektorin und dem Kollegium einer Grundschule halfen sie bei der Einschulung von Flüchtlingskindern. Da wurde für die schulische Ausstattung der Kinder gespendet und wurden Tüten für ihren Empfang gebastelt und gefüllt. Und diese Helferinnen wären dann auch zur Stelle, wenn sich die NPD zeigen sollte.

Diese Initiativen sind häufig untereinander verflochten. Von der Tschernobyl-Initiative gibt es Verbindungen zu kirchlichen Partnerschaftsgruppen für Südafrika und man trifft sich dann zum Weltgebetstag der Frauen, zu dem auch Männer kommen. Da wird dann nach Landessitte gekocht und man tauscht sich aus.

Wenn da jetzt Muslime in Kladow eine Moschee bauen wollten, dann wäre dies auch Thema bei diesen Initiativen, die sich aber auch vom Radfahren und von Gymnastikgruppen kennen. Und diese Netzstruktur der Initiativen würde wahrscheinlich dafür sorgen, dass ein Moscheebau von vornherein zu keinem Zündstoff für rechtsextreme Propaganda würde.

Am Beispiel der Ahmadiyya-Moschee

Glücklicherweise ist der Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Muslime in Heinersdorf im Ostberliner Bezirk Pankow schließlich auch im Geiste demokratischer Toleranz geregelt worden und die für rechte Einflüsse offene „Bürgerinitiative Pankow-Heinersdorfer Bürger“ hat inzwischen die Segel gestrichen. Die schmucke Moschee, die jetzt dort gar nicht so fremd wirkt und mit einem 12 m hohen Minarett unter dem Gardemaß preußischer Kirchtürme bleibt, wurde unter Beteiligung von Berliner Prominenz eröffnet und konnte an einem Tag der offenen Tür auch besucht werden. Zur Moschee gehört ein öffentlicher Kinderspielplatz und – nun mal abgesehen von freundlichem Kinderlärm – ist jetzt Ruhe im Heinersdorfer Karton.

Aus meiner Sicht war dies ein harmloser Fall, der in einen Friedenszustand überführt werden konnte. Man darf hoffen, dass dies auch im Leipziger Stadtteil Gohlis mit einer ähnlichen Ahmadiyya-Moschee möglich sein wird. Auf dem Bauplatz der Moschee drei Schweinsköpfe zu platzieren ist allerdings auch eine ganz und gar unterir-

dische Provokation, die in ihrer Abscheulichkeit eigentlich alle gebildeten Leipziger empören müsste.

Es ist bis jetzt nicht nach Berlin gedrungen, dass die Leipziger sich mit ihren Muslimen solidarisiert hätten. In Berlin sind die Muslime allerdings viel zahlreicher und sie sind ein halbwegs etablierter Teil des politischen und kulturellen Lebens. In Berlin-Heinersdorf haben sich auch einige Promis vom früheren Parlamentspräsidenten Thierse bis zum Regierenden Bürgermeister Wowereit mit ihrer Präsenz bei der Einweihung der Moschee engagiert und auch die evangelische Pfarrerin begrüßte den Bau des Gotteshauses der Muslime.

Diese Muslime gehören zur deutschen Kultur. Dieser Satz Bundespräsident Wulfs gereicht ihm zur Ehre – und dieser Satz ist für sein Profil auf die Dauer hoffentlich wichtiger als die Frage, wer ihm und seiner Frau auf dem Münchener Oktoberfest das Bier, den Vesperteller und die Hotelrechnung bezahlt hat. Mit dem gehörigen Respekt für die Muslime schaffen die Deutschen sich doch nicht ab. Doch es gibt eben leider Menschen, die solches Neben- und Miteinander von Kulturen nicht ertragen können – aus Gründen, die uns schwer oder gar nicht zugänglich sind. Einige Mitbürger erregen sich darüber, dass wir uns Illusionen über eine multikulturelle Gesellschaft machten. Dabei ist diese neue Gesellschaft an vielen Stellen bereits alltägliche Tatsache. Ich rede jetzt mal nicht als Politologe, sondern ganz persönlich und privat.

Man muss es persönlich nehmen. Der Rassismus ist 1945 nun mal nicht aus dem deutschen Gemütsleben verschwunden. Ich erinnere mich an den Besuch einer Nenn-Tante meiner Frau in den 60er Jahren. Diese Ehefrau des Direktors eines großen Werkes der Telekommunikation konnte sich gar nicht beruhigen über den Gedanken, dass meine Frau einen Schwarzen küssen könnte. Dabei hatte diese Lehrerin an einer Neuköllner Berufsschule gar nicht Absicht, dies zu tun. Sie betreute lediglich über Amnesty International einen schwarzen Gefangenen im Lager Gonakudzingwa, damals Rhodesien, heute Zimbabwe. Ein paar Jahre später waren wir dann über die Partnerschaft des Kirchenkreises Spandau mit dem Kirchenkreis Kapstadt verbunden und hatten eine farbigen Lehrerin zu Gast. Sie war in unserer Kirchengemeinde am Groß Glienicker See als Sororal Workerin tätig, nahm an unserem Alltag teil, sie wohnte einige Monate in unserem Haus und wir sind ihr bis heute verbunden. Sie ist mittlerweile Rektorin einer Schule in der Kap-Provinz. Ein schockierendes Erlebnis war für sie allerdings, dass sie in einem Berliner Kaufhaus – wahrscheinlich wegen ihrer Hautfarbe – von einem Kaufhausdetektiv herausgegriffen wurde, weil er annahm, dass sie etwas gestohlen habe. Ein Irrtum. Dass jedoch Menschen mit dunkler Hautfarbe regelmäßig als besonders verdächtig gelten, gehört in Deutschland zum kriminalistischen Alltag.

Einer meiner Söhne hat eine Frau mit türkischen Eltern geheiratet und natürlich sind uns die Schwiegertochter, die Germanistik studiert hat und als Nachrichtenredakteurin arbeitet, und natürlich auch die Enkelin lieb und wert. Doch es hat uns schon erschüttert, dass die Schwiegereltern, die nach harten Jahren als Gastarbeiter bei Siemens dann in Neukölln mit Erfolg eine Imbissstand für Würste mit Kartoffelsalat betrieben haben, zu späterer Zeit zu Opfern dieser Verrückten vom Nationalsozialistischen Untergrund hätten werden können. Ob nun Schaufenster jüdischer Geschäfte in Spandau oder Imbissbude in Neukölln, die Fälle sind vergleichbar. Die Parallelen

zwischen der Reichspogromnacht und den Anschlägen auf türkische Händler liegen auf der Hand. Es ist entsetzlich. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass drei junge Deutsche so systematisch Migranten ermorden können, zu denen sie keine persönliche Beziehung hatten. Sie taten es nur aufgrund des Merkmals ihrer nationalen Herkunft. Diese SA-Leute, die in Spandau die Schaufenster von jüdischen Geschäftsleuten einschlugen und die Inhaber quälten, hatten auch keine persönliche Beziehung zu diesen Menschen.

Über die Motive solcher Menschen müssen wir uns austauschen. Es könnte ja sein, dass hier im Extrem etwas zum Ausdruck kommt, das unter den Deutschen – und wahrscheinlich auch anderen Europäern - viel weiter verbreitet ist, als man dies bei der einhelligen, offiziellen Empörung über die NSU-Morde annehmen sollte.

Aus Angst um die eigenen Privilegien

Eine Ahmadiyya-Moschee zu tolerieren ist eigentlich kein Kunststück. Das geht nicht an das Eingemachte unseres sozialen und wirtschaftlichen Systems. Jeder darf nach seiner Façon selig werden, Hauptsache, er hält sich an unsere Gesetze, mehrt das Bruttosozialprodukt, hilft uns den Export zu steigern und zahlt brav seine Steuern. Viel schwieriger ist der Umgang mit der Frage, ob unser ganzes wirtschaftliches und politisches System nicht dadurch gekennzeichnet ist, dass wir als privilegierte Deutsche oder Europäer unter Missachtung oder gar auf Kosten der Armen dieser Erde leben. Das ist nun aber kaum mehr nur eine Frage; das ist genau betrachtet eine Tatsache, die wir aber nicht wahr haben wollen. Aus der Sicht der Armen dieser Erde sind wir maßlos privilegiert. Und nun vertreten die meisten Deutschen den Standpunkt: Das steht uns zu. Und wenn wir nicht so tüchtig wären, dann würde es den Armen noch schlechter gehen. Kurzum: Wir können unmöglich alle diese Flüchtlinge bei uns aufnehmen. Und vor lauter Angst, dass die Privilegien in Zweifel gezogen werden könnten, wird zu tun versäumt, was noch ohne große Risiken und Kosten sofort getan werden könnte.

In dieser Situation, in der viele Verunsicherte auch zu irrationalen Reaktionen neigen, werden nun einzelne und Gruppierungen gewalttätig. Das ist zwar eine unpassende, den Konflikt nicht lösende Verhaltensweise, aber sie gehört erfahrungsgemäß zu solchen Situationen. Statt das Problem der ungleichen Verteilung von Lebenschancen selbstkritisch und lösungsorientiert zu erörtern, tendieren einige zu aggressiven Verhaltensweisen und hoch emotionalisierten, verbalen Ausfällen. Diejenige, die so reagieren, werden gar nicht die am meisten Privilegierten sein. Diese greifen nicht selbst zur Gewalt. Sie verurteilen vielleicht sogar die Gewalt der Rechten. Doch sie tun nichts Wirksames, um den Gewalttätern deren innere Legitimation für ihre Taten zu nehmen. Aus den NSU-Prozessen konnten wir bisher wenig bis nichts über die Motive der Täter erfahren. Die Schützen haben sich selbst umgebracht. Die Dritte im Bunde, die Hauptangeklagte Tschäpe schweigt. Was wäre, wenn sie daherreden würde wie so mancher Wähler unserer etablierten Parteien? Wir wissen es nicht. Herr Sarrazin ist kein Gewalttäter, aber die Argumentation in „Die Deutschen schaffen sich ab“ erinnert mich auch nicht an die Bergpredigt. Sollte sie aber!

Die Bedeutung der Gewalt für die Rechtsextremen

Das will ich jetzt hier nicht vertiefen, vielmehr zum Abschluss noch auf eine Erfahrung eingehen, die einige machen müssen, welche sich öffentlich gegen die Rechtsextremisten wenden. Sie stoßen auf direkte, physische Gewalt, die überraschend von Personen ausgeht, die den Betroffenen unbekannt sind. Das gilt leider fast in gleicher Weise für den Fall, dass man die extreme Linke für ihr angeblich antifaschistisches, respektive revolutionäres Vorgehen kritisiert.

Ich habe auf der EKD-Synode in Travemünde im November 1984 im Anschluss an eine Selbstbeweihräucherung der Kirche im Blick auf ihre Barmer Erklärung aus dem Jahre 1934 gefragt, ob die Christen denn nicht gemerkt hätten, dass sie dann im Zweiten Weltkrieg zu Killern in Hitlers Armee geworden wären. Nachdem ich den Ausdruck „Killer“ bedauert habe, kam es zu einer langen, auch selbstkritischen Aussprache.¹⁸ Die Berichterstattung und Kommentierung in der „Berliner Morgenpost“ führte dazu, dass meine Familie und ich von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die sich am Totensonntag in Berlin zu einem Gottesdienst in einer nicht zur Landeskirche gehörenden Kirche getroffen hatten, mit Morddrohungen bedacht wurden. Mein Mitsynodaler Heinrich Albertz, der frühere Innensenator und Regierende Bürgermeister von Berlin, beriet mich. Der Staatsschutz nahm die Drohungen so ernst, dass er meine Familie und mich unter Polizeischutz stellte. Die Alternative wäre gewesen, dass wir uns ausquartiert und dass Freunde mich zur Arbeit und zu Vorträgen begleitet hätten. Darauf war ich aber damals nicht vorbereitet. Der nächtliche, demonstrative Schutz unseres freien stehenden Hauses durch die Polizei hat dann auch gewirkt.

Von persönlichen Bedrohungen und Schäden an ihren Wohnungen oder Häusern berichten auch Berliner, die sich in jüngerer Zeit gegen NPD-Werbung verwahrt haben. Diese Einschüchterungsversuche, die mit Beschädigungen einher gingen, könnten sich noch steigern. Es gab Zeichen von Solidarität, aber zunächst mussten die Kritiker der NPD den braunen Druck über längere Zeit tapfer – auch mit Unterstützung von Nachbarn – aushalten.

Leider sind aber auch die Linksextremen mit Drohungen und Taten nicht zimperlich. Als ich die Werbung für die gewalttätigen, angeblich revolutionären Demonstrationen am 1. Mai in einer speziellen Vorlesung an der Freien Universität deutlich kritisierte, weil die Verwendung von Hochleistungszwillen den Tod von Polizisten in Kauf nehme, war die Antwort in Großbuchstaben im Treppenhaus meines Instituts:

*Barschel, Schleyer, Strauß,
Ebert such dir was aus!*

Ich hatte also die Wahl zwischen Selbstmord, Mord und Herzinfarkt. Es ist schon kurios, wenn man diese anonymen Dichter unter den Besuchern der eigenen Lehrveranstaltungen weiß.

Man braucht sich davon nicht einschüchtern zu lassen. Den Herzinfarkt habe ich auch so bekommen. Doch es berührt einen schon seltsam, wie leicht in unserer Demokratie der Meinungsstreit verbal oder auch praktisch gewalttätige Formen annimmt. Es wa-

¹⁸Robert Julius Nüsse: Ein starkes Wort zurückgenommen. Wie auf der EKD-Synode eine erregende Debatte eingeleitet wurde. In: Frankfurter Rundschau, 7. Nov. 1984

ren ja nicht nur Drohungen. Der PKW meines Kollegen Peter Grottian, der unter linken Demokraten einen guten Namen hat, sich aber auch gegen die Gewalt bei den 1.-Mai-Demonstrationen eingesetzt hatte, wurde abgefackelt.

Wer sich engagiert, muss damit rechnen, dass er von Extremisten, denen seine Meinung nicht passt, verbal oder auch physisch angegriffen wird. Gewiss, es war zu Hitlers Zeiten viel schlimmer; doch Gesicht zeigen gegen extrem Rechts oder extrem Links ist auch heute kein Kaffeekränzchen.

Soweit bin ich mit meinen Notizen, bei der eiligen Vorbereitung auf meinen Vortrag in Vertretung gekommen. Jetzt bin ich gespannt, was Sie über Ihre Leipziger Erfahrungen berichten können.

Nachtrag:

Wir haben im kleinen Kreis noch lange miteinander gesprochen. Ich hatte zwar schon geahnt, dass Leipzig bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ein schwierigeres Pflaster ist als Berlin, aber es hat mich dann doch erschüttert, dass der Bürgermeister einer kleineren Vorstadt meinte, den halbwüchsigen Schülern und Schülerinnen, die Stolpersteine legen und an die Verfolgten und Ermordeten erinnern wollten, ungefragt anbieten zu müssen, dass ihre Namen nicht genannt würden. Erörtert wurde auch, ob die Gesichter der Kinder auf den Fotos beim Verlegen der Stolperstein verwischt werden sollten. Ich hatte bis dato gedacht, dass die Aktion „Gesicht zeigen“ nur etwas für eine prominente Schauspielerin wie Iris Berben oder einen Boxer wie Henry Maske sei, und nun musste ich erkennen, dass damit auch schon meine 15jährige Enkelin gemeint war, die gerade das „Tagebuch der Anne Frank“ aus dem Regal des Großvaters gezogen hat. Und ich erinnerte mich dann, dass die Tochter des jetzigen Spandauer Bezirksbürgermeisters Kleebank (SPD), der als Schuldirektor für dieses Amt kandidiert hatte, zusammen mit einer anderen Schülerin das Ergebnis ihrer Recherchen zu noch zu verlegenden Kladower Stolpersteinen einer öffentlichen Kladower SPD-Runde vorgetragen hat. Es handelte sich um eine Abschlussarbeit in der 10. Klasse.

Als meine Frau mir von der Veranstaltung berichtete, war ich gar nicht auf die Idee gekommen, dass diese Schülerinnen durch das Zeigen ihres Gesichts ins Schussfeld der Rechten geraten könnten. Da musste ich in Leipzig lernen, was es bedeutet, wenn die NPD bei den Landtagswahlen immer noch mehr als 5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen kann. Ich halte im Übrigen nichts davon, diese Partei zu verbieten. Ihre Anhänger sind im offenen Meinungsstreit besser zu beeinflussen. Doch man muss diesen Kameraden zeigen, dass es nach Rechts keinen Durchmarsch gibt und dass gewaltfreier Widerstand sie ins Stolpern bringen wird.

Anhang:

E-Mail an Margarete Gallhoff in Leipzig

22.11.2013

Liebe Frau Gallhoff,

bei unserem gestrigen langen Telefongespräch hatte wir uns zwar zum Schluss auf das bereits mit Anriane Dettloff vereinbarte Thema "Gewaltfreier Widerstand gegen Hitler" geeinigt, aber ich wurde beim weiteren Nachdenken über die Situation Ihrer Leipziger Initiative und deren Auseinandersetzungen mit der rechten Szene den Eindruck nicht los, dass sich aus den deutschen Widerstandserfahrungen vor und nach 1933 und aus dem gewaltfreien Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg wenig Operatives ableiten lässt für die aktuelle Konfrontation mit den Leipziger Rechtsextremisten.

Meine Nachforschungen zum gewaltfreien Widerstand gegen die Nazis waren ausgelöst worden durch den Umstand, dass die Kriegsdienstverweigerer die atomare Abschreckungsstrategie ablehnten wegen der enormen Kosten und sich überlegten, ob man die Demokratie nicht besser mit gewaltfreien Mitteln gegen Staatsstreich und Invasoren verteidigen könne. Entsprechende Fallstudien, an denen ich mich beteiligte, zeigten Möglichkeiten des unbewaffneten Widerstands in den staatlichen und den gesellschaftlichen Institutionen auf. Wir fassten diese Konzepte unter dem Kürzel Soziale Verteidigung zusammen.

Ich habe mich bis zum Ende meiner Lehrtätigkeit an der Freien Universität im Jahre 2002 und bis zum Ende meines Engagements in der Kirchenleitung der Ev. Kirche in Berlin und Brandenburg im Jahre 1997 auch mit der gewaltfreien, zivilen Abwehr von Gewalt gegen Flüchtlinge und mit konstruktiver, basisdemokratischer Stadtteilarbeit befasst. Doch seit meiner Pensionierung im Jahre 2002 verfolge ich diese Aktivitäten (aus gesundheitlichen Gründen) nicht mehr vor Ort, sondern nur noch über die Medien.

Ich fühle mich eigentlich nicht befugt, einen Vortrag über Widerstand gegen deutsche Rechtsextremisten zu halten. Ich habe das Thema zwar in Lehrveranstaltungen und sogar in Trainingskursen behandelt, aber dies liegt mehr als zehn Jahre zurück und dies gilt auch für meine persönlichen Erfahrungen mit der Flüchtlingshilfe und einer einmaligen akuten Bedrohung meiner Person und meiner Familie durch Ehemalige der Waffen-SS. Da zweifle ich nun eben daran, dass Ihre Leipziger Freunde etwas davon haben, wenn ich Ihnen von meinen Erfahrungen und Überlegungen erzähle. Das wird zwar auch ein Themenbereich in meiner Autobiographie sein, aber ich wäre im Moment nicht darauf gekommen, gerade jetzt diese Erinnerungen aufzuzeichnen. Ich bearbeite zur Zeit die 60er und 70er Jahre.

Meine Frau hat mir geraten, den Vortrag absagen, weil ich nicht leisten könne, was Ihre Leipziger Gruppe erwarten darf, wenn sie einen Referenten von auswärts einlädt. Einfach absagen, gefällt mir aber auch nicht, weil der Vortrag von Ariane Dettloff nun mal angekündigt ist und es eigentlich auch wichtig ist, dass sich Ihre Gruppe mit dem Widerstand gegen rechtsextreme Aktivitäten befasst und dabei unterstützt wird. Was ich Ihnen guten Gewissens anbieten könnte, ist ein autobiographischer Bericht

über Erfahrungen mit Rechtsextremisten und bei der Unterstützung von Flüchtlingen, die aber - wie gesagt - schon einige Jahre zurück liegen. Wenn Sie in die Liste meiner Veröffentlichungen blicken, werden Sie auf einige Titel, welche solche Themen aufgreifen, stoßen. www.theodor-ebert.de. In dem Buch „Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär“ spielt der Einsatz für Flüchtlinge und das gewaltfreie Verhalten bei der Konfrontation mit rechten Schlägern eine wichtige Rolle.

Die meisten Erfahrungen habe ich im kirchlichen und universitären, nicht im parteipolitischen Umfeld gesammelt und wenn ich es recht bedenke, hat Ihre Form des Engagements in Leipzig mehr mit meinem anderen Forschungsschwerpunkt - den couragierten Bürgerinitiativen in der Demokratie - als mit den speziellen Problemen des gewaltfreien Widerstands gegen totalitäre Regime zu tun.

Doch wie sollen wir nun verfahren im Blick auf den Abend des 27. November? Das angekündigte Thema lässt sich nicht mehr ändern, aber als Arbeitstitel möchte ich für meine eigenen Vortragsnotizen nun vorschlagen: „Gewaltfreier, ziviler Widerstand gegen Rechtsextremismus. Nachdenken über Erfahrungen bei der Flüchtlingshilfe“.

Ich schreibe Ihnen, damit Sie spüren, dass ich mich nicht drücken, aber auch keine großen Erwartungen an mein Referat wecken will.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Theodor Ebert

Im Dohl 1, 14089 Berlin-Kladow

11. Wie politikfähig ist der Pazifismus? Das Potential der gewaltfreien Aktion¹⁹

Kritik der militärischen Gewalt als dem angeblich letzten Mittel

Als ich aufgefordert wurde, zum 120jährigen Jubiläum der Deutschen Friedensgesellschaft eine Art Festvortrag zu halten, habe ich als Titel vorgeschlagen: „Wie politikfähig ist der Pazifismus? Das Potential der gewaltfreien Aktion.“ Frohgemut haben die Veranstalter daraus festlich-affirmativ gemacht „Die Politikfähigkeit des Pazifismus“. Anscheinend ist diese Politikfähigkeit für die Veranstalter keine Frage, sondern eine Tatsache. Dies kann ich verstehen. Es entspricht dem Selbstverständnis der Kriegsdienstgegner. Sie wollen nicht nur Zeugnis ablegen von ihrer pazifistischen Gesinnung, sondern auch unterstreichen, dass sie verantwortungsbewusste Bürger unserer Republik sind und auf die Politik des Gemeinwesens Einfluss nehmen wollen - und hoffentlich auch können. Als Politikwissenschaftler kann ich aber nicht umhin, auf der Frage zu beharren: Sind die Pazifisten in der Lage, die Politik so zu beeinflussen, dass ihre Konzepte nicht nur proklamiert werden, sondern auch tatsächlich die Richtlinien der Politik zu bestimmen und konkurrierende Vorstellungen zu überwinden vermögen?

Wer wagt da sogleich in den Saal zu rufen: Yes, we can! Nicht nur Barack Obama konnte nicht alles, was er wollte.

Wir Pazifisten sind in unseren Ansprüchen auch gar nicht bescheiden. Wir sind sogar anspruchsvoller als der Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Es geht jetzt nicht darum, ob und wie Pazifisten militärgestützte Politik in einigen ihrer Erscheinungsformen zu kritisieren vermögen. Es geht also nicht darum, wie die Pazifisten Waffenexporte einschätzen und wie sie sich zu Interventionen im Kosovo, in Afghanistan oder Mali verhalten, sondern es geht um die Frage, ob die Pazifisten in der Lage sind, nach ihren Vorstellungen die Sicherheitspolitik eines Staates oder eines Bündnisses in seiner Gesamtheit zu gestalten.

Vielleicht erinnern sich einige noch daran, dass die Grünen bei ihrer Gründung angekündigt hatten, dass sie gewaltfreie Politik treiben wollen. Einige der ersten Bundestagsabgeordneten der Grünen haben dies auch ernst gemeint und sich wie Roland Vogt²⁰ und Petra Kelly darum bemüht, die gewaltfreie Aktion zu einem Instrument der Innen- und Außenpolitik zu entwickeln – und in diesem Bestreben waren sie 1989 auch an der Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung beteiligt.

Zu den Trägerorganisationen dieses Bundes, der sich die gewaltfreie Verteidigung der demokratischen Errungenschaften vorgenommen hatte und daran immer noch festhält, gehörte auch die DFG-VK. Spätestens seit der Beteiligung der Grünen am militärischen Eingreifen in den Guerillakrieg um das Kosovo war aber deutlich, dass die Grünen ihr Vorhaben, sich ausschließlich gewaltfreier Mittel zu bedienen, aufgeben

¹⁹ Vortrag auf der Fachtagung „Pazifismus - gestern und heute“ der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) im Pacelli-Haus in Erlangen am 2. November 2012

²⁰ Roland Vogt: Politik ohne Gewalt. Das Postulat der Gewaltfreiheit bei den Grünen. In: Christian W. Büttner u. a. (Hrsg): Politik von unten. Zur Geschichte und Gegenwart der gewaltfreien Aktion. Theodor Ebert zum 60. Geburtstag. In: Gewaltfreie Aktion, Heft 111/112, 1.u.2. Quartal 1997, S. 151-166; ders.: Gewaltfreie Politik als Beruf. Festvortrag zum 60. Geburtstag von Theodor Ebert. In: Gewaltfreie Aktion, 113/114, 3. u. 4. Quartal 1997, S. 46-54

haben. Das ist hier zunächst einmal eine Feststellung – keine moralische Bewertung. Doch bei der Beobachtung dieser Entwicklung einer Partei, von der man als Wähler oder Redner im Wahlkampf, wie ich einer war, zunächst annehmen durfte, dass sie allen Ernstes gewaltfreie Politik machen wolle, muss man sich die Frage vorlegen: Haben die Grünen sich etwas vorgenommen, das gar nicht menschenmöglich ist? Ist die kategorische Ablehnung von bewaffneter Gewalt als Mittel der Politik überhaupt mit dem verantwortlichen Handeln einer Regierung vereinbar? Oder gilt das Diktum einiger angesehenen deutscher Politiker wie Otto von Bismarck und Helmut Schmidt, dass man mit der Bergpredigt nun mal nicht regieren könne. Das bezog sich bei diesen Politikern nicht auf alle Seligpreisungen des Bergpredigers Jesu, sondern in erster Linie auf die dort formulierte kategorische Ablehnung der militärischen Gewalt als Mittel der Politik.

Nun wissen wir aus der Geschichte des Pazifismus, dass diejenigen, welche sich auf die Bergpredigt bezogen haben, dies nicht mit dem Anspruch getan haben, damit politisch erfolgreich zu sein. Wurden sie ob ihres Bekenntnisses verfolgt, so bedeutete dies in ihren Augen keine Widerlegung, sondern galt als Etappe auf dem Weg zum Heil. „Selig sind die da Verfolgung leiden.“ Wer kennt nicht diese Arie aus Wilhelm Kienzls „Evangelimann“. „Selig sind, die Verfolgung leiden, ... denn ihrer ist das Himmelreich.“ Auch Menschen mit dieser Grundhaltung können – mehr indirekt als direkt – politischen Einfluss ausüben, aber die Benennung der Bergpredigt als Grundlage des politischen Handelns, ist keine ausreichender Beweis für die Politikfähigkeit des Pazifismus.

Das gilt erst recht in einer säkularisierten Gesellschaft wie der deutschen, in der man das Zitieren Jesu kaum noch mit dem Anspruch verbinden kann, dass hier der Heiland der Welt gesprochen habe und wir punktuell seine Nachfolge anzutreten hätten – ohne weiter über seine Worte zu klügeln und deren Befolgen von den jeweiligen Erfolgsaussichten abhängig zu machen.

Solche Nachfolger Jesu hat es gegeben und es gibt sie vielleicht noch, aber sie sind in der Gegenwart sicher nicht mehr die Tonangebenden. Ich verzichte darum auch auf eine theologische Diskussion des pazifistischen Anspruchs – zumal es die staatstragenden Kirchen mit dem Pazifismus nicht so genau nehmen, sondern fragwürdige Wege beschreiten, wenn es um die Rechtfertigung militärischer Gewalt geht.

Zum Beispiel will es mir nicht einleuchten, dass man – und ich denke hier an Bischof Wolfgang Huber, den ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD - die militärische Gewalt als ultima ratio rechtfertigt – mit der Maßgabe, dass sie eben nur noch als letztes, als allerletztes Mittel in Frage komme. Die Tücke dieser angeblichen ultima ratio ist doch, dass man sie als letztes Mittel nur dann einsetzen kann, wenn man auf diesen Einsatz jeweils auf dem jüngsten Stand der Militärtechnik und der soldatischen Ausbildung vorbereitet ist. Und diese Vorbereitungen auf das letzte Mittel sind geeignet, die Anstrengungen zur Entwicklung alternativer Fähigkeiten aufzufressen. Man vergleiche nur die Aufwendungen für das Militär mit den Aufwendungen für den zivilen Friedensdienst. Wer diese Diskrepanz ignoriert und die Existenz der Bundeswehr als ultima ratio rechtfertigt, ist – mit Verlaub - ein Ideologe, ein Wortkünstler des falschen Bewusstseins.

Doch wenn wir dies als Pazifisten sagen, sind wir damit noch nicht aus dem Schnei-

der. Wer Waffengewalt als ultima ratio oder auch als das vorherrschende Mittel der Politik ausschließt, muss eine Antwort suchen auf die Frage, wie er sich Politik vorstellt, wenn die politischen Gegner – knallhart und ohne Rücksicht auf Verträge und internationale Institutionen - unter Androhung von Gewalt ihren Willen durchzusetzen suchen. Bleibt dann den Pazifisten im äußersten Falle nur die Kapitulation bzw. der Verzicht auf die Hilfeleistung für an Leib und Leben Bedrohte?

Es genügt jedenfalls nicht, dass wir auf Verträge und Institutionen hoffen. Wie sollen wir diejenigen, welche die Verträge und die Frieden stiftenden Institutionen missachten, in die Schranken weisen? Sind diejenigen, die sich nicht wehren können, nicht beliebig erpressbar?

Was man nach aller Erfahrung nicht annehmen darf, ist das grundsätzlich friedliche Verhalten aller. Es wird sehr wahrscheinlich immer Einzelne oder Gruppen geben, welche Gewalt anwenden, um ihre Interessen durchzusetzen.

Die Versuche, die Gewalt als Mittel der Politik einzudämmen, hat eine lange Geschichte. Um dem Faustrecht zu steuern, erhielten bestimmte staatliche Organe das Gewaltmonopol – in der Regel innenpolitisch die Polizei und außenpolitisch das Militär. Die meisten Deutschen glauben heute: Das geht grundsätzlich nicht anders – und doch sind sie skeptisch: Sie glauben nicht, dass es lange gut geht. Und so gibt es in Deutschland eine hoch entwickelte Militärkritik – auch ausgeweitet auf die Polizei und andere staatliche Sicherheitsorgane, wie den Verfassungsschutz.

Doch auch die Skeptiker meinen nicht umhin zu können Folgendes zuzugestehen: Wer die bewaffnete Aktion als letztes, als allerletztes Mittel ins Auge fasst, muss dieses äußerste Mittel effizient gestalten. Man muss sich von vornherein auf das Schlimmste – also den worst case - einstellen und sich dafür ausrüsten.

Wäre ich ein Jugendoffizier, würde ich beim Auftritt in einer Schule folgendermaßen argumentieren: Alle Bergtouristen hoffen auf schönes Wetter, doch wenn bei einer längeren Tour ein Wetterumschwung möglich ist, muss man sich um die passende Regenkleidung kümmern – in der Hoffnung, dass sie auch entwickelt wurde – und man muss die Regenkleidung schon in der Talstation einpacken, auch wenn die Sonne scheint. Diese Ausrüstung ist dann die ultima ratio für den Schlechtwetterfall.

Was soll man dazu sagen? Es gibt eine gemäßigte, sozusagen sozialdemokratische und eine radikale Variante.

Zunächst zur gemäßigten Version. Die Militärkritik warnt hier – noch im Rahmen der ultima-ratio-Argumentation - vor Fehleinschätzungen. Man weist hin auf hypertrophe Entwicklungen. Um im Bilde zu bleiben: Man kann sich eine Bergausrüstung zulegen, die so schwer oder so teuer ist, dass sie ihrer Funktion, das Bergwandern zu ermöglichen, nicht mehr gerecht wird und an ihr nur noch die Ausrüster der Möchtern-Globetrotter verdienen.

Auf diese Weise kann man bestimmte Waffensysteme, bestimmte Waffenexporte und auch Militärmissionen kritisieren. Doch Pazifismus im strengen Wortsinn ist das nicht.

Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma? Was ist die radikale Alternative? Ich habe diesen Ausweg im Untertitel meines Vortrags angetippt: „Das Potential der gewaltfreien Aktion“.

Die Forschungen von Professor Gene Sharp

Dahinter steckt meinerseits nicht nur die Hypothese, sondern die grundlegende Behauptung, dass Macht nicht allein aus Gewehrläufen kommt, sondern auch dadurch entsteht, dass Menschen sich – trotz bewaffneter Bedrohung – zu konstruktiven Aktionen oder auch zu Verweigerungshandlungen zusammenschließen können.

Der Amerikaner Gene Sharp, der kürzlich den alternativen Friedensnobelpreis, den Right Livelihood Award, erhielt, spricht hier von acts of omission und von acts of commission. Acts of omission sind Unterlassungshandlungen - also z.B. Streiks oder Boykottaktionen. Acts of commission sind Einsatzhandlungen, also z.B. Aufmärsche und sit-ins. Die Unterlassungs- und die Eingriffshandlungen sind beides Formen der gewaltfreien Aktion, wenn sichergestellt ist, dass auf Sanktionen nicht mit Gewalt geantwortet wird, sondern mit der Bereitschaft, die Sanktionen zu ertragen und den Widerstand nach Möglichkeit in der einen oder anderen Form fortzusetzen. Mit diesen gewaltfreien Aktionen verbindet sich die Erwartung: Die Gegenseite wird auf kurz oder lang einsehen müssen, dass sie ihren Willen nicht durchsetzen kann und dass es in ihrem Interesse ist, mit den Trägern der gewaltfreien Aktion zu einem Arrangement zu kommen.

Das Arsenal der gewaltfreien Aktion

Die Möglichkeiten, mit gewaltfreien Aktionen Macht von unten auszuüben und den Sanktionen Stand zu halten, werden unterschiedlich eingeschätzt. Da gibt es keine abschließenden Auskünfte.

Wenn man die Diskussion überblickt, lässt sich feststellen, dass das theoretischen Wissen und die praktische Erfahrung auf dem Felde der gewaltfreien Aktion in den letzten 50 Jahren – und dies ist der Zeitraum, den ich persönlich überblicke - exponentiell gewachsen sind. Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist wie gesagt, dass der heute 85jährige Amerikaner Gene Sharp vor ein paar Wochen den Right Livelihood Award erhalten hat. Der Preis ist in seinem Falle mit 50.000 Euro dotiert. Sharp, der nur noch eine einzige Mitarbeiterin hat und der über viele Jahrzehnte knapp bei Kasse war, kann das Geld wirklich gut gebrauchen. Er hat mir sogleich gemailt, dass er dabei ist, eine neue Broschüre zur Wirkungsweise der gewaltfreien Aktionen herauszubringen.

Ich bin glücklich, dass sein Lebenswerk diese Anerkennung gefunden hat und dass auf diese Weise auch die Methode der gewaltfreien Aktion weitere internationale Aufmerksamkeit findet.

Wenn ich an unsere beider erste Begegnung in Oxford im Oktober 1962 zurückdenke, dann ist diese Entwicklung der gewaltfreien Aktion und die weltweite Aufmerksamkeit für diese Alternative zur militärischen Gewalt so erstaunlich wie erfreulich.

Wir beide, er war 35, ich 25 Jahre alt, hatten damals bei unserem ersten, volle zwei Tage dauernden Forschungsgespräch unter vier Augen – unterbrochen durch gemeinsames vegetarisches Kochen – zwar das sichere Gefühl, dass wir zusammen auf der richtigen Spur sind und dass wir durch unsere Forschungen und unsere Mitwirkung in gewaltfreien Bewegungen soweit kommen könnten, dass in Zukunft die Waffengewalt durch gewaltfreie Aktionen ersetzt werden kann, aber wir konnten 1962 auf weit weniger Erfolgsbeispiele verweisen als heutzutage. Wir hatten als Vorbild in erster

Linie Gandhi, dessen Schriften wir studierten. Martin Luther King war in Deutschland noch wenig bekannt. Es gab noch nicht den gewaltlosen Widerstand gegen den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in Prag im Sommer 1968. Und dieser Widerstand, so sehr er viele überrascht hatte, schien dann doch der geballten Militärmacht nicht Stand halten zu können.

Mein Münchener Kollege Kurt Sontheimer nahm das Ende des Prager Frühlings zum Beweis für die letztendliche Ohnmacht der gewaltfreien Aktion. Zwanzig Jahre später erwiesen sich die gewaltfreien Aufstände in ganz Osteuropa den Panzern gewachsen. Die militärische Gewalt hatte damit aber noch nicht ausgedient.

Der Zerfall Jugoslawiens, die ethnischen Konflikte und das Massaker von Srebrenica signalisierten, dass noch keine ganz neue Zeit angebrochen war. Immerhin mussten auch nach dem Ende des Sowjetregimes noch einige autoritäre Regime mehr oder weniger gewaltfreien Aufständen weichen – in Serbien, in der Ukraine, in Georgien und neuerdings in Tunesien und Ägypten. Diese Erfolge waren wohl ausschlaggebend für die Anerkennung Gene Sharps als Theoretiker des gewaltfreien Widerstands. Die Broschüre „From Dictatorship to Democracy“ hat eine weltweite Verbreitung erreicht. Jeder kann sie im Internet herunterladen.

Das ist gut. Bei solch anregenden Broschüren sollte man jedoch bedenken, dass sie ein sorgfältiges Studium dieser Methode der gewaltfreien Aktion und ihr Einüben in Trainingsgruppen nicht ersetzen können. Die Anwendung und die Hinnahme von Gewalt verbindet sich mit autoritären Charakterstrukturen. Diese zu überwinden ist nicht die Sache weniger Aufstandswochen, sondern kann Jahrzehnte der nichtautoritären Erziehung und der demokratischen Graswurzelarbeit in Bürgerinitiativen erfordern.

Ich freue mich über die Popularität von Gene Sharps Broschüre „From Dictatorship to Democracy“, aber als Wissenschaftler, der 50 Jahre lang die Wirkungsweise gewaltfreier Aktionen erforscht – und dies immer wieder auch mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung unternommen hat – muss ich darauf hinweisen, dass das Hauptwerk Gene Sharps „The Politics of Nonviolent Action“ drei Bände umfasst und studiert sein will. Darin hat Sharp 198 Methoden der gewaltfreien Aktion beschrieben und mit Beispielen belegt.

Vieles lässt sich schnell lernen und trainieren, und manchmal genügt schon die Nachahmung des im Fernsehen Vorgeführten. Doch ein Crashkurs in gewaltfreier Aktion ist nur eine Schnellbleiche, die eine jahrelange Beteiligung an einem grass root movement, also in einem Netzwerk von Bürgerinitiativen, Protestgruppen und Selbsthilfeorganisationen, nicht wirklich ersetzen kann. Darum wundert es mich nicht, dass es in der Ukraine und anderswo Rückschläge gab und an der Demokratisierung des Landes weiter gearbeitet werden muss. Mit dem Prädikat „gewaltfreie Revolution“ sollte man vorsichtig sein. Eine grass root revolution dauert länger, aber sie ist dann auch nachhaltiger.

Natürlich hätte ich jetzt Lust von der gemeinsamen Arbeit mit Gene Sharp zu berichten und solche Ermunterung täte uns wohl allen gut, aber dazu ist heute Abend keine Zeit. Ich halte mich an die vernünftige Vorgabe: Nicht länger als 40 Minuten!

Wer sich für die Entwicklung der gewaltfreien Aktion in Deutschland interessiert, kann vieles in den 42 Jahrgängen der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion. Vierteljahres-

hefte für Frieden und Gerechtigkeit“ nachlesen. Diese Zeitschrift ist für die deutschsprachige Friedensforschung das Gedächtnis der gewaltfreien Aktion, und ich bin dem Versöhnungsbund und dem Hamburger Archiv Aktiv dankbar, dass sie über so viele Jahrzehnte diese Zeitschrift am Leben erhalten haben. Es gab nur ehrenamtliche Mitarbeit und nie ein Honorar auch für ganz hochkarätige Beiträge. Im englischen Sprachraum gibt es leider nichts direkt Vergleichbares, und viele unserer Erkenntnisse sind unter denjenigen, welche die deutsche Sprache nicht verstehen, noch wenig bekannt. Früher musste man deutsch verstehen, um Philosophie studieren zu können. Ähnliches gilt meines Erachtens heute für das Studieren der gewaltfreien Aktion.

Wie weit sind die Deutschen beim Einsatz der gewaltfreien Aktion?

Man kann sich nun allerdings fragen, woran es denn liegt, dass aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen in Deutschland selbst so wenig gemacht worden ist. Ich schiebe nicht alles auf die äußeren Umstände. Ich sehe da auch persönliches Versagen. Auch die Friedensforscher und die Basisaktivisten haben sich mit dem System arrangiert und sich daran gewöhnt, dass es zu keinen Katastrophen kam und dass schon ein maßvoller Einsatz in den sozialen Bewegungen passable Ergebnisse zeitigte. Zugegeben, man kann nicht immer hochtourig in sozialen Bewegungen aktiv sein – sonst endet man wie Petra Kelly -, aber im Rückblick habe ich doch das Gefühl: Wir – auch gerade ich selber – hätten mehr Druck machen können. Wir Pazifisten haben mit unserem Pfund der gewaltfreien Aktion nicht genügend gewuchert.

Es gab immer wieder hoffnungsvolle Ansätze. Aus der Friedensbewegung ist 1988/89 als Dachorganisation der pazifistischen Gruppen, die auf die gewaltfreie Aktion als letztes Mittel setzten, der Bund für Soziale Verteidigung hervorgegangen. Auch die Deutsche Friedensgesellschaft, der Versöhnungsbund und Pax Christi waren mit von der Partie. Wir wollten auf den Moment vorbereitet sein, dass deutsche Parteien sich entschließen sollten, in der Regierungsverantwortung gewaltfreie Politik zu machen. Unser Problem war, dass es zwar bei den Grünen und in der SPD einige Politiker gab, welche es damit ernst meinten, dass aber die Parteien als Ganze wenig unternahmen, um sich und ihre Wählerbasis auf die gewaltfreie Politik als Regierende vorzubereiten. Und in der Friedensbewegung hat man sich eingebildet, nach der Auflösung des Warschauer Paktes könne man die „Bundesrepublik ohne Armee“ proklamieren – ohne eine effiziente gewaltfreie Alternative parat zu haben. Die Schwierigkeiten, sich im Rahmen der NATO amerikanischen Pressionen zu widersetzen, wurden unterschätzt.

Die Beteiligung der rot-grünen Regierung Schröder-Fischer am Krieg gegen Jugoslawien war dann das Ende der angeblich gewaltfreien Politik der Grünen. Davon ist fast nichts mehr übrig geblieben.

Doch was wäre die Alternative gewesen? Wichtig wäre gewesen, dass man sich der Dimension des Problems vergewissert hätte. Wer in Krisen Politik machen will, bedarf eines Instrumentariums, mit dem sich Krisen bearbeiten lassen. Stalin hat bei Verhandlungen mit seinen westlichen Verbündeten auf deren Versuch, den Papst ins Spiel zu bringen, süffisant mit der Frage reagiert: Wieviele Divisionen hat der Papst? Die analoge Frage eines Bundeskanzler Schröder oder gar eines George W. Bush hätte lauten können: Wieviele Divisionen hat die Friedensbewegung bzw. welche politi-

schen Kräfte kann die Friedensbewegung ins Feld führen?

Sage keiner, die Friedensbewegung wäre zur Zeit der Regierung Schröder-Fischer eine *quantité négligeable* gewesen. Die Weigerung Schröders, sich am Irakkrieg zu beteiligen, hatte einen starken Rückhalt im Potential der deutschen Friedensbewegung. Es gab die Erfahrung mit Großdemonstrationen und es gab eine weit verzweigte gewaltfreie Graswurzelarbeit – deutlich abzulesen an der Verbreitung der Friedenswochen bzw. der Friedensdekaden in der DDR und es gab die Eskalation der Zahl der Kriegsdienstverweigerer.

Doch es gab Konflikte, denen die Friedensbewegung ziemlich hilflos gegenüberstand. Was tun, wenn im ehemaligen Jugoslawien ethnische Auseinandersetzungen eskalieren? Was tun, wenn im Kosovo aus der gewaltlosen Nonkooperation mit dem Regime von Milosevic ein Guerillakrieg zu werden droht? Oder was tun, wenn in den neuen Bundesländern die Rechtsextremisten „national befreite Gebiete“ schaffen?

Es ist nicht so, dass die Pazifisten ganz und gar ratlos gewesen wären. Es gab viele konstruktive Initiativen, aber sie vermochten sich gegen die herrschende Politik der polizeilichen, geheimdienstlichen und militärischen *ultima ratio* nicht durchzusetzen. Alles in allem war die pazifistische gewaltfreie Graswurzelarbeit zu klein dimensioniert.

Der Zivile Friedensdienst

Das galt auch für das Konzept des Zivilen Friedensdienstes, der bei den rot-grünen Koalitionsverhandlungen im Ansatz initiiert werden konnte. Als Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg war ich an der Entwicklung des Konzeptes maßgeblich beteiligt gewesen. Wir hatten den Zivilen Friedensdienst perspektivisch als eine vollwertige Alternative zum Militär – und nicht als dessen Ergänzung - verstanden. Die Wehrpflichtigen sollten wählen können zwischen der militärischen Ausbildung und der Ausbildung für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung im In- und Ausland.

Die Kopplung des Zivilen Friedensdienstes mit der allgemeinen Wehrpflicht war keine ganz glückliche Lösung des Problems, nicht nur wenige, sondern eine große Zahl von Menschen für zivile Einsätze und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung auszubilden. Was aber dann daraus gemacht wurde, war erst recht unzulänglich. Mit dem Zivilen Friedensdienst in seiner gegenwärtigen Form hat man ein viel zu kleines Brötchen gebacken. Übrig geblieben ist von der ursprünglichen Alternative zum Militär und zu Großeinsätzen der Polizei ein ganz klein dimensionierter Auslandseinsatz weniger Fachleute für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Das Militär entsendet Tausende und erhält Milliarden, der ZFD entsendet nur Dutzende und erhält nur einen winzigen Bruchteil der Mittel für das Militär. So kann die neue Qualität des gewaltfreien Einsatzes sich gegen die schiere Quantität des Militärischen nicht durchsetzen.

Dürfen wir denn hoffen, dass sich dies ändert, wenn es im kommenden Jahr zu einem Regierungswechsel kommen sollte? Wenn wir nicht Druck machen, bleibt alles beim Alten und es wird schlimmer, weil dem Militär und Großeinsätzen der Polizei immer neue Aufgaben zuwachsen.

Die Pazifisten haben das Problem nicht erkannt bzw. sie resignierten angesichts der Stimmung in der Bevölkerung. Die allgemeine Wehrpflicht wurde (ersatzlos) abge-

schaft bzw. ausgesetzt. Es ist ziemlich bequem, Berufssoldaten mit Sondervergünstigungen auf Auslandseinsätze zu entsenden. Und der Bundespräsident lobt sie als die neuen Mutbürger. Herrgott nochmal: Das ist Kriegspropaganda vom Feinsten – aus dem Munde eines Pfarrers. Hin und wieder ein bisschen Talk bei Anne Will, ein bisschen Mitgefühl für Traumatisierte und im Übrigen kann die Bundesregierung es sich leisten, die Einmischung in einen weiteren Bürgerkrieg in Mali anzukündigen und auf deutschen Truppenübungsplätzen den Häuserkampf im Stile von Aleppo zu trainieren. Millionen werden dafür ausgegeben, Straßenkampfgebiete zu bauen. Da geht es natürlich nicht um Straßenkampf in Erlangen, sondern man will deutsche Soldaten ausbilden, in Städten des mittleren Ostens oder in Afrika zu kämpfen bzw. die Einheimischen für solche Kämpfe zu schulen.

Es könnte sein, dass Wehrpflichtige sich geweigert hätten, diesen Unfug mitzumachen, aber wenn der Sold stimmt und das Einsatzrisiko dank Drohnen etc. überschaubar ist, dann werden die neuen Mutbürger uns noch mores lehren.

Was sollen wir tun? Jedenfalls müssen wir als Pazifisten sehr viel mehr tun als bisher. Die gewaltfreie Aktion als letztes Mittel des Volkes ist keine love parade, sondern ein Trainingscamp, in dem man den gewaltfreien Umgang mit gewalttätigen Provokationen lernt.

In der Erwartung der Einrichtung eines Zivilen Friedensdienstes für Wehrpflichtige hatte ich am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin in den Jahren 1992 und 1993 und dann noch einmal in den Jahren 1995 und 1996 mit einer zweisemestrigen, jeweils vierstündigen Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung experimentiert. Der Projektkurs bestand aus einer Kombination von gruppendynamischen Übungen und einer zusätzlichen Vorlesung über die Strategie und Taktik der gewaltfreien Konfliktaustragung. In diesem Pilotprojekt war das praktische Training begrenzt auf 12 Teilnehmer – 6 Frauen - 6 Männer. Geleitet wurde der Kurs von einer Trainerin und einem Trainer. Alle hatten die Aufgabe, die Übungen und die dabei gemachten Erfahrungen in einem Werkstattbuch von Woche zu Woche so zu notieren, dass sie von anderen, die noch nicht beteiligt werden konnten, nachzuahmen waren. Ich selbst habe mich am Schreiben dieses Werkstattbuchs auf derselben Augenhöhe mit den Studenten beteiligt und ich habe mein Werkstattbuch dann auch veröffentlicht. Es gibt meines Wissens nichts Vergleichbares. Trotz der erzählenden Elemente wurde aus „Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär“, erschienen 1997 im Agenda Verlag in Münster (332 Seiten) kein Bestseller. Das 332 Seiten umfassende Buch ist in keiner Zeitung oder Zeitschrift besprochen worden. Sharp ist es übrigens mit seinen Buch-Veröffentlichungen jahrzehntelang kaum anders ergangen.

Für das wissenschaftliche Arbeiten von Politologen war es ungewöhnlich, dass in das Werkstattbuch auch Tagebuchnotizen eingefügt wurden. Sie sollten die Akteure in ihrem Alltag und in ihren außeruniversitären Beziehungen zeigen. So wurde von Zwischenfällen in der U-Bahn und von harschen Streitigkeiten in Wohngemeinschaften berichtet, und ein Taxi fahrender Student rekonstruierte eine gefährliche Situationen bei nächtlicher Fahrt.

Die Beteiligten waren überrascht von der Fülle der möglichen gewaltfreien Reaktionen, mussten aber auch erkennen, dass das Training noch nicht zu der angestrebten

Verhaltenssicherheit in bedrohlichen Situationen geführt hat.

Einige hatten das Training skeptisch begonnen und waren nach zwei Semestern auch noch nicht überzeugt, ganz und gar auf dem richtigen Wege zu sein. Einige waren wir uns aber darin, dass in der gewaltfreien Aktion ein Riesenpotential steckt, man aber auch Zeit und Geld investierten muss, um zu gesamtgesellschaftlich relevanten Ergebnissen zu gelangen.

Ich möchte unsere Situation am Ende des Kurses mit dem eines Kaiserstühler Winzers vergleichen, der in der Nachbarschaft des in Wyhl geplanten AKW einen Sonnenkollektor auf sein Scheunendach montierte, um anzudeuten, welche Alternative zur Atomenergie er sich wünscht. Unser Kurs war ein Pilotprojekt, so wie der Sonnenkollektor ein Hinweis auf das Potential der Sonnenenergie war. Doch wenn es auf dem Felde der gewaltfreien Aktion zu einer Energiewende kommen soll, bedarf es Investitionen in ganz anderen Dimensionen als bislang.

Ich muss gestehen: Ich bin ein wenig ratlos. Ich weiß nicht, wie es weiter gehen soll. An die Universität mit ihren verschulerten Studiengängen und diesem Trara um ein paar Plagiate passen Trainingskurse nicht mehr. Training ist Nachahmung, ist Abschreiben. Der Nachweis der Originalität besteht darin, dass man seine Haut oder gar seinen Kopf riskiert, für das, was man gelernt oder abgekupfert hat. In gewaltfreien Aktionsgruppen wurden alle Erkenntnisse schon vor der Veröffentlichung ausgetauscht. Wer etwas zuerst gesagt und geschrieben hat, war nicht wichtig. Hauptsache es funktionierte und brachte uns dem politischen Erfolg näher. Natürlich haben wir auch auf weiterführende Literatur hingewiesen, aber wenn andere meine Vorstellungen aufgriffen, ohne mich in einer Fußnote zu würdigen, war mir dies nicht bloß egal, es freute mich: Wundervoll, die gewaltfreie Aktion breitet sich aus. Je mehr sich damit identifizieren, desto besser!

Beispiele für den Einsatz gewaltfreier Aktivisten

Unser Problem ist ein ganz anderes: Wer soll die Absolventen einer Ausbildung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung einsetzen? Sie wollen eine Leistung für die Gemeinschaft erbringen, aber ist die Gesellschaft auch bereit, sie für diese Leistung zu alimentieren? Sie sollen und wollen ja nicht reich werden, aber sie wollen kultiviert leben und eine Familie ernähren können. Und jetzt die Frage: Wo sind die Politiker, die eine Antenne haben für den Aufbau einer gewaltfreien Alternative? Einzelne können als Basisaktivisten durchs Leben kommen, weil Ehepartner oder Verwandte und gleich gesinnte und gut verdienende Freunde für das Einkommen sorgen. Auch dafür gab und gibt es Pilotprojekte.

Ich habe die exemplarische Untersuchung eines solchen Lebenslaufes als Dissertation vergeben können. Ich zitiere: Ulrich Philipp: Politik von unten. Wolfgang Sternstein. Erfahrungen eines Graswurzelpolitikers und Aktionsforschers, erschienen 2006 im Nora-Verlag. Es müsste viele Sternsteins geben, aber sein Weg, sich und seine Familie zu finanzieren, ist keine Lösung für die Institutionalisierung eines Zivilen Friedensdienstes. Da brauchen wir meines Erachtens ein staatliches Programm – wie wir eben für die Schulbildung auch ein staatliches Programm brauchten und die Volksbildung nicht den Klosterschulen überlassen konnten.

Ich möchte Ihnen zum Abschluss an einem Beispiel zeigen, welches Potential in der

gewaltfreien Aktion steckt und wie wichtig eine größere Zahl von ausgebildeten, staatlich finanzierten Mitgliedern eines Zivilen Friedensdienstes wäre.

Im September 2007 habe ich an einer Reise ins frühere Jugoslawien teilgenommen, um die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes vor Ort kennen zu lernen. Mein Reisebericht ist als Sonderheft 152 in der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ erschienen.

Wir besuchten auch das Kosovo und machten Station in Prizren. Das ist der Ort, an dem die KFOR-Soldaten der Bundeswehr stationiert waren und noch sind. Unabhängig davon hatten auch zwei Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes dort ihre Arbeit aufgenommen. Ein Ziel war, serbische Flüchtlinge bei der Rückkehr nach Prizren zu unterstützen.

Wir sprachen in Prizren neben anderen mit Silke Maier-Witt. Sie hatte sich eine Zeitlang bei der Roten Armee Fraktion engagiert, war ausgestiegen, hatte sich in die DDR abgesetzt und nach der Wende eine fünfjährige Gefängnisstrafe verbüßt und dann eine Ausbildung für den Zivilen Friedensdienst absolviert. In Prizren arbeitete sie mit albanischen Frauen zusammen. Ihr Bestreben war, das friedliche Zusammenleben von albanischen und serbischen Familien zu fördern. Sie war damit auf gutem Wege, als ein Zwischenfall in Mitrovica im März 2003 die Emotionen aufwühlte. Auch in Prizren schwenkten Albaner rote Adler-Fahnen und fackelten serbisch-orthodoxe Kirchen und die Privathäuser serbischer Familien ab. Die KFOR-Soldaten griffen nicht ein. Sie waren für einen polizeiähnlichen Einsatz nicht ausgebildet. Sie hätten nur schießen oder sich unbewaffnet dazwischen werfen können. Das wollten oder konnten sie nicht.

Nach Auskunft von Silke Maier-Witt wäre dies die Stunde der Frauen gewesen. Sie hätten die männlichen Fanatiker wahrscheinlich aufhalten können. Aber sie waren noch nicht so weit. Die Frauen missbilligten zwar die Ausschreitungen, aber sie wagten nicht einzugreifen und die Stimme zu erheben. Eine einzelne Mitarbeiterin vom Zivilen Friedensdienst kann da auch keine Wunder vollbringen. Wäre ein Dutzend ausgebildete Mitarbeiterinnen des Zivilen Friedensdienstes vor Ort gewesen, hätten sie zusammen mit den albanischen Frauen einen gewaltfreien Einsatz wagen oder – besser noch - im Vorfeld die Ausschreitungen verhindern können.

Man braucht Erfahrung im Organisieren von Nachbarschaften. Der Einsatz darf nicht zu kurz befristet sein, und man braucht mehr als ein paar Einzelkämpfer. Silke Maier-Witt hat das Vertrauen der armen albanischen Frauen unter anderem dadurch gewonnen, indem sie ihnen bei Krankheitsfällen half und auch mal die erforderlichen Medikamente aus eigener Tasche zahlte. Das ist Graswurzelarbeit. Das ist etwas ganz anderes als im Jeep Patrouille fahren oder gar - wie bald in Mali - einheimische Soldaten auszubilden.

Es gibt seit Gandhis Zeiten Erfahrungen, wie man mit ethnischen und religiösen Konflikten gewaltfrei umgehen kann. Als ich 1997 sechs Wochen auf den Spuren Gandhis durch indische Dörfer und Kleinstädte reiste, wurde mir von den Einsätzen der Shanti Sainiks, also diesen gewaltfreien Basisaktivisten, berichtet. Die Konfliktlagen ähneln sich. Mit Gerüchten werden Emotionen aufgewühlt, ein Mob bildet sich und schlägt angeblich Schuldige tot oder zündet Behausungen an. Und dann kommt es leicht vor, dass die Presse diese Gerüchte auch noch verstärkt, indem sie aus den Gerüchten – ohne sorgfältig zu recherchieren – Tatsachen macht. In einer Kleinstadt im Staate Bi-

har wurde berichtet, dass die Moslems den Hindu-Frauen die Brüste abschneiden. Was tun? Hingehen und den Redakteuren an den Kopf werfen, dass sie Lügen verbreiten? Die Shanti-Sainiks gingen schon zur örtlichen Zeitung, betonten jedoch ihre Betroffenheit und Hilfsbereitschaft. In ihren Reihen seien Ärztinnen und Krankenschwestern. Wo denn die Frauen die verletzten Frauen seien. Sie würden gerne helfen. Wenn man Soldaten in Krisengebiete schickt, sind diese in der Regel nicht in der Lage, in persönlichen Gesprächen zu vermitteln. Ein schwer bewaffneter Soldat, der durch ein Dorf in Afghanistan patrouilliert, vermag an der Grundkonstellation des Konfliktes wenig zu ändern. Man muss die Sprache und die örtlichen Bräuche kennen. Silke Maier-Witt hat albanisch gelernt, sonst hätte sie mit den Frauen von Prizren doch gar nicht sprechen können.

Ich habe kein Rezept, was in Mali der Zivile Friedensdienst anstelle der Bundeswehr zu leisten vermöchte, aber ich bin ziemlich sicher, dass die Ausbildung einheimischer Soldaten ein kostspieliges und wenig Erfolg versprechendes Mittel ist, um islamischen Fundamentalisten Grenzen zu setzen. Der Berliner Tagesspiegel hat heute einen grimmigen Kommentar zu einem möglichen Engagement deutscher Militärs geschrieben unter der Überschrift „Die Bundeswehr in Mali. Unterricht auf Bambara“. Der Kommentator schildert zunächst in großen Zügen die Lage und kommt dann zu folgendem Schluss: „Die Bundesregierung erweist sich erneut als völlig plan- und sprachlos. Niemand erklärt, was das Ziel ist und wann die Mission als erfüllt gelten darf, wann sie startet, welchen Umfang sie hat und wer die Truppensteller sind. Vor allem weiß keiner zu sagen, wie man verhindern will, dass deutsche Soldaten wieder in einen Konflikt hineingezogen werden wie der Ärmel in eine Maschine bei einem Arbeitsunfall – immer tiefer und tiefer. Nach den Erfahrungen am Hindukusch hätte man denken können, dass solch abenteuerliche Politik keine Zukunft mehr hat. Da hat man sich verdacht.“ So der Kommentar von Michael Schmidt im Tagesspiegel vom 2. November.

Es wäre wirklich an der Zeit, dass die Regierung – bzw. die Opposition, die sie ablösen will - sich intensiv mit den Alternativen zum Militär befasst. Wir Pazifisten können nicht einfach behaupten, wir hätten für alle Probleme die gewaltfreie Lösung, aber es gibt hinlängliche Gründe, auf dem Wege der gewaltfreien Aktion die passenden Lösungen zu suchen. Die Orientierung ist da. Wir agieren nicht so perspektivlos wie der Frosch, der in die Milch gefallen ist. Wir wissen, dass bei anhaltendem Strampeln Butter entstehen wird, auf die wir dann klettern können, um zu überleben. Wir wissen nicht, wie lange es dauern wird und welche Rückschläge wir einstecken müssen. Doch ich denke, die Deutsche Friedensgesellschaft hat in 120 Jahren bewiesen, dass sie einen langen Atem hat – und ich schließe nicht aus, dass wir dann auch mal schneller Erfolg haben werden, als wir zunächst gedacht haben.

Es hat sich in Deutschland ein gewisses Know-how der gewaltfreien Aktion angesammelt. Meines Erachtens könnte dieses Know-how schon reichen, sich auf das Wagnis einer gewaltfreien Politik einzulassen. Wann die Zeit so richtig reif ist für einen Durchbruch, weiß man im Voraus nie. Es ist den Wissenschaftlern noch nie gelungen, soziale Bewegungen vorherzusagen. Hinterher war man dann immer schlauer und hat gezeigt, welche Vorläufer es gab und wie sich die Kraft zum politischen Durchbruch aufgebaut hat. Was wir aber jetzt schon tun können, ist, uns auf diesen

neuen Aufbruch zu einer gewaltfreien Politik vorzubereiten – und dieser Aufgabe dienen morgen früh die Arbeitsgruppen, die von erfahrenen Trainern geleitet werden. Also morgen früh frisch an die Arbeit! Einstweilen danke ich für die Aufmerksamkeit.

12. „I have a dream“. Das Erbe Martin Luther Kings²¹

Parolen und Bilder in der Geschichte

Zeitgeschichte wird immer wieder verdichtet auf bestimmte Parolen und Bilder. Ich komme aus Berlin. Dort wurde kürzlich einer Rede John F. Kennedys am Schöneberger Rathaus gedacht und daraus des berühmten Satzes, den Kennedy auf deutsch gesprochen hat: „Ich bin ein Berliner“. Einer anderen Parole gedenken wir heute Abend – ausgesprochen und angeblich sogar improvisiert im Laufe der Rede beim Marsch in Washington am 28. August 1963: „I have a dream“. Und neben solchen historischen Sätzen gibt es auch Bilder, die das Bewusstsein von Nationen zu prägen vermochten. Ich denke hier an die Einschläge der beiden Passagiermaschinen die Twin Towers in New York am 9. September 2001 und ich denke an die Fernsbilder von der Öffnung der Berliner Mauer im November 1989.

Diese Parolen und Fotos verdichten Zeitgeschichte, aber sie verkürzen diese auch durch Weglassen und Aussparen. Das gilt auch für die Passage „I have a dream“ in Kings Rede in Washington. Sie hat ein Bild des künftigen Amerika beschworen, das auf Versöhnung hoffen ließ. Ich will diese Passage vorlesen. Und ich wünschte, ich hätte nur annähernd die Ausdrucksfähigkeit des größten Redners, den Amerika gekannt hat.

„Trotz der Schwierigkeiten von heute und morgen habe ich einen Traum: Es ist ein Traum, der tief verwurzelt ist in dem amerikanischen Traum. Ich habe den Traum, dass eines Tages diese Nation sich erheben und der wahren Bedeutung ihres Credo gemäß leben wird: Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen sind.

Ich habe den Traum, dass eines Tages auf den roten Hügeln von Georgia die Söhne früherer Sklaven und die Söhne früherer Sklavenhalter miteinander am Tisch der Brüderlichkeit sitzen können.

Ich habe einen Traum, dass eines Tages selbst der Staat Mississippi, ein Staat, der in der Hitze der Ungerechtigkeit und in der Hitze der Unterdrückung verschmachtet, sich in eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit verwandelt.

Ich habe den Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt wird.

I have a dream!“

Ich bin zwanzig Jahre später auf Einladung der United Church of Christ – der amerikanischen Partnerkirche der Evangelischen Kirche der Union – vier Wochen durch die USA gereist und habe an mehreren Orten als Friedensforscher Vorträge gehalten und gelegentlich sogar gepredigt. Man studiert in den USA zwar auch Theologie, aber die Amerikaner zeigten – bei einem Weltkind wie mir – ein erstaunliches, urchristliches Vertrauen in das Wirken des Heiligen Geistes.

Die amerikanischen Gastgeber haben mir nicht nur ihr Land gezeigt, sondern mich

²¹ Vortrag beim Bildungswerk der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland in Magdeburg am 12. Sept. 2013 – in Kooperation mit dem Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum

auch mit bildenden Künstlern – Malern und Bilderhauern – bekannt gemacht. Und in einer Ausstellung habe ich ganz spontan eine farbig gefasste Holzplastik erworben, in der ich eine witzige Realisierung von Kings Traum des Tisches der Brüderlichkeit auf den roten Hügeln von Georgia erblickte. Der aus Kuba stammende Künstler ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen als King: Er hat die Szene von den Hügeln Georgias an den Strand von Cape Cod verlegt und hat aus den Brüdern einen weißen Mann und eine schwarze Frau gemacht, ein Paar, in dem gewissermaßen die Frau die Hose anhat und es sich schmecken lässt, während er etwas missmutig die Schnute nach unten zieht, was nicht bedeuten muss, dass die beiden unglücklich sind, aber doch dass zu Amerika nicht nur die Arroganz der Macht, sondern auch Selbstironie und ein Schuss Humor gehören.²²

Man hat den Vertretern der deutschen Friedensbewegung gelegentlich Antiamerikanismus vorgeworfen, aber das ist in meinem Falle wirklich Quatsch. Ich habe einige

²² Am 22. Oktober 1982 schrieb ich dazu an meine Familie: „Nach dem Mittagessen, das hier in der Regel nur aus einem Sandwich und Salat besteht, holte mich Peter Kingsbury, der Leiter des örtlichen Friedenskomitees ab. Er unterrichtet Kunst an der wohlbetuchten Oberschule von New Canaan. Das Angebot ist fabelhaft: Gezeichnet, gemalt und kollagiert wird in großen Formaten, Hell- und Dunkel-Studien, in Pastell, mit Ölfarben auf Leinwand. Ich kam aus dem Staunen nicht heraus. In der Eingangshalle hängen Bilder von Absolventen der Schule, welche die Schule mit Geldern aus einer Stiftung angekauft hat. Einige sind jetzt schon bekannte Maler. Peter unterrichtet neben Zeichnen vor allem künstlerisches Fotografieren und Filmen. Er nahm mich dann auch noch mit in eine private Fotoschule, das Hobby des Erfinders der Spraydosen. Dort stellte ein bekannter Fotograf aus. In Amerika werden handsignierte Fotos regelrecht auf dem Markt gehandelt. Das sei berechtigt, weil das Kopieren künstlerischer Fotos außerordentlich schwer sei. Da kommt man sich als normaler Knipser ganz klein vor.“

Zum Höhepunkt des Ausflugs wurde dann der Besuch einer Ausstellung amerikanischer Volkskunst im Silvermine Guild Center for the Arts. Bei den Amerikanern gibt es eine natürlichere Verbrüderung zwischen akademischer Kunst und Volkskunst. Der akademische Künstler greift auch typische Themen der Volkskunst auf. Wie bei uns gibt es aber auch hier gestelzte Naivität und den Kitsch der aufgemotzten Farben und manierten Formen. Ich bilde mir ein, allmählich Kunst von Kitsch und bravem Handwerk unterscheiden zu können.

Ich schreibe dies, um mir selbst etwas Mut zu machen. Ich muss etwas gestehen. Auf dieser Ausstellung habe ich eine bemalte Holzplastik erstanden, deren Dimensionen uns beim Einpacken dann doch einiges Kopfzerbrechen bereitete. Sie füllte den Kofferraum des VW-Golf vollständig aus. Das tut aber der Begeisterung von Peter und mir keinen Abbruch. Ich hatte die Plastik zuerst nur zu fotografieren versucht - ein ziemlich aussichtsloses Unternehmen mit der Pocketkamera - und war dann immer wieder zu ihr zurückgekommen. Sie gefiel mir von Mal zu Mal besser. Doch an einen Ankauf wagte ich zunächst kaum zu denken. Es war eine laufende Ausstellung. Ich konnte nicht annehmen, dass ich die Plastik gleich mitnehmen dürfte. Und wie sollte ich sie später holen? Glücklicherweise war eine der Hauptverantwortlichen des Kunstvereins da. Ihr war es wichtig, dass ein solches Beispiel amerikanischer Volkskunst mal nach Europa kommt.

Mich erinnerte die Plastik an Martin Luther Kings Traum, dass einmal die weißen und die schwarzen Kinder gemeinsam auf den roten Hügeln von Georgia sitzen werden. Also, nun stellt Euch vor, diese Kinder werden älter, geraten etwas außer Form und fahren an die Küste zum Baden! Und da sitzt nun so ein Paar Rücken an Rücken. Sie ist schwarz, eine kolossale Erscheinung und mampft selbstsicher einen Kuchen; er ist weiß, ein schwächtiges Bürschlein und etwas verdrießlich. Stilistisch ähnelt das Paar polnischen Holzplastiken. Der Künstler heißt Pucho Odio, wurde 1928 in Kuba geboren, war zunächst Handwerker und arbeitet jetzt in New York, gehört jedoch nicht zu den Arrivierten. Das Ding kostete \$ 850, was natürlich für uns viel Geld ist, aber verglichen mit den sonstigen Preisen für Drucke, die ziemlich hohe Auflagen haben, doch sehr moderat. Trotzdem hat mich der Kauf in dieser Nacht nicht gerade ruhig schlafen lassen, da ich nicht einfach annehmen darf, dass Ihr meine Begeisterung teilen werdet. Eine gewisse Hilfe war für mich, dass Peter ohne jedes Zögern mich voll darin unterstützte, diesen Schritt zu tun. Na, Ihr werdet ja sehen!

Das Transportproblem hat sich dann gottseidank am selben Tag auch noch gelöst. Ich war zum Abendessen zu Bx und Barbara Burgess eingeladen - auf die Halbinsel am Strand, wo ich am Tag zuvor spazieren gegangen war. Um aufs Meer blicken zu können, ist ihr Haus, das eine ganz geringe Grundfläche hat, raffiniert über mehrere Stockwerke hochgezogen. Das Wohnzimmer ist 5 m hoch, aber auf einem Zwischenstock steht der Flügel. Ein merkwürdiges Paar: er ist eine Art Arbeiterpriester und sie ist Hauswirtschaftslehrerin und sehr kunstbegeistert. Auch ganz großflächige Makrameearbeiten und Indianerschmuck hängen an der Wand und Barbara hat auch sehr feine Stücke afrikanischer Plastik gesammelt. Als ich von dem schwarz-weißen Paar am Strand berichtete und meine Transportschwierigkeiten gestand, haben Barbara und Bx mir sogleich angeboten, das Paket beim Rückflug an den Kennedy-Airport zu bringen. Das Ganze ist schon etwas abenteuerlich, aber ich denke doch, dass alles klappt.“

liebe amerikanische Freunde und ich weiß, dass sie humanitäre Träume wahr machen wollen und an einigen Stellen auch können. Und was mich daran jetzt immer mahnt, ist dieses schwarz-weiße Paar am Strand, das ich in unser Schlafzimmer platziert habe, weil meine Frau meint, dass es auf das Sideboard eines deutschen Wohnzimmers doch nicht so richtig passe.

Doch nun im Ernst: Worum ist es beim Marsch in Washington und in den folgenden Jahren – bis zur Ermordung Kings im Jahre 1968 - denn gegangen? Es ging nicht nur um die Überwindung der Rassendiskriminierung, sondern vor allem um soziale Gerechtigkeit und die Überwindung der Armut und Arbeitslosigkeit, von der in dem superreichen Amerika zwar vor allem die schwarzen, aber auch viele Weiße und Einwanderer aus Mexiko betroffen waren – und heute noch sind. Und King wusste von seinen – eher vergeblichen - Einsätzen in Chicago, dass die ökonomische Diskriminierung noch schwerer zu bekämpfen ist als die rassische. Es ist bezeichnend, dass King bei seinem solidarischen Einsatz für streikende Müllarbeiter erschossen worden ist.

Die gesellschaftspolitischen Ziele Kings

Nach 1963 hat King etwas gemacht, das noch viel anstößiger war als sein Kampf gegen die Rassendiskriminierung. Zum Entsetzen konservativer Bürgerrechtsorganisationen hat er sich auf die Seite der Gegner des amerikanischen, militärischen Imperialismus geschlagen. Er machte das, was die Quäker als „to speak truth to power“ bezeichnen, das heißt, King hat den Regierenden die Wahrheit ins Gesicht gesagt und die Parole Woodrow Wilsons, dass es die amerikanische Mission sei, „to make the world safe for democracy“ als die Ideologie ziemlich skrupelloser Geschäftemacher entlarvt.

Für Edgar Hoover, den langjährigen Chef des FBI – und meines Erachtens mächtigsten Mann in den USA – war der Baptistenpfarrer aus Atlanta damit ein Kommunist, den unschädlich zu machen, alles erlaubt war. FBI-Chef Hoover und Stasi-Chef Mielke unterschieden sich in ihren Methoden kaum. Es ist allerdings nicht bekannt, dass auch Hoover ein leidenschaftlicher Abknaller von Rehböcken und Hirschen gewesen wäre.

Wenn man hört, dass Hoover zur Zeit des Marsches in Washington bei Kennedy durchsetzte, dass Kings Telefongespräche abgehört und seine Wohnung und die Hotelzimmer verwandt wurden, dann darf es einen nicht wundern, wenn dieselbe Behörde jetzt auch das Internet kontrolliert und global Freund und Feind abhört und überwacht. Wenn der amerikanische Präsident heute sagt, dass seine Familienmitglieder gegen Militärschläge in Syrien seien, dann sagt er allenfalls der Welt etwas Neues. Der größere Bruder des schwächigen Barack hat wahrscheinlich bereits mitgehört.

King ist heute in den USA ein Nationalheld – wie Gandhi in Indien -, aber eine Behörde der Regierung hat ihn abgehört und seine außerehelichen Affären als Druckmittel gegen ihn einzusetzen versucht. Man wollte ihn davon abhalten, den Friedensnobelpreis entgegenzunehmen, und diese angeblichen Antiterrorkämpfer haben den Schutz vor Attentätern absichtlich von King abgezogen und ihn damit zum Abschuss frei gegeben. In ihrem Hass auf die Kommunisten oder aus Angst vor ihnen, waren Hoover und seine Gesinnungsgenossen zu allem bereit. Daran muss man sich erin-

nern, wenn deutsche Innenminister jetzt davon reden, dass wir die Überwachungsmaßnahmen und die Kooperation mit den amerikanischen Behörden zur Terrorabwehr benötigen.

Die Gefahr für die Demokratie, die vom ungebremsen Zugriff dieser Behörden auf die Bürger ausgeht, ist größer als die Gefahr, die von einzelnen Terroristen ausgehen kann. Nach dem Terroranschlag gegen die Twin-Towers und die über 3000 Opfer von 9/11 haben unsere Beschützer so getan, als ob überall die sogenannten Schläfer lauern, um auf Befehl der Al Quaida vergleichbare Anschläge durchzuführen. Diese Schläfer gab es nicht oder nur ganz vereinzelt. Doch die Überwachungsmaßnahmen eskalierten. Terroranschläge sind scheußlich, und die Opfer müssen uns leid tun, aber mit Terroranschlägen im Stile von Al Quaida ist die amerikanische und die deutsche Volkswirtschaft nicht wirklich zu gefährden. Im Großen und Ganzen betrachtet sind dies für die Volkswirtschaft und das staatliche Leben nur Mückenstiche, mehr nicht.

Wirklich gefährlich sind Überreaktionen wie die militärische Intervention in Afghanistan, an der sich die Deutschen in „uneingeschränkter Solidarität“, wie Gerhard Schröder in seiner Vasallentreue, um nicht zu sagen, -torheit es formulierte, beteiligt haben. Als dann bei Kunduz durch einen Bombenangriff auf den Befehl des deutschen Oberst Klein über hundert Zivilisten getötet wurden, als sie Benzin aus zwei entführten Militärlastern, die im Flusssand stecken geblieben waren, abzapften, haben wir (hoffentlich!) begriffen, welche unmögliche Rolle wir in Afghanistan an der Seite der USA spielen. Wenn es nach der CDU und Angela Merkel gegangen wäre, dann hätten wir uns ja in der „Koalition der Willigen“ auch am Irak-Krieg beteiligt.

Ich mache diese Bemerkungen, um nun auf Martin Luther Kings Begründung für seine Ablehnung der Intervention in Vietnam zurück zu kommen.

King hat am 4. April 1967, ein Jahr vor seiner Ermordung, in der Riverside Church in New York seine wichtigste Rede zur Verklammerung von amerikanischer Innen- und Außenpolitik gehalten. Er gab ihr den Titel „Beyond Vietnam“ (Jenseits von Vietnam). Ich zitiere sie ausführlich, weil sie die Grundlage bildet für die Beantwortung der Frage: Wie würde King in der heutigen Lage reagieren, wenn er als 84-jähriger noch öffentlich auftreten könnte:²³

„Ich bin davon überzeugt, dass unser Volk eine radikale Revolution der Werte vornehmen muss, wenn es sich auf die richtige Seite der Weltrevolution stellen will. Wir müssen schnell damit anfangen, von einer 'sachorientierten' Gesellschaft zu einer 'personorientierten' Gesellschaft zu kommen. Wenn Maschinen und Computer, Profitstreben und Eigentumsrechte für wichtiger gehalten werden als die Menschen, dann wird die schreckliche Allianz von Rassenwahn, Materialismus und Militarismus nicht mehr besiegt werden können.

Eine echte Revolution der Werte wird den schreienden Gegensatz von Armut und Reichtum sehr bald mit großer Unruhe betrachten. Sie wird nach Übersee blicken und mit gerechter Empörung darauf hinweisen, dass einzelne Kapitalisten des Westens riesige Geldbeträge in Asien, Afrika und Lateinamerika investieren, nur um zu verdienen und ohne Interesse an sozialen Fortschritten in jenen Ländern, und sie wird

²³ Vollständig dokumentiert in: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/001713.html>

ausrufen: 'Das ist ungerecht.'

Eine Revolution der Werte wird unser Bündnis mit den Großgrundbesitzern in Lateinamerika durchschauen und feststellen: 'Das ist ungerecht.' Ungerecht ist auch die westliche Überheblichkeit, die meint, dass sie den anderen alles beibringen kann und von ihnen nichts zu lernen hat.

Eine wirkliche Revolution der Werte wird den Status quo selbst beseitigen und vom Kriege sagen: 'Dieser Weg zur Lösung von Spannungen ist nicht recht.' Diese Art von Beschäftigung, menschliche Wesen mit Napalm zu verbrennen, die Häuser unserer Nation mit Waisen und Witwen zu füllen, giftigen Hass in die Adern von Menschen zu spritzen, die normalerweise sich ganz menschlich verhalten, Männer von finsternen und blutigen Schlachtfeldern, körperlich verkrüppelt und seelisch aus dem Gleichgewicht gebracht, nach Hause zu senden, diese Beschäftigung kann nie und nimmer mit Weisheit, Gerechtigkeit und Liebe in Einklang gebracht werden.

Ein Volk, das seit Jahren mehr Geld für militärische Verteidigung als für den Ausbau sozialer Reformen ausgibt, gerät in die Nähe des geistlichen Todes.

Amerika, das reichste und mächtigste Land der Welt, könnte bei dieser Revolution der Werte durchaus führend sein. Nichts, außer dem unseligen Wunsch nach Selbstvernichtung, könnte uns an einer Neuordnung unserer Prioritäten hindern, welche eben die Vorbereitung auf den Frieden über die Vorbereitung auf den Krieg stellt. Nichts kann uns davon abhalten, die widerspenstigen Verhältnisse so lange mit unseren wunden Händen umzuformen, bis wir ihnen die Gestalt der Geschwisterlichkeit gegeben haben.“

Diese Ansprache in der Riverside Church war die Predigt eines Propheten. Wir finden Entsprechendes im Alten und Neuen Testament. Das Besondere an King ist jedoch, dass er diese Predigten mit Handlungen in Gruppen verband. Im Verbund mit einem grassroot movement griffen sie in die Verhältnisse verändernd ein. Und wenn es dann Rückschläge gab, wenn Mitstreiter ermordet wurden und Depressionen um sich griffen, dann wusste King seine Freunde bei der Stange – man könnte auch sagen beim Kreuz – zu halten. Er tat es auf seine ganz spezifische Weise. Er hat seine dann fälligen Ansprachen etwas despektierlich als peptalks bezeichnet. Aufmunternd. Pep wie Pepsicola.

King lebte gerne. Er war kein Asket und Miesepeter. Nicht alles, was er tat, war vorbildlich. Er konnte dann auch öffentlich bereuen. Was er seiner lieben Frau Coretta mit anderen Frauen angetan, hat er mal in einer Predigt in seiner Heimatkirche in Atlanta thematisiert. Da ist der Gemeinde das Halleluja-Rufen vergangen. Doch Coretta konnte diese Seite seines Lebens nach seinem Tode in ihren Erinnerungen schweigend übergehen. Sein Freund Ralph Abernathy hat aber in seinen Erinnerungen von Mann zu Mann, von Freund zu Freund Tacheles geredet.²⁴ King war kein Heiliger Antonius, aber diese Groupies, die King auf ihre Weise verfolgten, waren auch etwas eigenartige Engel der Bedrängten. Leider gehören auch diese Peinlichkeiten zum Bild.

Doch damit genug. Mich hat als Politikwissenschaftler beim Schreiben meiner Dissertation zum Thema „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ interes-

²⁴ Ralph David Abernathy: And the Wall Came Tumbling Down. An Autobiography, New York 1989

siert, welche Strategie King in der Bürgerrechtsbewegung verfolgte und wie er die Bergpredigt mit gewaltfreien, direkten Aktionen verband.

Das will ich jetzt in einem zweiten Teil noch behandeln und was ich jetzt sage ist nicht mehr feuilletonistisch, sondern ein bisschen lehrbuchhaft, professoral, aber es ist wichtig, weil grundlegend für den Erfolg versprechenden Gebrauch gewaltfreier Aktionen.

Direkte Aktionen

Gewaltfreie, direkte Aktionen waren für Martin Luther King griffige Instrumente der Aufklärung und der Ausübung von Gegenmacht. Er sprach von „power from below“, Macht von unten. Dabei verstand er Macht als die Fähigkeit, andere Menschen zu bestimmten Handlungen zu motivieren. In seinem berühmten Offenen Brief aus dem Gefängnis von Birmingham schrieb er am 16. April 1963: „Die gewaltfreien, direkten Aktionen sollen die Gesellschaft zwingen, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Die direkte Aktion soll eine Streitfrage so dramatisieren, dass sie nicht länger ignoriert werden kann.“

King war sich darüber im klaren, dass immer dann, wenn demokratische, legale Wege zur Änderung der sozialen Verhältnisse fehlen oder nur in unzureichendem Maße offen sind, die bloße Mahnung zu Friedfertigkeit und Gewaltverzicht zur Ideologie wird, die objektiv im Dienst der Herrschenden steht. Mit seinen direkten Aktionen hoffte er, einen Ausweg aus dem Dilemma — Gegengewalt oder Resignation — gefunden zu haben. In seinem ersten Buch, dem Bericht über den Busboykott in Montgomery im Jahre 1956, schrieb er: „Wie in der Synthese der Hegelschen Philosophie, muss es das Prinzip des gewaltfreien Widerstandes sein, die Gegensätze — Ergebung und Gewalt — in Einklang zu bringen, indem er das Extreme und das Unmoralische, das beiden anhaftet, vermeidet. Der Anhänger des gewaltfreien Widerstandes ist mit dem, der sich in sein Schicksal ergibt, einer Meinung, dass man nicht gewalttätig (violent, also verletzend) gegen einen Gegner vorgehen soll. Andererseits ist er aber auch mit dem, der für Gewalt ist, einig, dass man dem Bösen Widerstand leisten muss. Er vermeidet die Widerstandslosigkeit des ersteren und den gewaltsamen Widerstand des letzteren. Wer gewaltfreien Widerstand leistet, braucht sich weder als Einzelperson noch als Gruppe irgendwelchem Unrecht zu beugen: er braucht aber auch nicht zur Gewalt zu greifen, um sich Recht zu verschaffen.“

In den Jahren 1956 bis 1964 haben die christlichen, die gewerkschaftlichen und die studentischen Bürgerrechtsorganisationen in den Südstaaten der USA mit diesen gewaltfreien, direkten Aktionen gearbeitet. Die wichtigsten Methoden waren der Boykott rassengetrennter Omnibusse, die Sit-in-Aktionen in Restaurants, die keine Schwarzen bedienen wollten, die »Freiheitsfahrten« integrierter Omnibusse in die Südstaaten, der Käuferboykott von Geschäften und Markenfirmen, die für ihre Rassendiskriminierung bekannt waren, und das Aufstellen von Boykottposten (Picket-Linien) in den Einkaufszentren der Städte, die Durchführung von Massenmärschen trotz des Verbots der Behörden und vereinzelt auch der Sitzprotest oder das Niederknien zum Gebet auf den Straßen oder in den Empfangshallen von Behörden.

Kalkuliertes Leiden

Kennzeichnend für all diese Aktionen war, dass die Demonstranten sich auch gegen brutale Angriffe nicht zur Wehr setzten, dass sie bereit waren, für ihre Ziele ins Gefängnis zu gehen, und dass sie — und dies war die Voraussetzung für ihre Selbstdisziplin — sich sorgfältig in Schulungskursen und Informationsveranstaltungen auf die direkten Aktionen vorbereitet hatten. Die Bürgerrechtsorganisationen rechneten damit, dass sie allein mit rationalen Argumenten und mit sozialkritischen Hinweisen gegen jahrhundertealte Rassenvorurteile und wirtschaftliche Interessen nicht ankämpfen und nicht obsiegen könnten. Durch ihre Opferbereitschaft, durch ihr freiwilliges Leiden unter den Schlägen der Rassisten, durch ihr Ausharren im Gefängnis suchten sie die gefühlsmäßigen Voraussetzungen für eine Bereitschaft zum rationalen, sozialen Wandel zu schaffen. Ihre Leidensbereitschaft ging auf ein psychologisches Kalkül — und auf den christlichen Glauben an die Wandlungsfähigkeit jedes Menschen - zurück. Martin Luther King war nicht nur Machtpolitiker; er war immer auch Seelsorger. Schon 1956, zu Beginn seiner politischen Laufbahn, betonte er: „Wenn der Unterdrücker diese dynamische Einheit, diese erstaunliche Selbstachtung und Leidensbereitschaft der Neger [das war damals der übliche Ausdruck] sieht, wird ihm seine eigene Barbarei zum Ekel werden.“ Im Jahre 1964 hat er dann auch die politische Deutung des Abschlusses seines Lebens vorweggenommen: „Wenn physischer Tod der Preis ist, den ich zahlen muss, um meine weißen Brüder und Schwestern von dem permanenten Tod des Geistes zu befreien, dann kann nichts erlösender sein als dies.“ King wollte durch diese freiwillige Leidensbereitschaft die Weißen davon überzeugen, dass die Schwarzen ihnen die ungeheure Schuld nicht aufrechnen wollten, welche sie seit dem Import von Negersklaven auf sich geladen hatten. Die Schwarzen mussten die Weißen von ihrer Schuld und ihrer Furcht befreien, bevor diese es wagen konnten, sich auf radikale soziale Reformen einzulassen und Änderungen in der Herrschaftsstruktur des Landes vorzunehmen.

Die Übertragung dieser christlichen Überzeugungen in die Tagespolitik gelang King, indem er sich die Erfahrungen Mohandas K. Gandhis im indischen Freiheitskampf zunutze machte. Im Übrigen beschränkte er sich wie dieser nicht auf dramatische Agitationsformen, sondern verband diese mit weniger spektakulären, aber nicht minder wirksamen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen und dem Aufbau einer Substruktur von radikaldemokratischen Bürgerrechtsorganisationen, welche mit den Behörden verhandeln, in eigener Regie direkte Aktionen organisieren und auch in lokale Wahlen aufklärend eingreifen konnten.

Eine Strategie für die Gettos?

Die gewaltfreien, direkten Aktionen der Bürgerrechtsorganisationen waren, wenn man an die verhältnismäßig wenigen Mitarbeiter und an die — verglichen mit gewaltsamen Aufständen — geringen Opfer denkt, erstaunlich, wenn auch noch nicht hinreichend erfolgreich. Die sichtbaren Erfolge blieben jedoch auf die Südstaaten beschränkt. In den Slums der Großstädte, in den Gettos des Nordens verbesserte sich die soziale Lage der Farbigen nicht spürbar. Was die Bürgerrechtsbewegung dort erzielte, war nicht der soziale Wandel, sondern nur die Mobilisierung der sozialen Erwartungen.

Im Jahre 1965 verlegte die Southern Christian Leadership Conference ihr Hauptquartier nach Chicago. 1967 musste King jedoch nach den verheerenden Gettorevolten in Newark und Detroit eingestehen: „Wir haben in den Südstaaten zehn Jahre lang neue Taktiken der gewaltfreien Aktion erprobt, und wir hatten Erfolge zu verzeichnen. Aber für die Städte des Nordens ist es uns nicht gelungen, schöpferische Arbeitsmethoden zu entwickeln.“

Welche Kampftechniken eigneten sich für die Gettos, die schwarzen Viertel in der unmittelbaren Nähe der City? King hatte es wie in Birmingham und Selma 1966 auch in Chicago — neben der Organisation von Nachbarschaften — mit einem Massendemarsch versucht, aber er musste in der Wirkung deutliche Unterschiede feststellen: „Wenn Neger in den Straßen der Südstaaten demonstrierten, bedeutete dies Rebellion. In den Städten des Nordens wirken Märsche weniger beunruhigend; man sieht in ihnen keine rebellische Aktion, und sie werden von der normalen Turbulenz des Großstadtlebens absorbiert.“

Die Southern Christian Leadership Conference stieß in den Gettos auf neue soziale Probleme. Die Schwarzen im Baumwollgürtel der USA waren zwar meist noch ärmer und rechtloser als die Gettobewohner, aber sie waren weder sozial entwurzelt, noch in ihrem Denken orientierungslos gewesen. Traditionelle soziale Gruppierungen und vor allem die großen Negergemeinden boten die Rekrutierungsbasis für die gewaltfreien Kampagnen. In den Gettos des Nordens fehlten diese Voraussetzungen weitgehend.

Die Misere der Gettos im Norden beruht nur zum Teil auf der Rassendiskriminierung. Diese überbevölkerten Slums sind eine Konsequenz des raschen Industrialisierungsprozesses auf kapitalistischer Grundlage. Ihr Hauptproblem ist die Arbeitslosigkeit der Farbigen, die doppelt so hoch ist wie die der Weißen.

Es fehlt nicht an pragmatischen Vorschlägen für ein Wohnungssanierungs-, Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm. Auch Barack Obama hat sich nach seinem juristischen Examen auf diesen Gebieten in Chicago vorbildlich engagiert. Er schildert dies in seiner Autobiographie recht überzeugend.²⁵ Man hatte Grund von diesem Präsidenten viel zu erwarten. Im Blick auf die allgemeine Krankenversicherung hat er mehr fertig gebracht als frühere Präsidenten. Das hätte Martin Luther King sicher gefallen. Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an Obama war auf Seiten des Komitees dann sicher Wunschdenken im Spiel. Auf den Umgang mit den Geheimdiensten und dem Militärapparat war Obama nicht ausreichend vorbereitet. Auf diesem Felde hat auch Martin Luther King im Laufe der Jahre hinzu gelernt und man darf nicht vergessen, Martin Luther King hat Gandhis Schriften intensiv studiert. Dasselbe ist von Obama nicht bekannt.

Außenpolitische Konsequenzen

Bis Anfang 1967 operierte die Southern Christian Leadership Conference als ob das Bürgerrechtsproblem eine rein innenpolitische Angelegenheit sei. Die entscheidende Wendung kam, als Martin Luther King sich trotz des dringenden Abratens gemäßigter Bürgerrechtsorganisationen entschloss, an der „Frühjahrs-Mobilisierung“ gegen den Vietnamkrieg teilzunehmen. Damit verknüpfte er die Zukunft der Bewegung der

²⁵ Barack Obama: Ein amerikanischer Traum. Die Geschichte meiner Familie. München 2008

amerikanischen Schwarzen mit den antiimperialistischen Aufständen in den damals der Dritten Welt zugerechneten Ländern.

Die Southern Christian Leadership Conference forderte die jungen Amerikaner zur Kriegsdienstverweigerung und ihre älteren Mitbürger zum zivilen Ungehorsam gegen die amerikanischen Kriegsanstrengungen auf. Sie wollte sich aber auch nicht kritiklos Che Guevaras Forderungen nach zwei, drei, vielen Vietnams anschließen. Aus dem Stab der SCLC reisten Rev. James Bevel nach Sambia und Rev. Metz Rollins (zusammen mit Danilo Dolci und dem Ehepaar Goss-Mayr) nach Brasilien, um in Zusammenarbeit mit einheimischen Organisationen zu prüfen, ob das zweite Vietnam nicht ein gewaltfreier Aufstand sein könnte.

Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo hatte King schon deutlich gemacht, dass er die gewaltfreie, direkte Aktion nicht als eine südstaatliche Spezialität verstanden wissen wolle: »Ich empfehle Ihnen, die Philosophie und Strategie der Gewaltfreiheit umgehend zu einem Gegenstand des Studiums und ernsthafter Experimente in allen Gebieten menschlicher Konflikte zu machen, und ich nehme hiervon die Beziehungen zwischen Nationen nicht aus.« Dies bedeutete, dass King mit den amerikanischen Quäkern darin übereinstimmte, dass der Schutz einer Nation vor Staatsstreichen und Invasionen nicht auf einer Armee und Notstandsgesetzen, sondern auf der Bereitschaft der Bürger zum gewaltfreien Widerstand zu beruhen habe. Diese radikalen Aspekte seiner politischen Theorie sind in den Nachrufen auf ihn gewöhnlich nicht erwähnt worden, als sich das Establishment beeilte, ihn als »Apostel der Gewaltlosigkeit« zu einem Schutzpatron von Ruhe und Ordnung zu machen.

Durch zivilen Ungehorsam zur Macht des kleinen Mannes

Man hat in den Nachrufen auf King zu Recht darauf hingewiesen, dass ihm der Ausdruck »Schwarze Macht« (Black Power) missfallen habe; er meinte, darin Untertöne der Gewaltsamkeit, des Hasses und des umgekehrten Rassismus mitschwingen zu hören. Verschwiegen wurde jedoch meist, dass King die Notwendigkeit der Machtentfaltung bejahte und dass er nur statt der »Schwarzen Macht« die gewaltfreie »Macht des kleinen Mannes« (Poor People's Power) anstrebte. Er wollte unbedingt verhindern, dass vom sozialen Abstieg bedrohte arme Weiße sich gegen die armen Schwarzen ausspielen ließen und dadurch ein faschistisches Potential entstünde.

In einer seiner letzten großen Reden über die „Krise in unseren Städten“²⁶ empfahl er als einschneidend neue Kampfmaßnahme für die Gettos den zivilen Ungehorsam von Massen Arbeitsloser, Unterbeschäftigter und Umschulungsbedürftiger. Diese Aktion sollte am 28. April 1968 in Washington beginnen.

King dachte in erster Linie an die Blockierung der Stadtzentren durch Tausende von Sitzstreikenden, Sit-ins vor und innerhalb von Fabrikatoren und an ein großes Lager von arbeitslosen Farbigen in Washington. Zur Begründung dieser Maßnahmen sagte er: „Als Kampfmittel kommen für uns weder die bewaffnete Erhebung noch nutzlose Bitten an eine harthörige Regierung in Frage... Wir müssen zum zivilen Ungehorsam greifen. Eine Stadt am Funktionieren zu hindern, ohne sie zu zerstören, kann wir-

²⁶ In: Theodor Ebert u. Hans-Jürgen Benedict (Hrsg.): Macht von unten. Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform. Hamburg: Furche Verlag, 1968, S. 36-45

kungsvoller sein als ein Aufruhr, weil der zivile Ungehorsam sich länger durchhalten lässt, und zwar kostspielig, aber nicht blind zerstörerisch ist. Außerdem ist es schwieriger für eine Regierung, gegen zivilen Ungehorsam mit überlegenen Gewaltmitteln vorzugehen. Ziviler Ungehorsam auf Massenbasis kann auch den Zorn als konstruktive und schöpferische Kraft benutzen. Es ist nutzlos, den Negern zu empfehlen, nicht zornig zu sein, wenn sie es tatsächlich sein sollten. Es ist sogar für die Psyche eines Menschen gesünder, wenn er seinen Zorn nicht unterdrückt, sondern seine Energie in einer konstruktiven und friedlichen, aber kraftvollen Weise nutzt, um eine repressive Stadt an ihrem normalen Funktionieren zu hindern.“

Der Stab der Southern Christian Leadership Conference wusste, dass es sehr schwierig sein würde, den zivilen Ungehorsam auf Massenbasis zu organisieren. Gandhi hatte 1922 seine erste Kampagne des zivilen Ungehorsams abbrechen müssen, weil erregte Inder in Chauri Chaura mehrere Polizisten erschlugen. Anschließend definierte er das „zivile“ Verhalten präzise als „höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und hasserfüllt“. Unter diesen Bedingungen konnte eine Bewegung des zivilen Ungehorsams nach Ansicht Kings, „ohne dass ein Streichholz angezündet würde und dass ein Schuss abgefeuert würde, erdbebenartige Proportionen annehmen“.

Der zivile Ungehorsam sollte aber nicht zu einer Polarisierung der Gesellschaft, das heißt zu einer Sammlung um die extremen Flügel führen. Opferbereiter, wirklich „ziviler“ Ungehorsam sollte moralischen und materiellen Druck ausüben, ohne den Konservativen Impulse zu einem Schutz- und Trutzbündnis zu geben. Solch ziviler Ungehorsam würde dann auch „Koalitionspolitik (gemeint sind politische Absprachen mit weißen Liberalen — Th. E.) nicht ausschließen, sondern vielmehr unterstützen“.

Die SCLC wollte nach der Ermordung Kings an ihren Aktionsplänen festhalten, aber mit dem zivilen Ungehorsam auf Massenbasis konnte sie nicht beginnen, bevor die gewaltsamen Gettorevolten nicht abgeebbt waren. Das Einüben und Durchhalten von gewaltfreiem, zivilem Ungehorsam ist schwierig bis unmöglich, solange Extremisten Plünderungen und Gegengewalt billigen. Einzelne Gewaltakte sind dann in der Lage weit größer angelegte gewaltfreie Kampagnen in der Wirkung zu beeinträchtigen oder umzufunktionieren. Das ist eines der ganz großen Probleme des gewaltfreien Widerstands. Und die gewalttätigen Draufgänger und Sprüchemacher gibt es immer und sie diffamieren dann die gewaltfreien Akteure als Softies.

Der syrische Aufstand gegen das Assad-Regime hat mit Sitzprotesten nach den Freitagsgebeten begonnen, und als dann rücksichtslos dagegen eingeschritten wurde, sprachen einige Unterstützer zunächst von bewaffnetem Selbstschutz. Diese - nach Aussage der deutschen Unterstützer in der Vereinigung „Adopt a Revolution“ - zunächst nur defensiven Maßnahmen sind immer weiter eskaliert, bis dann ein Bürgerkrieg unter Einsatz aller Mittel im Gange war. Jetzt werden die Opfer immer größer, und es gibt auf Seiten der Opposition keine Autorität, die den bewaffneten Kampf abbrechen und mit gewaltfreien Methoden den Aufstand neu entwickeln könnte. Es fehlen Figuren wie Gandhi und King, welche dieser Eigendynamik der gewaltsamen Konfliktaustragung begegnen könnten.

Gegenmacht lässt sich schwer entfalten, wenn Heißsporne durch unbedachte Gewaltakte oder auch regelrechte Netzwerke von Terroristen den Regierenden immer

wieder eine Handhabe geben, sich bei der Bevölkerung als Beschützer aufzuspielen und die Sorge vor einem neuen, noch schlimmeren Terrorregime zu beschwören. In einer solchen Situation muss mit konstruktiven Aktionen in den Nachbarschaften Basisarbeit geleistet werden, bevor man wieder zu offenem, gewaltfreiem Widerstand übergehen kann.²⁷ Gandhi hat dies sehr drastisch formuliert, als er im Blick auf die Schwierigkeiten bei der internen Kontrolle des Zivilen Ungehorsams sagte: „Ziviler Ungehorsam ohne konstruktive Aktion ist schlimmer als nutzlos.“

Dies soll hier nicht mein letztes Wort sein. Gewaltfreie Graswurzelarbeit ist immer möglich. Es kommt darauf an, die Toleranzschwelle des Regimes richtig zu taxieren und Nischen auszumachen. Die Regime wollen zwar alles kontrollieren und neigen dazu, Begeisterung zu erzwingen und sei diese auch geheuchelt. Doch dies kann immer nur unvollständig gelingen. Es gilt unterhalb der Toleranzschwelle Verbindungen herzustellen und eventuell sogar vom Regime angebotene Einrichtungen für diese Kontakte zu nutzen. Die scheinbar Manipulierten können es lernen, außerhalb der direkten Kontrolle des Regimes zu kooperieren und sich auszutauschen. Daraus können dann auch im passenden Moment systemtransformierende Widerstandsmaßnahmen erwachsen.

Wenn die Absichten der selbständig gewaltfrei Agierenden vom Establishment berechnet werden können und die Regierenden sich persönlich nicht existentiell bedroht fühlen müssen, besteht die Chance, dass Reformen sich durchsetzen und die Hardliner abtreten müssen. Solche Prozesse haben das Ende der Apartheid in Südafrika vorbereitet. Eine wichtige Voraussetzung war, dass der African National Congress – unter der Anleitung Nelson Mandelas – praktisch von den Methoden des Guerillakampfes Abstand genommen und auf eine Verfolgung der Verbrechen des Apartheidregimes weitgehend verzichtet hat, und dass das Aufarbeiten der Vergangenheit der christlich angeleiteten „Wahrheitskommission“ Bischof Tutus überlassen wurde. Das gehört auch zu einem gewaltfreien Aufstand. Davon spüre ich im Nahen Osten wenig. Die Selbstgerechtigkeit der Kontrahenten ist wirklich hanebüchen. Und das gilt auch für die amerikanische und die deutsche Regierung. Die USA haben mit den Diktatoren und den Reichen zusammen gearbeitet, und die Deutschen liefern ihnen noch heute Waffen zur Unterdrückung von Aufständen. Hauptsache, die Wirtschaft brummt, und Mutti Merkel verschafft uns ein gutes Gewissen.

Die Bundesrepublik steht glänzend da, aber es ist etwas faul in dieser Republik. In einem offenen Brief von prominenten Christen zur Bundestagswahl wird „der Verlust des Politischen“ beklagt.²⁸ Dieser Brief ist ein Pendant zu Martin Luther Kings Rede „Beyond Vietnam“ in der Riverside Church. Diesen Brief müsste ich hier seitenlang zitieren. Ich bin sicher, dass King ihn unterzeichnet hätte, wäre er ein Deutscher wie Kennedy ein Berliner - und würde er noch leben. Das wäre mein Traum. Und wie steht's? Yes, we can?

²⁷ Zum Problem des Aufbaus von Widerstand in besonders repressiven Diktaturen siehe: Was tun gegen Diktaturen? Nachwort zu Rolf Italiaander (Hrsg.): Diktaturen im Nacken, München: Delp'sche Verlagsbuchhandlung, 1971, S. 331-351

²⁸ Aus bürgerrechtlicher Perspektive werden zentrale Punkte deutscher Außen- und Innenpolitik kritisiert. Almuth Berger, Volkmar Deile, Heino Falcke, Joachim Garstecki, Heiko Lietz, Ruth und Hans Misselwitz, Konrad Raiser, Gerhard Rein und Hans-Jochen Tschiche wollen eine andere Berliner Republik. Ihr Brief ist im Wortlaut dokumentiert unter <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/008078.html>

13. Friedensethik und kirchliches Engagement

Ein autobiographischer Bericht in der Evangelischen Studentengemeinde in Leipzig am 29. Januar 2009

„Weil wir eine solche Wolke von Zeugen um uns haben, lasst uns alles ablegen, was uns beschwert ... und lasset uns laufen in dem Kampf, der uns verordnet ist und aufsehen auf Jesus, den Anfänger und Vollender des Glaubens.“ (Hebräer 12,1-2).

Der aktuelle Konflikt um den Ethik-Unterricht in Berlin

Der ursprüngliche Wunsch der Studentengemeinde war, dass ich mich als Friedensforscher in einer tour d'horizon zu den aktuellen kriegerischen Konflikten dieser Erde äußere. Ich möchte dies nicht tun, weil ich als pensionierter Hochschullehrer auch nur Zeitungen lesen, fernsehen und ein wenig im Internet recherchieren kann, und ich bin auch nicht so viel gereist wie mein Kollege Johan Galtung und der Journalist Peter Scholl-Latour, die aufgrund ihrer mannigfaltigen Eindrücke und Erfahrungen zu jedem aktuellen Konflikt sofort etwas zu sagen wissen. Als Friedensforscher lernt man – so hoffe ich wenigstens - die Grenzen seines Wissens- und Urteilsvermögens einzuschätzen und - anders als der Titel Professor vermuten lässt - mehr Fragen zu stellen als bekennerschaft Meinungen vorzutragen.

Wenn es gut geht, ist man nach längerer Tätigkeit auf einigen wenigen Gebieten einigermaßen informiert und kann seine wissenschaftlichen Methoden gelegentlich auch auf neu auftauchende Konflikte anwenden. Doch dies ist immer mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden. Da muss man seine Grenzen kennen. Ich kann keinen Vortrag über den Gaza-Krieg oder über das Verhältnis von Indien zu Pakistan halten. Das einzige, was ich als alter Mann vielleicht besser machen kann als andere und was für Sie möglicherweise auch von einem gewissen Interesse ist: Ich kann Ihnen erzählen, wie es mir im Laufe meines 70jährigen Lebens als Friedensforscher - und speziell in meinem Verhältnis zur Evangelischen Kirche - ergangen ist. Vielleicht hilft Ihnen dies als Mitgliedern der Evangelischen Studentengemeinde in Ihrem Leben die eine oder andere friedenspolitisch richtige Entscheidung zu fällen.

Ich habe bisher nie erzählt und reflektiert, welche Rolle meine kirchliche Sozialisation und Bindung – ich zögere bei der Verwendung des Wortes „Glauben“ – bei meiner Ausbildung und meiner Tätigkeit als Friedensforscher bzw. Hochschullehrer für Politische Wissenschaft gespielt haben.

Ich habe ja 36 Jahre an einer staatlichen, säkularisierten Universität gelehrt. Mein kirchliches Engagement war dort bekannt. Für meine Teilnahme an Synoden erhielt ich immer bezahlten Urlaub. Das galt und gilt für alle Angehörigen des Öffentlichen Dienstes. Dieses Privileg wusste ich zu schätzen.

Und ich konnte zum Beispiel als Teil meines Lehrdeputats auch eine Vorlesung anbieten wie „Die Bergpredigt und die Politik“. Keiner der Kollegen meldete bei der Lehrplanung Bedenken an. Wenn von Bismarck bis Helmut Schmidt deutsche Kanzler gemeint hatten, mit der Bergpredigt könne man nicht regieren, dann war am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität auch politologisch begründeter Widerspruch

erlaubt.

Auch die Väter des Grundgesetzes wollten auf das religiöse Element in der Politik nicht verzichten, sonst hätten sie den Religionsunterricht nicht als schulisches Angebot im Grundgesetz verankert.

Nach den bösen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und angesichts der kommunistischen Diktatur in der SBZ bzw. DDR gab es im Nachkriegsdeutschland die Vorstellung, dass die Kirchen ein Hort von Sitte und Anstand und ihre Lehren geeignet seien, die Barbarei abzuwehren. So wie es in der Kaiserzeit das Bündnis von Thron und Altar gab, so gab es in der Bundesrepublik ein Bündnis von Demokratie und Kirche. In allen evangelischen Synoden saßen und sitzen noch heute als berufene, nicht als gewählte Mitglieder einzelne Vertreter der Parteien.

Dass die Willensbildung in den Kirchen und die freiheitlich demokratische Grundordnung wesensverwandt seien, war eine der tragenden Ideen bei der Gründung der Christlich Demokratischen Union – und als Schüler am Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, der ich noch gar nicht wählen durfte, tendierte ich zu dieser Partei, der CDU. Das änderte sich bei mir erst, als Adenauer für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eintrat – und sein Innenminister Gustav Heinemann und Präses der Synode der EKD sein Kabinett verließ und sich auf das Abenteuer der Gründung einer neuen Partei, der GVP, der Gesamtdeutschen Volkspartei einließ.

Ich erwähne das hier, weil die Vorstellung, dass die westdeutsche Nachkriegsdemokratie ihre sittlichen Grundlagen im Christentum habe, bis in die zweite Hälfte der 40er Jahre zurück reicht und das aktuelle Ressentiment gegen den nicht-religiösen Ethik-Unterricht in Berlin seine Wurzel auch darin hat, dass die Kirchen ihn für eine anti-christliche Erfindung der rot-roten Koalition halten und den Verdacht hegen, dass auf diese Weise die alte SED-Ideologie des historischen Materialismus – nunmehr verbreitet vom Humanistischen Verband – sich im wiedervereinigten Berlin breit mache. Man merkt dies auch daran, dass die Kampagne für das Volksbegehren Pro Reli vor allem im Westteil Berlins von der älteren Generation – also meiner Altersgruppe – mit Verve getragen wird und die meisten Unterschriften für das Volksbegehren in den Stadtteilen gesammelt werden konnten, in denen die gut situierten Bürger wohnen. Die wichtigsten Trägerorganisationen der Bürgerinitiative sind neben den beiden großen Kirchen die CDU und die FDP. Eigentlich passt dies nicht zum ursprünglichen Selbstverständnis von Bürgerinitiativen, demzufolge diese sich von parteipolitischen Bindungen und entsprechender Instrumentalisierung frei halten sollten.

Manche meiner Bekannten wundern sich, dass ich – jahrzehntelang an der Universität ein Bürgerinitiativen-Forscher – jetzt bei dieser Bürgerinitiative Pro Reli nicht mit dabei bin, sondern auf die vielen Plakate in den Berliner Straßen mit dem säkularen Spruch reagiert habe: Wenn die Fahne weht, ist der Verstand in der Trompete.

Ich habe meinen kirchlich engagierten Freunden gesagt: Kümmert euch um den Ausbau der Religionskunde im Rahmen des Ethik-Unterrichts und nutzt die Chance, Ethik-Lehrer auszubilden und als Christen Ethik-Unterricht zu erteilen! Und vor allem, kümmert Euch um die Meinung der Schüler, denn diese sind nun mal die Hauptbetroffenen. Nach meinem Gefühl sind die Schüler nicht daran interessiert, sich nach religiösen und weltanschaulichen Gruppierungen aufzuteilen. Die Schüler wollen ihre Probleme zusammen diskutieren. Also war mein Rat: Achtet auf den vorhandenen

Integrationswillen der Schüler in den Klassen!

Das ist meine pragmatische Reaktion auf den gegenwärtigen Konflikt um den Ethik-Unterricht in Berlin. Doch damit will ich es hier nicht gut sein lassen, sondern die tiefer gehende und auch für Leipziger Studenten interessante Frage stellen: Wie steht es um die Letztbegründung der Ethik? Sind die Nichtreligiösen, die sich vielleicht selbst als Atheisten bezeichnen, wirklich solche Wackelkandidaten in ethischen Fragen, wohingegen auf die Christen Verlass ist?

Wie steht es um die Letztbegründung der Ethik?

Um diese Frage erörtern zu können, müsste man eigentlich wissen, was unter einem Atheisten zu verstehen ist. Sind Atheisten historische Materialisten im marxistischen Sinne? Oder gibt es unter den Agnostikern auch solche, die das Gewissen als autonome moralische Instanz und das Phänomen der Liebe kennen und meinen, dass es „elementare Situationen“ gibt, denen gegenüber „die Taktik erlischt, d.h. an denen unser moralisches Verhalten ungeachtet der Umstände, unter denen sie eintreten, unverändert bleibt.“²⁹ Gemeint sind Situationen, in denen alle politischen Kalkulationen sich verbieten, und es nur ein klares Nein zur Verletzung der Menschenrechte und der Vernichtung unserer natürlichen Umwelt gibt. Der polnische Philosoph Leszek Kolakowski hat sich in seinem Buch „Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit Marxist zu sein“ mit solchen elementaren Situationen befasst. Er nennt den Angriffskrieg, den Mord, Folter, die Misshandlung Wehrloser und auch das Verhungernlassen von Menschen, wenn man über Lebensmittel verfügt.

Ossip Flechtheim, einer der Vordenker des Humanistischen Verbandes in Berlin, ein Mann, der sich einen Atheisten bzw. Agnostiker nennt, soweit es um einen eingreifenden, personalen, allgütigen Gott geht, hat Kolakowski zugestimmt.³⁰ Und dieser Flechtheim, Politologe und Zukunftsforscher an der Freien Universität, war in pazifistischen Fragen, beim Nein zu Atomwaffen und in der Ablehnung des Stalinismus überhaupt kein Wackelkandidat.

Und es gibt unter den christlichen Theologen Leute, die sich selbst als Non-Theisten verstehen – in dem Sinne, dass sie es nicht für hilfreich halten, einen personalen, unsere Geschicke steuernden Gott anzunehmen, wozu wir nun mal neigen, weil wir nur in den Kategorien von Raum, Zeit und Kausalität zu denken vermögen, wie uns Immanuel Kant klar gemacht hat.

Ich lese solche Versuche, non-theistisch ein Christ zu sein,³¹ staunend und manchmal mit Erleichterung, weil sie mir vernünftig zu sein scheinen. Es kann aber sein, dass ich sie auch noch nicht ganz verstehe. Es ist mir schon klar, dass einige Vorstellungen Paul Gerhardts, die ich als Poesie zu schätzen weiß, nicht zur Welterklärung taugen.

²⁹ L. Kolakowski: Der Mensch ohne Alternative, München 1960, S. 248. Hier zitiert nach Ossip K. Flechtheim: Ich bin optimistisch: Mein Glaube an den Menschen ist begrenzt. In: Karlheinz Deschner (Hrsg): Woran ich glaube, Gütersloh 1990, S. 92

³⁰ O. K. Flechtheim: Ich bin optimistisch: Mein Glaube an den Menschen ist begrenzt. In: Karlheinz Deschner (Hg.): Woran ich glaube, Gütersloh 1990, S. 90-97

³¹ Matthias Kroeger: Im religiösen Umbruch der Welt: Der fällige Ruck in den Köpfen der Kirche. Über Grundriss und Bausteine des religiösen Wandels im Herzen der Kirche., Stuttgart: Kohlhammer, 2. Auflage 2005; ders.: Die Notwendigkeit der unakzeptablen Kirche. Eine Ermutigung zu distanzierter Christlichkeit, Kösel Verlag, München 1997

„Der Wolken, Luft und Winden gibt Wege, Lauf und Bahn, der wird auch Wege finden, da dein Fuß gehen kann.“ Im Blick auf das Wetter sind wir wahrscheinlich alle Materialisten bzw. erklären das nicht Vorhersagbare mit den Begriffen Zufall und Möglichkeit. Doch ob wir nun Atheisten, Agnostiker, Non-Theisten oder traditionelle Christen sind, wir scheinen doch alle in der Lage zu sein, Verantwortung zu empfinden und sittlich zu handeln. Sokrates sprach einst vom Daimonion, unser Grundgesetz spricht zum Beispiel bei der Kriegsdienstverweigerung vom Gewissen.

Es scheint also so etwas wie eine fassbare Ethik außerhalb des Christentums bzw. der monotheistischen Religionen zu geben. Ich muss zugeben, dass ich mir ein Leben lang keine großen Gedanken um die Letztbegründung ethischer Entscheidungen gemacht habe und erst durch den Berliner Streit um den Ethik-Unterricht auf den Gedanken gekommen bin, dies für mich persönlich zu klären. Ich nehme an, dass ich nach dieser Klärung eher in der Lage sein werde, mich selbst und andere in ihren ethischen Entscheidungen zu verstehen.

Es gibt auch noch einen ganz praktischen Grund, mir über meine kirchliche Sozialisation und deren Einfluss auf meine friedenspolitische Tätigkeit klar zu werden. Ausgerechnet der Humanistische Verband, in dem manche die Speerspitze des Atheismus in Berlin sehen, hat mich eingeladen, am 15. März zu Ehren des 100. Geburtstags von Ossip K. Flechtheim, der vor 11 Jahren gestorben ist, die Erinnerungsrede auf diesen zu halten. Er war mein Kollege und väterlicher Freund am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität und ihm habe ich ein Gutteil meiner Karriere zu verdanken. Und der Humanistische Verband verleiht schließlich Jahr für Jahr den Ossip K. Flechtheim Preis an ehrenwerte Leute, die ich wirklich zu schätzen weiß und die meines Erachtens auch Vorbilder abgeben.

Wenn man als 71-jähriger in eine solche Lage kommt, sich zu grundlegenden sittlichen Fragen öffentlich äußern zu müssen, dann muss man für sich selbst erst einmal klären, wie man der geworden ist, der man heute ist und was man unterwegs alles getrieben hat. Das hat bei mir einiges mit dem zu tun, was ich in der Kirche getan habe, aber mindestens genau so viel mit dem, was Mitchristen – und auch Nicht-Christen wie zum Beispiel Flechtheim - für mich und meine Anliegen getan haben.

Ich weiß von vielen meiner Freunde, dass sie sich – ähnlich wie ich - mehr oder weniger als Christen verstehen. Doch von einigen, mit denen ich eng zusammengearbeitet habe und mit denen gemeinsam ich einiges riskiert habe, weiß ich nicht so genau, was sie nun letztlich „glauben“. Wahrscheinlich wissen viele das auch selbst nicht so ganz genau. Die kirchliche Dogmatik hat in meinem Freundeskreis nie eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Es war häufig schön, mit ihnen zusammen einen Gottesdienst zu feiern und Lieder zu singen, aber was sie sich im Einzelnen bei den rituellen Handlungen, die nun mal eine Kirche prägen, gedacht haben, weiß ich nicht so genau.

Unser Nichtwissen um den Glauben der Anderen

Dieses Nichtwissen um die religiösen Überzeugungen der anderen ist wahrscheinlich sogar die Regel. Ein Beispiel: In der Berliner Kirchenleitung haben wir mal überlegt, wie das wohl ist, wenn wir Kinder zusammen mit ihren Eltern sich um den Altar versammeln lassen und den Kindern dann auch eine Oblate und ein Schlückchen Saft ge-

ben. Wir baten bei der Kirchlichen Hochschule um ein Gutachten zu dieser Frage des Kinderabendmahls. Die Professoren gaben sich Mühe und meinten, diese Beteiligung der Kinder am Abendmahl sei wohl nicht so ganz OK und die Kleinen sollten warten bis nach der Konfirmation. Bischof Dr. Martin Kruse dankte den Professoren in bewegten Worten für das sorgfältige Gutachten, und im Übrigen durften die Kleinen auch in Zukunft mit Mama und Papa nach vorne kommen und bekamen ihre Oblate und ihren Saft – Dogmatik hin, Dogmatik her. Bei unserer südafrikanischen Partnerkirche in Laingsburg in der Karoo haben wir es dann anders erlebt. Da knieten die Kleinen vorne am Altar nieder und wurden durch Streicheln über ihre Wollköpfe gesegnet. Damit waren die auch glücklich.

Was also meine lieben Mitchristen in unseren Kirchen so denken, weiß ich nicht so genau und ich will es eigentlich auch nicht wissen. Es ist ein Segen, dass es zumindest in der Evangelischen Kirche – meines Wissens – keine Lehrzuchtverfahren mehr gibt und jeder glauben darf, was ihm der heilige Geist – in der Gemeinschaft der Brüder und Schwestern - so eingibt. Muss man denn so genau wissen, wie der heilige Geist das jeweils bewerkstelligt? Für mich sind die Kernsätze einige Verse im ersten Johannesbrief und darüber habe ich auch mal auf dem Katholikentag – dem von unten – gesprochen: „Niemand hat Gott jemals gesehen. Wenn wir uns untereinander lieben, so bleibt Gott in uns, und seine Liebe ist völlig in uns. Daran erkennen wir, dass wir in ihm bleiben und er in uns, dass er uns von seinem Geiste gegeben hat.“ (1. Joh. 4, 12-13)

Ich teile wahrscheinlich nicht alle Anschauungen dieses mir unbekanntem Verfassers des 1. Johannesbriefes und seine Sicht von Jesus, aber einige Sätze leuchten mir doch unmittelbar ein. Und vielleicht ist Bibel-Lektüre dafür gut.

Ich will jetzt also mal einen Versuch machen, Ihnen Schritt für Schritt zu erläutern, wie ein Deutscher, der 1937, also im vierten Jahr des so genannten Tausendjährigen Reiches eines gewissen Adolf Hitler in Stuttgart geboren wurde, zum kirchlich engagierten Friedensforscher wird.

Als Kind in der Kirche

Ich war der erste Sohn der selbständigen Elektrokaufleute Arthur und Anna-Luise Ebert, die Firmen der Radiobranche vertraten und Kleinbeleuchtungskörper, also Taschenlampen und Batterien, vor allem der Firmen Varta und Daimon, vertrieben. Sie kamen beide aus evangelischen Elternhäusern bzw. Verwandtschaften, denn mein Großvater Alfons Liebermann war im Ersten Weltkrieg in Russland noch vor der Geburt meiner Mutter seinen Verletzungen erlegen. Meine Großmutter Liebermann, die ich dann auch nicht mehr kennen lernte, weil sie noch vor meiner Geburt an Multiple Sklerose starb, verwünschte alles Militärische, das ihr den Mann genommen und sie mit zwei Töchtern mit einer winzigen Rente und krank zurück gelassen hatte.

Mein Vater stammte aus einem Arbeiterhaushalt. Mein Großvater war Werkszimmermann bei Bosch in Stuttgart und sozialdemokratisch gesonnen, aber besonders seine Frau Anna, eine Bauern- und Küfertochter aus Pleidelsheim am Neckar stand fest in der kirchlichen Tradition - doch mit einem gewissen Herrnhutischen Einschlag, was gut war für eine gewisse Skepsis gegenüber Sonntagspredigten und kirchliche Zeremonien ohne diakonische Wirkung.

Die Nazis hielt man in beiden Familien für unchristliche Schreihälsa und Kriegstreiber, und in Württemberg hielt ja auch die evangelische Kirche eine gewisse Distanz zum NS-Regime, was aber nicht hieß, dass sie sich im Widerstand befunden hätte. Der Führer war aber jedenfalls nicht der neue Herrgott und er konnte erzählen, was er wollte: Man traute ihm nicht, und in meiner Familie flaggte man auch nicht für ihn.

Im Mai 1937 geboren, wurde ich noch im Krankenhaus getauft. Das war gar keine Frage: Das war selbstverständlich. Wenn irgendetwas passierte, sollte das Kind getauft sterben. Das galt als wichtig. Mir hat es noch als Kind imponiert, dass im Bedarfsfall auch Kinder an ihren Geschwistern oder anderen Kindern eine Nottaufe vornehmen konnten und dass diese als Liebesdienst dann auch voll gültig wäre. Diese Art des Priestertums aller Gläubigen – inklusive uns Kindern – hat mich sehr beeindruckt und versicherte mich in der Vorstellung, dass ich zu dieser christlichen Gemeinde voll und ganz dazu gehöre und meinerseits handlungsfähig wäre. Ich weiß aber nicht mehr, wie ich darauf gekommen bin. Wahrscheinlich ist mir irgendeine fromme Geschichte von einer Nottaufe zu Ohren gekommen, die meine Phantasie dann beschäftigt hat.

Ich denke, dass die frühkindliche kirchliche Sozialisation sehr wichtig ist – auch bei einem nachherigen Friedensforscher. Das Problem ist, dass wir uns naturgemäß an die frühe Kindheit nicht genau erinnern. Ich bin in Stuttgart bis zum 5. Lebensjahr in den Kindergarten der Kirchengemeinde gegangen und wahrscheinlich gab es dort auch die üblichen Lieder und Gebete. Ich habe auch noch das Büchlein der Gebete, die unsere Mutter mit mir und meinem zwei Jahre jüngeren Bruder Manfred abends gebetet hat, so im Stil von „Ich bin klein, mein Herz ist rein, darf niemand drin wohnen als Jesus allein.“ Das habe ich jedenfalls auswendig behalten und dann als Lied „Weißt Du, wie viel Sternlein stehen...“ – Und dann immer wieder dieser Refrain „Gott der Herr hat sie gezählet, dass ihm auch nicht Eines fehlet an der ganzen großen Zahl.“ Dieses Lied bestimmte mein kindliches Weltbild. Das hatte für mich etwas sehr beruhigendes. Nichts geht verloren. Gott hat den Überblick.

Das war dann schon mitten im Krieg. Mein Vater war sofort eingezogen worden. Der Barras war ihm total zuwider, aber er musste mitmachen. Kriegsdienstverweigerer wurden in Hitlers Wehrmacht erschossen. Nur eines konnte er vermeiden, in der Armee dieses Führers in den Untergang Karriere zu machen. Nach sechs Jahren und zweimaliger Verwundung geriet er 1945 als Obergefreiter in Gefangenschaft. Weil er sich der Offizierslaufbahn entzogen hatte, musste er zuletzt in Kurland Munition kutschieren, wobei er dann verwundet worden war und gerade noch auf einem Lazarett-schiff nach Dänemark geschafft werden konnte.

Die Abneigung gegen den Barras war mir gewissermaßen schon in die Wiege gelegt und als Russlandheimkehrer gehörte mein Vater zu denjenigen, die eisern entschlossen waren, nie mehr eine Waffe in die Hand zu nehmen und alles zu tun, dass auch ihre Söhne nie in die Fänge militärischer Ausbilder geraten würden.

Doch unmittelbar nach dem Krieg konnte sich in Deutschland kaum jemand vorstellen, dass es jemals wieder deutsche Soldaten geben würde. Als Kind meinte ich: Dieser Krieg, den ich noch bewusst erlebt hatte, sei der letzte Krieg gewesen. Diesen Krieg mit seiner Zerstörung deutscher Städte war für mich etwas so Entsetzliches gewesen, dass ich mir nicht vorstellen konnte, dass vernünftige Menschen sich jemals

wieder auf ein solches Unternehmen einlassen würden.

Bevor Stuttgart durch Phosphorbomben mehrfach Feuerstürmen ausgesetzt wurde und die Menschen trotz Luftschutzkellern massenhaft verbrannten, waren meine Mutter, mein Bruder und ich noch nach Münsingen auf die Schwäbische Alb evakuiert worden, wo Verwandte uns in einer Wohnung, die durch Soldatentod eines frisch verheirateten Onkels frei geworden war, aufgenommen hatten. Ich sah aber von Münsingen – über 60 km Entfernung – den geröteten Himmel über Stuttgart und ich wusste als 7-jähriger, was dort und wer dort brannte. Die verkohlten Leichen wurden wie Holzstämme vor die noch rauchenden Trümmer gelegt.

Das hat mir die Schwester meiner Mutter, die in Stuttgart auf der so genannten Rettungsstelle beim Roten Kreuz arbeitete nur erzählt. Aber vorstellen konnte ich mir dies. Doch was ich mir nicht vorstellen konnte und was mich total entsetzte, waren Fotos aus dem KZ Bergen Belsen, die nach dem Krieg in den leeren Schaufenstern eines Münsinger Kaufhauses gezeigt wurden. Nackte, ausgemergelte Leichen, die von einem Bulldozer auf einen Haufen geschoben wurden. Das sah ich als sieben- oder achtjähriger über Wochen auf meinem täglichen Schulweg. Ich hatte in meiner Familie über Hitler und die Nazis nie etwas Anerkennendes gehört, aber der Anblick dieser Leichenberge machte für mich dieses Regime zur Hölle auf Erden, wobei in meiner Familie sich glücklicherweise niemand mit der Hölle als religiösem, postmortalem Phänomen befasst und mir damit Angst eingejagt hatte.

Aber es war mir als Kind klar, dass dies hier Menschen absichtlich anderen Menschen angetan hatten und dass diese Menschen, die dies verschuldet hatten, Deutsche, meine Landsleute, solche Kerle in braunen Uniformen mit Hakenkreuzbinden gewesen waren, wie ich sie in Münsingen gelegentlich gesehen hatte. Und ich wusste auch, was Juden waren, weil meine Mutter mir erklärt hatte, was diese gelben Sterne zu bedeuten hatten. Ich weiß nicht mehr, was meine Mutter mir 1942 dazu in Stuttgart gesagt hatte, als wir sie an einem Postamt vor dem Hoppenlau-Friedhof sahen, aber was die Mutter sagte, musste wohl geeignet gewesen sein, Mitleid zu empfinden. Vielleicht nicht weiter erstaunlich, wenn die Mutter eine geborene Liebermann ist und es nur kuriose historische Wechselfälle gewesen waren, die es ihr noch ermöglicht hatten, vor meiner Geburt ihre arische Herkunft zu dokumentieren.

An Jesus orientierter Pietismus

Doch wie steht es um die Anfänge meiner christlichen Sozialisation? Ungewöhnlich war an ihr, dass ich in Münsingen nicht zur ortsüblichen, landeskirchlichen evangelischen Gemeinde gehörte und dort in die Sonntagsschule ging. Meine Mutter schloss sich vielmehr einer freikirchlichen Gemeinde an, zu der ihre Münsinger Verwandten gehörten. Diese Gemeinde hatte einen pietistischen Charakter, war aber im dogmatischen Sinne nicht fundamentalistisch, sondern praktisch-fromm und allem kirchlichem Pomp abhold. Man versammelte sich in einem schmucklosen Raum mit hellgrau gestrichenen Bänken und einem genau so simplen Altartisch mit einem einfachen Holzkreuz. Gesungen wurden die üblichen Lieder aus dem Gesangbuch und nach meiner Erinnerung war der Hauptinhalt der Predigten, die Aufforderung zur Nachfolge Jesu. Das wichtigste Lied im Kindergottesdienst, den ich regelmäßig mit dem Sohn des Predigers, meinem Klassenkameraden und Spielfreund, besuchte, war

„Jesus geh voran, auf der Lebensbahn“. Wenn ich mich jetzt an diese Gemeinde zu erinnern suche, dann stelle ich sie mir als einen Ableger der Herrnhuter Brüdergemeine vor. Das stimmt wohl nicht so ganz; wahrscheinlich waren es eher Methodisten. Doch das ist – im Rückblick - auch ziemlich egal. Für meine erste Vorstellung von Religion war das Entscheidende: Dieser Jesus von Nazareth ist das Vorbild. Der hat es richtig gemacht im Leben. An dessen Beispiel und dessen Leitsätze musst du dich halten. Und das ist auch möglich. Das ist nicht nur so gesagt. Das gilt und du musst sehen, wie du damit klar kommst. Das war so. Dass diese Leute – und aus meiner Sicht waren das Nazi-Typen - ihn gefoltert und ans Kreuz geschlagen hatten, war ein übles, politisch motiviertes Verbrechen, aber keine Widerlegung der Richtigkeit seiner Lehren. Ich sah den Lebensauftrag, das in seinen Gleichnissen und in der Bergpredigt als selig machend Empfohlene zu realisieren. Ich weiß nicht, ob ich als 8- oder 9-jähriger die Bergpredigt als Ganze schon gelesen und einigermaßen durchdacht hatte; wahrscheinlich nicht. Doch diese Erzählungen aus dem Leben Jesu und seine Spruchweisheiten waren für mich auf jeden Fall verbindlich. Die Wunder spielten keine so große Rolle. Sie zeigten nur, dass Jesus sich um die Menschen kümmerte und für die Bedürftigen da war.

Ich las auch schon selbständig die Bibel. Ich suchte aufgrund der feinen Holzschnitte von Schnorr und Carolsfeld nach den zugehörigen Bibelstellen. Ich las aber auch die griechischen Götter- und Heldensagen und auch entsprechend Germanisches, das mir aber weniger zusagte als das Griechische. Wotan und den nordischen Götterverein fand ich blöd. Irgendwie brachte ich diesen in Zusammenhang mit Hitler. Doch alle diese Sagen und Göttergeschichten waren für mich nur phantasy, wie man das heute nennt. Jesus, der war wirklich, gewissermaßen präsent. Dieser Jesus war für mich der Gegentyp zu den Nazis, der freundliche, liebevolle Mensch per se. Unter einem Messias konnte ich mir bestimmt nichts vorstellen. So etwas wäre mir möglicherweise auch verdächtig gewesen. Von „Führern“ und ihren Stellvertretern hatte man damals die Schnauze voll. Das galt auch für aufgeweckte Kinder wie mich. Wir hatten ja in Münsingen in der Hermann-Göring-Straße gewohnt und unser Lieblingsrätsel war: Rechts Lametta, links Lametta und der Bauch wird immer fetta. Nur ein ganz, ganz schlichter Jesus – kein Kyrios – hatte bei uns eine Chance – insofern war die Geburt Jesu, im Stall, in der Krippe liegend, von Hirten begrüßt, die bei uns Vertrauen weckende Geschichte, die uns zu Herzen ging und Weihnachten für uns zum wichtigsten Fest machte. Ich erinnere mich nicht, dass Ostern mir Vergleichbares bedeutet hätte. Wahrscheinlich konnte ich mir unter einer Auferstehung von den Toten nichts vorstellen – und irgendwelche die Phantasie stützende Gemälde – z.B. eines Grünewald – gab es in unserem schlichten, einheitlich hellgrau gestrichenen Versammlungssaal nun mal nicht.

Das sind die Erinnerungen an meine frühkindliche kirchliche Sozialisation. Mit 9 Jahren kehrte ich nach Stuttgart zurück, und wir gehörten dann wieder zur normalen Landeskirche. Wir wohnten – zwangseingewiesen - in einer Kellerwohnung in einer Villengegend im Stuttgarter Westen und wir gehörten zur Waldkirchengemeinde. Mein zwei Jahre jüngerer Bruder Manfred und ich besuchten dort die Jungschar, eine Gemeindejugendgruppe. Da gab es ab und zu auch mal was Frommes. Das haben wir in Kauf genommen, weil auch spannende Geschichten vorgelesen und Geländespiele

gemacht und Völkerball gespielt wurde. In den Sommerferien besuchte ich Lager, die von der Kirche angeboten wurden. Das war kostengünstig und es gab freundliche Jugendgruppenleiter. Ich habe diese kirchliche Jugendarbeit bis zur Konfirmation in angenehmer Erinnerung. Auch der Konfirmandenunterricht überforderte uns nicht. Man hätte Luthers kleinen Katechismus auswendig können sollen. Doch so richtig streng wurde das nicht geprüft und Pfarrer Pfäfflin wusste seine Erläuterungen zu den zehn Geboten immer wieder durch Geschichten aus seiner Zeit als Auslandspfarrer in Peru zu würzen. Da war ich ganz Ohr. Doch geprägt hat mich dieser Konfirmandenunterricht nicht. Ich war vollauf mit der Schule beschäftigt und mein Hauptproblem war es, meine umfangreiche Lektüre mit den schulischen Anforderungen in Latein und Griechisch in Übereinstimmung zu bringen, was mir nur gelang, weil ich von meinem hoch begabten Nebensitzer abschrieb.

Religionsunterricht

Im humanistischen Gymnasium waren wir auch mehr mit den Griechen und Römern als mit dem Christentum befasst. Doch es kam vor. Im Religionsunterricht faszinierte mich insbesondere die Apostelgeschichte des Lukas. Ich konnte vor der Karte des Mittelmeeres stehend Station für Station von den Reisen des Paulus erzählen, wobei ich mir allerdings einbildete, Lukas sei die ganze Zeit dabei gewesen und habe die Reden des Paulus – z.B. in Athen – wörtlich mitgeschrieben. Jedenfalls war ich von diesen Missionsreisen sehr beeindruckt. Ich hatte von Entmythologisierung keine Ahnung und erst in der Oberstufe bekam ich dann einen hochkarätigen Religionslehrer, Paul Schempp, der nach meiner Zeit am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium von der Universität Bonn zuerst einen Ehrendoktor und dann eine Professur für praktische Theologie erhalten hat.

Das war ein Mann von Format, der im Dritten Reich mit der sich anpassenden kirchlichen Führung in Streit geraten war, aus dem Pfarramt ausscheiden musste und dann ersatzweise Lehrer geworden war.³² Er hatte keine Angst, dass wir Kinder vom rechten Glauben abkommen könnten. Er hat mit uns ganze Evangelien kritisch gelesen und auch Schriften Nietzsches zum Tod Gottes. Und Nietzsche war mir danach sympathisch und er ist es mir bis zum heutigen Tag. Bei Schempp lernte ich kennen, was Freiheit eines Christenmenschen bedeutet, und er las mit uns auch Luther-Texte. Ich muss also sagen, ich hatte einen außerordentlich guten Religionsunterricht, fast schon auf Universitätsniveau – und Schempp war ein Mann, der sich unseren kritischen, auch unverschämten Fragen stellte. Ich hatte damals schon ein bisschen über Gandhi gelesen, wusste jedenfalls, dass Gandhi im Neuen Testament bewandert war, christliche Freunde in seiner nächsten Umgebung hatte und doch Hindu geblieben war. Nun hatten wir das Johannes-Evangelium gelesen und dort heißt es bekanntlich: „Niemand kommt zum Vater denn durch mich.“ Ich erkundigte mich bei Schempp, wie dies denn nun mit Gandhi wäre, ob der nun zum Vater gekommen sei oder nicht. Schempp gab mir eine Antwort, die mich ein Leben lang durch alle dogmatischen Streitigkeiten in befreiender Weise begleitet hat: „Theo, das dürfen wir Gott überlas-

³² Ernst Bizer: Ein Kampf um die Kirche. Der „Fall Schempp“ nach den Akten erzählt, Tübingen 1965.

Paul Schempp: Briefe. Ausgewählt und herausgegeben von Ernst Bizer, Tübingen 1966.

Paul Schempp: Theologische Entwürfe, hrsg. von Richard Widmann, München 1973

sen.“ Bei vielen fundamentalen Fragen kirchlicher Dogmatik habe ich mich später an Paul Schempps Antwort erinnert und gedacht: Da handelt es sich wieder um einen der kniffligen Fälle, deren Bearbeitung du getrost Gott überlassen darfst.

Ist das eigentlich alles wichtig für das nachherige kirchliche Engagement eines Friedensforschers? Bei diesem zwar belesenen, aber in Latein und Griechisch ziemlich schlechten Schüler ist in der Schulzeit noch nicht so richtig erkennbar, dass dies einmal ein Friedensforscher werden wird. In meine Schulzeit fiel aber die Entscheidung für die Wiederbewaffnung. Und diese Entscheidung war für mich das Ende der Kindheit. Ich hatte mich bisher für Naturschutz, Tierbeobachtung und abenteuerliche Reisen und sogar für Fußball, aber nicht für Politik interessiert.

Diese Wiederbewaffnung weckte in mir wieder die Erinnerungen an die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit – und ich war radikal gegen diese Wiederbewaffnung, interessierte mich aber auch für den Charakter des kommunistischen Regimes in der DDR und las autobiographische Berichte von Ex-Kommunisten, z.B. von Arthur Koestler. Meine politische Leitfigur wurde – vermittelt durch meinen Vater – Gustav Heinemann. Ich besuchte mit ihm eine Kundgebung Heinemanns im Kursaal von Bad Cannstatt und wir kauften eine Broschüre mit Reden Heinemanns, die ich studierte.

Wir erhielten in der Schule Gelegenheit, in einem der so genannten Besinnungsaufsätze die Frage zu beantworten: Sind Sie für oder gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht? Dieser Aufsatz blieb in Abschrift erhalten und er war mir später wichtig, weil ich darin zum ersten Mal einen Gedanken formulierte, dessen Konkretisierung mich durch mein ganzes Leben begleitete. Unter dem Eindruck des Volksaufstandes vom 16./17. Juni 1953 in der DDR hatte ich behauptet, dass eine funktionierende Demokratie von einer Besatzungsmacht nicht gleichgeschaltet werden könnte, sondern vielmehr einen zersetzenden Einfluss auf die Ideologie der Besatzungsmacht ausüben würde.

Meine Politisierung in den letzten drei Schuljahren vor dem Abitur hat mich dann als Studienfächer Geschichte, Deutsch und Englisch wählen lassen. Der Misserfolg der Gesamtdeutschen Volkspartei bei den Bundestagswahlen hat mich aber davon abgehalten, pazifistischen Parteien eine Änderung zuzutrauen und ich verharnte fünf Jahre lang in einer Beobachterposition und war zunächst nur daran interessiert, große politische Abläufe zu verstehen.

Gandhis Sicht revolutionärer Prozesse

Beim Studium der Geschichte beschäftigte mich am meisten die Frage, woran es denn liege, dass durchaus berechtigte Aufstände und Revolutionen immer wieder in Kriegen und Gewaltherrschaft endeten. Man sagt: Die Revolution frisst ihre Kinder. Ich beobachtete, dass sich in revolutionären Prozessen nicht die Idealisten, sondern die besonders skrupellosen Machtmenschen – vom Typ Napoleon oder Stalin – durchsetzen. Die vertiefte Gandhi-Lektüre führte bei mir dann zu der Erkenntnis, dass die gewaltsamen Mittel zu diesen Perversionen führen, aber Gewalt auch zu vermeiden ist. Ich lernte bei Gandhi, dass man auch mit gewaltlosen Methoden politische Macht ausüben kann und dass gewaltlose Methoden dem Aufbau einer Zivilgesellschaft dienen und keiner autoritären Strukturen der Willensbildung bedürfen. Ende der 60er Jahre haben wir Kriegsdienstverweigerer dies dann auf den Begriff der ge-

waltfreien Graswurzelrevolution gebracht.

Diese Sicht historischer Prozesse fiel bei mir zusammen mit der Wiederaufrüstung Deutschlands und der Legitimierung von Atomwaffen als ausschlaggebendem Element der Abschreckungsstrategie. Atomwaffen lehnte ich völlig ab, weil sie geeignet schienen, die Geschichte der Menschheit zu beenden. Mit Hiroshima und Nagasaki hat das Atomzeitalter begonnen.

Ich war der festen Überzeugung, dass man mit dem Einsatz von Atomwaffen auch nicht drohen dürfe. In dieser Einschätzung wurde ich bestärkt durch die 18 Göttinger Professoren, also die führenden deutschen Atomphysiker, die erklärt hatten, dass sie sich an der Entwicklung atomarer Waffen nicht beteiligen würden. Auch der Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer hat Atomwaffen kategorisch abgelehnt und Martin Niemöller hat uns Kriegsdienstverweigerern in Stuttgart berichtet, wie entsetzt er war, als er in Japan zu hören bekam, dass man in Japan die Atombomben als „christliche Bomben“ bezeichnete. Schweitzer und Niemöller waren für mich glaubwürdige Christen, während ich bitter enttäuscht war von der Bereitschaft vieler Christen – vor allem in der CDU – die Aufrüstung und die atomare Abschreckung zu legitimieren.

Wir saßen 1961 in Stuttgart mit Niemöller nach seinem Vortrag über „Christ und Kriegsdienstverweigerung“³³ noch bei einem Bier zusammen und eine seiner Bemerkungen war für mich als einem Menschen, der sich in erster Linie an Jesus und nicht an der Kirche orientierte, besonders wichtig. Er sagte, er habe im KZ Gelegenheit gehabt, das Neue Testament mehrfach vollständig zu lesen. Er sagte, er habe darin nichts gefunden, was die militärische Gewaltanwendung legitimiere. Die Bergpredigt wurde für mich zum konstitutiven Text und wenn kirchliche Voten damit offensichtlich nicht übereinstimmten, waren sie für mich später nicht verbindlich.

Damit befand ich mich in einer Art innerkirchlicher Opposition zur Mehrheit der Christen in Stuttgart. Es gab in Württemberg und Baden aus der Zeit des Dritten Reichs noch die Kirchlichen Bruderschaften und in diesen auch einige ältere und jüngere Pfarrer, welche pazifistische Standpunkte vertraten. Bei den meisten bestand eine gewisse Nähe zu Gustav Heinemann und der Gesamtdeutschen Volkspartei.

Ich habe im Verband der Kriegsdienstverweigerer in Stuttgart neben Verweigerern mit sozialistischem Hintergrund auch eine Gruppe von jungen Christen getroffen, die nach pazifistischen Pfarrern suchten und um deren Predigten zu hören, Sonntags auch größere Distanzen zurücklegten, also auch in Vororte von Stuttgart fuhren. Wir fühlten uns also nicht an unsere jeweiligen Ortsgemeinden gebunden. Bei dieser Form des Predigttourismus konnte es aber zu einem kirchlichen, gemeindechristlichen Engagement nicht kommen. Wir Kriegsdienstverweigerer trafen uns bei bestimmten Veranstaltungen – auch kirchlichen; wir pflegten aber auch Kontakte zu den Quäkern und fuhren über Land, um Trainingskurse in gewaltfreiem Handeln zu besuchen. Doch auf diese Weise konnte kein kirchliches Engagement im Sinne der Bildung von Aktionskernen innerhalb der volkshirchlichen Strukturen entstehen.

Ich könnte jetzt die Geschichte des friedenspolitischen Engagements der Stuttgarter

³³ Vgl. Martin Niemöller: Reden 1958-1961, Frankfurt 1961.

Dietmar Schmidt: Martin Niemöller. Eine Biographie, Hamburg 1959. Wesentlich erweitert Stuttgart 1983

Kriegsdienstverweigerer im Rahme der Ostermärsche, der Beratung von Kriegsdienstverweigerern und der eigenen Experimente in der Ausbildung zum gewaltfreien Widerstand erzählen. Dazu findet man einiges in der Textsammlung „Aus dem Leben eines Friedensforschers“, die 2006 anlässlich meines 70. Geburtstags als Hefte 147-149 von „Gewaltfreie Aktion“ erschienen ist. Ich übergehe dies hier, weil es sich im strengen Sinne um kein gemeindegkirchliches Engagement handelte. Uns Kriegsdienstverweigerer verband zwar die Orientierung an Jesus und Gandhi und Martin Luther King und wir lasen entsprechende Schriften. Ich las Aufsätze von Albert Schweitzer, studierte die Predigten Martin Niemöllers und befasste mich mit Martin Luther King. Doch ich tat dies ohne jeden Rückhalt in meiner Stuttgarter Kirchengemeinde. Ich besuchte nach wie vor gelegentlich Gottesdienste, aber diese an den CDU-Staat angepassten Predigten vermochten mich nicht anzusprechen. Meinen Freunden ging es ähnlich. Wir hatten wirklich keinen Rückhalt in unseren Kirchengemeinden und so kamen wir auch gar nicht auf die Idee, uns in kirchlichen Strukturen zu engagieren und pazifistische Kerne, Netzwerke oder gar Mehrheiten zu bilden.

Bei mir hat zu dieser Besucherhaltung auch noch beigetragen, dass ich sehr häufig den Studienort gewechselt habe. Ich habe an fünf verschiedenen Universitäten studiert. Zu Studentengemeinden bin ich in Deutschland nicht in Kontakt gekommen. Das wäre in Tübingen, wo ich mehrere Semester studiert habe, gut möglich und aus pazifistischer Sicht wahrscheinlich auch sinnvoll gewesen. Ich habe keine Erklärung dafür, dass es zu diesem Kontakt nicht gekommen ist. Besonders attraktive, einladende Veranstaltungen und ein erkennbares öffentliches Engagement der Studentengemeinden scheint es zu meiner Zeit nicht gegeben zu haben.

Mich wundert dies rückblickend, weil ich von einigen etwa zehn Jahre jüngeren Freunden weiß, dass sie in Tübingen sofort den Kontakt zur Studentengemeinde gesucht und gefunden haben. Nicht alle waren Theologiestudenten, aber viele kamen aus Pfarrhäusern oder hatten in ihrer Kirchengemeinde bereits eine aktive Rolle gespielt. Das war bei mir nicht der Fall gewesen. In London und in Paris wohnte ich allerdings in Heimen des Christlichen Vereins junger Männer und in London kam es auch zu dauerhaften Kontakten, aber das waren eben andere ausländische Studenten oder Auszubildende.

Für mein späteres kirchliches Engagement und eine fortgeschrittene kirchenpolitische Mündigkeit war aber wichtig, dass ich mich in Tübingen wissenschaftlich mit der Geschichte der Reformation und der katholischen Reform befasst hatte. Dies sollte auch den Schwerpunkt bei meinem Abschlussexamen bilden, aber ich zog es dann vor, die Universität und das Fach zu wechseln und in Erlangen über Theorie und Praxis des gewaltfreien Widerstands zu promovieren. Dass ich in Erlangen bei einem liberalen CDU-Mitglied diese Chance erhielt, war ein Glücksfall, nachdem ich in Tübingen hatte die Erfahrung machen müssen, dass bei meinen Kommilitonen Albert Schweitzer und Martin Niemöller nicht als Vorbilder, sondern als fellow travellers der Kommunisten galten.

APO und Kirche

Zu einem kirchlichen Engagement kam es bei mir erst, als ich im Herbst 1966 als As-

sistent von Ossip Flechtheim nach Berlin an den Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität kam. Einen pazifistischen Freundeskreis hatte ich in Berlin zunächst nicht und meine Frau und ich gingen nur hie und da mal sonntags in einen Gottesdienst. Meine Frau war in Bad Windsheim, einer fränkischen Kleinstadt, aufgewachsen und hatte in Neuendettelsau eine kirchliche Fachschule, die von Diakonissen geleitet wurde, besucht. Sie war an den Besuch von Sonntagsgottesdiensten gewöhnt, aber ein Gemeindekontakt entstand dabei in Berlin zunächst nicht. Meine Frau engagierte sich zusammen mit Lili Flechtheim und Carola Stern für den Aufbau der ersten Gruppe von Amnesty International in Berlin. Dieses Engagement brachte sie in Kontakt mit Hochschullehrern an der Pädagogischen Hochschule in Berlin, die mit linken außerparlamentarischen Gruppen vernetzt waren.

Diese Kollegen interessierten sich auch für meine Forschungen über die Protestmethoden von Bürgerrechtsbewegungen. Und als dann nach der Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 eine breite Studentenbewegung sich entwickelte, brachten diese PH-Professoren mich mit dem AStA der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf in Verbindung. Ich wurde zu einem Teach-in ins Auditorium Maximum der KiHo eingeladen und hatte Gelegenheit, dort meine Vorstellungen von einem gekonnten gewaltfreien Protest zu entwickeln. Ich verwies aufgrund teilnehmender Beobachtung auf amerikanische und englische Vorbilder, vor allem auf die gewaltfreien Sitzproteste des Committee of 100 in London.

Der AStA der KiHo beschloss, sich an der so genannten Kritischen Universität mit einem Arbeitskreis zu beteiligen, in dem aufgezeigt werden sollte, wie die Außerparlamentarische Opposition wirkungsvoll, gewaltfrei agieren könnte in einem Umfeld, dessen Medien den Anliegen der Studenten ablehnend gegenüberstanden.

Ich übernahm praktisch die Leitung des Arbeitskreises für gewaltfreie Konfliktaustragung. Während der SDS sich auf den Protest gegen den Vietnam-Krieg konzentrierte, versuchten wir mit einer Großdemonstration gegen die Militärdiktatur in Griechenland die Wirksamkeit der gewaltfreien Methoden zu beweisen. Wir gründeten ein „Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands“, das dann am 2. Februar 1968 vor der Griechischen Militärmission eine Sitzblockade organisierte.

Ich möchte diesen Sitzprotestes, der als Aktion Zivilen Ungehorsams angekündigt worden war, an dieser Stelle nicht darstellen. Es gibt dazu mehrere Fallstudien.³⁴ Für mein kirchliches Engagement in den folgenden Jahren war jedoch ausschlaggebend, dass die Evangelische Kirchengemeinde Alt-Tempelhof-Ost unser „Komitee der 100“, das wir nach dem Vorbild der englische Atomwaffengegner um Bertrand Russell gegründet hatten, in überraschender Weise unterstützte. Die beiden Pfarrer Ne-vermann und Dümchen, die sich aus der Arbeit bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste kannten, unterstützten unseren Arbeitskreis an der Kritischen Universität und das Komitee der 100 durch den Druck von Tausenden von Flugblättern und Protestinstruktionen auf ihrer neu erworbenen Druckmaschine für den Gemeindebrief. Das war Manna für das wandernde Volk Gottes in der Berliner Springer-Wüste, wirklich

³⁴ Die ausführlichste stammt von Rolf Niemann: Sitzprotest des „Komitees der 100“ vor der Griechischen Militärmission. Ein Experiment der Kritischen Universität mit demonstrativem zivilem Ungehorsam. In: Theodor Ebert u. Hans-Jürgen Benedikt (Hg.): Macht von unten. Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform, Hamburg 1968, S. 131-178

Hilfe in der Not.

Das imponierte meiner Frau und mir so sehr, dass wir uns hinfort an diese Gemeinde Alt-Tempelhof-Ost hielten und dort auch unsere Kinder taufen ließen. Als in den Jahren 1968 und 1969 die APO-Aktionen immer aggressiver wurden und bei der Berliner Bevölkerung kaum noch Verständnis fanden, suchten wir nach einem neuen Schwerpunkt für unser Engagement. Wir fanden es in konsum-kritischen, an der Dritten Welt orientierten Aktionen. Statt aufwendiger Weihnachtsgeschenke wollten wir Freunden und Verwandten Zuwendung schenken und was wir durch kritischen Konsum gespart hatten, in Dritte Welt Projekte investieren. Das Büro der Kampagne „Kritischer Konsum“ wurde in Alt-Tempelhof-Ost installiert³⁵ und in dieser Gemeinde konnte sich auch die Forschungsgruppe treffen, die sich mit gewaltfreiem Widerstand gegen Besatzungsmächte befasste.

Meine Forschungen zu diesem Thema fanden ein breites Echo in den Medien, als im August 1968 die CSSR besetzt wurde und Partei und Bevölkerung ganz überraschend und ziemlich wirkungsvoll gewaltlosen Widerstand leisteten. „Der Spiegel“ veröffentlichte im Oktober 1968 einen Vortrag, den ich ein Jahr zuvor bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler gehalten und in dem ich Regeln zum gewaltfreien Widerstand vorgetragen hatte. Walter Ulbricht hat dann behauptet, der Widerstand in der CSSR sei von einer westdeutschen Zentrale der Konterrevolution ferngesteuert gewesen. Als Beleg führte er meine Dissertation „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ an, allerdings ohne meinen Namen zu nennen. Dazu hätte auch nicht gepasst, dass ich stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer war.

Diese Okkupation der CSSR und der dortige Widerstand bestätigte zwar einerseits die Relevanz meiner Forschungen und mit meiner Habilitation und Ernennung zum Professor im Alter von 33 Jahren wurden sie auch anerkannt, aber für mich persönlich war die kommunistische Restauration in der CSSR und das Zerbröseln der APO zu winzigen, politischen irrelevanten und grauslich autoritären kommunistischen Kleinstparteien und das Entstehen von Stadtguerillaorganisationen auch deprimierend. Dabei hatte ich vor solchen Entwicklungen frühzeitig gewarnt.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer war mir in dieser Zeit auch keine Stütze. Er war vorübergehend vom Frankfurter SDS übernommen und in den finanziellen Ruin gewirtschaftet worden. Als Berliner konnte ich ohne eine mitgliederstarke Berliner Ortsgruppe – also praktisch ohne Hausmacht – dagegen nichts unternehmen. Ich verließ den VK und wechselte zum Versöhnungsbund, dem deutschen Zweig der International Fellowship of Reconciliation. Dort wurde ich mit offenen Armen aufgenommen, sofort in den Vorstand gewählt und mit der Herausgabe der neu konzipierten Mitgliederzeitschrift „Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit“ betraut. Der Versöhnungsbund ist eine überkonfessionelle christliche und uneingeschränkt pazifistische Organisation, in der ich mich dann auch ideologisch mehr zu Hause fühlte als im VK, der zwar die Gewaltlosigkeit auch in der Satzung stehen hatte, aber in dieser Hinsicht doch nicht so gefestigt war; sonst hätten sich die SDS-

³⁵Volker Hornung: Organisation und Wirkung gezielter Konsumverweigerung. Die Kampagne christliche Weihnacht 1969. In: Theodor Ebert (Hg.): Ziviler Widerstand. Fallstudien aus der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung, Düsseldorf 1970, S. 103-124

Aktivisten, welche mit gewaltsamen Aufständen in der Dritten Welt durchaus sympathisierten und uns in der Frankfurter Geschäftsstelle mit Plakaten bewaffneter Guerilleros schockiert hatten, nicht durchsetzen können. Der Spuk war zwar nach einem halben Jahr vorbei, aber mir war hinreichend klar geworden, dass auf dieser wackeligen Basis schwer etwas aufzubauen war.

Langjährige Mitarbeit in Synoden der Evangelischen Kirche

Dieser Wechsel von einem säkularen zu einer christlichen Organisation von Kriegsdienstverweigerern fiel zusammen mit der Anfrage von Pfarrer Nevermann aus der Gemeinde Alt-Tempelhof-Ost, ob ich bereit sei, für den Gemeindegemeinderat zu kandidieren. Er empfahl mir dies mit dem Verweis auf den Oberbürgermeister von Coventry, der auch diesen Schritt in das kirchliche Engagement getan habe. Dieser habe die doppelte Verwurzelung – einerseits in der politischen und andererseits in der kirchlichen Gemeinde – im Rückblick als eine wichtige Bereicherung seines Lebens empfunden. Die Mehrarbeit sei durch den Zuwachs an geistlicher Einsicht und durch den Gewinn neuer Freunde mehr als aufgewogen worden.

Nevermann verstand es, ad hominem zu argumentieren. Er hat mich überzeugt. Kandidaten waren knapp. Ich meine, dass ich niemand aus seinem angestammten Amt verdrängt habe, obwohl mir Nevermann schon auch zu verstehen gab, dass es der Gemeinde wahrscheinlich gut täte, wenn ein Mensch mit meinem beruflichen Hintergrund in kirchlichen Gremien mitberaten würde. Was ich nicht sofort erkannte, aber dann rasch merkte: Wenn man erst mal bereit ist, in kirchlichen Ämtern mitzuarbeiten und von Berufs wegen Wissen und Erfahrung in Gremienarbeit mitbringt, dann wird man ganz rasch von einem Amt ins nächste gewählt. Ich wurde vom Gemeindegemeinderat sofort in die Kreissynode des Kirchenkreises Tempelhof entsandt, und als dort Wahlen zur Regionalsynode von Berlin anstanden, wurde ich auch für diese Synode gewählt und dann auch sofort bei der ersten konstituierenden Sitzung in das nächsthöhere Gremium, die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt. Das war gewissermaßen eine Blitzkarriere und ich hatte das Gefühl, die lieben Mitchristen freuen sich, dass ich überhaupt kandidiere. Man wusste es zu schätzen, einen bekannten Friedensforscher in den eigenen Reihen zu haben.

Als Politologe wusste ich, dass es in den Parteien ganz anders zugeht und dass um jedes Parteiamt gekämpft werden muss und es immer Rivalen gibt. Ich will nicht sagen, dass es in der Kirche nicht auch fraktionsähnliche Gruppenbildungen gegeben hätte und dass bestimmte Ämter nicht umstritten gewesen wären bzw. erst nach Absprachen eingenommen werden konnten. In den Rat der EKD konnte man nur mit einer Zweidrittelmehrheit gelangen.

Im Übrigen gab es Anfang der 70er Jahre auch keine Partei, mit deren Programm ich mich hätte weitgehend identifizieren können. Die SPD duldete Pazifisten und ich kannte auch einige von diesen wie den Bundestagsabgeordneten Peter Nellen. Doch ich wusste: In dieser Partei konnte ich – zumindest vorerst - in keine Position gelangen, die es gestatten würde, für meine Vorstellungen einer gewaltfreien Politik mit Aussicht auf Erfolg zu arbeiten. Das hatte mir auch Gustav Heinemann bei einem Gespräch unter vier Augen auf den Kopf zugesagt. Er hatte einen Teil meiner Schriften zum gewaltfreien Widerstand und zur Sozialen Verteidigung gelesen.

In den kirchlichen Synoden hatte ich aber immer die Möglichkeit, zu friedenspolitisch relevanten Themen zu sprechen und auch die Aufmerksamkeit der Medien zu finden. Bei der Aussprache über den Bericht des Berliner Bischofs oder des Vorsitzenden des Rats der EKD konnte man sich als Synodaler zu Wort melden und man kam auch wirklich dran. Und wenn man sich frühzeitig meldete, konnte man in der Regel auch noch ohne Begrenzung der Redezeit seine Meinung kundtun. Etwas Vergleichbares ist auf Parteitag schwer möglich. Das wusste ich sehr genau, weil ich mich in der Zusammenarbeit mit Flechtheim intensiv mit innerparteilicher Willensbildung und mit Parteitagsregie befasst hatte.

Ich habe im Laufe meiner Mitarbeit in den Synoden dann aber auch gelernt, dass das bloße Reden, selbst wenn es vom Evangelischen Pressedienst zitiert wird, noch wenig nutzt. Eine wirkungsvolle Rede endet mit einem Antrag, der dann in einem Ausschuss bearbeitet und der Synode zur Beschlussfassung wieder vorgelegt werden muss. Wie weit dies gelingt, hängt sehr stark von der Zusammensetzung des jeweiligen Ausschusses ab.

Da müsste ich jetzt in Fallstudien einsteigen, um Ihnen zu zeigen, wie eine solche Willensbildung im EKD-Ausschuss „Kirche, Staat und Gesellschaft“ oder im „Öffentlichkeitsausschuss“ einer Berliner Landessynode funktionierte. Das unterlasse ich, weil dies zu viel Zeit beanspruchen würde. Ich bedauere dies, weil es eigentlich der detaillierten Anschauung bedürfte. Stattdessen fasse ich zusammen: Ich musste als Synodaler sehr viel lernen, um den Machinationen der hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeiter – also der Berufschristen – gewachsen zu sein. Das war nur möglich, weil ich bereit war, wiederholt für diese Synoden zu kandidieren, weil ich theologische Schriften las,³⁶ mich mit Kirchenrecht befasste und weil ich auf meine Kenntnisse zur Geschichte der Reformation und Gegenreformation zurückgreifen konnte. Im Übrigen entbehrte ich als Professor (sprich: „Bruder Dr. Ebert“) des übertriebenen Respekts vor Bischöfen und Professoren der Theologie und ich lernte einige unkonventionelle Denker schätzen. Wichtig wurden in Berlin die Kontakte zu Helmut Gollwitzer und Heinrich Albertz, dessen Tagebücher mich durch die Jahre begleiteten.

Man gewinnt als Synodaler eine gewisse Menschenkenntnis und man gewinnt Freunde. Ich war 24 Jahre Mitglied der Berliner Synode und 12 Jahre lang Mitglied der EKD-Synode. Und ich war nie berufenes Mitglied, sondern immer – nach dem Räteprinzip – von unten nach oben gewähltes Mitglied. Das ist sehr zeitaufwändig, und manchmal hatte ich ein schlechtes Gewissen: Die ehrenamtliche Mitarbeit in den kirchlichen Gremien ging von der Forschungsarbeit ab, und ich hätte mich auf manches Seminar besser vorbereiten sollen. Ich rechtfertigte es vor mir dann immer wieder damit, dass die ehrenamtliche Mitarbeit in der Kirche mir auch beruflich insofern zugute kommen würde, als ich in den kirchlichen Gremien Einblicke bekäme in eine Großorganisation mit vielen Millionen Mitgliedern. Solche persönlichen Einblicke haben nur wenige Professoren der Politischen Wissenschaft, und bei meinen Vorlesungen über die Innenpolitik konnte ich aus erster Hand mit Informationen über das

³⁶ Meine wichtigste Beraterin war Hannelotte Reiffen, eine frühere Mitarbeiterin Karl Barths, die mich anwies die Schriften Walter Kreckes zu den Grundfragen der Dogmatik, der Ekklesiologie und der christlichen Ethik zu lesen nebst mehreren Originaltexten Karl Barths. Ich wurde kein Barthianer, aber ich bestaunte dessen theologische Arbeit und goutierte die stilistische Brillanz.

Funktionieren eines Rätessystems dienen.

In den kirchlichen Gremien versuchte ich Einfluss zu nehmen auf die öffentliche Meinungsbildung. Kundgebungen der Synoden zu aktuellen Fragen wie Kriegsdienstverweigerung, Stationierung von Atomraketen, zum Asyl für Flüchtlinge oder zur Sicherheit von Atomkraftwerken wurden in der Öffentlichkeit gehört, und das Auftreten von entsprechend eingestellten Synodalen war auch wichtig für die Kirchengemeinden, die sich an Friedenswochen beteiligten oder von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge in ihren Gemeindehäusern aufnahmen.

Da musste in den Synoden um solche Gemeindeaktivitäten legitimierende Resolutionen gerungen werden. Und da ich mich in der Forschung und Lehre mit Bürgerinitiativen und mit gewaltfreiem Widerstand – besonders auch mit Zivilem Ungehorsam befasste – war meine Mitarbeit in den kirchlichen Gremien wichtig und letzten Endes den Zeitaufwand wert.

Doch auch in den Kirchen verpuffen die schönsten friedenspolitischen Kundgebungen, wenn ihre Verfasser nicht in der kirchlichen Exekutive sitzen und selbst für die Umsetzung des Kundgegebenen sorgen können.

Ich war von der Kirchenleitung in Arbeitsgruppen berufen worden, die friedenspolitische Texte ausarbeiteten. Dabei war es mir zweimal passiert, dass wir zwar mit unseren Ausarbeitungen von der Berliner Kirchenleitung angehört worden waren, diese sich aber unsere Vorlagen nicht zu Eigen gemacht hatte.

Der härteste Fall betraf ein Papier, das sich mit der Frage des Zivilen Ungehorsams, konkret den Sitzblockaden vor den Standorten von Atomraketen befasste. Das war ein heißes Thema, weil viele Berliner Pfarrer und ganze Kirchengemeinden sich in der Ablehnung dieser Raketen einig waren und in erheblicher Zahl zum Sitzprotest nach Mutlangen fuhren. In meiner Kirchengemeinde Alt-Tempelhof-Ost hatten wir uns durch ein gemeinsames Fasten auf eine solche Expedition vorbereitet. Wir fuhren als Fußvolk zur so genannten Prominentenblockade vom 1.-3. September 1983.³⁷ Die besonders prominenten Teilnehmer der Sitzblockade waren Heinrich Böll, Günter Grass und Oskar Lafontaine.

Der größte Teil der etwa 500 Personen, die sich in Mutlangen zum Sitzprotest verabredet hatten, bestand jedoch aus christlich orientierten Gruppen. Das merkte man daran, dass zwar in Klaus Vacks Handbuch der Blockadevorbereitung die Texte von Liedern aus der sozialistischen Tradition zu finden waren, aber die richtige Stimmung erst aufkam, als Helmut Gollwitzer Liedgut aus dem Evangelischen Kirchengesangbuch anstimmte.

Das zeigt: Die Ablehnung von Papieren durch die Kirchenleitungen hinderte einzelne Christen und Gemeindegruppen nicht daran, ihrem Gewissen und ihrer eigenen Auslegung des Evangeliums gemäß zu handeln. Doch um des politischen Erfolges willen wäre es uns natürlich lieber gewesen, wenn sich auch Synoden und Kirchenleitungen hinter uns gestellt bzw. mitgemacht hätten.

Doch dass wir die Erwartung einer solchen Unterstützung überhaupt hegen konnten, zeigt, dass sich innerhalb von zwanzig Jahren in der Szene der außerparlamentari-

³⁷ Th. Ebert: Im Friedenscamp – Mutlangen 1.-3. September 1983. Ein rekonstruiertes Tagebuch. In: Gewaltfreie Aktion, 140, 3. Quartal 2004, S. 3-27

schen Protestgruppen sehr viel geändert hatte. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hatte sich verzehnfacht und die Friedenswochen hatten pazifistisches und ökologisches Gedankengut auf der Ebene der Kirchengemeinden verbreitet.

Nachdem ich zwölf Jahre lang Mitglied der Berliner Regionalsynode gewesen war, war dann auch der Zeitpunkt gekommen, für die Kirchenleitung zu kandidieren und in der kirchlichen Exekutive mitzureden und mitzuentcheiden.

Ich gehörte auch in der Westberliner Kirchenleitung zunächst zur Minderheit, aber da es sich in einer Kirchenregierung am besten mit einem Konsens arbeiten lässt und Bischof Martin Kruse nicht alles gleich besser wusste, sondern aufmerksam zuhören konnte, war dann doch sehr viel mehr möglich, als wenn ich nur in der Synode das Maul aufgemacht hätte.

In der Frage der Abschiebung bzw. Duldung von Flüchtlingen und in der Anerkennung von Altfällen hörte die Regierung von Berlin auf den Einspruch der Kirche, und notfalls erschienen Mitglieder der Kirchenleitung dann auch schon mal auf dem Flughafen Tegel, um gegen Abschiebungen zu protestieren, einmal sogar, indem wir einen Bus mit Abschüblingen auf der Zufahrt zum Flughafen blockierten.

Ich möchte diese Erfahrungen noch mit Fallstudien aufarbeiten.³⁸ Ich habe bei der Vorbereitung auf diesen Vortrag gemerkt, dass solches Aufarbeiten von Erfahrungen einerseits möglich ist, denn ich habe das Material gesammelt, aber es ist mit sehr viel Arbeitseinsatz verbunden und es ist zu überlegen, wer diese Erfahrungen zur Kenntnis nehmen soll und welcher literarischen Form es dazu bedarf. In diesen Arbeiten stecke ich und es wäre schön, wenn mir noch genügend Jahre vergönnte wären, um zu anschaulichen Ergebnissen zu kommen.

Damit der Vortrag nicht zu lang wird, will ich zum Schluss nur noch auf den Fall eingehen, bei dem ich als Friedensforscher und Mitglied der Kirchenleitung etwas wirklich Originelles leisten und nicht nur vorhandene Ansätze fördern konnte. Ich meine den Entwurf eines Zivilen Friedensdienstes als Alternative zum Militär. Aus meinem Entwurf wurde im Endeffekt dann auch nicht genau das, was ich projiziert hatte, aber es entstand immerhin eine zukunftssträchtige Institution, die Teil des Programms der rot-grünen Bundesregierung wurde und auch den Regierungswechsel überdauert hat und noch gewachsen ist.

Ein Vorschlag der Berliner Kirche:

Der zivile Friedensdienst

Ich hatte in den Synoden und in der Kirchenleitung bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder auf die Kampfkraft, aber auch auf den versöhnenden Charakter der gewaltfreien Aktion hingewiesen. Solange die Mauer stand und der kalte Krieg anhielt und in den Kategorien der militärischen Abschreckung gedacht wurde, hatte ich für die Vorbereitung von gewaltfreiem Widerstand als Alternative zur Abschreckung plädiert. Wir nannten dieses Alternativkonzept „Soziale Verteidigung“, weil nicht Grenzen und Territorien, sondern soziale Strukturen und Grundrechte verteidigt werden sollten. Dafür hatte ich in kirchlichen Kreisen, aber insbesondere bei den Grünen,

³⁸ Widerstand gegen das Abschieben von Flüchtlingen. Erfahrungen in der Berliner Kirche. In: Junge Kirche, 49.Jg., 3/März 1988, S.123-130

doch auch bei der SPD Gehör gefunden. 1988 war es in der Stadthalle von Minden zu einem großen Kongress „Wege zur Sozialen Verteidigung“ gekommen und in März 1989 war dann der Bund für Soziale Verteidigung, eine Dachorganisation einer größeren Zahl von pazifistischen Organisationen gegründet worden. Petra Kelly und ich waren die beiden Gründungsvorsitzenden.

Der Fall der Mauer und das Verschwinden des Warschauer Paktes veränderte die sicherheitspolitische Lage. Deutschland war nun von Freunden umzingelt und es bedurfte eigentlich der NATO überhaupt nicht mehr. Die pazifistischen Organisationen reagierten auf das Verschwinden des Warschauer Paktes euphorisch und forderten eine „Bundesrepublik ohne Armee“. Der Zerfall Jugoslawiens und die damit verbundenen Kriege machten aber deutlich, dass weiterhin mit Waffengewalt Politik gemacht würde, und dass out of area-Einsätze der Bundeswehr wahrscheinlich werden würden, und dass die Pazifisten sich auf diese neuen Herausforderungen einzustellen hätten.

Die Synode der berlin-brandenburgischen Kirche fragte die Kirchenleitung, wie wir uns als Kirche zu out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr bzw. der NATO verhalten sollten. Out of area bedeutete in der NATO, dass ein Konfliktfeld sich außerhalb des Gebietes ihrer Mitgliedstaaten befindet. Die NATO ist nach ihrem Selbstverständnis eigentlich ein reines Verteidigungsbündnis. Ein solches ist nicht dazu da, anderswo zu intervenieren, um da gewissermaßen Ordnung zu schaffen. Die späteren so genannten „humanitären Interventionen“ gehören nicht zu den Aufgaben der NATO.

Insofern war die erste Reaktion auf die Anfrage zu out-of-area-Einsätzen in den Worten des Berlin-Brandenburgischen Bischofs Forck ganz einfach: Wir sind dagegen.

Diese Antwort war aber ein bisschen zu simpel. Es gab nun mal Handlungsbedarf und wenn man militärisch nicht intervenieren wollte oder durfte, dann brauchte man ein anderes Instrument. Dieses sah ich in der Ausbildung und dem Aufbau einer nonviolent task force. Ich kam wieder auf meine alte an Gandhi orientierte Argumentation zurück: Gandhi hatte für das unabhängige Indien eine Shanti Sena, ein Netzwerk von gewaltfreien Aktionsgruppen gefordert, die sich primär um innenpolitische Konflikte, aber erforderlichenfalls auch um den Widerstand gegen auswärtige Bedrohungen und um gewaltfreie Hilfeleistungen kümmern sollte. Er ist 1948 ermordet worden und konnte diese Shanti Sena nicht mehr selbst aufbauen.

Bei mir hatte sich schon in der Zeit meiner Gespräche mit den Stuttgarter Kriegsdienstverweigerern die Überzeugung herausgebildet, dass die Verweigerung des Kriegsdienstes nicht genügt, sondern dass es einer konstruktiven, funktionalen Alternative zum Militär als letztem Mittel bedarf.

Auf diesen Grundgedanken kam ich Anfang der 90er Jahre zurück. Es sollte in Deutschland eine flächendeckende Ausbildung zum gewaltfreien Handeln geben. Jeder Wehrpflichtige sollte die Möglichkeit erhalten, sich für die gewaltfreie Konfliktaustragung ausbilden zu lassen. Das dabei erworbene Know-how sollte zunächst in innenpolitischen Konflikten, aber auch bei Hilfsaktionen im Ausland zum Tragen kommen. Die Idee war, dass die Wehrpflichtigen die freie Wahl hätten zwischen militärischer Ausbildung und Ausbildung zum Zivilen Friedensdienst und Kriegsdienst-

verweigerung.³⁹

Ich konnte auf Anhieb nicht alle Mitglieder der Kirchenleitung überzeugen, aber Bischof Kruse meinte: Die gewaltfreien Akteure müssen nun mal Gelegenheit bekommen, zu zeigen, was sie können, und das können sie nur, wenn Rahmenbedingungen für eine solide Ausbildung und überlegte Einsätze geschaffen werden.

Ich hatte die Hoffnung, dass junge Wehrpflichtige sich in erheblicher Zahl für die Ausbildung zum Zivilen Friedensdienst entscheiden würden, und dass dadurch ein dynamischer Prozess ausgelöst würde. Wenn damit zu rechnen ist, dass sich einige Zehntausend für den Zivilen Friedensdienst entscheiden, dann muss auch die erforderliche Zahl von Trainern herangebildet werden.

Wir bedürfteten dazu eine Mehrheit im Parlament, aber wussten auch, dass die Abgeordneten sich nicht für eine Idee, sondern nur für ein durchdachtes und möglichst im Modell bereits erprobtes Konzept entscheiden würden.

Ich experimentierte in Projektkursen an der Freien Universität mit der Ausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung und die Kirche bezahlte auch das Gutachten eines deutsch-amerikanischen Trainers, Dr. Uwe Painke, der konkret aufzeigte, wie eine solche Ausbildung zum Zivilen Friedensdienst aussehen könnte.

Unser Konzept des Zivilen Friedensdienstes wurde in den pazifistischen Verbänden sehr unterschiedlich aufgenommen. Bischof Kruse hatte nämlich in einer Art aktivierenden Befragung bei den Verbänden angefragt. Dies hatte ich als einen ersten Schritt vorgeschlagen – in Reaktion auf die Empfehlung des Konsistoriums, unser Konzept der EKD zur weiteren Bearbeitung weiterzuleiten, weil es sich hier doch um eine bundespolitische und keine landespolitische Aufgabe handle. Nach zwölfjähriger Mitgliedschaft in der Synode der EKD und dem Versenden einer von mir vorgeschlagenen und von der Synode der EKD beschlossenen Martin-Luther-King Initiative schwante mir, dass die Überweisung unseres Konzeptes an die EKD einer Beerdigung erster Klasse gleichkommen würde. Das Konzept „Ziviler Friedensdienst“ musste zunächst einmal überregional bekannt gemacht werden, so dass Druck von unten entstehen könnte.

Von Präsident Roosevelt wird berichtet, dass er eines Tages eine Delegation von Professoren empfangen habe, die ihm konstruktive Vorschläge machten. Roosevelt bedankte sich und sagte den Professoren: „Ihr habt mich überzeugt. Nun geht nach Hause und übt Druck auf mich aus!“

Martin Kruse war ein sehr kluger Kirchenpolitiker. Er wusste, dass wir den Zivilen Friedensdienst noch eine Weile in Berlin weiterentwickeln mussten und dass wir dies nicht der EKD überlassen durften. Darum griff er die Idee einer aktivierenden Befragung der pazifistischen Verbände auf und bat diese um Stellungnahmen. Und dann veranstalteten wir auch ein Hearing im Haus der Kirche.

Diese Versuche, von oben nach unten die Basis zu aktivieren, hatten unterschiedlichen Erfolg. Diejenigen pazifistischen Organisationen, zu denen ich einen direkten Draht hatte, wie zum Beispiel zum Bund für Soziale Verteidigung und zum Versöhnungsbund, griffen die Idee freudig auf. Dort war man über Veröffentlichungen in der

³⁹Theodor Ebert: Ziviler Friedensdienst - Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln, Münster: Agenda Verlag, 1997, 332 S

Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ auch bereits überdurchschnittlich gut informiert. Andere Organisationen verwiesen darauf, dass sie nach keiner Alternative zum Militärdienst suchten, sondern die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen gedächten. Ein starker Basisdruck in Richtung Ziviler Friedensdienst kam nicht zustande. Doch es fanden sich auch unter den Bundestagsabgeordneten Sympathisanten des neuen Konzeptes – auch in den Reihen der CDU. Heiner Geissler und Rita Süßmuth sind hier zu nennen.

Ich kürze jetzt etwas ab. Das Konzept des „Zivilen Friedensdienstes“ wurde im Bundestag schließlich aufgegriffen – nicht als Alternative zur militärischen Ausbildung und zum (unpolitischen) zivilen Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer, sondern als eine Art Friedensfachdienst für eine geringe Zahl von Personen mit Berufserfahrung und einer speziellen, eher kurzfristigen Zusatzausbildung in gewaltfreiem Handeln. Das wurde dann auch Ziviler Friedensdienst genannt und die einzelnen Personen haben dann auch gute Arbeit geleistet – z.B. in Serbien und im Kosovo. Ich konnte mich davon im Jahre 2007 bei einer Studienreise mit dem Forum Ziviler Friedensdienst überzeugen.⁴⁰ Das Hauptproblem ist, dass die Zahl der Mitarbeiter – und die Hälfte sind Frauen – so gering ist, dass sie keinen Machtfaktor darstellen, der bei der Bearbeitung großer Konflikte eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte. Der Zivile Friedensdienst besteht aus ein paar Dutzend hoch qualifizierter und hoch motivierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Doch was es eben nicht gibt, ist die Möglichkeit für zehntausend und mehr junge Wehrpflichtige, sich jedes Jahr für den Zivilen Friedensdienst ausbilden zu lassen. Man kann natürlich fragen: Was sollen Zwanzigjährige in Bürgerkriegsgebieten wie dem Kosovo oder dem Gaza-Streifen ausrichten?

Ich hüte mich, hier aus dem Handgelenk Einsatzkonzepte zu entwickeln, aber es gibt doch die Erfahrung, dass die Präsenz von unbewaffneten Ausländern, die mit einheimischen Kindern und mit Frauen, die für ihre Familien sorgen wollen, zusammenarbeiten und da mitten drin wohnen, einen erheblichen Stabilisierungsfaktor darstellen. Die International Peace Brigades haben gezeigt, wie sie als Begleiter von Personen, denen Mordkommandos nachstellten, immer wieder das Schlimmste abwenden konnten.

Ich würde jetzt gerne ausführlicher über die Aufgaben eines umfangreichen Zivilen Friedensdienstes sprechen. Wir haben in Berlin zunächst gar nicht an Auslandseinsätze gedacht, sondern an die innenpolitische Aufgabe des Umgangs mit extremistischen gewalttätigen Gruppen. Es darf in Brandenburg keine sozusagen „national befreiten Gebiete“ geben, die Menschen anderer Hautfarbe nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr zu betreten wagen.

Doch der ausgebildete Zivile Friedensdienst muss als mobile Einsatzgruppe da sein, erst dann kann man mit ihm auch arbeiten. Die deutsche Politik verfügt innen- und außenpolitisch über kein solches zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung ausgebildetes Personal - neben der Bundeswehr, der Polizei, den Sozialarbeitern und den Entwicklungshelfern. Es kommt bei der innen- und außenpolitischen Friedensstabilisierung

⁴⁰ Vor Ort mit dem Zivilen Friedensdienst. Spätsommerliche Reise ins frühere Jugoslawien, Karlsruhe: Gewaltfreie Aktion, Heft 152, 3. Quartal 2007, erschienen im Mai 2008, 47 S.

mit gewaltfreien Mitteln gewiss auf das sachliche Know-how des Personals an und da wird von den vorhandenen Institutionen bereits einiges geleistet, gerade auch von Nicht-Regierungs-Organisationen. Doch es fehlt meines Erachtens an einer gewissen Masse des Personals und der organisierten Zivilcourage, wie er mit dem Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes entstünde. Über die notwendigen Mittel verfügt dann eben doch nur der Staat. Es gibt viele freiwillige Friedensdienste und ich will deren Rolle nicht schmälern, aber wir müssten so weit kommen, dass in Zukunft immer dann, wenn es um friedenspolitische Einsätze Deutschlands bzw. Europas geht, der Zivile Friedensdienst die erste Wahl erst.

Die Wolke der Zeugen

Ich möchte Ihnen zum Schluss empfehlen, Vertreter dieser Konzeption nach Leipzig einzuladen. Ich denke z.B. an Ute Finckh, die Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung mit ihrem Konzept „Vorrang für Zivil“, und an Sprecherinnen und Sprecher des Forums Ziviler Friedensdienst, z.B. Helga Tempel, oder auch an Clemens Ronnefeldt, den Reisesekretär des Versöhnungsbundes, der sich im Nahen Osten gut auskennt und die dortigen gewaltfreien Initiativen besucht hat.

Ich kenne die Altvorderen besser als den Nachwuchs, aber so lange es uns Alte noch gibt, sollte man auch unsere Erfahrungen abfragen. Nicht alle haben diese Erfahrungen bereits aufgeschrieben. Wir haben uns zwar bemüht, in der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ möglichst viel festzuhalten, und es gibt in Hamburg das „Archiv aktiv“, in dem speziell Dokumente zur gewaltfreien Aktion gesammelt werden, aber es bedarf manchmal der Nachfrage von Jüngeren, um so erfahrene Leute wie Roland Vogt zum Erzählen zu bewegen. Er war in vielen Konfliktfeldern vor Ort war, in Wyhl, in Mutlangen, bei der Gründung der Grünen, im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, bei Exkursionen nach Litauen und Lettland, als dort die Demokratie mit gewaltfreien Mitteln verteidigt wurde. Und dann gibt es noch Dr. Wolfgang Sternstein, der seit Jahrzehnten versucht, Gandhis Methodik für Deutschland fruchtbar zu machen. Er hat seine Autobiographie „Zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“ geschrieben und eben ist sein neuestes Buch „Gandhi und Jesus. Das Ende des Fundamentalismus“ im Gütersloher Verlagshaus erschienen.

Der mittlerweile älteste unter diesen deutschen, genau genommen westdeutschen Pionieren der gewaltfreien Aktion, Konrad Tempel, hat jetzt ein erfahrungsgesättigtes Lehrbuch der gewaltfreien Aktion veröffentlicht: Anstiftung zur Gewaltfreiheit. Über Wege einer achtsamen Praxis und Spiritualität, Berlin 2008 / 160 S. / 15,00 €

Doch es gibt auch in Sachsen einen typisch ostdeutschen Pionier der gewaltfreien Aktion: Georg Meusel, der nach langjährigem Engagement in der Bürgerrechtsbewegung nach der Wende in Werdau das Martin Luther King-Zentrum gegründet hat. Wir hatten schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts miteinander Kontakt und haben dann 1997 und 2001 zusammen Indien und die USA bereist auf den Spuren Gandhis und Martin Luther Kings.

Wenn Sie also danach suchen, gibt es in Deutschland bereits eine ganze „Wolke der Zeugen“, die von gewaltfreien Aktionen berichten können.

Doch vielleicht noch ein allerletztes Wort, gewissermaßen typisch Professor. Sie sollten und Sie können auch die Wirkungsweise der gewaltfreien Aktion selbständig stu-

dieren, um die in ihr steckenden Möglichkeiten und Wirkungen zu erkennen. Das Erste und Wichtigste ist immer noch, dass man einschlägige Bücher liest und deren Inhalt mit anderen Interessierten bespricht. Und Sie sind heute viel besser dran als wir Stuttgarter Kriegsdienstverweigerer im Jahre 1961. Die einschlägigen Informationen sind zugänglich und es gibt Netzwerke von Menschen, die sich auch mit der Umsetzung dieser Idee der gewaltfreien Konfliktaustragung befassen. Ich zitiere noch einmal den Hebräerbrief, allerdings ohne mich mit dessen Sündentheologie zu identifizieren: „Weil wir eine solche Wolke von Zeugen um uns haben, lasst uns alles ablegen, was uns beschwert ... und lasset uns laufen in dem Kampf, der uns verordnet ist und aufsehen auf Jesus, den Anfänger und Vollender des Glaubens.“(12,1-2).Doch keine Bange in puncto Vollendung: Es gibt noch einiges zu tun. Packen wir's an!

14. Erinnerungen eines Friedensforschers an 50 Jahre kirchlicher Friedensarbeit

Vortrag am 18.4.2013 beim Dietrich-Bonhoeffer-Verein im Schleiermacher-Haus in Berlin-Mitte, Taubenstraße 3

Was steht im Wahlprogramm der SPD?

Am Sonntagnachmittag, den 14. April 2013, habe ich in Phönix-TV die Übertragung der Rede des Kanzlerkandidaten der SPD, eines Leutnants der Reserve, gehört und dann auch noch – einer Empfehlung der ARD-Abendschau folgend – das Wahlprogramm der SPD für das Wahljahr 2013 im Internet nachgelesen. Mich interessierte, was die SPD zur Verteidigungspolitik, zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, zu Rüstungsexporten, zur Anschaffung von Kampf-Drohnen – also zu den Themen der Ostermärsche dieses Jahres zu sagen hat.

Ich hätte diese Informationen gerne hier eingangs zitiert. Ich kann es nicht. Absolute Fehlanzeige. Alle eben genannten Themen kommen im Wahlprogramm nicht vor. „Das macht ja nichts, das merkt ja keiner.“

Sich mit diesen Themen zu befassen, ist für Peer Steinbrück und die SPD kein Weg, aus dem Umfragetief zu gelangen. Das kann ich als Politikwissenschaftler sogar verstehen. Die Wähler orientieren sich bei ihrer Entscheidung nicht an außen- und sicherheitspolitischen Themen. Das Herz schlägt unter der Briefftasche. Und für den Inhalt von Briefftaschen und Bankkonten ist Peer Steinbrück ein anerkannter Fachmann. Doch ich sage es vorweg: Ich mag einen Mann, der sich zu den friedenspolitischen Themen ausschweigt, nicht wählen. Solches Schweigen lässt mich im Krisenfall Schlimmes befürchten. Dass eine rot-grüne Koalition einen Angriffskrieg gegen Serbien führen könnte, war aufgrund des Wahlprogramms von Rot-Grün vor dem Amtsantritt von Schröder und Fischer kaum für möglich gehalten worden.

Womit sollen die Erinnerungen einsetzen?

Ich habe hier Erinnerungen eines Friedensforschers an ungefähr fünfzig Jahre kirchliche Friedensarbeit angekündigt. Es sollen meine persönlichen Erinnerungen sein. Als ich bei der Leipziger ESG 2009 über ein ähnliches Thema sprach, habe ich bei der Kindheit angefangen. Jetzt setze ich Anfang der 60er Jahre, also mitten im Studium, ein.

Es ist nicht unwichtig, welche Erfahrungen ein Sozialwissenschaftler, der 1937 in Stuttgart geboren wurde, in seiner Kindheit und Jugend gemacht hat und wie seine kirchliche Sozialisation aussah. Doch ich spare diesen Abschnitt meines Lebens hier aus, weil der Leipziger Vortrag sich auf meiner Homepage nachlesen lässt und die Veranstalter diese Homepage (www.theodor-ebert.de) auch empfohlen haben.

Ich will heute mit einem kirchenpolitischen Positionspapier zur Frage des Friedens- und der Sicherheitspolitik im Atomzeitalter einsetzen. Ich war an der Formulierung dieses Positionspapiers noch nicht beteiligt, aber ich verstehe es als den Ausgangspunkt meiner anschließenden friedenspolitischen Arbeit. Ich meine die Heidelberger Thesen aus dem Jahre 1959. Man kann sie im Internet aufrufen.

Ich will hier die 8. These zitieren, weil deren letzter Satz wie ein Menetekel über dem Wahlkampfprogramm 2013 der SPD schwebt. Den Wahlkampfstrategen ist wahrscheinlich nicht bewusst, dass sie eine politische Aufgabe verdrängen, die sie eigentlich immer im Auge behalten und die sie bearbeiten sollten, solange sie noch Zeit dazu haben.

Das Noch der Heidelberger Thesen

Diese 8. Heidelberger These lautet – und ich setze in diesem Kreise voraus, dass Sie wissen, wie dieses Papier unter Beteiligung von Helmut Gollwitzer und Carl Friedrich von Weizsäcker – zustande gekommen ist:

Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen

Verzichtet die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegt. Wir können nur glauben, dass derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, dass es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, dass unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verloren gingen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerika voraussetzen muss.

Dies allein braucht die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muss. Uns scheint jedoch, dass, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muss nur unbedingt feststehen, dass sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und dass nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

Ich wiederhole den letzten Halbsatz „und dass nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.“

Am Anfang der Friedensforschung in Deutschland stand die Frage: Wie überwinden wir den instabilen Zustand der mutual assured destruction?

Für Christen war das drängende Problem, dass bei der atomaren Abschreckung dem Gegner etwas angedroht wird, das man nicht realisieren darf, weil es ein Kriegsver-

brechen sondergleichen wäre.

Durch die Wasserstoffbomben und die Interkontinentalraketen war in der Geschichte der Menschheit eine neue Situation entstanden. Analysiert hat dies wirklich luzide Hans Herz in seinem Buch „Weltpolitik im Atomzeitalter“. Was war neu?

Nicht neu war der Christenheit, sofern sie lesen konnte, dass das Führen von Kriegen den Aussagen Jesu in der Bergpredigt widerspricht. Diese Lehre Jesu war aber nur dann relevant, wenn man in Jesus eine Autorität sah, deren Empfehlungen man nicht zuwiderhandeln durfte. Eine solche Autorität war aber Jesus von Anfang an nur für wenige Menschen. Sein Gebot der Feindesliebe ist auf der makropolitischen Ebene seit dem Jahre 312 auch von denen, die sich Christen nannten, permanent missachtet worden. Nur die Friedenskirchen und kleine pazifistische Gruppen innerhalb der Großkirchen bildeten eine Ausnahme.

Das Neue war nun aber im Atomzeitalter, dass es jetzt nicht mehr darum ging, ob man in Jesus den Messias sah und sich an seine Gebote hielt, sondern dass man erkennen konnte: Die Besitzer von Atomwaffen können durch deren Einsatz der Geschichte der Menschheit ein Ende setzen. Ich wiederhole: Die Atomwaffen und die Automatisierung und Unumkehrbarkeit ihres Einsatzes ermöglichten ab den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts das Beenden der Geschichte der Menschheit. Die Menschheit bzw. einzelne Menschen in bestimmten Positionen verfügen seitdem über eine doomsday machine. Das wussten die Verfasser der Heidelberger Thesen. Und sie sagten sich: Das darf und kann kein Dauerzustand sein. Das Gleichgewicht des Schreckens hält vielleicht im Moment, aber man weiß nicht wie lange. Und wenn es schief geht, ist es die absolute Katastrophe.

Was kann man tun?

Das erste ist: Man muss auf die Gefährlichkeit und Instabilität der Lage hinweisen. Einer der Mitverfasser der Heidelberger Thesen war der Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Er hat große Verdienste als fachkundiger Warner erworben. Mit ihm sagten einige Christen: Den Einsatz dieser Maschinerie darf man nicht vorbereiten. Woher sollen wir wissen, ob sie sich im Krisenfall beherrschen lässt?

Am Anfang stand die Warnung vor der Unterschätzung der Gefahren. Ein Meilenstein war die Göttinger Erklärung von 18 Physikern vom 12. April 1957. Sie richtete sich gegen die Verharmlosung der Atomwaffen als „Fortentwicklung der Artillerie“ - so Adenauer – und diese Physiker – unter ihnen mehrere Nobelpreisträger - verschärfte die Warnung durch die Weigerung, sich an der Entwicklung dieser Waffen zu beteiligen. Das änderte aber noch nichts daran, dass die Großmächte über diese Waffen verfügten und dass die Deutschen in ihren jeweiligen Militärpakten an diesen Atomwaffen partizipierten.

Weizsäcker hat die Warnung vor den Folgen eines Atomkrieges auf eine wissenschaftliche Basis gestellt, indem er die Auswirkung eines Atomkrieges in Deutschland in einer damage assessment Studie untersuchte. Diese Teamarbeit erschien unter dem Titel „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. Danach war nicht mehr zu leugnen, dass Deutschland einen Atomkrieg als Industriegesellschaft nicht überstehen könnte und an einen Wiederaufbau nach einem wie auch immer gewonnenen oder verlorenen Krieg nicht ernsthaft mehr zu denken war.

Die Herausforderung durch die Lügen des Zivilen Bevölkerungsschutzes

An diesen damage assessment Studien war ich als Wissenschaftler nicht beteiligt. Als Student der Geschichtswissenschaft, der sich auch mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik befasst hatte, war ich aber mit Weizsäckers Einschätzung der Folgen eines weiteren Krieges auf deutschem Boden einverstanden. Ich ärgerte mich mit vielen anderen Deutschen darüber, dass im Auftrag der Regierung die Funktionäre des Zivilen Bevölkerungsschutzes die Überlebenschancen im Falle eines Atomkrieges in dummdreister Weise optimistisch einschätzten. In Tübingen habe ich 1960 eine solche Aufklärungsveranstaltung des Zivilen Bevölkerungsschutzes besucht. Ich war so entsetzt über diesen Versuch, die Deutschen für dumm zu verkaufen, dass ich in meiner Ohnmacht etwas tat, das ich bei Gandhi, vielleicht auch bei Jesus gelernt hatte. Ich fastete ganz allein in meinem Zimmer drei Tage lang, um die innere Fassung wieder zu erlangen.

Ich überlegte, was zu tun sei. Ich will mein Verhalten nicht als beten bezeichnen. Es war eben so eine Art inneren Ringens um einen Ausweg. Ich habe gefastet, um diesem Nachdenken eine äußere Form zu geben. Andere setzen sich vielleicht in vergleichbarer Lage auf ein Kissen und bringen eine Bronzeschale zum Klingen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Ich will jetzt beileibe nicht behaupten, dass ich während dieser Fastenübung wie ein alttestamentlicher Prophet irgendwelche Weisungen erhalten hätte. Während des Fastens verdichteten sich nur einige Einsichten, die ich im Laufe meines vierjährigen Studiums erlangt hatte.

Die wichtigste Erkenntnis war eine doppelte gewesen. Zum einen erklärte ich mir das Scheitern bzw. die Perversion tendenziell fortschrittlicher Aufstände und Revolutionen - vom deutschen Bauernkrieg über die Französische Revolution bis hin zur Russischen Revolution und dem algerischen Befreiungskrieg – damit, dass die Bewegungen zum Einsatz von Waffengewalt übergegangen waren - bis schließlich die Militärs und die besonders skrupellosen Politiker sich durchgesetzt haben und die Beobachter das fatalistische Sprüchlein klopfen: Die Revolution frisst ihre Kinder. Dieses Muster der Entwicklung von Revolutionen ging mir in dieser Fastenzeit durch den Kopf und verfestigte sich zur sozialwissenschaftlichen Erkenntnis oder zumindest zur heuristischen Annahme.

Zum anderen hatte ich bei Gandhi gelernt, dass man die Waffengewalt aus den Kämpfen um humanitäre Fortschritte ausscheiden kann zugunsten von Methoden des gewaltfreien Widerstands. Gandhi lehrte: Macht kommt nicht nur aus Gewehrläufen, sondern entsteht auch dadurch, dass eine größere Zahl von Menschen sich auf unbewaffnete Eingriffs- und Verweigerungshandlungen einigt. Auf englisch spricht man von acts of omission, also Verweigerungshandlungen, und acts of commission, also Eingriffshandlungen. Typische Verweigerungshandlungen sind Streik und Boykott, typische Eingriffshandlungen sind Sit-ins und Go-ins.

Solches Wissen um die Macht gewaltfreier Aktionen hatte ich als Historiker in petto, aber erst in der Situation der Herausforderung durch diesen volksverdummenden Zivilen Bevölkerungsschutz wurde mir deutlich, dass ich persönlich jetzt Gandhis Vorstellungen auf die aktuelle deutsche Situation anwenden könnte und müsste - auf die

Gefahr hin, dass mich dies in meinem bisherigen Studiengang in Schwierigkeiten bringen würde.

Diese Schwierigkeiten mehrten sich im Laufe eines Jahres und das Ende vom Liede war dann, dass aus meiner eingeleiteten Förderung durch die Studienstiftung des deutschen Volkes nichts wurde, ich die Hoffnung auf eine Dissertation auf dem Gebiet der evangelischen Reformation und der katholischen Reform fahren lassen musste. Nach einem Studium von zwölf Semestern stand ich – burschikos gesprochen – auf dem Schlauch. Ich hatte zwar in letzter Zeit unter den Atomwaffengegnern und Kriegsdienstverweigerern neue Freunde gewonnen, aber als Sozialwissenschaftler, der promovieren wollte, hatte ich keine Perspektive.

Das Experiment „Gewaltfreie Zivilarmee“

Was sich in diesem Krisenjahr in Tübingen und Stuttgart abspielte, habe ich jetzt in der Edition meines Tagebuchs dargestellt. Es ist das Werkstattbuch eines politischen Experiments. Die Grundidee war, dass wir – und das war ein Dutzend Stuttgarter Kriegsdienstverweigerer – den Versuch machen sollten, Gandhis Idee einer Shanti Sena, d.h. wörtlich übersetzt „Friedensarmee“ (aus gewaltfreien Aktionsgruppen) auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Heute würde man nicht mehr von einer Gewaltfreien Zivilarmee, sondern von einem Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen sprechen.

1961 versuchte ich zunächst noch zu trennen zwischen meinem regulären, intensiven Studium in Tübingen und meinem Engagement bei den Kriegsdienstverweigerern und Ostermarschierern in Stuttgart. Doch irgendwie hatte sich mein politisches Engagement auch in Tübingen herumgesprochen und ich hielt es dann für das Beste, mein Glück – nunmehr als Politologe – noch einmal an einer anderen Universität zu versuchen. Und ich hatte tatsächlich großes Glück. Waldemar Besson eröffnete mir die Möglichkeit, an der Universität Erlangen eine Dissertation über das Modell einer Kampagne gewaltfreien Widerstands zu schreiben. Es war – im Rückblick – ein Segen, dass ich kein Stipendium bekommen und Tübingen und die Geschichte der Reformation im Schwarzwald hinter mir lassen und nach Herzenslust über gewaltfreien Widerstand forschen und mit meinen Freunden in Stuttgart so richtig schön gewaltfrei auf den Putz hauen konnte, ohne dass dies meinen neuen Doktorvater in Erlangen geniert hätte. Immerhin haben wir zur Zeit der Spiegel-Affäre die erste Demonstration in Deutschland zugunsten des verhafteten Rudolf Augstein zustande gebracht und waren damit am 28. Oktober 1962 als erste deutsche Protestgruppe in der Abendschau des Fernsehens. Damit hatten wir gewissermaßen unsere Feuerprobe als demokratische Widerstandsgruppe bestanden. Doch diesen Auftritt auf der Königstraße, bei dem wir mit zugeklebten Mündern demonstrativ Spiegel lasen, hätte mein verflussener Doktorvater in Tübingen, der auf Strauß große Stücke hielt, sicher nicht gut gefunden.

Unsere Stuttgarter Programmschrift „Die Gewaltfreie Zivilarmee. Stimme der jungen Generation“ hat mit der Idee, dass es eine gewaltfreie, wehrhafte Alternative zur NATO geben müsste, in pazifistischen Kreisen ziemliches Aufsehen erregt. Die

DDR-nahen Friedensfreunde in der Untergrund-KPD und bei der Deutschen Friedensunion haben sich darüber geärgert, dass wir mit den Bausoldaten in der DDR sympathisierten und den Aufstand des 17. Juni 1953 darauf hin analysierten, wie man es beim nächsten Mal besser machen könnte.

Unser Bemühen war etwas verfrüht und die Ideen zum Aufbau einer alternativen Verteidigungsorganisation unausgegoren. Doch das Tagebuch dieses Experiments liest sich spannend. Die Gewaltfreie Zivilarmee war ein Vorläufer der studentischen APO von 1967/68. Durch unsere Orientierung an Gandhi, Martin Luther King und den englischen Atomwaffengegnern um Bertrand Russell und das Committee of 100 hatten wir von der Methode der gewaltfreien Aktion weit bessere Kenntnisse als die Studenten des SDS, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit Che Guevara und Ho tshi Minh sympathisierten. Wir waren mit unseren gewaltfreien Methoden – wie man heute sagt – besser aufgestellt als die Pseudorevolutionäre vom SDS und es zeigte sich dann auch, dass man praktisch von Gandhi, Martin Luther King und Bertrand Russell mehr lernen konnte als von Che Guevara, Mao und Frantz Fanon. Das zeigte sich aber erst Anfang der 70er Jahre, als es darum ging, mit Bürgerinitiativen nachhaltige Erfolge zu erzielen – vor allem auf dem Gebiet des Widerstands gegen Atomkraftwerke. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erklärte in seinem Aktionskatalog, dass er sich ausschließlich gewaltfreier Methoden bediene. Und der Verfasser dieses Aktionskatalogs war Dr. Wolfgang Sternstein, ein früheres Mitglied der Stuttgarter Gewaltfreien Zivilarmee.

Anfang der 60er Jahre entwickelten sich unsere friedenspolitischen Vorstellungen noch im Rahmen der einschlägigen Diskurse in der Evangelischen Kirche. Dieser fühlten wir uns zugehörig, auch wenn es in den Gemeinden bisweilen an Rückhalt fehlte. Doch es gab die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden und es gab in Württemberg und Baden als Überbleibsel aus der Zeit des Kirchenkampfes im Dritten Reich die Bruderschaften, die ein evangelisches Netzwerk bildeten und uns jungen Leuten einen gewissen geistlichen Halt gaben. Der Mann, der uns am meisten imponierte, war Martin Niemöller, der auch nach Stuttgart kam und nicht in einer Kirche, sondern in einem weltlichen Saal über Christ und Krieg und die Kriegsdienstverweigerung sprach. Desse kirchenpolitische Testfrage lautete immer wieder: Was würde der Herr Jesus dazu sagen?

Doch ich möchte jetzt noch einmal zurück zu den Heidelberger Thesen und zeigen, was das Stuttgarter Experiment Gewaltfreie Zivilarmee mit diesen Thesen zu tun hatte – und welche Verbindung es zwischen dem Stuttgarter Experiment und Bonhoeffers Rede in Fanö gibt.

Die Rechtfertigung der atomaren Abschreckung durch eine Gegenutopie

Die Verfasser der Heidelberger Thesen sahen das Risiko eines einseitigen Atomwaffenverzichts darin, dass infolge einer weiteren Expansion des so genannten totalitären Kommunismus „unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verloren gehen“ könnten, und die Verfasser der Thesen hielten es auch für fraglich, dass in dem dann entstehenden, noch größeren sowjetischen Herrschaftsbereich „christliches Leben noch möglich“ wäre. Dieser Rechtfertigung der vorläufigen Beibehaltung der

atomaren Abschreckung lag die Annahme zugrunde, dass es einem totalitären Kommunismus gelingen könnte, im Stil von Orwells „1984“ auch die Sprache effektiv gleichzuschalten und die Worte mit der Methode des „doublethink“ so zu verdrehen, dass selbst die Begriffe von Freiheit und Recht verloren gehen könnten.

Wenn man heute auf das Sowjetsystem zurückblickt, dann kann man sich schon fragen, wie die Heidelberger zu einer solchen Einschätzung der Fähigkeiten eines totalitären Herrschaftssystems kommen konnten. Heute wissen wir, dass man damals ein politologisches Modell, an dem Carl Joachim Friedrich und Hannah Arendt maßgeblich mitgewirkt hatten, für die Wirklichkeit genommen hat. Ein wirklich totalitäres System - wie es George Orwell in seiner Gegenutopie „1984“ gezeichnet hat - , gab es in Wirklichkeit nie und wird es wohl auch nie geben können. Orwell und andere Theoretiker des Totalitarismus haben zwar einige neue Züge diktatorischer Kontrolle richtig erkannt und deutlich gemacht, dass mit einem Hitler und einem Stalin oder gar einem Pol Pot nicht so zu verfahren war wie mit einem Bismarck zur Zeit der Sozialistengesetze, aber es war fragwürdig, diese totalitären Elemente zu einem Modell zu stilisieren, das im Extremfall den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen würde, um die Ausbreitung dieses totalitären Systems zu verhindern.

Die totale Kontrolle hat es nie gegeben und weder Stalin noch Hitler ist es gelungen, das Denken der Menschen so zu manipulieren, dass die Idee von Recht und Freiheit innerhalb ihres Herrschaftsbereichs verloren gegangen wären. Ich habe in den 90er Jahren am OSI ein Seminar zum Thema „Gegenutopien im Rückblick“ gemacht und untersucht, warum „1984“ nicht eingetreten ist. Orwell wollte warnen – und seine Horrorvision wurde dann benutzt, um die atomare Abschreckung zu rechtfertigen.

Mich hat interessiert, ob es in Orwells Modell totalitärer Herrschaft Konstruktionsfehler gibt, die er nicht bedacht hatte. Er ging davon aus, dass ein totalitäres Regime nicht von innen heraus humanisiert und demokratisiert werden könne. Die Rechtfertigung der Abschreckungsstrategie der NATO war entsprechend: Ist die Freiheit einmal verloren, ist sie für immer verloren. Dazu gehörte im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg auch die Behauptung, dass Hitler nur militärisch besiegt werden konnte und wir andernfalls heute nicht in Berlin, sondern in Germania leben und uns aus allen TV-Kanälen Wagner-Klänge entgegen schallen würden.

Die Horrorvorstellung von der Ausbreitung totalitärer Systeme suggerierte, dass ihr militärischer Erfolg einem Ende der Geschichte gleich käme. Der Denkfehler bei der politologischen Konstruktion idealtypischer totalitärer Systeme war, dass man nicht berücksichtigte, dass politische Systeme lernen und auf sich ändernde Umweltbedingungen reagieren müssen. Das Problem totalitärer Systeme ist, dass sie lernunfähig sind, weil Informationen im kritischen, ergebnisoffenen Diskurs verarbeitet werden müssten. Das ideale Modell des totalitären Systems kennt den kritischen Diskurs nicht, und in dem Moment, in dem es ihn zulässt, ist es nicht mehr totalitär. Dann besteht die Gefahr bzw. die Chance, dass es auf diesem Wege des diskursiven Lernens kein Halten mehr gibt, und diese Systeme sich dann entweder lernend verändern oder zusammenbrechen.

Die Stasi hat weit mehr über die Bürger der DDR gewusst als die Gestapo über die Menschen im Dritten Reich, aber die alten Herren im Politbüro konnten aus den Datenmengen der Stasi nichts lernen, weil man eben nur lernen kann, wenn man den kri-

tischen Diskurs zulässt, statt sich etwas in die Tasche zu lügen. Karl Deutsch, einer der ersten Kritiker des Totalitarismus-Modells, hat auf das Phänomen des pathologischen Lernens der Mächtigen hingewiesen, die sich gegen das Verarbeiten (nicht das Sammeln) neuer Informationen abschirmen und deswegen immer dümmer werden.

Doch es wäre falsch, Diktaturen und ihre modernen Instrumentarien des Überwachens und Terrorisierens zu verharmlosen. Es ist das Verdienst derjenigen, welche das Modell des Totalitarismus entwarfen, auf die erschreckenden Parallelen zwischen den totalitären Diktaturen - vor allem zwischen dem Hitlerismus und dem Stalinismus - hinzuweisen. Diese Diktaturen sind in ihrer Dummheit zu Exzessen fähig, um ihre „beschränkten“ Visionen zu realisieren und um ihre Macht zu behaupten. Dies kann zu hohen Verlusten an Menschenleben führen, auch wenn man eigentlich nicht zu befürchten braucht, dass einer totalitären Diktatur ein endgültiger Sieg gelingen könnte. Früher oder später gehen sie unter. Das Schlimme ist, dass viele wertvolle Menschen dies nicht mehr erleben, und dass man Gefahr läuft, unter diejenigen zu geraten, die umgebracht werden oder deren Leben durch Zwangsmaßnahmen so eingeengt wird, dass von *persecution of happiness* nicht mehr gesprochen werden kann.

Darum ist es immer sinnvoll, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Machtergreifung von Diktatoren verhindern und wie man etablierte Diktaturen überwinden kann.

Doch das ist etwas anderes, als die Androhung des Einsatzes einer doomsday machine damit zu rechtfertigen, dass die Gegenseite in der Lage wäre, die Begriffe von Recht und Freiheit ein für alle mal aus den Köpfen und Herzen der Menschen zu entfernen und christliches Leben – also eine Orientierung an den Lehren Jesu - unmöglich zu machen. Meines Erachtens ist hier die 8. Heidelberger These von einer falschen Annahme ausgegangen. Die Heidelberger sind hier einer Ideologie – dem Modell des Totalitarismus – aufgesessen. Und sie waren damit nicht allein. In der 8. These wurde die NATO-Doktrin formuliert – mit dem einen Unterschied: Die Heidelberger meinten, die *mutual assured destruction* kann und darf kein Dauerzustand sein.

Erste Forschungen zum Widerstand gegen sogenannte totalitäre Regime

Über eine Alternative zur atomaren Abschreckung kann man erst nachdenken, wenn man den Begriff des Totalitarismus in Frage stellt und überlegt, ob es Erfahrungen gibt, welche darauf hindeuten, dass er auch anders als militärisch bekämpft und überwunden werden kann.

Als Alternative kam dafür nur die Vorbereitung gewaltlosen Widerstands in Frage. Doch die Kenntnisse auf diesem Gebiete waren unter denjenigen, die sich mit Sicherheitspolitik befassten minimal oder gar nicht vorhanden. Und es gab auch kaum Anstrengungen, diese Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands zu erforschen. Doch die Forschungen wurden auch nicht direkt unterdrückt.

Und es zeigte sich so allmählich, dass es im Zweiten Weltkrieg in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten nicht nur eine bewaffnete *Résistance*, sondern auch gewaltlosen Widerstand gab und dass dieser nicht einfach unterdrückt werden konnte, sondern in der Lage war, den Herrschenden Grenzen zu setzen. Heute wissen wir über diesen Widerstand sehr viel mehr als zu Beginn der 60er Jahre.

Auch im Blick auf den Aufstand in Ungarn 1956 und im Blick auf den Verlauf des

Volksaufstands am 27. Juni 1953 in der DDR konnte man im Westen zur Zeit der Heidelberger Thesen noch sagen: Mit sowjetischen Panzern lässt sich jeder Widerstand unterdrücken. Doch man musste diese Schlussfolgerung nicht mitvollziehen, sondern man konnte weiter fragen: Lassen sich diese Methoden des gewaltfreien Widerstand nicht so weiterentwickeln, dass sie in Zukunft nicht mehr unterdrückt werden können? Dass der Schneider von Ulm in die Donau gefallen ist, hat ja nicht ein für alle mal bewiesen, dass Fliegen für den Menschen unmöglich ist, sondern nur, dass es so nicht geht.

Zu meinem Leben als Friedens- und Konfliktforscher gehörte dann in den nächsten Jahrzehnten, dass ich herauszufinden suchte, wie gewaltfreier Widerstand in unterschiedlichen Situationen funktioniert und speziell, wie Widerstand gegen Diktaturen sich vorbereiten und durchhalten lässt.

Das lässt sich erforschen. Doch Voraussetzung für den Erfolg dieser Aktionsform ist immer, dass es Menschen gibt, die sich – trotz aller persönlichen Gefahren für die Vorkämpfer dieser Aktionsform – darauf einlassen und nicht nur forschen, sondern das Erforschte auch einüben. Der springende Punkt ist, dass es Gruppen von Menschen gibt, die sagen: Wir wollen ohne Rüstung leben und im Bedarfsfall gewaltfreien Widerstand leisten.

Dieses Forschen und Einüben hat mich mein Leben lang begleitet. Ich hatte ursprünglich vor, diese Stationen Schritt für Schritt zu verfolgen. Ich habe jedoch bei der Auflistung der relevanten Daten erkennen müssen, dass dies zu lange dauern würde.

Ich muss mich darauf beschränken, die Strukturen dieses Arbeitsprozesses aufzuzeigen. Charakteristisch für diesen Prozess war nun, dass ich auf Interesse für diese Suche nach einer Alternative von Anfang an in der Evangelischen Kirche gestoßen bin – und zwar deutlich mehr als in anderen Organisationen.

Die Civilian Defence Study Conference in Oxford 1984

Nachdem ich meine Dissertation zum Thema „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ 1965 an der Universität Erlangen abgeschlossen hatte, wurde ich von den Wissenschaftlern, die hinter den Heidelberger Thesen standen, eingeladen, 1966 einen Bericht über den Stand der Forschung auf dem Felde des gewaltfreien Widerstand vorzutragen. Das stieß auf starkes Interesse, zumal es 1964 in der Universität Oxford zur Civilian Defence Study Conference gekommen war. Der Hauptbetreiber dieses Unternehmens war Gene Sharp, der jetzt 86jährig den Alternativen Nobelpreis für seine Forschungen und Aktionsvorschläge erhalten hat. Er war mein Mentor auf diesem Gebiet der Forschung.

Das Hauptergebnis dieser CDSC in Oxford war gewesen: Gewaltfreier Widerstand als Mittel der Sicherheitspolitik ist eine ernst zu nehmende Methode und es gibt keine prinzipiellen Bedenken, die ihren schließlichen Erfolg auszuschließen vermöchten.

Über diese Konferenz, die von jungen, meist noch nicht promovierten jungen Wissenschaftlern organisiert worden war, wurde in den britischen Medien – auch der Times – berichtet und der renommierte Verlag Faber & Faber publizierte die Konferenzpa-

piere.⁴¹

Das motivierte Carl Friedrich von Weizsäcker, der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler zu empfehlen, zum Thema Civilian Defence für den Herbst 1966 eine Fachkonferenz nach München einzuberufen. Ich wurde gebeten, über die Strategie dieses zivilen, gewaltfreien Widerstands gegen auswärtige Aggressoren zu sprechen. Ich formulierte die Grundregeln.

Und dieser Vortrag wurde dann ein Jahr später, als es im August 1968 in der CSSR überraschend zu gewaltlosen Protesten gegen den russischen Einmarsch gekommen war, im „Spiegel“ veröffentlicht. Damit begann auf etwas breiterer Front als bisher die Erforschung des gewaltfreien Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik. Walter Ulbricht regte sich über diese Forschungen und Aktivitäten auf und sprach von Fachleuten für Konterrevolution, die sich den Widerstand in der CSSR ausgedacht hätten.

Dieser Respekt von Diktatoren für die Methode des gewaltfreien Widerstands änderte aber nichts daran, dass die deutsche Regierung im Rahmen der NATO an der Strategie der atomaren Abschreckung festhielt.

Im Unterschied zu mir haben die meisten Wissenschaftler, die an der CDSC in Oxford teilgenommen haben, sich gesagt: Mehr als forschen können wir nicht; die praktische Umsetzung unserer Forschungsergebnisse müssen wir den politischen Institutionen überlassen.

Ich meinte, dass ich auch bei der Umsetzung mitmischen sollte, auch wenn ich nicht mehr die Möglichkeit sah, eine Kaderorganisation in der Art der „Gewaltfreien Zivilarmee“ freihändig von unten aufzubauen.

Ich hätte versuchen können, über die Mitarbeit in einer Partei, das alternative Verteidigungskonzept durchzusetzen. Das versprach Anfang der 70er Jahre zumindest keinen schnellen Erfolg.

Rezeption der gewaltfreien Aktion in kirchlichen Kreisen

Ich hatte aber in Berlin, wohin ich 1966 als Assistent von Ossip Flechtheim gekommen war, die Erfahrung gemacht, dass meine Vorstellungen zur gewaltfreien Aktion in der Innen- und Außenpolitik vor allem in kirchlichen Kreisen günstig aufgenommen wurden.

Ursprünglich hatte ich darum vor, hier im Schleiermacherhaus auch über meine Erfahrungen in der Zeit der APO – also zwischen 1967 und 1970 sprechen. Mit dem Asta der Kirchlichen Hochschule installierte ich 1967 einen Arbeitskreis für gewaltfreie Konfliktaustragung an der Kritischen Universität. Unser Ziel war es, gewaltfreie Protestformen durchzusetzen. Das war nur partiell erfolgreich. Nach englischem Beispiel bildeten wir ein „Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands“ und protestierten gegen die Junta mit einem Sit-down vor der griechischen Militärmission in der Uhlandstraße.

Wichtig wurde, dass wir in diesem Bemühen von einzelnen Kirchengemeinden, so vor allem von der Gemeinde Alt-Tempelhof-Ost unterstützt wurden. In dieser Ge-

⁴¹Adam Roberts (Hg.): Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien, Mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe von Th. Ebert, Göttingen: Vandhoeck & Ruprecht, 1973

meinde waren zwei Pfarrer tätig, die sich von Aktion Sühnezeichen kannten, Richard Nevermann und Gerhard Dümchen. Die gewannen mich für die Mitarbeit im Gemeindegemeinderat und das führte schon in kurzer Zeit zu meiner Mitgliedschaft in Kreis-, Regional- und EKD-Synode und schließlich zur 12jährigen Mitarbeit in der Kirchenleitung der EkiBB. Insgesamt war ich 24 Jahre lang Mitglied von Synoden und leitenden Gremien der Ev. Kirche.

Ich habe in diesen Gremien immer wieder für die Konzepte der gewaltfreien Konfliktaustragung geworben und ich habe dafür mehr Unterstützung gefunden als in parteipolitischen Organisationen. Ich erkläre mir dies damit, dass es in der Kirche – trotz aller Irrwege – eben doch die jesuanische Tradition der Bergpredigt und auch die Erinnerung an Bonhoeffer gibt – insbesondere auch an die Friedenspredigt von Fanö am 28. August 1934.

Ich will sie in diesem Kreise als bekannt voraussetzen und nur einen Satz zitieren:

"Wer von uns darf denn sagen, dass er wüsste, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk - statt mit der Waffe in der Hand - betend und wehrlos und darum gerade bewaffnet mit der allein guten Wehr und Waffe den Angreifer empfinde?"

Bonhoeffer konnte auf diese Frage in Fanö keine Antwort geben. Er wollte sie aber suchen. Er plante eine Reise zu Gandhi nach Indien, um vor Ort die Wirksamkeit gewaltfreier Kampftechniken zu studieren.⁴²

Bonhoeffer kam nicht mehr dazu, diese Frage zu beantworten, weil er die Indienreise aufgegeben hat zugunsten der Ausbildung von Vikaren der Bekennenden Kirche im Predigerseminar in Finkenwalde. Es ist sehr bedauerlich, dass er sich so entscheiden musste. Meines Erachtens hätte er aber die gewaltlosen Widerstandsmethoden auch in Deutschland studieren können. Es gab einige einschlägige Schriften. Die Handlungsanweisungen Gandhis in der Zeitschrift „Jung Indien“ und eine aufschlussreiche Biographie Gandhis aus der Feder Romain Rollands waren im Rotapfel Verlag in der Schweiz veröffentlicht worden.

Es ist nicht so gekommen. Es gab meines Wissens in Bonhoeffers Umgebung in Finkenwalde niemand, mit dem er solche Fragen hätte erörtern können. Seine pazifistischen Bekannten waren Engländer, Amerikaner und Franzosen. In Deutschland fehlte die friedenskirchliche Tradition weitgehend. Das ist auch ein Erbe Martin Luthers, der im Bauernkrieg und in Münster die bewaffnete Seite des so genannten Schwärmertums kennen gelernt und abgelehnt hatte. Von den Erfahrungen der Quäker und der anderen Friedenskirchen war in Deutschland wenig bekannt.

Doch für die kirchlichen Kreise in der deutschen Friedensbewegung war es nach dem Zweiten Weltkrieg wichtig, dass Bonhoeffer in Fanö immerhin mal gefragt hatte, welche Wirkung es haben könnte, wenn ein Land oder mehrere Länder einseitig abrüsten und sich darauf vorbereiten würden, potentiellen Aggressoren wohlwollend und nicht hasserfüllt zu begegnen.

Man hat über die Predigt Bonhoeffers in Fanö neu nachgedacht, als Anfang der 80er Jahr die Friedensbewegung sich gegen die so genannte Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen wandte. Auch in der Gemeinde Alt-Tempel-Ost hat sich eine etwa 12-

⁴²Karl Martin (Hg.): Bonhoeffer in Finkenwalde, Wiesbaden-Berlin Fenestra Verlag, 2012, S. 742-747

köpfige Gruppe mit einem Fasten auf die Teilnahme an der Promi-Blockade in Mutlangen vom 1.-3. September 1983 vorbereitet. Und das war nicht die einzige Gruppe, die sich zum Zivilen Ungehorsam gegen die Nachrüstung entschloss. In beiden Teilen Deutschlands gab es die Friedenswochen bzw. Friedensdekaden und in diesen Wochen wurde intensiv nachgedacht über Alternativen zur militärischen Abschreckung. Es waren immer wieder kirchliche Gruppen, die mich zu Vorträgen über gewaltfreien Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik einluden. Wir hatten mittlerweile Civilian Defence mit Sozialer Verteidigung ins Deutsche übertragen. „Sozial“, weil es nicht in erster Linie um die Verteidigung von Territorien, sondern von sozialen Errungenschaften gehen sollte.

Als dann – trotz aller Proteste und lila Tücher auf dem Hamburger Kirchentag – dennoch Raketen in Mutlangen und anderen Orten stationiert wurden, fragten selbstkritische Gruppen in der Friedensbewegung, warum wir uns politisch nicht durchsetzen konnten. Das Ergebnis dieser selbstkritischen Diskussion war, dass die pazifistischen Gruppen sich sagten: Wir dürfen nicht nur vor den Folgen eines Atomkriegs warnen; wir müssen auch ein konstruktives sicherheitspolitisches Angebot machen. Ein Dutzend pazifistischer Organisationen – der Versöhnungsbund, Pax Christi, die Quäker – einigten sich, einen Bund für Soziale Verteidigung zu gründen. Der BSV sollte in der Gesellschaft und bei den Parteien auf das Etablieren von Strukturen der gewaltfreien Verteidigung dringen. Der BSV wollte einerseits Lobby-Organisation für eine Alternative zur NATO und wollte andererseits auch aktionsfähige Pioniergruppe der gewaltfreien Aktion sein. Petra Kelly und ich waren die ersten Vorsitzenden des Bundes für Soziale Verteidigung.

Der BSV wurde im März 1989 in Minden gegründet. Die Frage, die uns bewegte, war: Wie schaffen wir es, dass im Falle eines Regierungswechsels und einer rot-grünen Koalition, erste Schritte der Umrüstung auf gewaltfreien Widerstand unternommen werden.

Das Konzept des Zivilen Friedensdienstes als Alternative

Trotz unserer Sympathie für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR und trotz einiger persönlicher Kontakte zu ihr überraschte der Fall der Mauer auch uns. Einerseits war dieser gewaltfreie Aufstand ein Riesenerfolg für die gewaltfreie Strategie, aber andererseits war - noch bevor wir die Alternative zur militärischen Verteidigung aufgebaut hatten - über Nacht die totalitäre Bedrohung verschwunden.

In der Friedensbewegung hörte man die Parole „BoA! BoA!“ Bundesrepublik ohne Armee. Doch da hatten sich einige zu früh gefreut. Die NVA wurde zwar liquidiert, aber die NATO bestand fort und dehnte sich aus – sogar in Länder, in denen die Demokratien mittels zivilem Widerstand gegen Staatsstriche verteidigt worden waren. In Litauen, Lettland und Estland hatten unbewaffnete Bürger die Parlamente geschützt. In Moskau scheiterte ein Staatsstreich am unbewaffneten Widerstand gegen Panzer. Traumhaft. Doch es änderte nichts an dem Festhalten der Regierungen an der Armee. Und es kam ja noch schlimmer. Nachdem die Atomkriegsgefahr entfallen war, kam es erneut zu Interventionskriegen mit sehr fragwürdigen Rechtfertigungen.

Auch in kirchlichen Gremien wurde früh darüber nachgedacht, was zu geschehen hätte, nachdem es für die Armee eigentlich keinen Verteidigungsauftrag mehr gab.

Ich war Mitglied der wiedervereinigten Kirchenleitung der EKIBB. An uns wurde von der Synode die Frage gerichtet, was wir von out of area-Einsätzen der Bundeswehr hielten. Bischof Forck reagierte schroff: „Wir sind dagegen.“ Mir ging es ähnlich, aber mir war klar: Wenn wir nur Nein sagen, ändert dies wenig. Wir brauchen eine konstruktive Antwort auf die neuen Herausforderungen.

Das führte binnen Jahresfrist zu dem Konzept des Zivilen Friedensdienstes. Die Grundidee war, dass den Wehrpflichtigen eine dritte Option eröffnet werden sollte. Bisher konnten sie entweder den Militärdienst leisten oder aber den Kriegsdienst verweigern und dann einen Zivilen Ersatzdienst leisten; nunmehr sollten sie sich auch für eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung entscheiden können. Dieser Zivile Friedensdienst sollte sich um die gewaltfreie Verteidigung, um den inneren Frieden in der Auseinandersetzung mit gewalttätigen Extremisten rechter und linker Couleur und auch um Auslandseinsätze kümmern.

So hat es die EkiBB in einer Erklärung „Ziviler Friedensdienst. Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln“ am 8. Juli 1994 vorgeschlagen.⁴³ Es gab dazu mehrere Anhörungen. Dieses Programm ist dann in der politischen Diskussion auf einen Friedensfachdienst einiger weniger Personen im Ausland verkürzt worden. Damit war es aus konservativer Sicht politisch entschärft. Es stellte das Militär nicht mehr grundsätzlich in Frage; es deutete nur noch auf lange Sicht eine Möglichkeit an. Ich habe 2007 eine Studienreise ins ehemalige Jugoslawien unternommen und konnte feststellen, dass diese Friedensfachleute gute Arbeit machen, aber aufgrund ihrer geringen Zahl nicht viel bewirken können und praktisch kein Instrument deutscher Politik darstellen.

Wir hatten ursprünglich die Hoffnung, dass mit dem Zivilen Friedensdienst Erwachsene jeden Alters und Geschlechts eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung erhalten und dann je nach ihren speziellen Begabungen sich auch in verschiedenen Konfliktsituationen einsetzen könnten. Ähnlich wie bei den Soldaten sollten innerhalb weniger Jahre zehntausende von einsatzfähigen Mitgliedern des Zivilen Friedensdienstes vorhanden sein. Das hätte auch auf dem Gebiete der Ausbildung und des Einübens im In- und Ausland erheblicher personeller und finanzieller Anstrengungen bedurft – ähnlich denen für Militär und Rüstung.

Ich fand es fatal, dass die Kirche klein bei gegeben hat und das kirchliche Establishment – zum Beispiel auch in der Person Wolfgang Hubers, der in Heidelberg als Friedensforscher gewirkt hatte – im Blick auf den Zivilen Friedensdienst nicht mehr von einer Alternative zum Militär, sondern von einer Ergänzung sprach. Vielleicht dachte Huber: Besser als nichts, und damit haben wir wenigstens den Fuß in der Tür. Es gibt heute die schöne Rede vom „Vorrang für zivil“ und im Deutschen Bundestag sogar den neuen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“.⁴⁴ Doch wenn es hart auf hart kommt, wird zurzeit mehr und mehr Militär und Polizei abkommandiert - ob nun bei innenpolitischen Auseinandersetzungen mit Rechts- und Linksextremisten oder bei Auslandseinsätzen im Kosovo, in Afghanistan oder in Mali.

⁴³Dokumentiert in: Th. Ebert: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln, Münster: Agenda-Verlag, 1997, S. 270-286

⁴⁴Ute Fickh-Krämer und Jan-Thilo Klimisch: 'Vorrang für zivil' im Parlament. Zur Arbeit des neuen Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Deutschen Bundestag, Berlin: Aphorisma-Verlag 2012, 47 S.

Ich will nicht sagen, dass die Suche nach einer Alternative zum Militär tot ist, aber gegenwärtig fehlt der Suche jeglicher Nachdruck. Darum habe ich eingangs auf die Lücke im Wahlkampfprogramm der SPD hingewiesen. Die Lage ist nicht hoffnungslos. Es gibt wahrscheinlich in allen Parteien Menschen, die sich einen effektiven Zivilen Friedensdienst wünschen – auch bei der CDU/CSU und der FDP. Ute Finckh, die Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung, ist Direktkandidatin der SPD in Berlin und es gibt auch bei der Linken und bei den Grünen ganz dezidierte Befürworter eines umfassenden Zivilen Friedensdienstes. Vielleicht verbinden sie sich auch noch fraktionsübergreifend, wie es die Frauen jetzt getan haben, um ihre Zahl in der Aufsichtsräten der großen Unternehmen zu steigern. Ich erinnere mich noch gut daran, dass Heiner Geißler einer der ersten war, der sich in der CDU für den Zivilen Friedensdienst einsetzte und ich habe bei der Friedrich-Neumann-Stiftung früher des Öfteren über Soziale Verteidigung gesprochen. Man weiß nie so genau, wann die Samen, die man ausstreute, aufgehen.

Wir sollten in der Diskussion über Widerstände und Chancen reden, den Zivilen Friedensdienst auszubauen und ihn an die neue Situation nach der Abschaffung bzw. Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht anzupassen. Wir müssen darüber reden, woran es liegt, dass im Moment der Nachdruck fehlt. Ich will mit dieser Frage aufhören. Ich sage nicht mit Brecht: Der Vorhang zu und alle Fragen offen. Es ist ganz anders: Wir haben jetzt den freien Blick auf die neuen Möglichkeiten gewaltfreier Politik, und doch haben wir Angst, dieses vor uns liegende, weite Land zu betreten. Wir wollen nicht weg von den Fleischtöpfen Ägyptens. Das ist furchtbar traurig – und ich wünsche, das ließe sich noch ändern, bevor wir feststellen müssen, dass wir das Heidelberger Noch unzulässig verlängert und versäumt haben, das Rettende zu tun.

15. Friedenserziehung im expansiven Industriesystem. Zur Bedeutung der Friedenspädagogik in Schule und Jugendarbeit⁴⁵

„What did you learn in school today?“

Vor genau einem Monat habe ich an einem Erfurter Evangelischen Gymnasium diesen Vortrag über die Bedeutung der Friedenspädagogik in Schule und Jugendarbeit schon einmal gehalten.⁴⁶ Mir sind inzwischen erhebliche Zweifel daran gekommen, dass ich diesen Vortrag hier in Magdeburg so wiederholen darf. Dabei befinden Sie sich in ungefähr derselben Situation wie die Erfurter Schüler. Auch Sie stehen bald oder in einem Jahr vor dem Abitur und vor der Frage, welchen Berufsweg Sie einschlagen sollen. Sie wissen, dass der Notendurchschnitt ausschlaggebend dafür sein kann, welche Fächer Sie studieren dürfen. Mit Ihren Schulnoten erbringen Sie eine Anpassungsleistung an die Anforderungen unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systems. Für diese Anpassungsleistung werden Sie belohnt durch - im weltweiten Vergleich - relativ kostengünstige Studienmöglichkeiten, und wenn Sie dann den Prüfungsanforderungen der jeweiligen Fächer entsprechen und wenn sie dann noch tüchtiger sind als die mit ihnen um Arbeitsplätze konkurrierenden Kommilitonen, werden Sie auch eine Beschäftigung erhalten, bei der Sie wiederum im globalen Vergleich ein hohes Einkommen erzielen werden, das es Ihnen ermöglichen wird, sich so einiges von den Konsumangeboten unseres gesellschaftlichen Systems leisten zu können. Ist das okay? Ja, daran habe ich meine Zweifel.

Es gibt eine klassische Zusammenfassung der politischen Leistungen unseres Schulsystems – besungen von Pete Seeger „What did you learn in school today?“ Man kann es nicht mehr so einfach auf youtube einspielen. Die GEMA hat die Finger drauf. Doch Ihr Englisch-Lehrer kann zumindest den Text noch beschaffen. Das ist das Lied von den angepassten Wählern unseres Establishments, die in little boxes on the hillside wohnen und ihre Parteiführer „again and again“ wählen. Pete Seeger beschreibt den Lebenslauf, der dem Abiturienten in Deutschland oder in den USA oder einem anderen reichen Industriestaat blüht. Und wer es dann nicht schafft, dem bleibt dann immer noch die Möglichkeit sich für die Profikicker von Bayern München oder irgend einem anderen Fußball- oder Hockeyclub zu begeistern. Im alten Rom köderte man das Volk mit Brot und Spielen – panem et circenses. Heute gibt es eine schmale Grundversorgung – genannt Hartz IV – und statt der Gladiatorenkämpfe eben den Profi-Fußball. Damit sorgt das Establishment für Frieden innerhalb der eigenen Mauern.

Nun funktioniert aber das System nicht so perfekt wie in dem Song Pete Seegers. Es gibt die Widersprüche innerhalb des Systems. Diese inneren Widersprüche entfalten eine gewisse Sprengkraft und es gibt diejenigen, die von außen an die Tore pochen und die sich nicht so einfach abschrecken lassen. Es gibt eine Reihe von globalen Problemen, die nur gelöst werden können, wenn man sich zu solidarischen Lösungen bereit findet. Aber diese Probleme kann man noch eine Zeitlang verdrängen und auch

⁴⁵ Vortrag beim Friedenspädagogischen Impulstag der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Magdeburg 15. November 2013. Erschienen in Forum Pazifismus, Heft 39/40, 2013, 37-43

⁴⁶Dokumentiert unter www.lebenshaus-alb.de/magazin/008229.html

die meisten Studierenden in Deutschland verdrängen sie noch.

Als ich in Ihrem Alter war, beunruhigte mich am allermeisten, dass unsere Regierenden sich in der Bundesrepublik mit der Bereitstellung von Atomwaffen auf den Dritten Weltkrieg vorbereiteten und Bundeskanzler Adenauer die taktischen Atomwaffen als eine Fortentwicklung der Artillerie verharmloste. Dabei war die Menschheit zum ersten Mal in der Lage, sich mit diesen Waffen – wie gigantisch oder kleinkalibrig sie auch waren - vollständig auszurotten. Das war die große Herausforderung, der sich in meiner Generation in der Bundesrepublik die Kriegsdienstverweigerer und in der DDR die sogenannten Bausoldaten, die das Gegenteil von Soldaten waren, stellten. Sie suchten nach Alternativen, und aus christlicher Sicht war diese Suche nach Alternativen auch die Frage nach dem von Gott eigentlich Gewollten.

Diese Suche nach Alternativen reizte mich nach dem mühsamen Abitur an dem vor mir liegenden Studium. Allerdings hatte ich keine Ahnung, wie man sich als Student über Alternativen zum System informieren könnte. Ich wusste gar nicht, was ein soziales System und was soziale Rollen sind. An der Universität gab es keine Friedens- und Konfliktforschung. Doch einfach nur anpassen wollte ich mich nicht und dann habe ich eben Fächer gewählt, bei denen man die Vergangenheit zumindest kritisch betrachten und die dabei gewonnenen Erkenntnisse weitergeben konnte. Doch auch in diesen Fächern – ich hatte Geschichte, Germanistik und Englisch gewählt – war bei der Anerkennung von Studienleistungen der Anpassungsdruck erheblich und ich verlor das in Aussicht gestellte Stipendium bei der Studienstiftung des Deutschen Volkes und verfehlte das erste Promotionsvorhaben an der Universität Tübingen, weil denjenigen, die mich fördern sollten, meine Denk- und Arbeitsweise nicht passte.

Glücklicherweise gab es aber dann im akademischen Betrieb Nischen, in denen sich Nonkonformistisches entwickeln und artikulieren konnte. Ich konnte schließlich an der Universität Erlangen meine Dissertation zum Thema „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ schreiben und publizieren und mich dann an der Freien Universität Berlin sogar mit Aufsätzen über den gewaltfreien Widerstand als Alternative zur militärischen Verteidigung habilitieren.

Das ist eine lange Geschichte. Ich bin dabei, sie zur Ermutigung nachwachsender Generationen in einer Autobiographie zu erzählen. Aber dies will ich an dieser Stelle jetzt nicht tun, (weitere Informationen auf meiner Homepage www.theodor-ebert.de); vielmehr will ich auf das wahrscheinlich auch Sie bedrängende Problem zurückkommen, dass Sie jetzt vom politischen und wirtschaftlichen System unter Anpassungsdruck gesetzt und für Konformismus belohnt werden, obwohl Sie vielleicht schon ahnen, dass etwas faul ist im Staate Dänemark.

Und was hat das jetzt mit „Friedenserziehung“ zu tun? Etwa so viel wie das Jesus-Wort: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Damit war gewiss nicht gemeint, dass er der Anführer eines bewaffneten Aufstandes sein wolle. Zu seinen Mitteln – respektive den Schwertern – hat er in der Bergpredigt das Erforderliche gesagt. „Selig sind, die da Frieden stiften“ und das ging eindeutig in Richtung „Schwerter zu Pflugscharen“. Er lehnte die Vergeltung für erlittenes Unrecht ab, aber er war sehr wohl dafür, dass man in der Gegenwart Tacheles redet und das Unrecht benennt und tatkräftig Veränderungen fordert und mit direkten Aktionen auch einleitet. Damit hat er die römische Besatzungsmacht und ihre einheimischen

Kollaborateure furchtbar geärgert. Und dann haben sie kurzen Prozess gemacht und ihn umgebracht. Das waren nicht die Römer und die Juden, sondern das jeweilige Establishment, das die wahren Verhältnisse nicht benannt haben wollte.

Nach der biblischen Überlieferung hat Jesus verbal ziemlich ausgeteilt. Wer lässt sich schon gerne als „Schlangen- und Otterngezücht“ bezeichnen?! Und den Händlern im Tempel hat er angeblich mit einer direkten Aktion das Geschäft vermässelt.

Mit so etwas macht man sich sehr unbeliebt. Anscheinend war die „Gewaltfreie Kommunikation“ à la Marshall Rosenberg zu Jesu Zeiten noch reichlich unterentwickelt. Es könnte aber auch sein, dass die Anhänger Jesu ihn nach seinem Tod nicht ganz korrekt zitiert haben – das sage ich zum Trost für diejenigen, die wie Martin Niemöller in schwierigen Situationen sich überlegen: „Was würde der Herr Jesus dazu sagen?“ Der Zorn ist nicht immer der beste Navi, wenn es darum geht, die passenden Worte zu finden. „Suaviter in modo, fortiter in re“ - also sanft im Ausdruck, doch hart in der Sache. Das ist kein Spruch von Jesus, aber auch Christen können diesen Rat weiser Lateiner beherzigen.

Der lange Marsch zum Frieden

Doch wie funktioniert nun die richtige Friedenserziehung? Ich müsste es eigentlich wissen, aber genau genommen kann ich Ihnen auch nur berichten, womit ich experimentiert habe. Und dann müsste man sehen, was aus den Absolventen meiner Kurse geworden ist. Doch nur bei wenigen konnte ich den Lebensweg verfolgen, und was bewirken schon ein oder zwei Kurse im Laufe eines Studiums oder die Lektüre eines Buches?

Bei meinen Einführungskursen zur Friedensforschung an der Freien Universität Berlin, am seit APO-Zeiten berüchtigten und heute eher zahmen Otto-Suhr-Institut, habe ich mit den Studenten kapitelweise Martin Luther Kings autobiographischen Bericht über den Busboykott in Montgomery im Jahre 1956 gelesen. Der amerikanische Titel dieses Buches ist „Stride toward Freedom“. Ich möchte ihn mal übertragen mit „Der lange Marsch zur Freiheit“. „Stride“ bedeutet auch Kampf, Einsatz, Engagement.

In diesem Bericht über den Busboykott von Montgomery, der darin bestand, dass die Schwarzen sich weigerten, die Busse zu benutzen, solange sie sich nicht auf alle freien Plätze setzen durften, gibt es eine Passage, in der es um das richtige Verständnis des Friedens geht.

Ich lese Ihnen jetzt aus diesem Buch eine Seite vor. Das ist jetzt ein bisschen wie in der Kirche. Da wird erst das Evangelium vorgelesen und dann predigt der Pfarrer darüber. Ich will – hoffentlich in aller Bescheidenheit – ähnlich verfahren.

Unter der Oberfläche hatte sich bis zum Jahre 1954 ein langsam schwelendes Feuer der Unzufriedenheit entwickelt, das durch die dauernde unwürdige Behandlung der Neger und durch die Ungerechtigkeiten, denen sie ausgesetzt waren, immer mehr geschürt wurde. Einige furchtlose Männer, die auf eigene Kappe protestierten, schufen die Atmosphäre für die soziale Revolution, die sich allmählich in den Südstaaten der USA, der sogenannten „Wiege der Konföderation“ [hier erinnert King an den amerikanischen Bürgerkrieg] vorbereitete.

1954 merkte man – oberflächlich betrachtet – noch nichts von dieser Unzufriedenheit.

Zu dieser Zeit nahmen die Neger und die Weißen das wohlgeordnete System der Rassentrennung noch als eine Selbstverständlichkeit hin. Kaum einer wagte es abzulehnen. Montgomery war eine beschauliche, man könnte auch sagen friedliche Stadt. Aber der Frieden war auf Kosten menschlicher Unfreiheit zustande gekommen.

Viele Monate später hielt mir einmal ein einflussreicher weißer Bürger von Montgomery vor: „Jahrelang hatten wir hier so friedliche und harmonische Beziehungen zwischen unseren beiden Rassen. Warum haben Sie und Ihre Anhänger sie zerstört?“ Meine Antwort war einfach. „Mein Herr“, sagte ich, „Sie haben niemals wirklichen Frieden in Montgomery gehabt. Sie hatten eine Art negativen Frieden, bei dem der Neger meist seine untergeordnete Stellung einfach hinnahm. Aber das ist kein wirklicher Frieden. Nicht dann ist Frieden, wenn man nichts von Spannungen merkt, sondern wenn Gerechtigkeit herrscht. Wenn heute die Unterdrückten in Montgomery aufstehen und anfangen, sich um einen dauernden positiven Frieden zu bemühen, so ist diese Spannung notwendig. Das hat auch Jesus mit seinem Wort gemeint: Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Jesus wollte damit bestimmt nicht sagen, dass er gekommen sei, ein wirkliches Schwert zu bringen. Sondern etwa das. ‚Ich bin nicht gekommen, diesen alten, negativen Frieden mit seiner tödlichen Passivität zu bringen. Ich bin gekommen, gegen einen solchen Frieden die Geißel zu schwingen. Wenn ich komme, gibt es Kampf und Konflikte zwischen dem Alten und dem Neuen. Wenn ich komme, scheiden sich Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Ich bin gekommen, einen positiven Frieden zu bringen, in dem Gerechtigkeit und Liebe wohnen, ja – ich bin gekommen, das Reich Gottes aufzurichten‘.“

Der Frieden zwischen den Rassen, wie er in Montgomery bestanden hatte, war kein christlicher Frieden. Es war ein heidnischer Frieden und er war zu einem zu hohen Preis erkaufte worden.

Und dann schildert King den Zustand der Rassendiskriminierung in den Bussen von Montgomery. Die Weigerung, diese Diskriminierung bei der Sitzordnung in den Bussen weiter zu akzeptieren, hat einige Weiße so geärgert, dass sie mit Mord und Todschlag gegen die Schwarzen und auch gegen ihre weißen Helfer vorgingen. Manche von Ihnen haben wahrscheinlich den Film „Mississippi burning“ im Fernsehen betrachtet. Wenn Sie die Erinnerungen Coretta Kings an ihren Mann lesen, dann wird ihnen auffallen, dass immer wieder der Toten auf diesem langen Marsch zur Freiheit gedacht wird. Ihre Namen sind bekannt. Sie sind nicht vergessen – und als Friedensforscher ist mir wichtig, dass ihre Zahl überschaubar geblieben ist. Bei Bürgerkriegen gehen die Opferzahlen in die Tausende und die Zehntausende. Vergleichen Sie mal die Zahlen im Algerischen Befreiungskrieg und im indischen Befreiungskampf unter Gandhis Leitung!

Was hat dies mit uns, mit der Friedenserziehung in Deutschland und in Europa zu tun? Die meisten Deutschen sind keine Rassisten wie die Konföderierten in den Südstaaten der USA – auch wenn uns Bestseller wie Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ und die NSU-Morde nachdenklich stimmen sollten. Zwischen den NSU-Morden und den Aktivitäten des KuKluxKlan gibt es Parallelen. Doch solch plumper Rassismus ist in Deutschland – nach den erschütternden Erfahrungen mit dem Antisemitismus - nicht länger mehrheitsfähig. Doch unser Problem wird sichtbar, wenn vor Lampedusa Hunderte von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden im Mittelmeer ersaufen

und den Innenministern nichts Besseres einfällt als die Grenzschützen zu verschärfen, die Abschiebungen zu effektivieren und die Schlepper als die Bösen anzuprangern. Und das Schlimme ist: Es sieht so aus, als ob sich da nichts ändern wird. Es wird in Deutschland demnächst zu einer großen Koalition der Abwehrwilligen in der Festung Europa kommen. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn von € 8.50 werden die sozialdemokratischen Gewissen ruhig gestellt. Dann ist alles paletti und über Flüchtlingspolitik, Armutsbekämpfung in Afrika und Waffenexporte in die Golfstaaten und die Kleinkaliberwaffen von Heckler & Koch in den Händen afrikanischer Kindersoldaten redet man nicht mehr. Ja doch, man redet noch ein bisschen darüber, aber man tut nichts Effektives dagegen. Dabei hatte Jesus bei den Seligpreisungen der Bergpredigt ausdrücklich die Friedensmacher (pacifici) und nicht die Friedensredner und die Friedenspreisträger im Auge.

Es gibt noch ein paar Störenfriede in den künftigen Regierungsparteien und in der Restopposition, bei den Grünen und bei der Linken. Doch etwas Effektives wird nicht getan. Das ist Mutti Friede. Oh ja, Angela Merkel ist eine sympathische Frau. Das ist ein Mensch wie wir. Sie denkt und fühlt wie die Mehrheit der Deutschen. Aber das heißt eben nicht, dass ihre Politik okay ist.

Der faule Friede und die ersten Schritte zum wahren Frieden

Wer sagt den Deutschen noch die Wahrheit wie ein Martin Luther King? Ich zitiere ihn noch einmal: „Nicht dann ist Frieden, wenn man nichts von Spannungen merkt, sondern wenn Gerechtigkeit herrscht.“ Und in Deutschland herrscht noch keine Gerechtigkeit, wenn ein Mindestlohn von € 8.50 durchgesetzt wird. Global gesehen sind auch die deutschen Arbeiter – und erst recht die deutschen Beamten und die Professoren mit ihren komfortablen Pensionen - privilegiert. Lenin sprach hier von „Arbeiteraristokratie“. Ich bin kein Leninist und lehne Lenins Parteimodell ab, aber manche seiner analytischen Aussagen sind nicht von der Hand zu weisen.

Was ist in einer solchen Situation Friedenserziehung? Der erste Schritt ist, dass man die Verhältnisse analysiert mit dem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit und der zweite Schritt ist dann, dass man überlegt, wie man die ungerechten Verhältnisse – und ich sage dies vorweg - mit gewaltfreien Mitteln ändern kann.

Zu den gewaltfreien Mitteln werde ich mich im zweiten Teil meines Referates noch äußern. Doch zunächst möchte ich auf die Hemmnisse hinweisen, die einer Analyse der Verhältnisse unter dem Gesichtspunkt lokaler und globaler Gerechtigkeit entgegenstehen.

Wenn es um die Gerechtigkeit schlecht steht, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass Menschen vom Typ des Michael Kohlhaas auftreten und mit Gewalt aufbegehren und die Verhältnisse zu ändern suchen. Wenn dies geschieht, dann ruft das Establishment auf zum „Krieg gegen den Terror“. Das haben wir erlebt nach den spektakulären Anschlägen gegen die Twin-Towers in New York. Da setzte auch bei deutschen Politikern der Verstand aus. Da wurde von „uneingeschränkter Solidarität“ gesprochen und dem militärischen Eingreifen in Afghanistan zugestimmt. Die Deutschen hatten nach 9/11 einen neuen Feind, den „radikalislamischen Taliban“. Diesen führte Verteidigungsminister Franz Josef Jung von nun ab im Munde. Ich hätte ihn ja gerne mal gefragt, was er denn unter einem „radikalislamischen Taliban“ versteht und wie er es er-

klärt, dass der Anbau von Mohn sich in Afghanistan nach dem Sieg über die Taliban multipliziert hat.

Die Terroristen können die amerikanische und die europäische Volkswirtschaft mit ihren Anschlägen nicht wirklich gefährden, solange sie die Atomkraftwerke nicht attackieren, woran das Gewissen sie hindern möge. Doch die entsetzlichen Taten der Terroristen gegen Mitläufer des herrschenden Systems oder gegen einzelne Promis wie z.B. den Bankier Herrhausen können positive Gefühle, gar Sympathie für die Träger des insgesamt ungerechten Systems mobilisieren.⁴⁷ Und wenn jemand dann mahnt und empfiehlt, über die tiefer liegenden Ursachen des Terrors nachzudenken und diese Ursachen zu bekämpfen, wird er zum Naivling oder gar Sympathisanten des Terrors erklärt.⁴⁸

Kritik der Kriegspropaganda

Zur kritischen Friedenserziehung gehört unbedingt, sich mit der Propaganda zu befassen, mit welcher die Herrschenden ihre Ansprüche und ihr – angeblich alternativloses, obgleich völkerrechtswidriges - militärisches Eingreifen in andere Staaten zu rechtfertigen suchen.

Ein Höhepunkt dieser Propaganda-Lügen war am 5. Februar 2003 der Auftritt des amerikanischen Außenministers Colin Powell bei den Vereinten Nationen mit dem Versuch, im Irak die Bereitstellung von Raketen mit Massenvernichtungsmitteln nachzuweisen. Ich habe mir die Fernsehübertragung dieses Auftritts angesehen. Wenn man diese Sendung heute wiederholen würde? Wäre das peinlich! Als Pensionär hat sich Powell später dieses Auftritts geschämt und ihn als Schandfleck in seiner Karriere bezeichnet. Das spricht für Powell als Charakter, doch diese Show war nun mal bezeichnend für die Methode, mit der das Establishment das Volk hinter Licht führt, von Demokratie redet und Öl meint.

Den Verlauf der Intervention im Irak muss ich hier nicht nachzeichnen. Saddam Hussein wurde abgesetzt, gefasst und hingerichtet. Hussein war ein übler Typ, doch mit einem Todesurteil war nichts gewonnen. Die militärische Intervention der USA im Bündnis mit den Willigen hat für die Masse der Iraker eine Verschlechterung der Lage gebracht.

⁴⁷ Siehe den verständnisvollen und einfühlsamen Roman Tanja Langers: Der Tag ist hell, ich schreibe dir. München: Langen-Müller, 2012, 406 S.

⁴⁸ Ein Musterbeispiel für diese ideologische Form der Abwehr von System- und Selbstkritik ist ein Sammelband Henryk Broders, eines Mitarbeiters des Magazins „Der Spiegel“ und eines preisgekrönten Journalisten. Unter dem Titel „Kein Krieg, nirgends: Die Deutschen und der Terror“ hat er eine Reihe von ansatzweise selbstkritischen Reaktionen auf 9/11 gesammelt und kommentiert. Er berief sich dabei auf einen Satz von Karl Kraus „Mein Herr, wenn Sie nicht schweigen, werde ich sie zitieren.“ Im Zuge dieses Sammelns von Zitaten, hat er sich auch einen Beitrag von mir vorgeknöpft.

Ich stehe noch zu diesem Vortrag, den ich zwei Wochen nach 9/11 bei der Bürgerinitiative Freie Heide, die sich gegen einen Bombenabwurfplatz wandte, in der Kurt-Tucholsky-Gedenkstätte in Rheinsberg gehalten habe. Der Titel war „Pazifismus nach den Terroranschlägen in den USA“. (In: Gewaltfreie Aktion. Vierteljahresshefte für Frieden und Gerechtigkeit, Karlsruhe, Heft 129, 2001, S. 6-15) Rückblickend hielte es für eine pädagogisch sinnvolle Übung, Broders Kritik und meinen Vortrag aus dem Jahre 2001 nach den Erfahrungen der Interventionen in Afghanistan und dem Irak noch einmal zu lesen. Das Zitat von Karl Kraus könnte sich als Bumerang erweisen. „Mein Herr, wenn Sie auch im Rückblick nicht lernen, werde ich sie zitieren.“ In den Jahren 2001 und 2002 trug Hendrik Broder bei seinen häufigen Auftritten im deutschen Fernsehen demonstrativ eine amerikanische Flagge am Revers. Jetzt sehe ich die Fahne bei ihm nicht mehr. Lernprozesse sind also möglich. Man muss ja die sperrige Fahne nicht gleich zu verschlucken suchen, wie der Vater des Blechtrommlers das Hakenkreuz-Bonbon.

Widerstand gegen Diktaturen

Angesichts solcher Erfahrungen wird derjenige, der sich mit Friedenserziehung befasst, die Frage stellen: Muss man sich mit der Existenz von üblen Diktaturen, die Menschenrechte verletzen, abfinden oder gibt es doch Möglichkeiten, sie zu überwinden?

Wenn man diese Frage so stellt, sollte man zunächst einmal unterscheiden zwischen den Diktaturen, die mit den reichen Ländern wirtschaftlich kooperieren und den anderen Diktaturen, welche uns keine wirtschaftlichen Vorteile bieten können.

Erstere brauchen sich vor militärischen Interventionen der reichen Länder nicht zu fürchten. Die Regierungen der reichen Industriestaaten reden viel von Demokratie, liefern aber den Diktatoren die Waffen zur Unterdrückung von gewaltsamen Aufständen. Bei den Panzerbestellungen der Saudis und anderer Ölpotentaten ist dies offensichtlich. Wir dürfen gespannt sein, ob zu diesen Waffengeschäften sich etwas Effektives in den Koalitionsvereinbarungen finden lassen wird.

Nun gibt es andere Diktaturen, die mit dem westlichen Establishment nur bedingt oder gar nicht kooperieren. Diese würde man dann gerne durch willigere Eliten ersetzt sehen. In Großbritannien und Frankreich und ansatzweise auch in den USA meinte man eine Zeitlang, eine solche Zusammenarbeit mit den Willigen könne in Syrien funktionieren. Mittlerweile graust es aber auch westlichen Regierungen vor der Zusammensetzung der syrischen Befreiungskämpfer und deren Gräueltaten, auch wenn in unserer Presse darüber nur ganz spärlich berichtet wird.

Was lehrt uns der „arabische Frühling“?

Nun haben einige aufrechte Demokraten in Europa und den USA sich zumindest über den arabischen Frühling gefreut, also über die zunächst erfolgreichen gewaltlosen Aufstände in Tunesien und Ägypten. Mein amerikanischer Kollege und langjähriger Freund, der Bostoner Konfliktforscher Gene Sharp, der ausschließlich gewaltfreie Methoden befürwortet, erhielt den Alternativen Nobelpreis. Das hat auch mich sehr gefreut. Sharp hat diese Anerkennung verdient, aber die ihn feierten haben die Probleme, einen gewaltfreien Aufstand in eine geordnete Demokratie zu überführen, unterschätzt. Man hat zu wenig getan, diese Demokratisierungsbewegungen in Tunesien und Ägypten zu unterstützen. Der deutsche Außenminister hat schöne Reden gehalten – ein wahrer König Silberzunge. Doch ihm fehlten die Instrumente und die Personen, diese gewaltfreien Aufstandsbewegungen zu unterstützen. Dem nächsten deutschen Außenminister wird es ähnlich gehen. Man kann nur noch hoffen, dass die Bundesregierung wenigstens die Finger von militärischen Abenteuern lässt. Da höre ich mittlerweile immer wieder sehr gefährliche Töne. Wenn der Bundespräsident von den Soldaten als den „Mutbürgern“ spricht, und ich dabei an die Bomben auf die Tanklaster bei Kunduz denke, dann schaudert es mich. Mit militärischen Mitteln können wir schlechterdings nichts Positives bewirken. Mission impossible. Da ist man auch bei allem Mut fehl am Platze.

Eine Alternative: Ziviler Friedensdienst

Ich habe Anfang der 90er Jahre als Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg vorgeschlagen, als Alternative zum Militärdienst einen

zivilen Friedensdienst aufzubauen. Dieser Zivile Friedensdienst sollte sich um innere Konflikte – wie z.B. den Rechtsextremismus -, um junge Demokratien im Ausland und auch um die Landesverteidigung, falls diese denn notwendig werden sollte, kümmern. Dieses Konzept ist nach einigen Einsprüchen auch unterstützt worden – allerdings in einer sehr abgeschwächten Form. Aus der Grundausbildung in gewaltfreiem Handeln für Zehntausende, die mir vorschwebte, wurde die Rekrutierung von wenigen hundert beruflich vorgebildeten Friedensfachkräften. Diese wenigen zivilen Fachkräfte konnten die Alternative zum Militär nur noch andeuten, aber nicht mehr effektiv praktizieren. Dazu hätte man viel mehr investieren müssen. Stattdessen haben wir mal wieder im Gefolge der Amerikaner eine halbe Milliarde Euro für Drohnen und ähnliches Kriegsgerät verpulvert.

Man stelle sich vor, wir hätten wirklich zehntausend ausgebildete Mitglieder des Zivilen Friedensdienstes gehabt und hätten sie – auf Einladung - nach Ägypten entsandt, um an den Universitäten und in den Dörfern beim Aufbau basisdemokratischer Strukturen zu helfen. Ich bin ziemlich sicher, dass es möglich gewesen wäre, die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Kopten und Muslimen zu verhindern und die gemäßigten Muslimbrüder für eine Kooperation zu gewinnen. Wie schwierig das ist, aber was auch möglich ist, zeigt der lebenslange Einsatz Gandhis für die Zusammenarbeit von Hindus, Christen und Muslimen.

Bei einer Erkundungsreise in den Kosovo habe ich den Eindruck gewonnen, dass die ganz wenigen Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes dort gute Arbeit machen, aber ihre Zahl zu gering ist, um den tief sitzenden Animositäten zwischen Serben und Kosovaren und der Diskriminierung der Roma zu begegnen.⁴⁹

Ich behaupte nicht, dass der Zivile Friedensdienst das Allheilmittel für die Friedensprobleme ist. Es kommt hier auf die flankierenden wirtschaftspolitischen und pädagogischen Maßnahmen an. Doch wenn man zu einer selbstkritischen Analyse kommt und sich klar macht, dass wir die Mittel ganz massiv umverteilen und die Prioritäten ganz neu setzen müssen, dann kann man auch echte Friedenspolitik im Sinne Martin Luther Kings machen.

Die Hauptschwierigkeit bei der Friedenserziehung ist, dass wir als erstes begreifen müssen: Im Blick auf die globalen Verhältnisse sind wir in den reichen Ländern nicht die Guten; vielmehr gleichen wir dem weißen Bürger von Montgomery, der zu Martin Luther King sagte: *„Jahrelang hatten wir hier so friedliche und harmonische Beziehungen zwischen unseren beiden Rassen. Warum haben Sie und Ihre Anhänger sie zerstört?“* Wer hierzulande Friedenserziehung betreiben will, hat es schwer mit sich und den Schülern: Er muss klar machen, dass wir im Blick auf Montgomery nicht den Schwarzen gleichen, sondern allenfalls den Weißen, die mit ihrem Sinn für Gerechtigkeit begreifen, dass man mit den angeblich so friedlichen und harmonischen Beziehungen nicht weitermachen kann wie bisher.

George W. Bush hat nach dem Attentat auf die Twin Towers in New York seine amerikanische Innen- und Außenpolitik gemacht mit dem Anspruch „Wir sind die Guten.“ Wenn man aber auf soziale Gerechtigkeit achtet und über Klimaschutz usw.

⁴⁹ Th. Ebert: Vor Ort mit dem Zivilen Friedensdienst. Spätsommerliche Reise ins frühere Jugoslawien. Karlsruhe: Gewaltfreie Aktion, Heft 152, 3. Quartal 2007, erschienen im Mai 2008, 47 S.

nachdenkt, dann zeigt sich, dass wir zu den Hauptübeltätern gehören und dass wir uns ändern müssten. Das habe ich vor einem Monat in Erfurt bei meinem Vortrag zum selben Thema noch nicht so deutlich gesagt.

Warum denn nicht? Für dieses Sich-Ändern gibt es keine einfachen Rezepte. Jedenfalls sind viele Änderungen mit Kosten verbunden und verlangen Einschnitte in uns vertraute Gewohnheiten. Einiges wird als schmerzhafter Verzicht empfunden werden. Erinnern wir uns: Für die Bürger der DDR bedeutete es einen schmerzhaften Verzicht, dass man nicht in alle Welt reisen konnte. Jetzt sind solche Reisen möglich, aber die Frage lautet jetzt: Welche Nah- und Fernreisen sind unter dem Gesichtspunkt globaler Gerechtigkeit zu verantworten? Und wenn man so fragt, dann melden sich als erste alle diejenigen, welche ihren Lebensunterhalt damit verdienen, dass so expansiv gewirtschaftet wird. Wer Luxusliner baut – und da sind viele tätig – wird dagegen sein, diese Art von Konsum freiwillig zu beschränken. Das gilt für viele Bereiche unserer Wirtschaft. Und viele Volkswirte werden sagen: Nur wenn wir die fragwürdigen Produkte herstellen und nutzen, haben wir die Mittel – sprich Steuereinnahmen –, die wir dringend brauchen, um die Programme für mehr soziale Gerechtigkeit zu finanzieren oder auch nur, um die soziale Gerechtigkeit auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten. Also: Von den Steuereinnahmen aus der Automobilproduktion werden dann auch die Studienplätze an den Universitäten bezahlt und die Pensionen der Professoren und der Pfarrer, die im globalen Vergleich doch recht stattlich sind.

Und dann ist es schon vorbei mit der Reformfreudigkeit und man sagt sich klammheimlich: Dann lassen wir Mutti halt weiter wursteln, auch wenn es nicht mehr lange gut gehen kann.

Und das ist dann das Ende vom Lied bei der Friedenserziehung – und wie singt doch Pete Seeger - „and we elect them again and again“. Das ist das Lied von der Korruption der Wähler in der Demokratie. Wenn wir die etablierten Koalitionäre nicht mehr wählen, ist dies auch für uns riskant. Es kostet uns kurz- und mittelfristig einiges und es ist nicht sicher, dass dann langfristig der erhoffte Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit und Frieden eintreten wird.

Ich weiß, ich weiß, so darf ich jetzt nicht enden. Am Ende einer Predigt darf man nicht sagen: Mahlzeit! Da muss etwas Ermutigendes aufs Tablett kommen.

Das Patentrezept habe ich nicht, aber Sie kennen alle die Geschichte von den beiden Fröschen, die in die Milch gefallen sind. Der eine sagte, auf lange Sicht ist unsere Lage hoffnungslos, darum genieße ich den Augenblick und ersaufe dann eben. Der andere sparte seine Kräfte und strampelte und strampelte und hielt solange durch, bis sich eine Butterinsel bildete, auf welcher er überleben und über den Rand springen konnte.

Ich wünschte mir, es gäbe in der Bundesrepublik Menschen mittleren Alters wie Martin Luther King, die uns, aber besonders der jungen Generation deutlich machen, dass wir gegenwärtig unserer Verantwortung nicht gerecht werden und dass wir auf dem falschen Dampfer sind, wenn wir uns einbilden, wir könnten so weitermachen wie in den letzten Jahren und in erster Linie darauf achten, dass der Export stimmt und wir dann auf Teufel komm raus konsumieren können. Das sollte jeder sich fragen, wenn er morgens in den Spiegel blickt.

Die Verantwortung der nachwachsenden Generationen

Doch was bedeutet dies für einen jungen Menschen, der nach dem Abitur doch in erheblichem Umfang sein Leben planen kann?

Er oder sie müssen es vor allem wagen, den eigenen Verstand zu gebrauchen und die Verhältnisse unter globalen Gesichtspunkten selbständig zu analysieren. Die Jungen müssen aufhören, sich von Mutti Angela einreden zu lassen, dass es uns gut geht und dass wir dies auch verdient haben, weil wir so tüchtig sind und hart arbeiten.

Wir dürfen aber nicht bei der Analyse, die gar so leicht im Zynismus endet, stehen bleiben, sondern wir sollten anfangen, mit einem alternativen Leben zu experimentieren. Diese möglichen Experimente sind vielfältig und es gibt sie auf vielen Berufswegen. Und wir werden noch auf einige Zeit Kompromisse eingehen müssen mit fragwürdigen Verhaltensweisen. Wir können nicht vollständig und sofort aussteigen, aber einiges ist eben doch möglich und jeder und jede sollte sich rote Linien ziehen, die aus sozialer Verantwortung nicht mehr überschritten werden dürfen. Und das müssen wir der Politik signalisieren: Wir lassen uns nicht erpressen, diese roten Linien zu überschreiten. Das hätte Bundeskanzler Schröder im Voraus signalisiert werden müssen, bevor er seine Partei und die Grünen erpresste mit dem Absicht, sich an der Intervention in Afghanistan zu beteiligen.⁵⁰ Da muss jeder Mensch seine eigenen roten Linien ziehen und dann sollte er mit Alternativen experimentieren. Alle Berufswege sollten sich dadurch legitimieren, dass zu ihrem mutmaßlichen Verlauf zuvorderst gefragt wird: Ist das, was ich hier tue, auf die Armen dieser Erde übertragbar oder nutze ich hier schamlos eine privilegierte Position?

So zu fragen ist auch intellektuell anstrengend. Man muss sich Informationen und praktische Alternativen erarbeiten, die nicht auf dem Markt und vielleicht auch nicht auf den Lehrplänen der Universitäten angeboten werden.

Ich nehme jetzt mal das Beispiel „Ziviler Friedensdienst“. Sie können sich sagen: Ich will mein Studium so ausrichten, dass es mich befähigt, in einem Zivilen Friedensdienst aktiv zu werden. Möglich ist dies. Heute Nachmittag wird Agnes Sander von ihren Erfahrungen mit dem Zivilen Friedensdienst in Kamerun berichten.

Aus Zeitgründen kann ich Ihnen jetzt nicht das Curriculum einer Ausbildung für den Zivilen Friedensdienst vorstellen. Hier muss auch noch weiter experimentiert werden. Ich habe am Otto-Suhr-Institut mehrfach Trainings in gewaltfreier Konfliktaustragung angeboten und die Studenten und auch ich haben die dabei gesammelten Erfahrungen in Tagebüchern und Berichten über die Trainingseinheiten festgehalten. Das Ziel war es, die Übungen so anschaulich zu beschreiben, dass sie auch von nicht Beteiligten aufgegriffen, nachgeahmt und verbessert werden konnten. Das lässt sich nachlesen in meinem Buch „Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln“, Münster: Agenda Verlag, 1997. Es ist vergriffen, aber es lässt sich herunterladen unter www.lebenshaus-alb.de.

Für den Zivilen Friedensdienst gibt es keine so gesicherten Arbeitsplätze wie zum Beispiel für junge Ärzte. Zur Ausbildung zum Zivilen Friedensdienst gehört auch, dass die Auszubildenden und die Lehrkräfte parallel auf den politischen Willensbil-

⁵⁰ Vgl. Th. Ebert: Das Nein zur Intervention in Afghanistan. Eine pazifistische Entscheidung. [Brief an den Freund und Grünen-Politiker Roland Vogt vor dem Rostocker Parteitag im Nov. 2001]. In: Th. Ebert: Aus dem Leben eines Friedensforschers. Experimentelle Texte. Gewaltfreie Aktion, Heft 147-149, 2006, S. 136-142.

dungsprozess so einwirken, dass diese Arbeitsplätze entstehen.

Mehrere meiner Studenten haben solche Arbeitsplätze für gewaltfreie Basisaktivisten selbst kreiert. Da gab es Durststrecken, und reich – im monetären Sinne - ist noch keiner geworden, aber es gab immer wieder Institutionen und einzelne Menschen, die froh waren, dass es solche gewaltfreien Basisarbeiter und Trainer in gewaltfreier Aktion gibt und dass man sie engagieren kann. Es gibt heute kaum mehr eine große Initiative (NGO), die nicht mit solchen Profis arbeiten möchte. Doch wenn man den Zivilen Friedensdienst groß aufziehen will, braucht man noch viel mehr Trainer. Für zehn Auszubildende braucht man mindestens einen Trainer.

Ich behaupte nicht, dass diese Selbstausbildung zum gewaltfreien Basisaktivisten die Lösung für das Problem des Aufarbeitens der moralischen Defizite unserer Gesellschaft ist, aber ich bin sicher, dass wir die Verhältnisse nicht ändern können, wenn es dieses Reservoir von qualifizierten gewaltfreien Ökoaktivisten und Friedensarbeitern nicht gibt.

Das letzte Thema einer Dissertation, das ich am Otto-Suhr-Institut betreut habe, galt dem Leben eines solchen Basisaktivisten: Ulrich H. Philipp: Politik von unten. Wolfgang Sternstein. Erfahrungen eines Graswurzelpolitikers und Aktionsforschers, Berlin: NORA-Verlagsgemeinschaft, 2006. Sternstein hat nun auch selbst noch einen Erfahrungsbericht vorgelegt: „Atomkraft – nein danke!“. Der lange Weg zum Ausstieg, Frankfurt: Brandes & Apsel, 2013. Ich möchte dieses Buch Martin Luther Kings Bericht über den Busboykott in Montgomery an die Seite stellen.

Wir brauchen solche ermutigenden Berichte – und es ist gut zu wissen, dass aus der Außerparlamentarischen Opposition oder auch aus der Bürgerrechtsbewegung in der früheren DDR nicht nur sich anpassende Konsumenten hervorgegangen sind, sondern Leute, die den langen Marsch durchgehalten haben und eben nur manchmal sehr traurig sind, dass es so langsam vorangeht und dass es nicht mehr sind, who are still on the road, die immer noch strampeln und unterwegs sind.

16. Was ist und wie funktioniert gewaltfreier Widerstand? Anregungen für Fortgeschrittene⁵¹

Zwischen politischer Bildung und Agitation

Dies ist eine Veranstaltung zur politischen Bildung. Ich spreche hier also nicht als Agitator einer sozialen Bewegung, die ein bestimmtes Ziel vor Augen hat. Agitatoren dieser Art waren Rosa Luxemburg und Martin Luther King. Auch ich befand mich gelegentlich in der Rolle des Agitators, z. B. beim Widerstand gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide. Da galt es die Bürgerinitiative Freie Heide in ihrem Widerstand zu bestärken und mit Vorstellungen zur Widerstandsorganisation zu unterstützen.

Auch mein Freund Dr. Wolfgang Sternstein, ein Art opinion leader im Widerstand gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21, befindet sich in der Rolle des Agitators, der sein politikwissenschaftliches Wissen über den gewaltfreien Widerstand direkt in die Bewegung einzubringen sucht, indem er bei den Aktionen in vorderster Front steht oder sitzt und dann auch die volle Ladung abbekommt, sei es in der Form von Kampfsprays oder - nach seiner Festnahme - in Form von Strafanzeigen und Gerichtsurteilen.

Hier und jetzt habe ich bei diesem Referat kein bestimmtes Kampagnenziel im Auge. Ich soll in allgemeiner Form zeigen, wie sich gewaltfreie Aktionen einsetzen lassen, um für ein friedliches Zusammenleben und für soziale Gerechtigkeit zu wirken. Ich gehe davon aus, dass Sie als meine Zuhörer bereits einiges Wissen über die Ziele und das Funktionieren des gewaltfreien Widerstand mitbringen. Dieses Wissen haben Sie meistens der Darstellung von Aktionen in den Medien und einige auch der eigenen teilnehmenden Beobachtung zu verdanken. Und was nun die Medien anbelangt, weiß man das Meiste nicht aus Lehrbüchern, sondern aus Zeitungen und Bildmedien.

Diese Tagesnachrichten und die Bildberichterstattung sind wichtig. Sie bieten Anschauung. Doch dieser fehlt häufig noch die Reflexion und die Begriffsbildung, die nun mal zur strategischen Planung und zur Stabilisierung von Teilerfolgen bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung gehören.

Ich setze also bei Ihnen jetzt einiges an Anschauung voraus und sehe meine Hauptaufgabe heute Vormittag darin, mit Ihnen über die Strategie des Einsatzes von gewaltfreien Aktionen und auch über die Auswahl der passenden Aktionen zu sprechen. Ich halte jetzt keine systematische Vorlesung über die gewaltfreie Aktion, sondern ich offeriere eine Sammlung von Notizen und Anregungen, die sich nicht an greenhorns, sondern an Fortgeschrittene richtet.

Die Bedeutung der Fallstudien und unsere Leitfragen

Wenn ich an der Universität dieses Thema zu behandeln hatte, dann habe ich gerne Fallstudien herangezogen und zwar mit Vorliebe solche, die von Teilnehmern gewaltfreier Aktionen verfasst worden waren. Doch es gibt auch solche, welche Politikwis-

⁵¹ Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen der Veranstaltung „Mit Aktionstrainings und gewaltfreiem Widerstand die Welt verändern?“ am 24. Januar 2014 in Berlin

senschaftler nachträglich auf der Basis von Befragungen und dem Studium von schriftlichen Quellen angefertigt haben.

Als besonders geeignet hat sich Martin Luther Kings Bericht über den Busboykott in Montgomery erwiesen. Der englische Titel ist „Stride Toward Freedom“. Ich möchte dies übersetzen mit „Der lange Marsch zur Freiheit“. Von Gene Sharp, der den Alternativen Nobelpreis für seine kurze Anleitung zum gewaltfreien Aufstand gegen Diktatoren gewonnen hat, weiß ich aus lebenslanger Freundschaft, dass er vor seiner dreibändigen systematischen Abhandlung über „The Politics of Nonviolent Action“ mehrere Fallstudien verfasst und dann eine umfangreiche Sammlung von Aktionsmethoden angelegt hat. Und ich kenne keinen bedeutenden Theoretiker und Strategen der gewaltfreien Aktion, der sich nicht intensiv mit dem Leben und den Kämpfen Gandhis und Kings befasst hätte.

Dieses Studium von Kampagnen und Lebensläufen hat den Vorteil, dass man sich auch in neuartigen Situationen fragen kann: Was hätten Gandhi oder King jetzt in meiner Lage getan? Das soll nicht heißen, dass diese Vorbilder unfehlbar gewesen wären – sie haben mehrfach offen über ihre strategischen Fehler und auch über persönlichen Verfehlungen gesprochen –, aber solche biographischen Kenntnisse und solche detaillierten Fallstudien können uns helfen, in schwierigen Situationen Auswege zu finden.

Es gibt auch unter den Deutschen solche Vorbilder. Unter Christen werden immer wieder genannt Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller. Ich habe Niemöller mehrfach gehört und seine Reden eingehend studiert. Und wenn es um das richtige Handeln ging, hat er seine Mitchristen gefragt: „Was würde der Herr Jesus jetzt dazu sagen?“ Das passt schon, aber so wird man auch nicht auf alle aktuellen Fragen eine einfache Antwort finden. Doch wer so fragt, kann auf Ideen kommen oder zumindest merken, was nun gar nicht geht. Da habe ich zum Beispiel bei unserer Bundeskanzlerin die Hoffnung, dass das Pfarrhaus als Kinderstube bei ihr noch nachwirkt und sie in bestimmten Situationen merkt, was nun gar nicht geht, weil der Herr Jesus sagen würde: Liebe Angela, so nicht! Und wir sollten nicht nachlassen, auch dem Christen Barack Obama auf diese Weise ins Gewissen zu reden.

Aber bleiben wir jetzt mal zuerst bei uns selbst. Wir spüren doch, dass mit der Verteilung der Güter dieser Erde vieles nicht in Ordnung ist; wir wissen, dass Unrecht geschieht und Menschen ausgebeutet werden von anderen, die sich einbilden, Reichtümer anhäufen zu müssen, um glücklich zu sein.

Können Privilegierte solidarisch handeln?

Das spezielle Problem unserer Lage ist, dass wir in globaler Sicht zu den Privilegierten, genau genommen zu den Ausbeutern gehören, obwohl wir dies vielleicht gar nicht wollen. Doch so wie die Dinge liegen, können wir in der Industriegesellschaft nur überleben, wenn wir zumindest partielle diese böse Spiel mitmachen. Lenin und Rosa Luxemburg würden uns möglicherweise der „Arbeiteraristokratie“ zurechnen, und da ist es dann sehr die Frage, ob die Armen dieser Erde wirklich auf unsere Solidarität zählen dürfen. Ich bin da skeptisch, und darum gehörte es zu den wichtigsten strategischen Überlegungen Gandhis, dass er sagte: Die Aufständischen müssen ihre Kampagnen aus eigener Kraft, auch mit eigenen Mitteln bestreiten. Das funktioniert

bei gewaltfreien Methoden am besten. Wenn man Waffen oder gar ausländische militärische Unterstützung braucht, dann kommt man in Teufels Küche, wie sich in Libyen und Syrien exemplarisch beobachten lässt. Und es ist eben auch sehr fragwürdig, wie in Ägypten das einheimische Militär gesund zu beten mit Sprüchen von der Art „Das Volk und das Militär sind eins“. Zu einem richtigen gewaltfreien Aufstand gehört, dass man auch die Abschaffung des Militärs ins Auge fasst und von Anfang an betreibt.

Jetzt werden viele sagen: Das ist unrealistisch, aber Gandhi war der Typ, der dies schon sehr bald zu einem Bestandteil seiner Vorstellung eines entkolonialisierten Indiens gemacht hat. Er wollte keine indische Armee und keine schwer bewaffnete indische Polizei, sondern ein Netzwerk von gewaltfreien Aktionsgruppen, das jeweils vor Ort für ein friedliches, solidarisches Zusammenleben sorgen sollte. Er bezeichnete dieses Netzwerk als Shanti Sena – wörtlich übersetzt „Friedensarmee“. Das war sprachlich unbeholfen. Arma ist das lateinische Wort für Waffe. Die indischen Sprachen und auch die europäischen sind nun mal militarisiert. Wir müssen auch unsere Phantasie befreien, und dies ist auch ein sprachliches Problem. Vielleicht könnte man Shanti Sena modern übersetzen mit Nonviolent Task Force bzw. Netzwerk von Zivilen Friedensdiensten. Dafür gibt es Ansätze in der deutschen Friedensbewegung.

Wenn man diese Vision hat, dann muss man sich überlegen, wie diese gewaltfreien Einsatzgruppen organisiert sein sollen und wie sie ausgebildet sein müssten, um innen- und außenpolitisch den Bedrohungen, die nicht so leicht verschwinden werden, standzuhalten.

Das wird dann heute Nachmittag das Thema sein, aber zunächst kommt es einmal darauf an, dass man eine Vorstellung davon hat, wohin mal will.

Alternativen zum Militär

Die Arbeiterbewegung hatte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein solches Konzept nationaler Sicherheitspolitik noch nicht. Man hoffte auf die Weltrevolution bzw. auf einen Dominoeffekt von erfolgreichen Revolutionen in einem oder mehreren Ländern. Auf dem Wege zur Weltrevolution war von letzten Gefechten und eben von der Bewaffnung des Proletariats die Rede. Eine Strategie der gewaltfreien Revolution und der gewaltfreien Verteidigung revolutionärer Errungenschaften wurde erst in der Zeit zwischen den Weltkriegen in Holland und Belgien ansatzweise entwickelt. Der Berliner Friedensforscher Gernot Jochheim hat darüber seine Dissertation geschrieben und eine populäre Handreichung verfasst, welche die erste Schrift zur „pazifistischen Volksverteidigung“ aus dem Jahre 1938 dokumentiert.⁵² Unter belgischen und holländischen Sozialisten gab es die Vorstellung, dass es wahrscheinlich nicht sofort einer Weltrevolution kommen würde, sondern Nationalstaaten sich auf die Verteidigung ihrer demokratischen Ordnung vorbereiten könnten und sollten durch das Einüben von gewaltfreiem Widerstand. Das war noch kein hoch entwickeltes, mit Training verbundenes Konzept, aber es war immerhin auf der theoretischen Ebene eine bemerkenswerte Fortentwicklung des sozialistischen Friedensgedankens.

Diese vornehmlich holländischen und belgischen Vorstellungen von gewaltfreien

⁵²Gernot Jochheim: Soziale Verteidigung – Verteidigung mit meinem menschlichen Gesicht. Ein Handreichung, Düsseldorf: Patmos Verlag, 1988

Revolutionen und der „pazifistischen Volksverteidigung“, wie die Holländer sie nannten, ist dann in Westeuropa und auch in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen worden. So entstand die Vorstellung, dass an die Stelle der Armeen die Organisation von gewaltfreiem Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik treten könnte. Das wurde zusammengefasst unter dem Stichwort „Soziale Verteidigung“, weil es da nicht mehr darum ging, Grenzlinien und Territorien zu verteidigen, sondern soziale Strukturen und Menschenrechte.

Darüber gibt es einige Literatur und es gibt auch eine Dachorganisation, den Bund für Soziale Verteidigung, in dem sich Friedensorganisationen, welche dieses Verteidigungskonzept befürworteten, zusammengeschlossen haben. Die Soziale Verteidigung demokratischer Errungenschaften war für etwa ein Jahrzehnt auch das offizielle sicherheitspolitische Konzept der Grünen. Meines Erachtens waren die Grünen als Partei sich jedoch nicht darüber im Klaren, welche Anstrengungen es bedurft hätte, um bei einer Regierungsbeteiligung an diesem Konzept festzuhalten und es Zug um Zug zu realisieren. Ich fürchte, dass es der Linken nicht besser ergehen würde, wenn sie sich auf der Bundesebene unvorbereitet auf eine rot-rot-grüne Koalition einlassen würde.

Ich habe für die Grünen Wahlkampf gemacht und habe dann zusammen mit Petra Kelly und Roland Vogt ein international besetztes Hearing der Bundestagsfraktion der Grünen zur Sozialen Verteidigung organisiert.⁵³ Das war zukunftsweisend, aber dann mussten wir Friedensforscher beobachten, dass die Partei sich der Herausforderung nicht gewachsen zeigte, ihr alternatives Verteidigungskonzept und das Einüben in der Tagespolitik verdrängte und sich dann in der Regierungsverantwortung als unfähig erwies, das parteipolitische Programm, gewaltfreie Politik zu betreiben, auch zu realisieren. Sowohl die Fundis wie auch die Realos haben die Schwierigkeiten gewaltfreier Politik unterschätzt und es versäumt, sich auf die Übernahme der Verantwortung vorzubereiten.

Auch Gandhi hatte 1948 keine Shanti Sena, mit der er die Teilung Indiens in Pakistan und Indien und das damit einher gehende Abmetzeln von Moslems und Hindus hätte verhindern können. Er hat es geahnt und im Unabhängigkeitskampf auf die Zusammenarbeit von Hindus und Moslems großen Wert gelegt. Doch was er tat, hat nicht gereicht. Der lange Marsch war nicht lang genug; es gab nicht genug Widerstandskader. Er konnte zuletzt nur noch Schlimmeres verhindern und er hat mit seinem Leben für diesen Einsatz bezahlt.

Andererseits ist es wichtig, auch die Erfolge gewaltfreier Aufstände zu sehen. Und man darf dann nicht sagen: Es kommt zu früh; wir müssen die gewaltfreie Aktion noch besser üben. Noch ein paar Widerstand und dann haben wir das Netzwerk der gewaltfreien Aktionsgruppen im ganzen Land. Wenn es zu einem gewaltfreien Aufstand kommt, dann muss man politisch zugreifen und die Errungenschaften vorläufig – mit gewaltfreien Mitteln – sichern. Wir hatten gerade den Bund für Soziale Verteidigung gegründet, da kam es in der DDR zum gewaltfreien Aufstand. Da mussten wir Deutschen zugreifen. Und ich war so glücklich, dass den Deutschen 1989/90 eine ge-

⁵³Th. Ebert (Hg.): Das Verteidigungskonzept der Grünen: Soziale Verteidigung. Dokumentation des Hearings der Fraktion der Grünen im Bundestag am 16.6.1984. In: Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, Heft 75/76, 1988

waltfreie Revolution weitgehend gelungen ist und dass niemand liquidiert und in einen Landwehrkanal geworfen wurde. Das war ein großer Moment in der deutschen Geschichte – und das ist nur gelungen, weil sich der Volkswille zur Demokratisierung mit dem festen Vorsatz „keine Gewalt“ verbunden hat.

Doch die Wende war eben nicht identisch mit einer gewaltfreien Revolution im Sinne Gandhis, dessen politisches Ziel Sarvodaya, die Wohlfahrt für alle, war und nicht die globale Ausdehnung des Kapitalismus. Doch diese Globalisierung des Kapitalismus war nach 1990 die neue Rahmenbedingung unter welcher der lange Marsch fortgesetzt werden musste.

Was bei den gewaltfreien Aufständen gelernt hatte, war auch nicht für die Katz. Nach 1989 wurden Erfahrungen gesammelt mit der Verteidigung von demokratischen Prozessen durch gewaltlosen Widerstand – vor allem bei der Bildung der baltischen Republiken und bei der Abwehr eines Staatsstreichs in der UdSSR im Jahre 1991.

Die Graswurzeln gewaltfreier Aufstände

Die Geschichte der gewaltfreien Aktion kennt Erfolge und Niederlagen. Heute sind die gewaltfreien Alternative-Konzepte in Ansätzen vorhanden, aber sie müssen operationalisiert werden. Eine wichtige Form der Weiterentwicklung war das Konzept des Zivilen Friedensdienstes.⁵⁴ Bei diesem Konzept ging es um das Instrumentarium gewaltfreier Politik in der Innen- und Außenpolitik. Bei dem Entwurf des Zivilen Friedensdienstes war an viel mehr gedacht als die sehr kleine Einsatzgruppe, die heute unter der Obhut und Kontrolle des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit agiert. In der Regel können nur wenige Personen in Krisengebiete entsandt werden, um die Einheimischen – auf deren Wunsch – bei der gewaltfreien Demokratisierung zu unterstützen.

Viele Einsätze, die einem Zivilen Friedensdienst, auch im gegenwärtigen Rahmen möglich wären, bleiben ungenutzt. Am Anfang der Arabellion in Ägypten arbeiteten Muslime und Kopten zusammen und diese Kooperation hätte zugunsten des demokratischen Prozesses ausgebaut werden können. Muslimbrüder und koptische Gemeinde hatten soziale Programme, die hätten unterstützt werden können. Was wäre an den Universitäten nicht alles möglich gewesen?! Aber der deutschen Politik fehlten Konzepte und Instrumentarien. Warum umfasst der Zivile Friedensdienst heute nur ein paar hundert Personen, aber die Bundeswehr fast 200.000 Berufssoldaten. Gib der Bundesrepublik einen Zivilen Friedensdienst mit hunderttausend Frauen und Männern, die im gewaltfreien Handeln ausgebildet sind, und sie werden der Welt zeigen, dass wir Deutschen solidarisch handeln können!

Gandhi hat zwar mit Recht gesagt: Die Aufständischen müssen den Aufstand selbst machen und die Errungenschaften selbst stabilisieren, aber helfen darf und kann man mit gewaltfreien Mitteln schon, wenn man darum gebeten wird. Doch diese Instrumentarien muss man sich schaffen, statt das Geld für häufig völlig nutzlose Waffen und Soldaten zu verpulvern.

Gene Sharp hat sein gewaltfreies Aufstandskonzept in Broschürenform ins Internet gestellt. Aber das reichte nicht. Für den nachhaltigen Erfolg gewaltfreier Aufstände

⁵⁴Theodor Ebert: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln, Münster 1997, 332 S. (Download unter www.lebenshaus-alb.de)

bedarf es eines Netzwerks von gewaltfreien Aktionsgruppen in fast allen Gliederungen der Gesellschaft. Dieses Vernetzten braucht seine Zeit. Die amerikanischen Theoretiker der gewaltfreien Aufstände haben dies bezeichnet als grass root revolution. Es bedarf vieler kleiner Gruppen vor Ort, welche die konstruktive Aufbauarbeit übernehmen. Dieses Vernetzen ist unauffällig, aber so entstehen Strukturen, die in ihrem Zusammenhalt nicht davon abhängen, dass viele Menschen auf einem zentralen Platz zusammen kommen und etwas fordern, das dann erfüllt wird oder auch nicht. Sie handeln vor Ort. Das geht manchmal langsam, aber es bricht auch nicht so schnell zusammen. „Solidarnosc“ war in Polen durch einen Staatsstreich und das Einsperren führender Funktionäre nicht einfach tot zu kriegen. Die gewerkschaftlichen und die kirchlichen Gruppen arbeiteten weiter und wie die Stehaufmännchen waren sie wieder da, als die Zeit dann reif war.

Die Bedeutung der konstruktiven Aktion und der Distanzierung von terroristischen Anschlägen

Gandhi hat immer wieder betont: Ein gewaltfreier Aufstand besteht aus zweierlei: aus Widerstandshandlungen und aus konstruktiven Handlungen. Demonstrativer Widerstand lässt sich leichter unterdrücken als konstruktives Handeln. Auch wenn die Militärs sich in Ägypten jetzt wieder durchsetzen und ein General Sissi zum Präsidenten gewählt wird, konstruktives, demokratisches Handeln wird an den Universitäten weiterhin möglich sein. Kopten und Muslime können zusammenarbeiten. Das können und wollen die Militärs gar nicht bekämpfen. Und wenn dies funktioniert, dann wird es eine sanfte Revolution, wahrscheinlich unter Nutzung der neuen Verfassung geben. Ich kenne diese Verfassung nicht im Detail, aber ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass sie Handlungsspielräume für konstruktive Aktionen bietet. Man kann nur hoffen, dass die ehemaligen Aufständischen keine Gegengewalt anwenden. Polizisten zu ermorden, ist enorm schädlich. Von solchen Methoden müssen die gewaltfreien Aufständischen sich ganz klar distanzieren. Es hat in Indien auch vergleichbare Anschläge gegeben. Einige dieser Attentäter waren populär, aber Gandhi hat sich ohne Wenn und Aber von ihnen distanziert.

Wenn ich mir als Westberliner rückblickend diese Bemerkung erlauben darf: Es hat bei der Außerparlamentarischen Opposition viel zu lange gedauert, bis sie sich von der Roten Armee Fraktion mit aller Deutlichkeit distanziert, Gesicht gezeigt und gesagt hat: Diese Stadtguerilleros schaden unseren Anliegen. Gandhi hat gegenüber den Terroristen Tacheles geredet. Da darf man nicht aus taktischen Gründen herumeiern. Da muss man sagen: Keine Gewalt. Punkt.

Weil es mit den gewaltfreien Aktionen manchmal langsam voran geht und alles verloren scheint und die Betreiber von Vorhaben, die einem extrem missfallen, durchzumarschieren scheinen und es vielleicht auch tatsächlich tun, ist die Versuchung groß, aus Frust auch gewaltsame Aktionen zuzulassen, zumindest für sie Verständnis zu zeigen. Nein, das darf man nicht. Wenn man Gewalt zulässt und die Täter deckt, verändert dies die Organisationsstruktur des Widerstands. Da gerät man in die Konspiration, vermutet überall Verräter usw. Gewaltsame Aktionen ruinieren die Widerstandsaktionen. Das klingt jetzt sehr dogmatisch – und tatsächlich hat Gandhi es auf einen dogmatischen Glaubenssatz gebracht. Nicht der Zweck heiligt die Mittel, son-

dern die Mittel formen die Ziele. Umgekehrt: Die gewaltsamen Mittel deformieren die edelsten Ziele.

Schauen Sie sich den Verlauf der Französischen Revolution und der Revolution in Russland an! Das kann man nicht alles auf die Konterrevolution schieben oder auf einzelne Typen wie Robbespierre und Stalin. Gewaltsame Methoden fördern undemokratische Strukturen. Wenn Rosa Luxemburg sagt: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, dann muss man im Blick auf gewaltsame Organisationen eben leider sagen, dass diejenigen, welche meinen, ohne Gewalt ginge es nicht, schon sehr bald meinen, dass sie sich den Luxus der freien Meinungsäußerungen der Andersdenkenden nicht länger leisten können. Diese partielle Stalinisierung wäre auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht erspart geblieben, wenn die bewaffneten Kämpfe 1918 noch länger angehalten hätten. Sie wurden ermordet, bevor sie sich schmutzige Hände machen konnten. Als Kenneth Kaunda, der spätere Ministerpräsident von Sambia, im März 1963 gefragt wurde, warum er sich den algerischen Befreiungskrieg nicht zum Vorbild nehme, erklärte er: „Wenn wir gewaltsam kämpfen würden und in ein oder zwei Jahren das durchsetzten, was wir wünschten, so hätten wir den Samen des Zweifels in unser Land gesät. Diejenigen, welche nicht mit uns übereinstimmten, hätten ein Vorbild politischen Verhaltens. Sie würden versuchen, einen Umsturz zu organisieren... Die Geschichte zeigt zu mehreren Malen, dass die Methode die einer anwendet, um ein Ziel zu erreichen, oft genau die Methode ist, mit der andere Leute versuchen, ihm die Macht zu entreißen. Dies führt zur Unsicherheit im Lande, was wiederum von Kapitalinvestitionen in einem solchen Land abschreckt, und das alles führt zu Schwierigkeiten über Schwierigkeiten und zu nichts anderem.“⁵⁵

Am Anfang des Umkippens gewaltloser Aufstände in bewaffnete oder gar terroristische steht gewöhnlich nicht der Auftritt von Schlägern und Steinewerfern, sondern die Diffamierung von Andersdenkenden und das Verbreiten von Falschmeldungen. Das habe ich auch in der Studentenbewegung von 1968 und später mehrfach erlebt. Als ich mich am 3. Mai 1989 klar und deutlich gegen die Gewaltanwendung im Rahmen der sogenannten revolutionären Ersten-Mai-Demonstrationen in einer besonderen Vorlesung aussprach,⁵⁶ prangte in großen Lettern im Treppenhaus des Otto-Suhr-Instituts der Wandspruch:

*Barschel, Schleyer, Strauß
Ebert such dir was aus!*

Das war dann der Beitrag einiger meiner Zuhörer zum akademischen Gedankenaustausch. Nachwuchsstalinisten gibt es überall; die sterben nicht aus. Das sind häufig Menschen, die angesichts des vielfältigen Unrechts ihre Erfolglosigkeit im Widerstand nicht ertragen können. Mein Kollege Johannes Agnoli sagte dazu dann manchmal: Es fehle diesen Empörten an revolutionärer Geduld. Geduld ist allerdings sehr schwer aufzubringen, wenn die andere Seite laufend schwere Verbrechen begeht. Mit schweren Verbrechen der Herrschenden wird dann immer wieder die angeblich beschützende Gegengewalt gerechtfertigt. Auf englisch: responsibility to protect. Da

⁵⁵K. Kaunda: The Threat of Violence in Africa (Interview). In: Peace News, London, 5.4.1963

⁵⁶ Vom Umgang mit aggressiven Gewalttätern. Stellungnahme zu den gewaltsamen Ausschreitungen während und nach der sogenannten revolutionären Maidemonstration in Kreuzberg am 1. Mai 1989 im Rahmen der Vorlesung "Widerstandsrecht und ziviler Ungehorsam" am 3. Mai 1989. In: Gewaltfreie Aktion, 80/81, 1989, S. 7-17

geht es dann angeblich – und das ist der Extremfall - um das Verhindern von Völkermord. Damit hat Joschka Fischer den Krieg gegen Serbien gerechtfertigt.

Auch Gandhi kannte dieses Argumentationsmuster bereits. Er sah die Gefahr, dass man mit militärischen Mitteln Hitler nicht nur überwinden, sondern letzten Endes überhitlern würde. Er sah sich durch die Bombardements von Großstädten und insbesondere durch den Einsatz von Atomwaffen gegen Hiroshima und dann auch noch gegen Nagasaki in dieser Einschätzung bestätigt. Was dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach dem Sieg über Hitler im Kalten Krieg im Rahmen der Abschreckungsstrategie vorbereitet und manövermäßig eingeübt wurde, war der helle Wahnsinn.

Am Anfang der studentischen Rebellion in Deutschland stand 1962 das Nato-Manöver Fallex 62. Der „Spiegel“ berichtete im Oktober 1962: „Nach wenigen Tagen waren erhebliche Teile Englands und der Bundesrepublik zerstört. In beiden Ländern rechnete man mit 10 bis 15 Millionen Toten. Das Sanitätswesen brach als erstes zusammen. Es fehlte an Ärzten, an Hilfslazaretten und Medikamenten. Die Luftschutzmaßnahmen erwiesen sich als vollkommen unzureichend. Die Lenkung des Flüchtlingsstroms war undurchführbar.“

Auf diese Titelgeschichte reagierte die Regierung mit der Inhaftierung der Spiegelredakteure wegen Landesverrats. Die parlamentarische Opposition zögerte zunächst. Doch dann gingen viele Bürger, vor allem Studenten und Professoren auf die Straße und protestierten zugunsten Rudolf Augsteins und der Pressefreiheit. Die Regierung musste nachgeben. Das war der erste große Sieg der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik.

Nicht alle haben daraus aber die Schlussfolgerung gezogen, dass wir uns auf künftige Widerstandsaktionen vorbereiten und insgesamt eine Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik entwickeln sollten.

Doch diese Entwicklung will jetzt hier nicht nachzeichnen, sondern zu der Frage zurück kehren: Wie sieht idealtypisch ein gewaltfreier Aufstand gegen ein Unrechtsregime aus?

Die Lehre vom gewaltfreien Aufstand als Alternative zum Bürgerkrieg

Ich habe diesem Thema meine Dissertation gewidmet und sie ist unter dem Titel „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ in Deutschland – als Taschenbuch verbreitet – auch ziemlich viel gelesen worden, hauptsächlich von Kriegsdienstverweigerern, die sich auf ihre Prüfungsverhandlungen vorbereiteten. Wer sich dafür interessiert, kann sie antiquarisch im Internet – dank der hohen Auflage - leicht bestellen.

Ich kann den Inhalt dieses Buches hier nicht ausbreiten, doch ich sage ganz unbescheiden: Dieses Buch sollten Sie studieren. Ich behaupte: Das ist das Pendant zu Carl von Clausewitz „Vom Kriege“. Letzteres haben Lenin und unglücklicherweise auch Nelson Mandela studiert. Petra Kelly hat das Taschenbuch „Gewaltfreier Aufstand“ Erich Honecker überreicht und dieser hat es nach ihrer Auskunft höflich ins Regal gestellt. Die Stasi hat sich etwas eingehender damit beschäftigt und an der Universität Jena wurde sogar eine Dissertation über meine Arbeiten zur gewaltfreien Ak-

tion geschrieben.⁵⁷ Ganz ordentlich recherchiert. Keine Plagiate, immer brav mit dem marxistisch-leninistischen Senf serviert. Auch an der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit gab es als vertrauliche Verschlussache eine 55-seitige „Studie zur Methode des gewaltfreien Widerstandes und deren Missbrauch für subversive Ziele durch feindlich-negative Kräfte bei der Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit“. Die Stasi war wie immer fleißig. Doch was soll man machen, wenn diese Konterrevolutionäre beten und Kerzen anzünden und sich nicht zusammenrotten und schon gar nicht schießen? Dumm gelaufen.

Doch das lasse ich jetzt auch auf sich beruhen. Offiziell hat sich nach der Wende auch niemand für mein Buch interessiert. Die gängige Version war ja, dass die Standfestigkeit der NATO und die Bereitschaft zur Nachrüstung der friedlichen Revolution in der DDR den Boden bereitet hat. Von mir wollte niemand etwas wissen. Der einzige bedeutende Politiker, mit dem ich meine Vorstellungen von der gewaltfreien Aktion nicht nur auf Podien, sondern auch mal unter vier Augen besprechen konnte, war Gustav Heinemann, der mir von einer Indienreise dann sein Gastgeschenk, eine Gandhi-Ausgabe mitbrachte. Die hatte ich aber schon. Doch es hat mich schon gefreut, dass er sich zum Missvergnügen einiger Regierungsmenschen für die Friedensforschung eingesetzt und für deren Förderung gesorgt hat.

Was gehört zu einem Erfolg versprechenden gewaltfreien Aufstand?

Doch was sind nun die wesentlichen Erkenntnisse, die man aus einer systematischen Untersuchung gewaltfreier Aufstände ableiten kann?

Man muss erstens wissen, was los ist und das muss man dokumentieren und dann braucht man einen Plan für das, was zu ändern ist und man braucht Vorstellungen davon, wie das neue System nach den Änderungen funktionieren soll. Wenn man davon grobe Vorstellungen hat, muss man überlegen, wie man Druck ausüben kann, um diese Vorstellungen durchzusetzen und dann muss man überlegen, was man selbst sofort machen kann, um die eigene Mitarbeit dem Unrechtssystem zu entziehen.

Gandhi sprach im Blick auf Unrechtsregime immer wieder von „voluntary servitude“, von freiwilliger Knechtschaft. Nicht alles muss man mitmachen, was ein Regime erwartet und vielleicht erzwingt.

Der Anpassungsdruck, den viele Unrechtsregime ausüben, ist erheblich. Die totalitären Regime haben ja sogar noch Begeisterung erzwungen. Doch wenn dies nicht funktioniert, spüren die Regime dies sehr wohl und es eröffnen sich Spielräume. Die sollte man nutzen und so kommt es zu Transformationen, ohne dass noch ein Riesenaufstand da ist. Doch dann kommt irgendwann schon mal der Zeitpunkt, dass sich der Nonkonformismus auch offen manifestiert – unter Umständen durch den Gebrauch von Symbolen, gegen die sich das Regime ohne Gesichtsverlust schwer wenden kann. Ein solcher Coup war der Gebrauch des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ durch die kirchliche Friedensbewegung. Als Abzeichen war es die Kopie eines Denkmals, das die Sowjetunion den Vereinten Nationen geschenkt hatte, putziger Weise mit einem Bibelzitat, ein Wort des Propheten Micha,⁵⁸ nix Marx, nix Lenin. Die Führung

⁵⁷Achim Lübke: Zur Kritik der sozialpolitischen Theorie des Theodor Ebert, Halle (Saale), Juni 1976, maschinenschriftlich, 202 S. u. 96 S. Anmerkungen u. 46 S. Literaturverzeichnis

⁵⁸Micha 4,1-4: „Denn von [Zion](#) wird Weisung ausgehen und des Herrn Wort von [Jerusalem](#). Er wird unter großen Völ-

der DDR hat das Tragen dieses Symbols dann verboten, aber der Vorgang war echt peinlich und er hat dem Florieren der kirchlichen Friedensdekaden – in kirchlichen Räumen – keinen Abbruch getan, und dann ist es auch noch zu einem gemeinsamen Olaf-Palme-Friedensmarsch der kirchlichen Jugend und der Staatsjugend gekommen. Das waren keine offenen gewaltfreien Widerstandsaktionen, aber es war neu und irgendwie selbstbestimmt.

Stellen Sie sich mal vor, es käme in Ägypten auch zu einem solchen Gedenk-Marsch von Kopten und Muslimen. Da gibt es in Ägypten bestimmt allseits Verehrte, deren man gedenken könnte. Was könnten die ägyptischen Militärs viel dagegen unternehmen? Doch es ist natürlich die Aufgabe der Ägypter, sich da etwas einfallen zu lassen. Das können wir uns nicht hier in Deutschland ausdenken. Grundsätzlich geht es darum, konstruktive Handlungen zu erfinden, die signalisieren, wie man sich die neue, demokratische, mit den Armen solidarische Gesellschaft vorstellt. Die Muslim-Brüder sind in Ägypten populär aufgrund einiger sozialer Einrichtungen, die den Armen zugute kommen. Warum sollen sie dabei nicht mit den Kopten zusammenarbeiten? Das könnte man doch testen. Ich konnte in Kairo selbst beobachten, wie sie Armen helfen und ich konnte nicht erkennen, dass man zu einer Gemeinde gehören musste, um unterstützt zu werden. Der barmherzige Samariter lässt grüßen.

Vom Finden und Erfinden gewaltfreier Aktionen

Man muss weg kommen von der Fixierung auf bestimmte Protestformen. Warum denn immer auf den Tahir-Platz? Da kann man sich doch auch etwas Neues einfallen lassen. Darum hat Gene Sharp in seiner Widerstandsbroschüre eine Liste von 198 Methoden der gewaltfreien Aktion zusammengestellt. Diese hat er in seinem dreibändigen Werk „The Politics of Nonviolent Action“ detailliert beschrieben und mit historischen Beispielen belegt.

Die Liste ist sehr eindrucksvoll. Da lässt sich manches Passende finden. Doch man sollte nicht glauben, dass mit Sharps Liste das Arsenal erschöpft wäre. Jede gewaltfreie Bewegung erfindet neue Methoden.

Ich habe in einem Seminar über Bürgerinitiativen die Studenten gebeten, die Aktionsformen der Friedensbewegung zu untersuchen. Es geschah nicht ganz uneigennützig. Ich hatte meine Frau über Jahre damit genervt, dass ich den „Tagesspiegel“, unsere Tageszeitung, nicht weggeworfen, sondern gestapelt hatte mit der Behauptung, daraus ließen sich sehr wertvolle Informationen über soziale Bewegungen gewinnen. Nun schleppte ich diese Bündel monatsweise mit ins Seminar und bat die Studenten um Auswertung. Es ging da vor allem um die Jahrgänge der Hochzeit der Friedensbewegung 1982 und 1983. Jeder Student bekam einen Monat und sollte ausschneiden, was er fand und auf eine Karteikarte kleben und die Methode kurz beschreiben. Da gab es viele originelle Varianten bekannter Methoden, z. B. von Fastenaktionen und Menschenketten und Mahnwachen, manches zusammengeführt in der Organisation von Friedenswochen. Es war eine bunte Vielfalt, und wir fanden so

kern richten und viele Heiden zurechtweisen in fernen Ländern. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan nicht mehr lernen, Krieg zu führen. Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken.“

manche Aktion, die bei Sharp noch nicht vorgekommen war, wenn sich auch einige Muster wiederholten. Die Vielfalt und Originalität war weit größer als bei Aktionen, die sonst mit Waffengewalt oder Sprengstoff durchgeführt werden. Und ein großer Vorteil war: Die Ausrüstung zum Widerstand kostete wenig. Bei gewaltfreien Aktionen kann man in der Regel mit Bordmitteln alles selber machen.

Noch ein Vorteil: Das Besondere der gewaltfreien Aktionen ist, dass sie die Beteiligten in demokratisches Handeln einüben. Die Akteure sind keine Befehlsempfänger; sie lernen es im Team, doch selbständig zu agieren. Das ist das Geheimnis der Graswurzelrevolution. Man marschiert nicht in der Kolonne. Das war das Nazi-Ideal: Spaten geschultert und dann: „SA marschiert ...“. So funktioniert gewaltfreie Aktion überhaupt nicht. Von außen gesehen, ist dies ein buntes Gewimmel und nur von innen betrachtet gliedert sich dies in Netzwerke.

Das habe ich als Sozialwissenschaftler auch lernen müssen. Am Anfang habe ich mich für Massenpsychologie und Massenagitation interessiert – auch Rosa Luxemburg hat noch an die proletarische Masse geglaubt, auch wenn sie deren Untergliederungen nicht ignorierte. Bei mir hat es ein paar Semester gedauert, bis ich dann nach einigen Vorlesungen zur Psychologie begriff, dass Masse gar kein passender Begriff ist, sondern dass es um das Zusammenwirken von Gruppen – in möglichst großer Zahl - geht. Es gab Großdemonstrationen auch bei der Friedensbewegung, aber die kamen auch nur deswegen zusammen, weil sich an vielen Orten in der Bundesrepublik Fahrgemeinschaften bildeten und man dann als Gruppe nach Bonn fuhr. Und als man sich dann auf Sitzproteste vor Raketenstützpunkten wie in Mutlangen vorbereitete, organisierte man sich zu kleinen Bezugsgruppen (amerikanisch: affinity groups), die selten mehr als zwölf Personen umfassten, wobei immer die Frage war, wie man Familienangehörige mitzählte. Die Gruppen hatten lustige Namen, die so gar nicht bedrohlich klangen. Keine Hells Angels, sondern Gänseblümchen und Keimlinge. Lebenslaute nannten sich die Musiker, die sich zum Blockieren zusammenfanden. Das Entscheidende war immer, dass diese Gänseblümchen und Wegwarten einander Halt gaben und sich auch dann unterstützten, wenn es zu Festnahmen und zu Strafprozessen kam.

Der gewaltfreie Widerstand fordert eine andere Form von Bewegung als wir sie noch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung vom Beginn des 20. Jahrhunderts kennen. Damals gab es zwar auch die Kameradschaften, die Genossen in den Betrieben, aber das Idealbild war – leider – auch bei den Arbeitern die marschierende Kolonne. Es fehlte der Geist von Woodstock oder der südstaatlichen Kirchengemeinden, wie dies in den Liedern von Pete Seeger und Joan Baez anklingt.

Probleme der Strategiebildung und der Führung

Diese Graswurzelstruktur gehört zur gewaltfreien Aktion, aber es geht auch hier nicht ohne Strategie, und diese ergibt sich nicht automatisch aus dem Gewimmel der Kleingruppen. Die Entwicklung der richtigen Strategie ist ein Riesenproblem, weil man so viel falsch machen kann. Gandhi hat mal gesagt, bei der gewaltfreien Aktion sei jeder sein eigener General. Das stimmt insofern, als niemandem etwas befohlen werden kann. Jeder kann immer selbst entscheiden, ob er sich an einer bestimmten Aktion beteiligt oder nicht. Doch manche Aktionen sind eben nur dann erfolgverspre-

chend, wenn sich viele beteiligen. Und dann ist die Frage, wie trifft man die richtige Auswahl.

Da gibt es das Rezept „Großer Ratschlag“. Man kommt zusammen und berät verschiedene Vorschläge. Häufig setzt sich dann im Konsens ein bestimmter Vorschlag durch, aber es kann passieren, dass nur die lauen Aktionen breite Zustimmung finden oder immer wieder dasselbe gemacht wird – mit immer geringer werdendem Erfolg. Jedes Jahr Ostermarsch – latsch, latsch. Jede Woche Montagsdemo gegen Stuttgart 21. Doch manchmal ist tatsächlich Ausdauer und Kontinuität das Erfolgsrezept. Die Bürgerinitiative Freie Heide blieb über ein Jahrzehnt bei ihren Protestwanderungen rund um das Bombodrom. Aber manchmal bedarf es auch der Innovation und man muss eine Aktionsform aufgeben, weil sie sich abgenutzt hat oder zu kostspielig wird. Über solchen Debatten zu den besten Aktionsmethoden können Bewegungen sich zerstreuen und spalten.

Für diese Probleme der Leitung gewaltfreier Kampagnen gibt es noch kein Rezept. Man müsste erst mal die verschiedenen Modelle der Leitung von Kampagnen untersuchen. Lebensgeschichtlich musste ich mich aus dem autoritären Denken und Handeln lösen. Ich habe zunächst bei gewaltfreien Kampagnen an charismatische Führer gedacht und sie gesucht. Davon bin ich aber in der Zeit der außerparlamentarischen Opposition abgekommen. Mächte hofften vielleicht auf einen deutschen Gandhi oder Martin Luther King. Doch diese Fixierung auf eine Person ist nicht gut. Wenn sie sich zeigen, sollte man sie nicht demontieren, aber man sollte sie auch nicht auf den Schild heben. Wenn Führerpersönlichkeiten in Bürgerinitiativen auftauchen, werden sie häufig rasch überlastet, von der öffentlichen Aufmerksamkeit überfordert, brechen zusammen und verschwinden plötzlich völlig. Und Bewegungen sind anfällig, wenn es solche exponierten, schwer zu ersetzenden Personen gibt. Im schlimmsten Fall werden die charismatischen Führer ermordet, aber viel häufiger ist, dass diese öffentliche Aufmerksamkeit und die Erwartungen der Anhänger sie psychisch überanstrengen, ja fertig machen. Petra Kelly konnte die öffentliche Aufmerksamkeit nicht gut verarbeiten. Gute Freunde in ihrer nächsten Umgebung können davon ein trauriges Lied singen. Auch Gandhi musste Wege finden, sich diesem Druck der Öffentlichkeit zu entziehen, sei es durch Fasten oder Schweigen.

Das Modell charismatische Führung hat etwas für sich, ist aber auch hoch problematisch. Ich würde sagen: Lieber nicht. Man kann zwar unterscheiden zwischen Amtsgewalt und Autorität, potestas und auctoritas. Das habe ich bei Theodor Eschenburg gelernt. Und zur Autorität gehört nicht die Gewalt, sondern das Ansehen und die Überzeugungskraft. Doch bei Adorno und bei Horkheimer habe ich dann auch wieder gelernt, dass es die autoritäre Persönlichkeitsstruktur gibt und dass diese anfällig macht für die kritiklose Unterwerfung unter Typen vom Schlage Hitlers und Stalins. Darum gab es in der APO dann die Grundstimmung: Um Himmels willen keine Führer. Manche fühlten sich als Hüter der Bewegung, wenn sie alle, die Kompetenz zeigten, schleunigst demontierten und gegen blutige Anfänger austauschten. Hochqualifiziertes Personal ist in sozialen Bewegungen selten und man muss häufig froh sein, wenn sich qualifizierte Idealisten für die exponierten, gefährlichen Ehrenämter immer wieder zur Verfügung stellen. Die besten Leitungspersonen sind diejenigen, die um die Problematik der autoritären Charakterstruktur wissen und an sich arbeiten, keine

Show abziehen und keinen Wert darauf legen, prominent zu werden, also Menschen, die nicht eitel und von bescheidenem Habitus sind und ihre Rolle in der Bewegung zu ironisieren vermögen. Gandhi hat der Mahatma-Kult ziemlich gestunken, aber er konnte sich infolge der unter den Indern weit verbreiteten autoritären Charakterstruktur vor diesen Verehrern und Verehrerinnen kaum retten. Ein Glück, dass Kasturbai, seine Frau, ihm immer wieder den Kopf gewaschen hat. Auch Nehru hat am Mahatma nicht hoch geguckt, sondern mit ihm gestritten.

Wirklich emanzipatorische, soziale Bewegungen sollten im Idealfall auch solch nicht-autoritäres Leitungspersonal hervorbringen. Die ideale gewaltfreie Leitfigur ist nicht prominent, sondern vor allem kompetent. Wer erinnert sich heute noch an Volkmar Deile, der als Vertreter von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste von 1981-1984 die Geschicke der Friedensbewegung steuerte und später für ein Jahrzehnt als Generalsekretär von Amnesty International tätig war, bis er 2002 – hoffentlich – seelenruhig als Pfarrer in den Ruhestand trat.

Bei der Prominentenblockade in Mutlangen wurde alles im Konsens entschieden und die Prominenten haben – in Bezugsgruppen aufgenommen – sich diesem Willensbildungsprozess eingefügt. Böll und Grass und Lafontaine und auch Petra Kelly führten dort nicht das große Wort. Nach meiner Erinnerung war die leitende Figur Klaus Vack, der Geschäftsführer des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Alles lief basisdemokratisch und im Konsens, aber Vack war eben doch so etwas wie der Oberkonsensler. Man könnte in gewaltfrei-ironischer Anlehnung an George Orwells „Farm der Tiere“ im Blick auf Mutlangen sagen: Alle waren gleich, aber Klaus Vack war dann doch ein bisschen gleicher als die anderen; jedenfalls haben wir auf sein Wort gehört.

Gewaltfreie Bewegungen sind am stärksten, wenn sie eine Mehrzahl von kooperationsfähigen Führungspersonen aufweisen. Martin Luther King war der prominenteste Redner der Southern Christian Leadership Conference, aber eine Stärke dieser Bewegung lag auch darin, dass es auf der Führungsebene mehrere Freunde gab, die gut miteinander kooperierten und frank und frei ihre Meinungen austauschten. Neben Martin Luther King stand als verlässlicher, kritischer Freund Ralph Abernathy – wie ein Fels in der Brandung.

Ich kenne kein allgemeingültiges Modell für die Führung gewaltfreier Kampagnen. Es gibt dafür auch keine Führungsakademien. Basisgruppenerfahrung ist wichtiger als außerhalb der Bewegung erworbene Prominenz, wobei es dabei auch Ausnahmen gibt. In der Ukraine scheint mir im Moment der Boxweltmeister Vitali Klitschko, der auch Mitglied des Parlaments ist, seine Sache gut zu machen, wobei ich – ins Unreine gesprochen - als ehemaliger Amateurboxer meine, dass das Boxen als Sport und gewaltfreier Widerstand in der Politik sich durchaus vertragen. Ich habe beim Boxen gelernt, Schläge einzustecken, ohne ko zu gehen. Vernichtungswille ist bei mir im Ring nie aufgekommen. Als Sportler sind wir Boxer uns vor und nach den Kämpfen freundschaftlich begegnet. Das Getöse und die Sprüche Mohammed Alis würde ich eher den Public Relations von Boxagenturen als der Charakterisierung des Boxsports zurechnen.

Das Besondere der Leitung von Kampagnen ist allerdings, dass es sich in der Regel um keine Wahlämter handelt. Manchmal schon: Gandhi und King und auch Volkmar

Deile hatten eine demokratische, innerverbandliche Legitimation, aber es war dann doch immer wieder die Koordination gleichberechtigter Gruppen im Gespräch, auf die es in den sozialen Bewegungen ankam. Was zählt, ist der Auftritt als Redner oder die Einnahme einer gefährdeten Position in der ersten Reihe. Es ist bei der gewaltfreien Aktion dann doch noch die persönliche Tapferkeit, welche den Helden oder die Heldin ausmacht. Ich scheue auch nicht vor dem Wort Anführer (leader) zurück – trotz der Belastung dieses Wortes durch diesen unsäglichen Gröfaz Adolf Hitler und seinen schreihalsigen Adlatus Joseph Goebbels. Es bedarf bei gewaltfreien Kampagnen der Bereitschaft, beim Anführen Verantwortung zu übernehmen. Um solche riskanten Posten reißt man sich nicht, weil sie eben so gefährlich sind und mit Belohnungen nicht zu rechnen ist. Doch auch bei gewaltfreien Kampagnen muss man aufpassen, dass nicht Machos sich in den Vordergrund spielen. Es empfiehlt sich darum immer, Aktionsformen zu wählen, bei denen nicht der streetfighter, sondern Mann oder Frau mit Köpfchen gefragt sind.

Dann kommen für die Führung genau so gut Frauen wie Männer in Frage. In der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung war Rosa Parks eine solche Führungspersönlichkeit, die sich auf diese Rolle auch vorbereitet hat. Das war kein Zufall, dass sie in Montgomery diejenige war, die im Bus einem weißen Mann ihren Platz nicht frei machte, sondern sitzen blieb und sich festnehmen ließ. Und mir fallen als weitere führende Frauen ein, selbstverständlich Aung San Suu Kyi aus Myanmar, dann aber auch April Carter, die englische Atomwaffengegnerin der ersten Stunde, und Hildegard Goss-Mayr, die Reisesekretärin der International Fellowship of Reconciliation. Das sind keine Klitschkos und keine Kings. Diese Frauen machen das anders, sanft, sachkundig und einfach unwiderstehlich. Da gerate ich ins Staunen und bin richtig glücklich, wenn ich jemand wie April Carter oder Hildegard Goss-Mayr an meiner Seite weiß, was mir mehrfach vergönnt war.

Gibt es ein Fazit dieses einleitenden Vortrags, also gewissermaßen etwas fürs Stammbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung? Ich greife zu einem Satz meines akademischen Lehrers Ossip Kurt Flechtheim, einem Herausgeber der Werke Rosa Luxemburgs. Ich hatte nach einem optimistischen Satz im Werk Flechtheims gesucht und dann doch nur eine Mahnung gefunden. Doch sei's drum:

„Die dauernde kritische Überprüfung jedweder Gewaltmittel und Gewaltpolitik ist daher das absolut unabdingbare Mindestfordernis dafür, dass zumindest der Weg, der zu einer gewaltlosen oder gewaltarmen [besser: gewaltminimierten] Gesellschaft der Zukunft führt, offen bleibt.“⁵⁹

Vorsichtiger kann man es wohl kaum mehr formulieren, aber wie es nicht nur aus Professoren-, sondern im Volksmund heißt: „Vorsicht ist die Mutter der Porzellan-
te.“

⁵⁹O. K. Flechtheim: Die Politik der Gewalt und der „Gewaltlosigkeit“ (1963). In: ders.: Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft, Berlin: Dietz Verlag, 1991, S. 212

17. Die Anfänge der deutschen Friedensforschung und die aktuellen Herausforderungen⁶⁰

Es ist schwierig, im Rückblick herauszufinden, wer zu Beginn der 70er Jahre welche Erwartungen an die Friedensforschung hatte. Dies aufzuklären ist jetzt unter anderem die Aufgabe eines Forschungsprojektes. Ich sehe meine Aufgabe auf diesem Panel jetzt nur darin, mich daran zu erinnern, welche Erwartungen an die Friedensforschung ich und einige ähnlich Gesinnte wie Fritz Vilmar, Reiner Steinweg und Ekkehart Krippendorff hatten. Wir hatten wahrscheinlich nicht ganz dieselben Erwartungen wie der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, der liberale Politiker Peter Menke-Glückert und der Politologe Karl Kaiser, der sich der Erforschung der Internationalen Beziehungen verpflichtet fühlte. Über die Schnittmengen in den Erwartungen der Genannten mögen andere nachdenken. Doch ich will jetzt über diejenigen reden, die aus ihrer eigenen Sicht Friedensforschung betrieben hatten, noch bevor sich die Friedensforschung in der Bundesrepublik als Disziplin und staatlich oder privat geförderte Einrichtung etablieren konnte – sei es als Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, sei es es als Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, sei es als Berghofstiftung für Konfliktforschung.

Ein wichtiger Impuls für die Friedensforschung ging in der Nachkriegszeit aus vom Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes. Dieser Artikel garantiert die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Die Kriegsdienstverweigerer mussten ein anspruchsvolles Prüfungsverfahren durchlaufen. Die ersten Friedensforscher standen in enger Verbindung zu den Kriegsdienstverweigerern, die nicht nur religiöse, sondern auch politische Gründe für ihre Verweigerung der Militärdienstes hatten und nach politischen Lösungen für die Abrüstung und für den gewaltfreien Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen und auch für den gewaltfreien Widerstand gegen auswärtige oder einheimische Diktatoren suchten.

Diesen Kriegsdienstverweigerern, die sich vor Prüfungsausschüssen für ihre Gewissensentscheidungen verantworten mussten, haben diese Friedensforscher solidarisch zugearbeitet. Als Demokraten waren die Kriegsdienstverweigerer daran interessiert, keine Ausnahme zu bilden, sondern zum Regelfall zu werden. So wurden Fritz Vilmars Buch „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ und meine Dissertation „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ zu einer Art Pflichtlektüre für die Kriegsdienstverweigerer, die sich auf ihre Prüfungsverhandlungen vorbereiteten.

Am Anfang der deutschen Friedensforschung stand also die persönliche Weigerung, sich an der Vorbereitung eines nächsten Krieges zu beteiligen. Das erste deutliche Signal dieser Grundhaltung war die Weigerung der wichtigsten deutschen Atomphysiker, sich an der Bereitstellung von Atomwaffen zu beteiligen. Diese Wissenschaftler haben dann unter der Leitung Carl Friedrichs von Weizsäcker in einer Studie über die Folgen des Einsatzes von Atomwaffen auf deutschem Boden nachgewiesen,

⁶⁰Einleitendes Statement bei der Podiumsdiskussion am 19.3.2015 im Rahmen der Tagung „Stell dir vor, es ist Krieg. Zum wissenschaftlichen Umgang mit kriegerischer Gewalt“ der Evangelischen Akademie Villigst und der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung im Evangelischen Johannesstift in Berlin-Spandau.

dass wir einen solchen Atomkrieg als Industriegesellschaft nicht überleben würden. Am Anfang der Friedensforschung stand damit individuelle, ganz persönliche Weigerung, sich an Kriegsvorbereitungen zu beteiligen. Die Beteiligten wussten nicht, ob es ihnen damit gelingen würde, den Krieg abzuschaffen. Sie fürchteten sogar, dass es ihnen wahrscheinlich nicht gelingen würde, aber sie wollten ihre geringe Chance nutzen und alles ihnen Mögliche dazu beitragen, dass der Krieg als Mittel aus dem Arsenal der Politik verschwindet.

Was den Friedensforschern Hoffnung machte war die Beobachtung, dass im 20. Jahrhundert die Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung sich weit verbreitet hatten und dass sie eine Alternative zum Einsatz von bewaffneten Kampfmitteln darstellten. Die Kämpfe Gandhis und Martin Luther Kings und auch die Fälle von gewaltlosem Widerstand gegen beinahe totalitär zu nennende Diktaturen wurden beobachtet und untersucht.

Die Erforschung der gewaltfreien Aktion war gewissermaßen das konstruktive Programm der Friedensforscher. Die international bekanntesten Vertreter dieses Ansatzes wurden dann Johan Galtung und Gene Sharp, die beide dann nach vielen Jahren für ihre Forschungen mit dem Alternativen Nobelpreis unterstützt wurden.

Friedensforscher, die sich der Erforschung dieser Alternativen zum Einsatz von Waffengewalt bzw. zur Androhung von Waffengewalt zuwandten, konnten mit der Unterstützung staatlicher Instanzen kaum rechnen. Johan Galtung hat es mal anekdotisch auf den Punkt gebracht. Er hatte vor skandinavischen Offizieren über die Wirksamkeit des gewaltfreien Widerstands gegen Besatzungsregime gesprochen. Die Offiziere waren beeindruckt - und wahrscheinlich waren auch einige Politiker unter den Zuhörern - und sie fragten nun zurück: Wer garantiert uns, dass eine Bevölkerung, die gelernt hat, mit gewaltfreien Methoden, ihre Grundrechte zu verteidigen, diese Fähigkeiten nicht auch dazu verwendet, sich mit solchen Methoden gegen soziale Ungerechtigkeit im eigenen Lande und in den globalen Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen? Diese skandinavischen Offiziere haben ausgesprochen, was ich selbst erlebt habe, als der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages mich – auf Anforderung der Grünen – nach Alternativen zur militärischen Abschreckung fragte. Bei den Fragen der Abgeordneten der CDU/CSU hatte ich das Gefühl: Diese Volksvertreter siedeln dich außerhalb des Gartenzauns der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an. Die wenigsten stellten neugierige Fragen zur Funktionsweise der Sozialen Verteidigung. Sie wollten mich maßregeln. Mein Eindruck in dieser Befragung war: Das Grundproblem der Regierenden beim Umgang mit der Friedensforschung ist, dass diese Friedensforscher sicherheitspolitische Maßnahmen vorschlagen, welche den Regierenden nicht in den Kram passen, ja vor denen sie Angst haben. Der Umgang mit der Friedensforschung erfolgt nach der Maßgabe. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das auch zeigt, dass ein Wissenschaftler mit seinen Forschungen alleine – ganz auf sich gestellt und nur mit der Möglichkeit, seine Erkenntnisse in wissenschaftlichen Zeitschriften zu veröffentlichen - herzlich wenig erreichen kann.

Mein Interesse galt seit 1961 der Erforschung des gewaltfreien Aktion. Ich war glücklich, dass ich in dem CDU-Mitglied Waldemar Besson einen Doktorvater fand, der

mir dies ermöglichte. Und es ist mir 1969 sogar gelungen, mit dem deutschen Zweig der International Fellowship of Reconciliation eine finanziell unabhängige Zeitschrift zur Thematik „Gewaltfreie Aktion“ zu schaffen und bis ins Jahre 2008 zu redigieren. Doch die Gruppen der Pazifisten waren als Lobby-Gruppe zu klein, um ein alternatives Sicherheitskonzept durchsetzen zu können. Die Grünen versprachen dann gewaltfreie Politik zu machen und deklarierten die Soziale Verteidigung zu ihrem Verteidigungskonzept. Die Politologen Petra Kelly und Roland Vogt standen für dieses politische Vorhaben. Leider konnten sie sich innerhalb der Grünen nicht behaupten. Nach dem Sündenfall des Kosovo-Krieges war mit den Grünen nichts mehr anzufangen. Meines Erachtens haben die Grünen die Schwierigkeiten, die Soziale Verteidigung vorzubereiten und die Bevölkerung dafür zu gewinnen bei weitem unterschätzt. Man könnte daraus lernen, aber die Grünen haben dieses Problem ihrer sicherheitspolitischen Anfänge verdrängt.

Das war eine bittere Erfahrung, nachdem es im März 1989 nach längerer Vorbereitung gelungen war als Dachverband der gewaltfreien Aktionsgruppen den Bund für Soziale Verteidigung zu gründen und zu diesem BSV gehörten auch die Grünen und Ortsgruppen der SPD als Trägerorganisationen.

Die Wende in der DDR, die ja unter gewaltfreien Vorzeichen erfolgte, und das Ende des Warschauer Paktes stellte auch den Bund für Soziale Verteidigung vor neue Aufgaben. Es zeigte sich rasch, dass die Blümenträume einer Bundesrepublik ohne Armee nicht fruchteten. Einige hatten dies geahnt und waren darum nicht ratlos, sondern entwickelten eine neue Alternative zur Armee.

Ich hatte über Jahrzehnte in der Evangelischen Kirche mitgearbeitet, weil diese zuverlässig die Kriegsdienstverweigerer und Atomwaffenkritiker unterstützt hatte, nicht sonderlich mutig, aber immerhin. Und man war daran interessiert, einen Friedensforscher in kirchenleitenden Gremien zu sehen. Jedenfalls war man in der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg bereit, sich auf des Experiment eines Zivilen Friedensdienstes als Alternative zur militärischen Ausbildung einzulassen. Man schlug dies nicht nur vor, sondern überlegte konkret, wie die entsprechende Ausbildung aussehen sollte und wo Einsätze stattfinden könnten.⁶¹

Aus dem Zivilen Friedensdienst ist dann zwar nicht das geworden, womit wir angefangen hatten zu experimentieren, aber es haben sich dann wenigstens Ansätze der Realisierung dieses Vorschlags von Friedensforschern gezeigt. Man könnte am Beispiel des heute real existierenden Zivilen Friedensdienstes untersuchen, was aus einem Konzept der Friedensforschung in der deutschen Realität geworden ist - und wie man ein großes Konzept auf Sparflamme einkocht.

Als ich gestern in den Nachrichten hörte, dass Finanzminister Schäuble 8 zusätzliche Milliarden für die Bundeswehr bereitzustellen gedenkt, ist mir wieder klar geworden, wie sehr die deutsche Regierung noch im militärischen Denken verharret und wie wenig das Konzept des Zivilen Friedensdienstes die Fantasie unserer Bundestagsabgeordneten und unserer Regierung beflügelt.

Die Regierung hat den zivilen Friedensdienst als Alternative auf ganz, ganz kleiner

⁶¹Th. Ebert: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln. Münster: Agenda-Verlag, 1997

Flamme gekocht. Das ist ungefähr so, als wolle man einen Atommeiler durch einen selbst gebastelten Sonnenkocher ersetzen. Immerhin hat der Zivile Friedensdienst das Ende der rot-grünen Koalition überlebt. Der Ausbau des Zivile Friedensdienstes ist immer noch etwas Konkretes, an dem sich die pazifistische Vorstellungskraft sofort versuchen könnte.

Der Zivile Friedensdienst verfügt nur über wenige entsprechend Ausgebildete. Es sind allenfalls Hunderte, nicht Tausende oder gar Zehntausende, die als Ziviler Friedensdienst sofort agieren könnten. Es gibt glücklicherweise spontane gewaltfreie Aktivisten, die sich punktuell und kurzfristig wie ein Ziviler Friedensdienst einsetzen können. Darum schießt die rechte Szene in der Bundesrepublik auch nicht ins Kraut und linke Protestgruppen verstehen es in der Regel gewaltfrei zu demonstrieren. Dass es jetzt bei der Einweihung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt nicht geklappt hat, ist sehr bedauerlich, aber es hat sich in Frankfurt auch gezeigt, dass die Kultur des gewaltfreien Protests in Europa noch nicht gleichmäßig verteilt ist. Auch im Kleinen sehe ich noch Defizite. Ich hätte mir schon gewünscht, dass ein Bürgermeister dauerhaft von einem Zivilen Friedensdienst unterstützt wird, wenn Rechtsextremisten sein Wohnhaus belagern, weil er Flüchtlinge in seinem Dorf aufnehmen möchte.

Und nach dem Aufstand gegen das Regime Mubaraks hätte ich gewünscht, dass ein paar hundert Angehörige des Zivilen Friedensdienstes sich an den ägyptischen Universitäten und in den koptischen Gemeinden für einen gedeihlichen Umgang mit dem Muslim-Brüdern eingesetzt hätten. Und in der Ukraine zeigt sich jetzt, dass mit Gewalt und dem Einsatz von Militär keine tragfähigen Lösungen erreicht werden können. Aus der Sicht der Konzepte „Gewaltfreier Aufstand“ und „Soziale Verteidigung“ ließe sich zum bisherigen Verlauf der Konflikte in der Ukraine einiges Vernünftige und Brauchbare sagen, wohingegen mir die aktuellen Rückgriffe auf die Methoden des Kalten Krieges ziemlich hilflos, um nicht zu sagen töricht vorkommen. Doch in solcher Situation ist die Frage: Mit welchen politischen Kräften (und zu diesen gehören auch die Kirchen) können sich die Friedensforscher verbünden, um ihre Alternativkonzepte durchzusetzen.

Der gedankliche Anstoß für dieses Panel hätte auch lauten können:

Stell dir vor, die Friedensforscher verbünden sich mit einflussreichen, regierungskritischen Kräften, um die von der Friedensforschung angeregten Experimente in die Tat umzusetzen.

Das würde ich dann als Aktionsforschung bezeichnen. Doch ich gebe zu bedenken: Das wäre auch nicht von vornherein ein Erfolgsrezept.

Die Aktionsforschung mit ihrer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und kritischen, gesellschaftlichen Akteuren hat auch ihre Tücken. Einige haben wir kennen gelernt bei der Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Kritikern der Atomenergie mit AKW-Gegnern. Auch Regierungskritiker, die in Machtpositionen gelangen, erweisen sich immer wieder als Opportunisten. Doch man kann aus diesen Experimenten lernen und Erfolge erzielen. Ein wirklicher Erfolg war die Kampagne „Freie Heide“, welche die Umwandlung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide durchsetzte, ohne dass die Regierung Brandenburgs sich hätte als die unterlegene fühlen müssen. Der Ministerpräsident und die Bürger feierten und tanzten gemeinsam. Und ein Vorbild für den lang anhaltenden Kampf waren die Forschungen Dr.

Wolfgang Hertles über den französischen Widerstand gegen die Ausweitung des Truppenübungsplatzes im Larzac gewesen.⁶² In Frankreich dauerte es zehn Jahre, in der Kyritz-Ruppiner Heide noch ein paar Jahre länger.

Mein Fazit: Die Suche nach und die Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen bietet den Friedensforschern einen Ausweg aus der Ohnmacht bzw. der ständigen Anpassung an die Erwartungen der Regierenden. Wer annimmt, durch Anpassung an die Vorstellungen der Regierenden könne man sich deren Wohlwollen und die Förderung erhalten, befindet sich auf dem Holzweg.

An diesem Kalkül ist bereits die DGFK zugrunde gegangen. Die Friedensforscher dürfen sich nicht anpassen. Sie müssen aufbegehren, wenn die Regierung jetzt wieder Milliarden für die Rüstung verbrennt, statt sie zum Beispiel in den Zivilen Friedensdienst zu investieren. Dieses neuerliche „Nachrüsten“ ist ein wirkliches Trauerspiel, bei dessen Anblick man versucht ist, alles Hoffen auf die Friedensforschung fahren zu lassen. Aber wir dürfen weder kapitulieren, noch uns Einfluss auf das Establishment in die Tasche lügen. Wir müssen aus den Kämpfen – aus den Niederlagen wie auch aus den Erfolgen - lernen und es in Zukunft besser machen als bisher.

⁶²W. Hertle: Larzac 1971 -1981. Der gewaltfreie Widerstand gegen den Truppenübungsplatz in Südfrankreich. Kassel: Weber & Zucht, 1982

18. Ein kritischer Rückblick auf die Anfänge und Ziele deutscher Friedensforschung

Einleitung bei einer privaten Sonntagsrunde pensionierter Berliner Politologen am Groß Glienicker See.

Im Dohl 1, 19. September 2016

Als ich 1956 in Tübingen das Studium der Geschichte, Germanistik und Anglistik begann, wusste ich gar nicht, dass ich auch Politische Wissenschaften studieren könnte, und peace research gab es ohnehin an keiner deutschen Universität.

Existierte denn ein Bedürfnis für ein solch neues Fach? Durch die Entwicklung und Bereitstellung von Atomwaffen war die Menschheit in eine neue Lage geraten. Sie ermöglichten es den Menschen, der eigenen Geschichte ein Ende zu bereiten, indem sie alles zerstörten, was eigentlich geschützt und entwickelt werden sollte. Dies wurde aber von den verantwortlichen Politikern nicht eingestanden. Bundeskanzler Adenauer bezeichnete die atomaren Gefechtsfeldwaffen als eine Fortentwicklung der Artillerie, während US-amerikanische Realisten wie Herman Kahn in der Atomwaffe dann doch eine doomsday machine sahen, aber meinten, dass die Menschheit ihr ins Weltall ausweichen könnten. Die moderne Friedensforschung suchte eine irdische Antwort auf diese Herausforderung.

Als Gustav Heinemann 1968 sein Amt als Bundespräsident antrat, reklamierte er die Förderung der Friedensforschung und irritierte damit ein weiteres Mal Politiker, die „keine Experimente“ für eine zugkräftige Wahlkampfparole gehalten und behauptet hatten, dass die Grenzen von Nationalstaaten sich weiterhin mit Waffengewalt verteidigen ließen.

Für die Politische Wissenschaft war das Neue an der Situation, dass ihr wichtigster Lehrsatz fraglich geworden war: *Die Ausübung des Monopols der physischen Gewaltsamkeit ist selbstverständliches und unverzichtbares Merkmal des modernen Staates*. Doch was ist zu tun, wenn im Zuge des Versuchs, dieses Monopol der physischer Gewaltsamkeit zu erlangen bzw. auszuüben, die Menschen, um die es in der Politik geht, restlos oder fast restlos vernichtet werden?

Was bedeutet in seiner solchen Situation „Politik als Beruf“? Mit Max Webers Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik war hier herzlich wenig anzufangen. Der Einsatz einer doomsday machine ist nicht zu verantworten. Kann es das oberste Ziel demokratischer Politik sein, das Monopol physischer Gewaltsamkeit zu erhalten oder zu erlangen? Oder ist auch etwas anderes möglich?

Ich falle jetzt mal mit der Tür ins Haus und verweise auf Gandhi als Erfinder einer anderen Art von Politik, die er als Satyagraha bezeichnete.

Bei seinem Streben nach Überwindung der englischen Kolonialherrschaft wollte er im Zuge des gewaltfreien Widerstands bei den Indern die Fähigkeit entwickeln, sich ohne den Einsatz von Waffengewalt zu regieren. Das letzte Mittel sollte keine bewaffnete Organisation, sondern die Selbstorganisation von Bürgern zu gewaltfreien Unterlassungshandlungen oder gewaltfreien Eingriffshandlungen sein.

Typische Unterlassungshandlungen (in der Terminologie Gene Sharps acts of om-

mission) sind der Streik und der Boykott und typische gewaltfreie Eingriffshandlungen (acts of commission) sind go-in und sit-in. Für den Erfolg ist ausschlaggebend, dass die beteiligten Bürger durch autonome konstruktive Handlungen für das Funktionieren des Gemeinwesens und das Überleben der Bürger sorgen.

Solche autonomen Leistungen sind aus Notsituationen bekannt. Es kommt darauf an, diese vorzubereiten und zu regulieren. Dazu bedarf es nicht unbedingt bewaffneter Einheiten. Einer der größtangelegten Versuche, solch staatliches Handeln ohne das Monopol der physischen Gewaltsamkeit zu praktizieren war der Ruhrkampf im Jahre 1920. Barbara Müller hat darüber am Otto-Suhr-Institut ihre Dissertation geschrieben. Das war keine simple Erfolgsstory, aber sie zeigte die Richtung. Der deutsche Staat konnte sich gegen Besatzungsmächte und separatistische Bestrebungen behaupten, ohne dass er das Monopol der physischen Gewaltsamkeit hätte ausüben können.

Barbara Müller: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen, Münster: LIT-Verlag, 1995, 544 S.

Es gibt weitere Beispiele dafür, dass demokratische Gemeinwesen sich mittels gewaltlosen Widerstands gegen militärische Besatzungsregime und Militärputsche behaupten konnten. Das hat aber bislang zu keiner grundsätzlichen Revision oder Einschränkung der Vorstellung Max Webers geführt, dass ein geordnetes Staatswesen ohne Militär nicht möglich ist, auf deutsch: die Bundeswehr bzw. Militärbündnisse wie die NATO alternativlos sind.

Ich sehe die Hauptaufgabe der Friedensforschung in dem Nachweis, dass es eine Alternative zum Militär grundsätzlich gibt und dass diese sich so ausbauen lässt, dass nationales Militär und die Mitgliedschaft in Militärbündnissen überflüssig werden. Dafür gibt es diese Friedensforschung bzw. gibt es die Organisationen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, das Militär bzw. die schwer bewaffnete Polizei als Instrument staatlicher Selbstbehauptung und sozialer Ordnung abzulösen.

Dieses Streben zieht sich als roter Faden durch alles, was ich als Politologe geschrieben und getan habe.

Mein persönliches Problem ist, dass ich am 6. Mai 2017 80 Jahre alt werde und es sich nicht abzeichnet, dass die Bestrebungen, eine Alternative zum Militär aufzubauen, gefördert werden. Was ich dazu geforscht und geschrieben wurde, ist weitgehend vergessen und wird verdrängt.

Ich will nicht behaupten, dass Kollegen wie Herfried Münkler auf dem falschen Forschungspfad sind. Was sie mitzuteilen haben, ist nützlich zu wissen, um das Konfliktgelände auszukundschaften, aber zu einer Passage in eine Welt ohne Weltuntergangsmaschinerien werden sie so nicht finden. Da müssten sie sich auf das Erkunden und Erproben der gewaltfreien Aktion einlassen. Warum geschieht das nicht? Es gibt so viele Hinweise auf das Potential der gewaltfreien Aktion als Instrument der Politik, dass man sich darüber wundern müsste, warum so wenig getan wird, auf diesem Gebiet Fortschritte und mehr Erfolge zu erzielen. Warum wird dies auf so winziger Flamme gekocht?

Zusammen mit dem norwegischen Kollegen Johan Galtung, dem ersten europäi-

schen Friedensforscher, hat der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages mich 1983 zu einem Hearing über Alternative Strategien [nota bene im Rahmen der NATO] eingeladen. Wir waren von den Grünen - genau genommen von den Politologen Roland Vogt und Petra Kelly - vorgeschlagen worden. Alles, was in diesem Hearing gesagt bzw. schriftlich unterbreitet wurde, wurde auch dokumentiert. In einem „Spiegel-Buch“ wurden in einer klugen Auswahl, welche Dietrich Schröder besorgte, die Informationen dieses Hearings auch noch popularisiert. Ein Durchbruch zur Erforschung der gewaltfreien Alternativen ist nicht erfolgt. Die Grünen haben dann noch ein eigenes Hearing nachgeschoben, weil die Aufteilung der angehörten Experten nach Fraktionsstärke zum Repetieren von sehr viel Bekanntem geführt hatte.

Mit Hilfe von Barbara Müller konnte ich dieses nachgeschobene und erweiterte Hearing der Fraktion der Grünen im Bundestag in der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ mit jahrlanger Verzögerung dokumentieren, aber die Partei versäumte es, ihr eigenes Verteidigungskonzept, die Soziale Verteidigung, zu entwickeln. Das hat mich enttäuscht, aber ich möchte noch bei der Frage bleiben: Warum haben die anderen Parteien, die am Hearing des Verteidigungsausschusses teilnahmen, die Informationen über die spezifisch demokratische Kampfkraft des gewaltfreien Widerstands nicht aufgegriffen?

Ich hatte bei meiner Befragung im Verteidigungsausschuss den Eindruck, dass die konservativen Abgeordneten mich außerhalb des Gartenzauns der freiheitlich-demokratischen Grundordnung anzusiedeln suchten. Der Gedanke, dass sie sich auf die Widerstandsbereitschaft des Volkes verlassen sollten, war ihnen wahrscheinlich unheimlich. Was würde das Volk mit seinem Know-how anfangen? Die Proteste der APO hatten einige wohl in schlimmer Erinnerung. Noch mehr Demokratie wagen? Und dies freiwillig? Um Himmels willen! Dann lieber das Risiko eines Atomkrieges noch einige Zeit aushalten.

Hat das politische Establishment Angst vor dem Volk und will alles im Griff behalten? Wenn man an die Agitation der Populisten denkt, ist diese Sorge auch verständlich. Wenn Teile des Volkes sich einem Staatsstreich gewaltlos widersetzen, ist die Bewegung dann doch schwer zu steuern.

Dieses Problem, dass Bewegungen unter dem Einfluss von Populisten auch einen undemokratischen Verlauf nehmen könnten, habe ich in meiner ersten Gandhi-Begeisterung als junger Politologe nicht so deutlich gesehen. In meiner Dissertation „Gewaltfreier Aufstand“ spielt dieses Problem eine untergeordnete Rolle. Ich habe im Laufe der Zeit missliche Erfahrungen gesammelt. Auch diese ziehen sich wie ein roter Faden durch mein Leben.

Ich meine heute, dass man Volksbewegungen nicht einfach die Zügel schießen lassen darf, sondern dass man in die gewaltlosen Bewegungen die Instrumente der Selbstdisziplin einbauen muss. Das Wie ist eine eigene wichtige Aufgabe der Friedensforschung, welche von Journalisten, welche über solche Bewegungen wie die „Arabellion“ berichten, häufig nicht deutlich genug erkannt wird.

Auch diese Aufgabe kann gelöst werden, aber es bedarf dazu einer besonderen Anstrengung. Das ist auch mir erst im Laufe der Jahre klar geworden. In meinen begeisterten frühen Schriften habe ich dieses Problem nicht so deutlich gesehen

oder ich bin seine Lösung zu optimistisch angegangen.

Es wäre jetzt eine weitere Aufgabe, diesen Lernprozess zu verfolgen, ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren oder zu resignieren. Ich habe auch meine bedenklichen Erfahrungen dokumentiert und mein Tagebuch des Streiksemesters von 1988/89 am Otto-Suhr-Institut nach langem Zögern auf meiner Homepage www.theodor-ebert.de ins Internet gestellt.⁶³ Dieses Streiktagebuch ist lehrreich, aber leider kein Ruhmesblatt für unser Institut, und doch bleibt es bemerkenswert, dass das OSI auch ohne Polizei und strafrechtliche Sanktionen funktionsfähig blieb – so einigermaßen, nicht zuletzt dank des nervenstarken Einsatzes der Friedenskräfte – namentlich Ute Pfarr - im Prüfungsbüro.

⁶³Von Gandhi lernen? Tagebuch der Besetzung des Otto-Suhr-Instituts. 5. Dez. 1988 bis 3. März 1989, PDF-Datei 1,5 Mb